

# Das Parlament

Berlin, Montag 14. April 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 16/17 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Blitzschneller Rücktritt

**Clemens Binniger** Kaum im Amt, schon die Kehrtwende: Der CDU-Abgeordnete Clemens Binniger ist wenige Tage nach der ersten Sitzung des NSA-Untersuchungsausschusses überraschend als Vorsitzender des Gremiums zurückgetreten und hat den Ausschuss verlassen. Der 51-Jährige begründete dies vor allem mit dem Insistieren der Opposition auf einer Vernehmung des früheren Mitarbeiters des US-Geheimdienstes NSA, Edward Snowden, in Deutschland, was Linke und Grüne im U-Ausschuss beschließen können. In Berlin gab es heftige Spekulationen über Binningers plötzlichen Sinneswandel, weil das Oppositionsbegehren schon länger bekannt war. Anstelle Binningers, der weiter Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums bleibt, führt nun der CDU-Abgeordnete Patrick Sensburg den achtköpfigen NSA-Ausschuss. (Seite 8) *kru*

## ZAHLE DER WOCHE

3.066

**Tage** ist Angela Merkel an diesem Montag als Kanzlerin im Amt. Die CDU-Chefin hatte am vergangenen Donnerstag mit 3.062 Tagen Helmut Schmidts Zeit im Kanzleramt um einen Tag übertroffen und rückte auf Platz drei der Amtszeit deutscher Bundeskanzler vor. Noch länger als Merkel regierten Helmut Kohl mit 5.870 und Konrad Adenauer (beide CDU) mit 5.143 Tagen.

## ZITAT DER WOCHE

»Dafür trägt Russland die Verantwortung.«

**Frank-Walter Steinmeier** (SPD), Außenminister, im Bundestag zur Russland/Ukraine-Krise. Steinmeier warf Moskau vor, mit mutwilligen Grenzveränderungen den Frieden zu gefährden.

## IN DIESER WOCHE

### HAUSHALT 2014

**Interview** Die Haushaltsausschuss-Vorsitzende Gesine Löttsch zum Etat **Seite 2**

**Energie** Minister Sigmar Gabriel (SPD) verteidigt die Politik der Koalition **Seite 4**

**Verteidigung** Die Ausgaben für die Bundeswehr sinken leicht **Seite 7**

**Auswärtiges** Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) freut sich über ein Plus **Seite 9**

### KEHRSEITE

**Veranstaltung** Der Parlamentarismus in der Europäischen Union **Seite 12**

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Im Bann der Schwarzen Null

## HAUSHALT

 Erstmals seit 1969 erscheint wieder ein Verzicht auf neue Schulden möglich

**L**ange Zeit erschien es wie ein nicht mehr wiederholbares Wunder: Der langjährige CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatte als Finanzminister am Ende der Großen Koalition in Bonn 1969 geordnete Staatsfinanzen vorzuweisen. 42 Milliarden Euro gab der Bund aus, 600 Millionen Euro betrug der Überschuss. Doch jetzt scheint das Wunder wiederholt werden zu können. In der Bundestagsdebatte über den Haushalt des Bundeskanzleramtes am Donnerstag erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der erste Haushalt ohne neue Schulden seit 1969 liege in greifbarer Nähe. In diesem Jahr werde der Haushalt strukturell ausgeglichen sein, 2015 bestehe die Möglichkeit, keine neuen Schulden zu machen. „Das sind nicht einfach Zahlen, sondern das ist nicht mehr und nicht weniger als die Einlösung eines Versprechens an kommende Generationen, einmal mit dem auszukommen, was in die Steuerkassen hereinkommt, einmal nicht auf Kosten der Zukunft zu leben.“ Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann sprach von einer „Zäsur“ in der Haushaltspolitik des Bundes: „Darauf mussten die Bürger 46 Jahre lang warten.“

**Nicht ohne Risiken** Kanzlerin Merkel wies aber auch auf Risiken hin: Die europäische Schuldenkrise sei nach wie vor nicht überwunden und die weltweite Entwicklung fragil. Neue Unsicherheiten wie die „illegale, völkerrechtswidrige Annexion der Krim“ seien in den letzten Wochen hinzugekommen. Zugleich würdigte die Regierungschefin die wirtschaftliche Entwicklung. Deutschland gehöre zweifellos zu den Gewinnern der Globalisierung, „weil wir eine wettbewerbsfähige Industrie und weil wir einen sehr starken Mittelstand haben“. In diesem Zusammenhang verteidigte sie die jüngsten Beschlüsse zur Energiewende, mit denen die Regierung einen „berechenbaren Pfad“ für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen habe. Die Kostendynamik der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sei gebrochen worden. Die Bundeskanzlerin verteidigte die Ausnahmen für stromintensive Firmen von der EEG-Umlage. Deutschland habe einen industriellen Kern, der 20 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt habe und sei damit führend in Europa. Es könne doch nicht sein, dass beim zukunftsfähigen Ausbau der Energieversorgung Arbeitsplätze vernichtet würden. Ausnahmen von der EEG-Umlage für die Wettbewerbsfähigkeit müsse es geben. „Wir müssen Klimaschutz und Arbeitsplätze zusammenbringen, sonst wird die Energiewende keine Akzeptanz“.



Traumziel „Schwarze Null“: Geht alles glatt, könnte der bundesdeutsche Haushalt erstmals nach Jahrzehnten bald wieder ohne neue Schulden aufgestellt sein.

tan in Deutschland haben“ forderte Angela Merkel. Im außenpolitischen Teil ihrer Rede bezeichnete die Kanzlerin die Lage in der Ukraine als schwierig. Es sei „leider an vielen Stellen nicht erkennbar, wie Russland zur Entspannung der Situation beiträgt“. Daher werde die Regierung die Gesprächsfäden nutzen, fordere aber andererseits auch das Recht der Ukraine auf einen eigenen Entwicklungsweg ein: „Die Ukrainer müssen über ihr Schicksal selber entscheiden.“ Dringend notwendig seien die Aufstockung der OSZE-Mission und internationale Gespräche unter Beteiligung der Ukraine. (Siehe auch Seite 9) Zuvor hatte die Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, die Berechnungen der Koalition als falsch bezeichnet. Allein der Finanzmarktstabilisierungsfonds habe ein Defizit von 25 Milliarden Euro, das nicht in den Haushalt eingebucht worden sei. Weitere Buchungstricks seien das Finanzieren diverser Maßnahmen über die Sozialversicherungen. „Schwarz-Rot bezahlt Wahlgeschenke aus den Krisenpolstern der Sozialkassen, und mit diesen Buchungstricks wa-

det Deutschland knietief im Dispo“, rief Kipping aus. Aber die Unternehmen würden steuerlich geschont, während den Kommunen Geld fehle und die Mitte nicht entlastet werden könne. „Die schwarze Null wirft lange Schatten und hat einen verdammt hohen Preis“, sagte Kipping, die auch an den EEG-Reformplänen kein gutes Haar ließ. Die Gesetzesänderung helfe dem Klima nicht, sondern verkomme zu einer Industrie-Subventionierung, die die Verbraucher zu bezahlen hätten. „Das ist unsozial und unökologisch zugleich.“ Auch Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckart zweifelte die Aussage der Koalition, es würden keine Schulden gemacht, an. „Sie verschulden sich – an den Jungen, den Armen und an der Umwelt.“ Die Generation der unter 30-Jährigen habe bei dieser Koalition nichts zu lachen, sagte Göring-Eckart mit Blick auf die jüngsten milliardenschweren Rentenbeschlüsse. Und

die Mehrkosten für die Verbraucher durch die gerade verabredeten Industriepflichten beim EEG seien so groß, dass sie früher „jedem Sozialdemokraten die Schamröte ins Gesicht getrieben“ hätten. „Sie bestellen, Kinder und Enkel bezahlen“, sagte sie mit Blick auf die 160 Milliarden Euro teuren Beschlüsse der Koalition zur Rente ab 63 Jahren und Kindererziehungszeiten. In der Klimapolitik würden die Ziele „krachend“ verfehlt, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß steige. SPD-Fraktionschef Oppermann zeigte sich offen, etwas gegen die „kalte Progression“ bei der Einkommensteuer zu tun. Für eine Änderung bedürfte es einer Gegenfinanzierung. Die Äußerungen von Oppermann veranlassten Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) zu einer Klarstellung: „In dieser Legislaturperiode gibt es keine Steuererhöhungen.“ Wer eine Gegenfinanzierung durch Steuererhöhungen wolle, könne seine Pläne beerdigen. *Hans-Jürgen Leersch*

»Die Schwarze Null wirft lange Schatten und hat einen verdammt hohen Preis.«  
*Katja Kipping (Linke)*

## EDITORIAL

### Wette auf die Zukunft

VON JÖRG BIALLAS

Der Bundestag ist diesmal spät dran. Der Haushaltsentwurf für 2014 wurde erst in das Parlament eingebracht, nachdem bereits ein Viertel des Jahres vergangen war. Das hat zu tun mit dem Wahltermin im vorigen Herbst und einer darauf folgenden ungewöhnlich langwierigen Regierungsbildung. Der Leidenschaft in den Debattenreden der Haushaltswoche tat der verschobene Zeitplan freilich keinen Abbruch. Kontrovers kämpften die Abgeordneten von Einzelplan zu Einzelplan. Und während die Vertreter der Regierungskoalition die Vorlage von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verteidigten, beklagte die Opposition falsche Gewichtungen. Das ist nicht ungewöhnlich, gewiss. Bemerkenswert allerdings ist das Konstrukt aus dem Hause Schäuble schon. Erstmals seit 1969 soll der Bundeshaushalt ab dem kommenden Jahr wieder ausgeglichen sein. Bis zum Planungshorizont 2018 sind dann keine zusätzlichen Schulden vorgesehen. Endlich, loben die Befürworter dieser Politik, endlich wird damit die Bürde, die nachfolgenden Generationen auferlegt ist, zumindest nicht größer. Leider, beklagen die Kritiker, leider fehlen jetzt Mittel etwa für Bildung und kommunale Infrastruktur, um die Welt für unsere Kinder zukunftsfähiger zu machen. Beide Positionen lassen sich nachvollziehbar begründen (siehe auch Gastkommentare auf Seite 2). Die Crux, die jedem Haushaltsplan innewohnt, ist nun einmal eine gewisse Unwägbarkeit wirtschaftlicher Entwicklungen. Beim Kalkulieren haushalterisch relevanter Faktoren ist es längst nicht mehr ausreichend, sich auf eine nationale Binnensicht zu beschränken. Vielmehr müssen auch internationale Prognosen eingepreist werden. Letztlich kommt es also darauf an, eine Wette auf die Zukunft so zu platzieren, dass genügend Auswege bleiben, damit eine heute nicht absehbare Fehlalkulation morgen gesellschaftlich verträglich ausgeglichen werden kann. Bei der Euro-Krise ist das zuletzt ganz ordentlich gelungen. Klar ist aber auch, dass die daraus resultierenden Verpflichtungen für die Bundeskasse kein Pappenstiel sind. Eine momentan verlässlich gute Konjunkturlage hat geholfen, einem Kollaps vorzubeugen. Bleibt das so, könnte auch die ambitionierte Anti-Schulden-Politik der Bundesregierung aufgehen.

## Weniger Geld für den Gesundheitsfonds

### HAUSHALT

 Regierung will Bundeszuschuss auf 10,5 Milliarden Euro absenken. Haushaltsbegleitgesetz vorgelegt

Die Bundesregierung will beim Gesundheitsfonds sparen. Deshalb hat sie einen Gesetzentwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014 (18/1050) vorgelegt, nach dem der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds in diesem Jahr auf 10,5 Milliarden Euro abgesenkt werden soll; 2015 soll er dann 11,5 Milliarden Euro betragen.

**Überschuss** Schon 2013 wurde der Zuschuss von 14 auf 11,5 Milliarden Euro gedrosselt. Die Regierung begründet die erneute Absenkung damit, dass aufgrund der positiven Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der aufgebauten Liquiditätsreserve der Bundeszuschuss in diesem und im kommenden Jahr wiederum verringert werden könne. Die Mindereinnahmen aus dem Bundeszuschuss will die Regierung in beiden Jahren durch Zahlungen von 3,5 Milliarden Euro für 2014 und von 2,5 Milliarden Euro für 2015 aus der Liquiditätsreserve ausgleichen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht in der Verringerung des Bundeszuschusses keine Gefahr für den Beitragssatz der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung. „Die Krankenkasse hat in den vergangenen Jahren einen



Eine Woche debattierte der Bundestag über den Haushalt 2014.

Überschuss von mehr als 30 Milliarden Euro aufgebaut“, sagte er vergangene Woche in der allgemeinen Finanzdebatte. Deshalb sei es für den Bund unsinnig, Geld aufzunehmen und dafür Zinsen zu zahlen und den Bundeszuschuss nicht abzusenken. Dies sahen die Sprecher der Oppositionsfaktionen anders. Sowohl Dittmar Bartsch (Die Linke) als auch Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) wiesen darauf

hin, dass einige Krankenkassen schon Beitragserhöhungen angekündigt hätten, falls die Absenkung erfolge. Außerdem sei die Verminderung des Zuschusses sozial ungerecht, weil nur die gesetzlich Versicherten davon betroffen seien, die Mitglieder der Privatkassen, in der Regel Beamte und Beservedienstler, aber nicht. Nach 2015 soll der Zuschuss nach den Plänen der Regierung wieder erhöht werden.

Denn trotz der derzeit guten Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung geht die Regierung davon aus, dass „in absehbarer Zeit“ die voraussichtlichen jährlichen Ausgaben der Krankenkassen die jährlichen Einnahmen des Gesundheitsfonds übersteigen werden.

**Höherer Zuschuss geplant** Daher will die Bundesregierung die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung stärken und auf eine dauerhaft solide Grundlage stellen. Deshalb sei es erforderlich, den Bundeszuschuss ab 2016 wieder auf seine ursprüngliche Höhe von 14 Milliarden Euro anzuheben und ihn ab 2017 auf 14,5 Milliarden Euro festzuschreiben. Der Bundestag überwies den Gesetzentwurf in der vergangenen Woche zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss. Dieser wird dazu am 13. Mai eine Öffentliche Anhörung durchführen. *Michael Klein*



GASTKOMMENTARE

„SCHWARZE NULL“ UM JEDEN PREIS?

Notwendige Nulldiät

PRO



Manfred Schäfers  
»Frankfurter Allgemeine  
Zeitung«

Wer will, dass der Staat von seinen hohen Schulden herunterkommt, muss als erstes dafür sorgen, dass nicht jedes Jahr neue hinzukommen. Der Bund steht derzeit mit rund 1.300 Milliarden Euro in der Kreide. Unter Einschluss der Länder und Kommunen ist die Altlast noch höher. Um zu sehen, ob ein Land seine Schulden tragen kann, setzen Ökonomen diese ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Für Deutschland kommt man so auf einen Wert von etwa 78 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das ist deutlich mehr, als die Verträge zum Schutz des Euro erlauben. Es ist daher höchste Zeit umzusteuern. Die Koalition hat sich das Ziel gesetzt, vom nächsten Jahr an ohne neue Kredite auszukommen. Das wäre das erste Mal seit 1969. Die Gelegenheit, das nun zu wiederholen, ist günstig: Die Konjunktur brummt, die Beschäftigung ist gut, und die Krise im Euroraum hat sich abgeschwächt. Zwar gibt es immer Gründe, Schulden zu machen, etwa um mehr in Straßen oder Schulen zu investieren. Aber wie der Blick zurück zeigt, kann man mit Krediten nicht Zukunft kaufen. Die Schulden sind über die Jahrzehnte auf immer neue Höchststände gestiegen, zugleich ist der Wachstumstrend stetig gesunken. Die Eurokrise hat gelehrt, dass Länder, die heute auf Kosten von morgen leben, ein gefährliches Spiel spielen. Das ist der zentrale Grund, warum Union und SPD die Schuldenpolitik beenden müssen. Das erfordert den politischen Willen, nicht bei den ersten Schwierigkeiten aufzugeben. Wenn der da ist, lassen sich neue Löcher schließen, die sich durch Unvorhergesehenes auftun können. Wenn dieses Ziel fehlt, wird nie etwas daraus. Das zeigt: Die Null ist eine runde Sache – nicht zuletzt in der Schuldenpolitik.

Sparwahn mit Folgen

CONTRA



Robert von Heusinger  
DuMont  
Redaktionsgemeinschaft

Erinnern Sie sich an Hans Eichel, an Peer Steinbrück? Beide Finanzminister der SPD waren nah dran an der „Schwarzen Null“ im Haushalt, haben gespart und geblüht – und scheiterten doch. Der eine, weil die New-Economy-Blase platzte, der andere, weil sein Haushalt mitten in die Finanzkrise geriet. Jetzt also versucht es Wolfgang Schäuble (CDU). Ganz gleich, ob es ihm nun gelingt: Es ist falsch, alles dem Ziel „Keine neuen Schulden“ unterzuordnen. Und das aus zwei Gründen. Zum einen, weil der Haushaltssaldo die Resultante ist und deshalb nicht zu steuern. Je nach Konjunktur und damit nach Steuereinnahmen auf der einen Seite und Sozialausgaben auf der anderen schließt der Finanzminister besser oder schlechter ab als geplant. Denn der Staat ist in modernen Volkswirtschaften so etwas wie der Puffer für die Konjunktur. Er dämpft den Boom mit höheren Steuereinnahmen, Geld also, das er der Wirtschaft entzieht. Ebenso schwächt er die Rezession ab – mit höheren Sozialleistungen, Geld also, das er für die zusätzlichen Arbeitslosen in die Wirtschaft pumpt. Zum anderen, und das ist das eigentliche Drama an dem Sparwahn, verhindern die Entscheidungen von Eichel, Steinbrück und Schäuble, dass unsere Kinder ordentliche Löhne verdienen werden. Weil Deutschland zu wenig investiert. Seit mehr als einer Dekade werden die Abschreibungen auf die öffentlichen Investitionen, auf Straßen, Brücken oder Bahnnetze schon nicht mehr ersetzt. Deutschland fährt auf Verschleiß, ganz wie einst die DDR! Der Kapitalstock veraltet, die Produktivität leidet. Die öffentlichen Investitionen sind gemessen an der Wirtschaftsleistung in keinem Industriestaat so gering wie bei uns. Pflife, nicht Applaus haben die Finanzminister verdient.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Frau Lötzsch, der Bundestag hat in der vergangenen Woche erstmals den Haushaltsentwurf 2014 von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) beraten. Der Entwurf sieht Ausgaben von 298,5 Milliarden Euro und eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro vor. Im kommenden Jahr will Schäuble keine neuen Schulden machen. Freut Sie das?

Freuen können sich alle die Menschen, die mit ihren Unternehmen hohe Gewinne erzielen, sehr hohe Einkommen haben oder steuerfrei an der Börse spekulieren. Sie werden nur unzureichend zur Finanzierung der Gesellschaft herangezogen. Das liegt am Konstruktionsfehler des Koalitionsvertrages. Die Herstellung von Steuergerechtigkeit steht nicht auf der Agenda der Koalition. Steuererhöhungen wurden ausgeschlossen.

Was kritisieren Sie konkret?

Der Finanzminister greift in die Sozialkassen. Das ist ein Trick, der sich bitter rächen wird. Bei der Rente ab 63 Jahren will sich die Bundesregierung aus dem Topf der Rentenversicherung bedienen. Die Rentenversicherung wird wie eine Zitrone ausgepresst, damit der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt nicht explodiert. Auch der Zuschuss zum Gesundheitsfonds soll um 3,5 Milliarden Euro gesenkt werden, um den Haushalt nicht zu belasten. Damit sind Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge nicht mehr ausgeschlossen. Der Griff in die Sozialkassen ist riskant und unsozial. Ein ausgeglichener Haushalt auf Kosten der Sozialkassen wäre ein Pyrrhussieg. Jede Konjunkturabschwächung, jede neue Bankenkrise zwingt den Bundestag die Zuschüsse an die Sozialkassen wieder zu erhöhen. Dann hat die ganze Trickerei nichts gebracht.

Wer muss demnach für die „Schwarze Null“ zahlen?

Deutschland ist nach Analysen des Internationalen Währungsfonds eines der wenigen Länder in Europa, das seine Spielräume bei den Staatseinnahmen nicht ausnutzt. Nach Aussagen des Internationalen Währungsfonds sind immerhin rund 80 Milliarden Euro zusätzlicher Einnahmen im Jahr möglich. Diese Regierung will diese großen Spielräume nicht nutzen. Auf keinen Fall. Deshalb müssen die Menschen für die „Schwarze Null“ zahlen, die Mitglieder in den solidarischen Sozialkassen sind. Das führt zu der ungerechten Situation, dass die Krankenschwester, die in die Rentenkasse einzahlt, die Mütterrente ihrer Chefärztin zahlen muss, die in ein eigene Versorgungsanstalt einzahlt.

Und wem nutzt sie?

Für eine „Schwarze Null“ würde Wolfgang Schäuble fast alles tun. Keine neuen Bundesschulden aufnehmen zu müssen, ist der Wunschtraum jedes neoliberalen Politikers. Er möchte gern als der Finanzminister in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen, der es geschafft hat, die strukturelle Neuverschuldung auf Null zu bringen. Ich habe nur die Sorge, dass die „Schwarze Null“ beim Finanzminister schon zur Obsession geworden ist. Er hat die drängenden Probleme der Menschen aus den Augen verloren. Er opfert zum Beispiel die Kindergelderhöhung der „Schwarzen Null“. Das ist für ein reiches Land, das mit Kinderarmut zu kämpfen hat, ein Armutszeugnis. Zur Erinnerung: Herr Seehofer hatte im Wahlkampf 35 Euro mehr Kindergeld pro Kind versprochen. Dieses Versprechen wurde gebrochen.

Der Bund will in diesem Jahr rund zehn Milliarden Euro weniger ausgeben als im vergangenen Jahr. Spart Schäuble an den richtigen Stellen?

Herr Schäuble spart ja nicht wirklich. Dem Finanzminister kommt die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank natürlich sehr entgegen. Die Verteidigungsministerin gibt sogar Geld zurück, weil sie mit ihren desaströsen Rüstungsprojekten nicht zurecht kommt.

»Riskant und unsozial«

GESINE LÖTZSCH Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses kritisiert die Finanzierung der neuen Rentenleistungen und fordert einen »Bürgeretat«



© picture-alliance/ga

Gerade bei den Rüstungsprojekten und bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sehen wir ein großes Einsparpotential.

Trotzdem will die Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode 2017 insgesamt 23 Milliarden Euro unter anderem für Strafen und zur Entlastung der Kommunen bereitstellen. Ist das Geld da und wird es richtig eingesetzt?

Die Kommunen brauchen eine schnelle Hilfe. Doch die Regierung will die Kommunen erst in der nächsten Legislaturperiode stärker

entlasten. Heute die Ausgaben beschließen und dann die zukünftige Regierung damit belasten, das ist keine seriöse Haushaltspolitik. Die Regierung investiert eindeutig zu wenig in die Infrastruktur. Jeder kennt mindestens eine Brücke in diesem Land, die marode ist. Da muss schnell etwas passieren. Wer Sanierungen auf die lange Bank schiebt, muss später mehr ausgeben.

Die Steuereinnahmen sollen in diesem Jahr knapp 268,9 Milliarden Euro betragen. Sind die Lasten gerecht verteilt?

Für mich ist ein ausgeglichener Haushalt nicht automatisch ein gerechter Haushalt. Schauen wir uns doch mal die Zahlen genauer an. Die Körperschaftsteuer, die auf den Gewinn zu zahlen ist, fiel unter der SPD/Grünen-Regierung von 45 beziehungsweise 30 Prozent zunächst auf 25 und dann auf 15 Prozent. In der Summe von Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätsabgabe entrichten Kapitalgesellschaften heute nur noch etwa 30 Prozent Steuern auf ihre Gewinne. Betrug der Anteil der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen 1960 noch 35 Prozent, ist der Anteil 2006 auf 20 Prozent gesunken. Das können wir nicht akzeptieren.

Wo könnten Steuern erhöht, wo gesenkt werden?

Wenn wir den Forderungen des Währungsfonds folgen, dann können wir die Vermögenssteuer stärker fördern, ohne sie zu überfordern. Auf jeden Fall brauchen wir eine Finanztransaktionssteuer. Die verspricht uns der Finanzminister schon seit Jahren, doch passiert ist immer noch nichts. Gleichzeitig ist es notwendig, die kalte Progression abzubauen. Lohnerhöhungen sollen in erster Linie den Beschäftigten zugute kommen und nicht dem Finanzminister.

Zu einem anderem Thema. Sie sind seit drei Monaten Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Zuvor waren Sie viele Jahre haushaltspolitische Sprecherin Ihrer Fraktion. Sie kennen sich also aus. Was hat Sie dennoch im neuen Amt überrascht?

Im Haushaltsausschuss ist es in der Regel so voll, wie in der S-Bahn im Berufsverkehr. Ich habe mit den Obleuten festgelegt, dass die zahlreichen Ländervertreter in Zukunft im Rang ihre Plätze einnehmen sollen, um ein ordentliches Arbeiten zu ermöglichen. Hätte ich den Länderfinanzausgleich gestrichen, der Protest wäre nicht größer gewesen. Das hat mich schon überrascht.

Ihre Position gilt als einflussreich. Können Sie jetzt schon sagen, wie Sie bei den Etatberatungen in den kommenden Wochen Einfluss nehmen können?

Wir haben es mit einer 80-Prozent-Koalition zu tun. Da besteht natürlich immer die Gefahr, dass Kungelrunden in Hinterzimmern die Haushaltsberatungen dominieren. Ich werde dafür eintreten, dass wir die Entscheidungen tatsächlich im Ausschuss treffen und das auch möglichst transparent.

Wichtig sind neben Ihnen die Sprecher und Obleute der vier Fraktionen. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit?

Man muss auch mit Politikern, die sehr unterschiedliche politische Ansichten haben, sachlich und konstruktiv zusammenarbeiten können. Das gelingt uns auch ganz gut.

Was wollen Sie bis zum Ende der Legislaturperiode als Ausschussvorsitzende erreicht haben?

Der Bundeshaushalt ist für die meisten Menschen ein Buch mit sieben Siegeln. Das will ich ändern. Wir brauchen einen Bürgerhaushalt. Die Menschen haben ein Recht, zu erfahren, wie und wofür ihre Steuermittel ausgegeben werden. Noch besser wäre es natürlich, wenn sie auch ein Mitentscheidungsrecht hätten, wie es in meinem Wahlkreis Berlin-Lichtenberg schon der Fall ist.

Das Interview führte Michael Klein.

Gesine Lötzsch (53) ist Vorsitzende des Haushaltsausschusses und sitzt seit 2002 für die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Respektierte: Norbert Barthle

Was den Haushaltsentwurf für 2014 angeht, so ist Norbert Barthle regelrecht begeistert. „Das ist ein sehr guter Entwurf“, sagt der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion. „Der zweitbeste Haushalt aller Zeiten“, fügt er hinzu. Der zweitbeste? „Ja, der beste Haushalt wird der für 2015“, sagt er schmunzelnd. Viele grundsätzliche Änderungen erwartet der Etatexperte, der seit 2009 das Amt des Obmannes seiner Fraktion im Haushaltsausschuss inne hat, im Verlauf der nun anstehenden Beratungen zwar nicht. Und dennoch: „Wir Haushälter werden immer bestrebt sein, weitere Einsparpotenziale zu finden und sicherlich die eine oder andere Umschichtung vornehmen“, sagt er. „Wir, die Haushälter.“ Barthle weiß, dass diese Spezies unter den Abgeordneten irgendwie besonders ist. „Wir sind sehr respektiert, aber sicherlich nicht die allerliebtesten“, schätzt er die Lage ein. Wohl zu Recht – ist es doch Aufgabe der Haushaltspolitik, immer die Kassenlage im Blick zu haben. Und daher auch mal den ein oder anderen Fachpolitiker, auch der eigenen Fraktion, einzubremsen. „Fachpolitiker haben schon oft tolle Ideen, um den Menschen das Leben schöner und angenehmer zu machen“, räumt Barthle ein. „Das ist aber nicht immer durchgerechnet“, konstatiert der CDU-Abgeordnete aus Schwäbisch-Gmünd, der seit 1998 im Bundestag sitzt. Aber nicht nur die Fachpolitiker zittern gelegentlich vor den Haushältern. Auch Ministeriumsvertreter bekommen oft weiche Knie, wenn der Gang in den Haushaltsausschuss ansteht, um vor



»Der Haushaltsentwurf 2014 ist der zweitbeste aller Zeiten. Der beste wird der für 2015.«

verändern“, macht er deutlich. Da wird auch vor Ministern aus der eigenen Partei nicht Halt gemacht. Beispiele dafür gibt es zur Genüge: In der letzten Wahlperiode war es der FDP-Haushälter Jürgen Koppelin, der „seinem“ Entwicklungsminister Dirk Niebel den Etat radikal zusammenstrich. Doch auch Unions-Minister sind schon mit langen Gesichtern aus der Beratung im Ausschuss herausgekommen. Ursula von der Leyen (CDU) habe als Arbeits- und Sozialministerin deutliche Eingriffe hinnehmen müssen, erinnert sich Norbert Barthle. Ebenso wie Verkehrsminister Peter Ramsauer von der CSU. „Da wurde die Bahndividende aus dem

Verkehrsetat in den Einzelplan 60, der Allgemeinen Finanzverwaltung, umgeschichtet“, sagt Barthle. Immerhin 500 Millionen Euro – kein Kleingeld also. Macht denn der Job als Haushälter Spaß? Das Jonglieren mit Millionen- und Milliardensummen? „Ich mache die Aufgabe gern und übernehme auch gerne die Verantwortung“, sagte er. Aber Spaß? Nein! „Spaß habe ich, wenn ich mit meiner Familie auf der Skipiste bin“, sagt der ausgebildete Skilehrer, der – nach allem, was so zu hören ist – auf den Brettern ein As ist. Oder nicht? Naja – Barthle zielt sich ein bisschen, um dann doch mit der Geschichte von den Internationalen Parlamentariermeisterschaften im alpinen Skisport rauszurücken. Mehrfach habe er mit der Mannschaft, aber auch persönlich den Wettbewerb gewonnen, erzählt er. „Das ging so lange, bis die Schweizer aus Frust darüber, dass immer ein „Deutscher“ gewinnt, die Meisterschaften nicht mehr ausgerichtet haben.“ Was die Spaß- und Entspannungszeit angeht, so ist die in diesem Jahr eng bemessen. Kaum ist der Haushalt für 2014 Ende Juni vom Tisch, wird bereits Anfang September über die Geldverteilung für das kommende Jahr diskutiert. Barthle freut sich schon drauf. „2015 wird ein Rekordhaushalt“, gibt er sich optimistisch – der beste aller Zeiten mit einer Nettokreditaufnahme von Null. „Und zwar dauerhaft in der mittelfristigen Finanzplanung“. Eine kleine Einschränkung macht er noch: „Es darf bis November keinen externen Schock geben – also keine nationale oder internationale Krise.“

Götz Hausinger

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)  
Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@  
bundestag.de  
Chefredakteur  
Jörg Biallas (jbi)  
Verantwortliche Redakteure  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf  
Anzeigen-/Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fs-medien.de  
Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de  
Anzeigenverwaltung, Disposition  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterzwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.  
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Fotos  
Stephan Roters  
Redaktionsschluss  
11. April 2014



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2014.

# Im Gleichgewicht

**HAUSHALT** Bundesregierung will in diesem Jahr 298,5 Milliarden Euro ausgeben und 6,5 Milliarden Euro neue Schulden machen

Noch ist es nicht ganz so weit. Trotzdem war sie in allen Reden bei den Debatten in der vergangenen Woche zum Bundeshaushalt 2014 (18/700) präsent: Die „Schwarze Null“ – also ein Haushalt ohne neue Schulden. Das ist das Ziel, welches die Koalition und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) im kommenden Jahr erreichen wollen. Ein ambitioniertes Ziel. Denn es wäre das erste Mal seit rund 45 Jahren, dass der Bund keine neuen Kredite aufnehmen muss. In der Zwischenzeit gab es etliche Ankündigungen, die „Schwarze Null“ zu erreichen – immer kam jedoch was dazwischen.

»Strukturell ausgeglichen« Aber noch ist nicht 2015, bis dahin kann noch viel passieren. In diesem Jahr sehen die Planungen der Regierung jedenfalls noch eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro vor. Darin enthalten ist die letzte Ratenzahlung des deutschen Beitrags an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe 4,3 Milliarden Euro. Wenn diese Überweisung und andere Sondereffekte herausgerechnet werden, liegt schon in diesem Jahr ein »strukturell ausgeglichener Haushalt vor. Dies soll keine Eintagsfliege sein. Denn die

Bundesregierung will dauerhaft einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, betonte Minister Schäuble in der vergangenen Woche zu Beginn der Haushaltsberatungen. Der strukturell ausgeglichene Etat 2014 sei »auf diesem Weg ein wichtiger Schritt«. Ab dem nächsten Jahr werde der Bund keine neuen Schulden mehr machen, bekräftigte er. Zugleich würden Spielräume genutzt für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung und zur Entlastung der Kommunen. Weitestgehende Unterstützung fand Schäuble bei den Koalitionsfraktionen. Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle (CDU), betonte, der vorgelegte Entwurf sei nicht nur strukturell ausgeglichen, sondern habe sogar einen Überschuss von 0,07 Prozent oder 1,8 Milliarden Euro. »Darauf können wir stolz sein«, betonte er. Er wies den Vorwurf zurück, dass die Koalition zu wenig investiere. In dieser Legislaturperiode würden insgesamt 23 Milliarden Euro zusätzlich unter anderem in den Ausbau der Infrastruktur und in die Bildung investiert. Dies geschehe alles ohne Steuererhöhungen. Ein ausgeglichener Haushalt im kommenden Jahr

und in den darauf folgenden Jahren sei die beste Politik im Sinne der Generationengerechtigkeit. In einem weiteren Schritt könnten dann Schulden abgebaut werden. Für den stellvertretenden Vorsitzenden der

mehr zum Beispiel in die Infrastruktur investieren zu können, sollten alle Subventionen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen konnten den Stolz der Koalition über den Etat nicht teilen. Sie hielten ihn für »sozial unausgewogen«. So erinnerte Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke, daran, dass Schäuble in der vergangenen Legislaturperiode mehr als 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht habe. Auch in diesem Jahr würden es noch 6,5 Milliarden Euro sein.

»Auch wir wollen solide Finanzen«, betonte er. Doch sei der Preis der Haushaltskonsolidierung zu hoch. Den Preis für die »schwarze Null« würden künftige Generationen bezahlen. »Sie fahren das Land auf Verschleiß«, warf er dem Finanzminister vor. So würden zum Beispiel die Investitionen nur um eine Milliarde Euro steigen. Das sei »unverzeihlich« wenig. Außerdem würden die Risiken wie höhere Zinszahlungen ausgeblendet. Der Entwurf führe dazu, dass die meisten Leute weniger Netto vom Brutto hätten. Insgesamt brauche das Land mehr Mittel,

um seine Aufgaben zu bewältigen. Um Mehreinnahmen zu erreichen, schlug er eine Vermögenssteuer vor.

»Strohfeuer« Für Sven-Christian Kindler, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ist die »Schwarze Null« nicht solide finanziert. Der finanzpolitische Kurs der Regierung sei ein »teures Strohfeuer«. Zu verdanken sei die Lage einer guten Konjunktur, dem Griff in die Sozialkassen und dem Ausbleiben von notwendigen Investitionen. Er kritisierte, dass die Investitionsquote stagniere. Dies verstoße gegen die Generationengerechtigkeit. Jetzt müsse in die Zukunft investiert werden. »Wir wollen investieren statt subventionieren«, betonte er. Die Sprecher der Opposition kündigten an, dass sie in den Ausschussberatungen zahlreiche Anträge vorlegen werden, um den Etat noch zu verändern. Insgesamt sieht der Schäuble-Entwurf für dieses Jahr Ausgaben von 298,5 Milliarden Euro vor. Das sind 11,5 Milliarden Euro weniger als 2013. Die Steuereinnahmen sollen von 260,6 Milliarden Euro auf 268,9 Milliarden Euro ansteigen. Der Schuldendienst des Bundes soll in diesem Jahr 28,84 Milliarden Euro betragen (2013: 31,59 Milliarden Euro).

Über den größten Einzeletat verfügt auch 2014 das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 122,32 Milliarden Euro. Die Ausgaben sollen damit um 3,09 Milliarden Euro steigen. Die größten Verschiebungen in den Etats der Bundesregierung ergeben sich durch den Neuschritt einiger Bundesministerien. So gingen Einnahmen in Höhe von 474 Millionen Euro und Ausgaben in Höhe von 2,28 Milliarden Euro an Mittel für Bauwesen und Stadtentwicklung vom ehemaligen Bauministerium an das neue Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Der Bundestag überwies den Haushaltsentwurf 2014 zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Der Bundestag wird den Etat abschließend in der Woche vom 23. bis 27. Juni beraten. In Kraft treten soll er am 1. Juli. Bis dahin gilt für alle Bundesbehörden die sogenannte vorläufige Haushaltsführung, bei der zum Beispiel keine neuen Projekte begonnen werden dürfen. Michael Klein

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

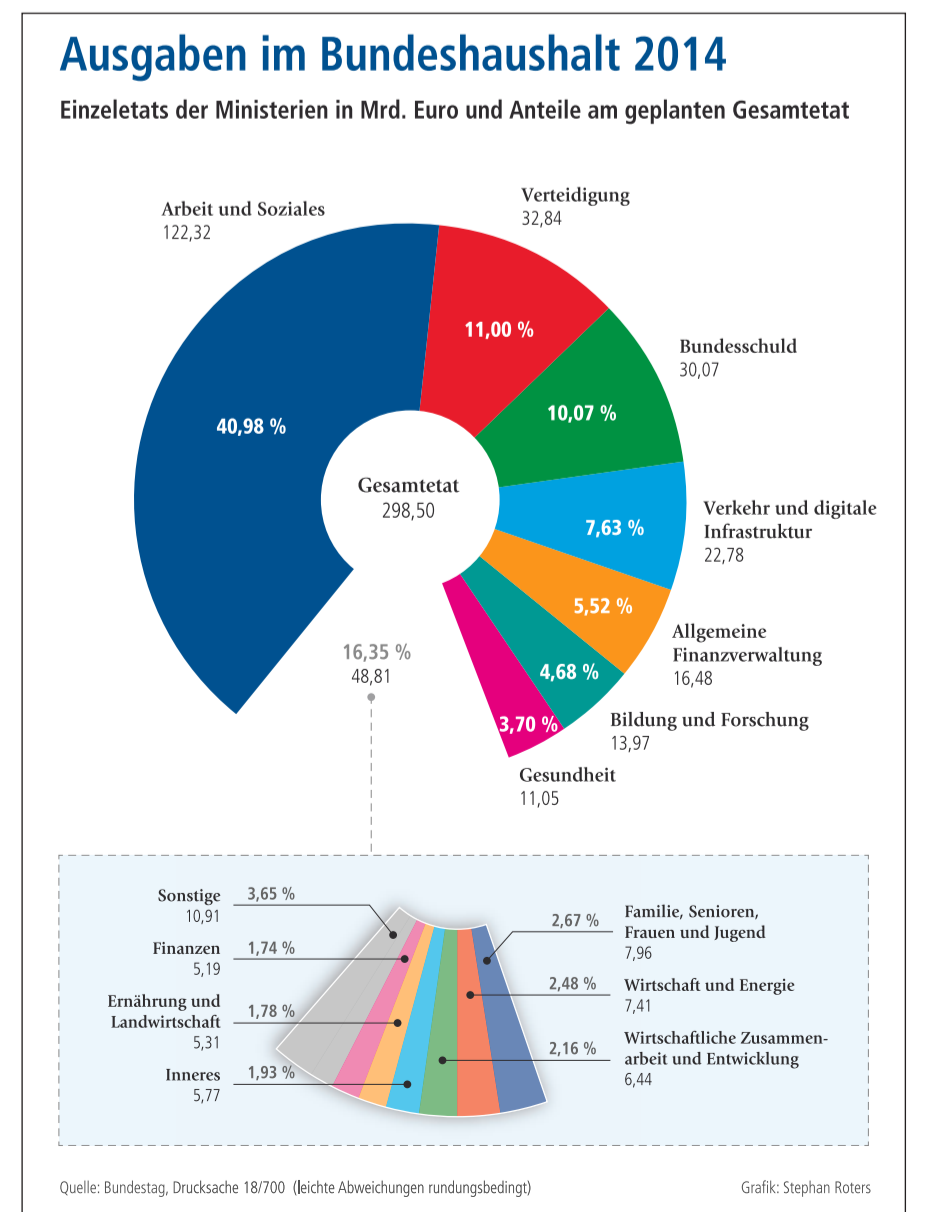
**Bundshaushalt**

Haushaltsplan – hört sich kompliziert an, ist aber recht einfach. Denn jede Familie führt einen Haushalt und muss für ihr tägliches Leben Geld haben. Auch da können die Eltern nur das ausgeben, was sie vorher eingenommen haben. So macht das auch der Staat. Über Steuern nimmt er Geld ein und gibt es dann wieder für wichtige Dinge aus. Zum Beispiel, um Fahrradwege zu bauen. Weil der Haushalt von Deutschland sehr hoch ist, ist eine genaue Planung der Einnahmen und Ausgaben wichtig. Das gewählte Familienoberhaupt von Deutschland, der Bundestag, hat vergangene Woche zum ersten Mal darüber beraten, wie der Haushalt 2014 genau aussehen und wieviel Geld wofür ausgegeben werden soll.

SPD-Fraktion, Carsten Schneider, ist der ausgeglichene Haushalt ein Paradigmenwechsel. »Wir wollen einen soliden finanzierten Haushalt«, sagte er. Um noch



Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 2014		EINNAHMEN		AUSGABEN	
		2014 in 1.000 €	Veränderungen zu 2013 in 1.000 €	2014 in 1.000 €	Veränderungen zu 2013 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	33.110	+ 656
02	Deutscher Bundestag	1.825	- 7	748.630	+ 17.178
03	Bundesrat	73	- 8	23.000	+ 187
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.165	+ 53	1.997.133	- 56.392
05	Auswärtiges Amt	145.215	+ 21.364	3.633.455	+ 147.648
06	Bundesministerium des Innern	405.915	+ 44	5.770.901	- 79.643
07	Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz	464.834	- 19.491	641.268	+ 34.432
08	Bundesministerium der Finanzen	1.038.693	+ 792.471	5.188.279	+ 169.873
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	427.075	+ 762	7.407.112	+ 1.287.950
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	120.489	+ 57.335	5.310.197	+ 41.013
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.863.261	+ 280.956	122.318.255	+ 3.089.123
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	5.200.367	- 532.253	22.783.260	- 3.627.721
14	Bundesministerium der Verteidigung	292.054	- 31.278	32.835.676	- 422.428
15	Bundesministerium für Gesundheit	99.546	+ 6.084	11.054.651	- 932.211
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	764.748	+ 438.224	3.646.836	+ 2.002.738
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	68.452	+ 739	7.959.563	+ 1.077.809
19	Bundesverfassungsgericht	40	-	46.065	+ 936
20	Bundesrechnungshof	340	- 14	135.989	+ 3.138
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	566.030	+ 6.437	6.443.836	+ 147.395
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	89.426	- 22.320	13.967.900	+ 227.550
32	Bundesschuld	7.748.774	- 18.602.220	30.073.627	- 2.909.599
60	Allgemeine Finanzverwaltung	279.199.476	+ 6.103.122	16.481.212	- 11.719.632
<b>SUMME</b>		<b>298.500.000</b>	<b>- 11.500.000</b>	<b>298.500.000</b>	<b>- 11.500.000</b>

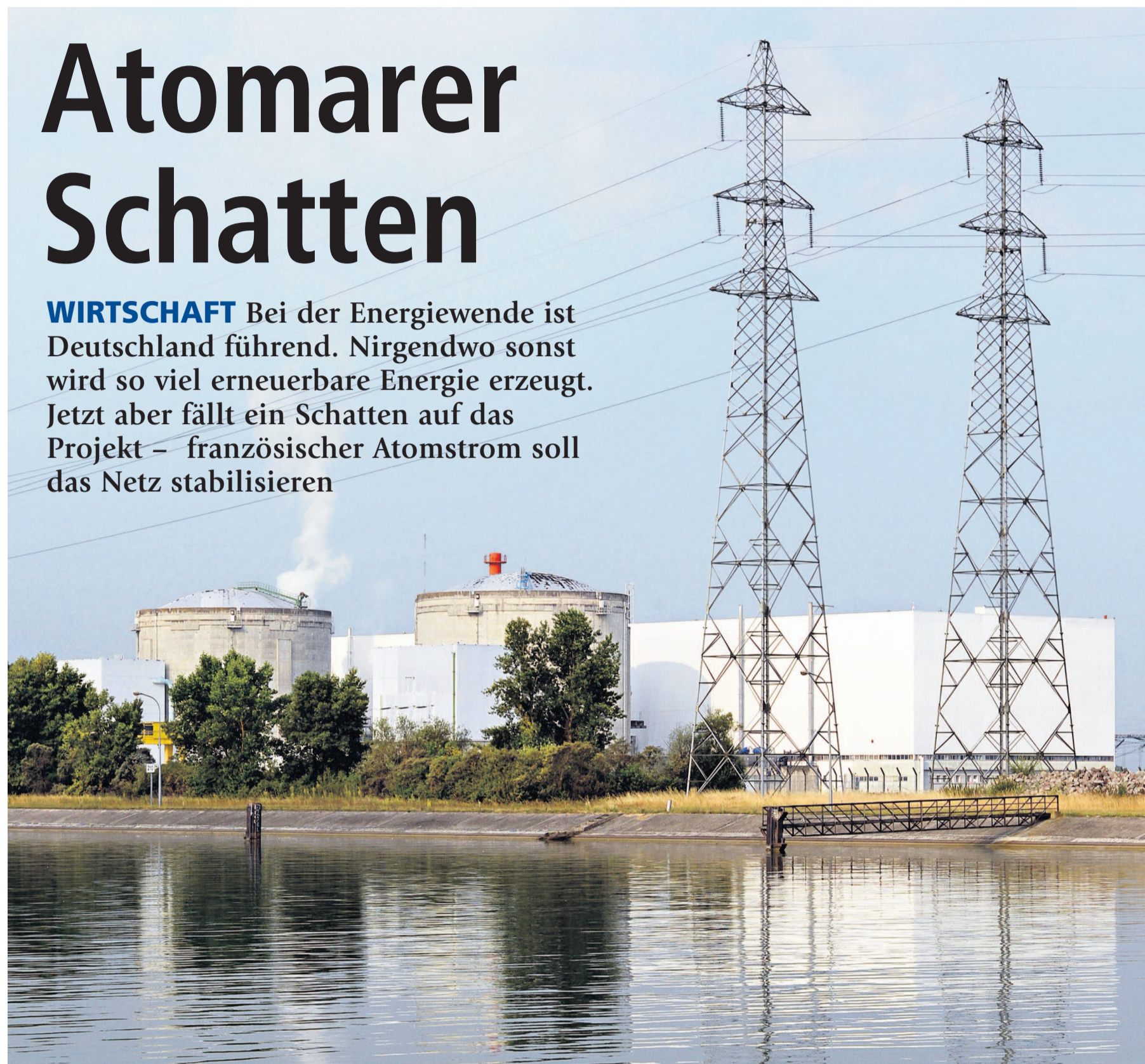


Quelle: Bundestag, Drucksache 18/700

Grafik: Stephan Roters

Quelle: Bundestag, Drucksache 18/700 (leichte Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters



# Atomarer Schatten

**WIRTSCHAFT** Bei der Energiewende ist Deutschland führend. Nirgendwo sonst wird so viel erneuerbare Energie erzeugt. Jetzt aber fällt ein Schatten auf das Projekt – französischer Atomstrom soll das Netz stabilisieren

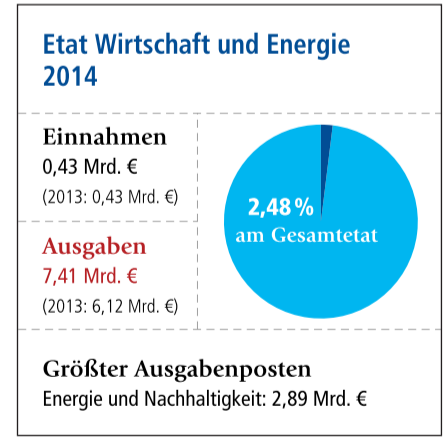
Strom aus dem ältesten französischen Atomkraftwerk Fessenheim soll die deutsche Netzspannung stabilisieren helfen.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel wirkt verärgert. Natürlich sei die Energiewende ein auf dieser Welt einmaliges Projekt und auch sehr erfolgreich, versicherte der SPD-Chef in der Wirtschaftsdebatte des Bundestages am vergangenen Donnerstag. Aber „zur Wahrheit gehört auch, dass wir die Komplexität der Herausforderung unterschätzt haben“, räumt Gabriel unumwunden ein. Es sei ein Fehler gewesen, in der Vergangenheit nur auf die Schnelligkeit des Ausbaus und nicht auf die Planbarkeit und Berechenbarkeit gesetzt zu haben. Wenn die Stabilität in Netzen von den Übertragungsnetzbetreibern nur „unter Hinzurechnung von Kernkraftwerken im Ausland, die wir seit Jahren geschlossen sehen wollen“, sichergestellt werden könne, „dann muss es ein Problem in der Art unserer Energiewende geben“.

**Netzreserve** Gabriel reagierte damit auf einen Zeitungsbericht, wonach die Bundesnetzagentur angeblich das älteste französische Kernkraftwerk Fessenheim am Rhein als Reserve zur Abwendung eines Blackouts in Deutschland ansieht. Die missliche Lage entsteht, wenn das fränkische Kernkraftwerk Grafenrheinfeld vom Netz geht. Betreiber Eon plant die Abschaltung im nächsten Jahr. Die Folge ist eigentlich unklar: Französischer Atomstrom soll dann die deutsche Energiewende im Lot halten. Dazu soll es nach dem Willen der Großen Koalition nicht kommen. Der CDU-Wirtschaftsexperte Michael Fuchs erklärte, wenn die Bundesnetzagentur mit Stromlieferungen aus Fessenheim planen müsse, um

sicherzustellen, dass Grafenrheinfeld abgeschaltet werden könne, „dann ist das sicherlich ein Fehler“. Fessenheim sei mit über 40 Jahren Laufzeit das älteste Kraftwerk Frankreichs, und „es wird allerhöchste Zeit, dass das abgeschaltet wird“, forderte Fuchs. Es müsse viel mehr Intensität in den Netzausbau gelegt werden. Nur dann könne die Wiederanschaltung von Atomkraftwerken verhindert werden. Fuchs warnte vor einem schleichenden Abschied der Industrie durch hohe Energiekosten und forderte Investitionen in Speichertechnologien. Wie schon bei der Generalaussprache am Vortag ging es auch bei der Wirtschaftsdebatte um die von der Koalition geplante Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Gabriel meinte, die Bürger wollten die Energiewende, „aber eine Energiewende, die nicht mehr im Treibsand politischer Verantwortungslässigkeit versinkt und nicht im Nebeneinander und Gegeneinander von Interessen- und Lobbyistengruppen feststeckt, sondern politisch vorangetrieben wird“. Es müsse wieder Planungs- und Versorgungssicherheit geben, Kostenexplosionen dürften nicht ignoriert werden. Hier habe diese Regierung nach 100 Tagen schon mehr geleistet als andere in einer ganzen Legislaturperiode. Gabriel sagte, die Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) schaffe berechenbare Ausbaukorridore und neu justierte Förderung sowie Schritte zur Marktintegration auf dem Weg zu Ausschreibungen. Zugleich sei es gelungen, in den Verhandlungen mit der EU-Kommission die Wirtschaft vor unzumutbaren Belastungen zu bewahren. „Das ist nicht irgendein Nebeneffekt, sondern die Voraussetzung dafür,

das wir die Unterstützung unserer Bevölkerung für die Energiewende beibehalten. Wer glaubt, die Gefährdung hunderttausender Industriearbeitsplätze hätte keine Auswirkung auf die Unterstützung der Energiewende, der irrt sich gewaltig“, warnte Gabriel. Industrieller Erfolg, Klimaschutz und Energiewende müssten zusammenpassen. Die Wirtschaft trage fast genau so viel zur EEG-Umlage bei wie die privaten Verbraucher. Wenn die Befreiung der Wirtschaft komplett aufgegeben worden wäre, würde sich die Entlastung eines Drei-Personen-Haushaltes bei 40 Euro im Jahr bewegen. Da könne man durch Wechsel des Stromanbieters mehr sparen. Dagegen hätten durch den Wegfall der Befreiungen Hunderttausende ihre Arbeitsplätze verlieren können. Die EEG-Umlage und nicht die Industriefreiung sei zu einer „massiven Belastung“ geworden. Thomas Jurk (SPD) lobte Gabriel für dessen „Herkulesarbeit“ bei der EEG-Reform.



Massive Kritik an den EEG-Plänen der Koalition gab es von den Grünen. Gabriel würgte die Photovoltaik und Bioenergie ab. Das wäre auch bei der Windenergie geschehen, wenn die Bundesländer nicht „den dümmsten Irrsinn“ verhindert hätten, kritisierte Oliver Krischer. Aber Gabriel lasse sich von dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU), den Krischer als „energiepolitischen Amokläufer“ bezeichnete, erpressen, indem einer Änderung des Bundesbaugesetzes zugestimmt werde. Durch den Mindestabstand von 2.000 Metern von jeder Wohnbebauung „verhindern Sie jede Windenergieanlage in Deutschland“, warnte Krischer. Die Ausnahmeregelungen für die Industrie beim EEG seien ein „Husarenstück“. Angekündigt worden sei eine Entlastung der Verbraucher in Höhe von einer Milliarde Euro. Die Mehrbelastung betrage aber 2,5 Milliarden Euro. Wenn nur die Verbraucher zahlen und die Industrie nur profitiere, zerstöre das die Akzeptanz der Energiewende. Roland Claus (Linke) kritisierte, dass nur ein Prozent des Bundeshaushalts in die Wirtschaftsförderung fließen würde. „Damit kann man nicht wirklich Wirtschaftspolitik machen“, kritisierte Claus, der ein großes Zukunftsinvestitionsprogramm forderte. Dann müsse aber über neue Einnahmemöglichkeiten geredet werden. Zugleich kritisierte Claus „Haushaltstricks“ zur Subventionierung staatsnaher Monopolisten wie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt, das aus mehreren Einzelplänen subventioniert werde. Solche Tricks, aus mehreren Etats die gleichen Institutionen zu subventionieren, „werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen“, mahnte der Links-Politiker. Hans-Jürgen Leersch

## 6,1 Milliarden Euro mehr

**ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG** Steuern steigen

In diesem Jahr sollen die Einnahmen um 6,1 Milliarden Euro auf 279,2 Milliarden Euro (2013: 273,1 Milliarden Euro) steigen. Im Wesentlichen stammen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die 2014 insgesamt 269,14 Milliarden Euro (260,92 Milliarden Euro) betragen sollen. Die Verwaltungseinnahmen sollen hingegen von 10,04 Milliarden Euro auf 7,19 Milliarden Euro fallen. Im Einzelnen erwartet die Regierung bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung von 78,78 Milliarden Euro auf 82,02 Milliarden Euro. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer sind 70,59 Milliarden Euro (66,77 Milliarden Euro) vorgesehen; der 50prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 10,35

Milliarden Euro (10,29 Milliarden Euro) betragen. Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt 39,05 Milliarden Euro (39,77 Milliarden Euro) und der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2,5 Milliarden Euro (1,5 Milliarden Euro) betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von 975 Millionen Euro (4,35 Milliarden Euro). Im Bereich „Leistungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit“ sollen die Ausgaben bei 371,42 Millionen Euro (282,15 Millionen Euro) liegen. Dabei werden die Zuweisungen an den Entschädigungsfonds auf 250 Millionen Euro (150 Millionen Euro) erhöht. mik

## Weniger Ausgaben geplant

**KANZLERETAT** Auch Merkels Amt muss sparen

Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2014 über 1,99 Milliarden Euro verfügen. Das sind 56,39 Millionen Euro weniger als im vergangenen Jahr (2013: 2,03 Milliarden Euro). Während für das Personal insgesamt 267,94 Millionen Euro (267,98 Millionen Euro) eingeplant sind, sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben 682,09 Millionen Euro (657,11 Millionen Euro) betragen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind nach 890,03 Millionen Euro 2014 insgesamt 884,51 Millionen Euro eingeplant. Den größten Anteil am Gesamtetat hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Hier sollen 1,04 Milliarden Euro (1,12 Milliarden Euro) zur Verfügung

stehen. Für die Bundeskanzlerin und ihr Amt sind 52,21 Millionen Euro (47,41 Millionen Euro) eingeplant. Die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sollen von 96,14 Millionen Euro auf 97,09 Millionen Euro steigen. Der Etat der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR soll 101,38 Millionen Euro (99,97 Millionen Euro) umfassen und für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sind 4,95 Millionen Euro (5,04 Millionen Euro) bereitgestellt. Die Ausgaben des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sollen 1,04 Millionen Euro (991.000 Euro) betragen. mik

## Geld auch für Künstlerhilfe

**BUNDESPRÄSIDENT** Ausgaben beinahe unverändert

Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt sollen 2014 über 33,11 Millionen Euro (2013: 32,45 Millionen Euro) verfügen können. Dabei sollen die Personalausgaben von 18,32 Millionen Euro auf 18,47 Millionen Euro und die sächlichen Verwaltungsausgaben von 9,44 Millionen Euro auf 9,64 Millionen Euro steigen. Für Investitionen sind nach 1,12 Millionen Euro im vergangenen Jahr für dieses Jahr 1,04 Millionen Euro eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 3,95 Millionen Euro (3,91 Millionen Euro) vorgesehen. Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen beinahe unverändert 4,72 Millionen Euro betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie

bisher 3,65 Millionen Euro vorgesehen. 2,3 Millionen Euro davon sind gleichbleibend für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert. 1,35 Millionen Euro sind wie in diesem Jahr vorgesehen für die Gewährung von Ehrengaben an Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die Ausgaben aus besonderer Veranlassung. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie. Die Bezüge des Bundespräsidenten sollen 214.000 Euro betragen. Das Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) soll in diesem Jahr über 1,89 Millionen Euro verfügen können. Das sind 3.000 Euro mehr als 2013. Die Personalausgaben betragen hier 1,25 Millionen Euro (1,27 Millionen Euro). mik

## Suche nach einem Konsens

**UMWELT** Endlager-Kommission kann ihre Arbeit aufnehmen

Die Kommission zur Suche nach einem Atomendlager ist beschlossen. Der Bundestag votierte am vergangenen Donnerstag für einen entsprechenden Antrag (18/1068) der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Einen Antrag (18/1069) der Linkfraktion lehnte er ab. Die Fraktion hält vor der Konstituierung der Kommission weitere Vorarbeiten für erforderlich. Ziel der 33-köpfigen Kommission ist es, einen gesellschaftlichen Konsens in der Frage der sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle zu finden. Außerdem soll sie das Standortauswahlgesetz, das 2013 verabschiedet wurde und die Grundlage für das Auswahlverfahren bildet, evaluieren. An der Endlager-suche sollen Vertreter zahlreicher gesellschaftlich relevanter Gruppen, wie Kirchen,

Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft, beteiligt werden. Die beiden für die Umweltverbände vorgesehenen Plätze bleiben bisher frei. Einige Umweltverbände haben mehr Beratungszeit gefordert, andere bereits angekündigt, sich nicht beteiligen zu wollen. Sie hatten vergeblich gefordert, den niedersächsischen Standort Gorleben aus der Endlager-suche herauszunehmen. Die übrigen Mitglieder der Kommission hat das Parlament am Donnerstag gewählt (18/1070, 18/1071). Danach sitzen für die CDU/CSU-Fraktion Andreas Jung, Steffen Kanitz, Florian Oßner und Eckhard Pols in der Kommission, für die SPD-Fraktion Matthias Miersch und Ute Vogt. Hubert Zdebel vertritt die Linkfraktion, Sylvia Kotting-Uhl die Grünen-Fraktion. joh

## Neue Kompetenzen, neue Mittel

**UMWELT** Ministerin Hendricks (SPD) darf sich über einen deutlich höheren Etat freuen. Vor allem die Mittel für den Klimaschutz, die Städtebauförderung und das Programm »Soziale Stadt« steigen

Städtebau rein, Energiewende raus: Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, hat einen neuen Zuschnitt erhalten. Entsprechend verändert im Vergleich zum Vorjahr sieht auch der Etatansatz für 2014 aus: Mit 3,65 Milliarden Euro darf Ministerin Barbara Hendricks (SPD) rund zwei Milliarden Euro mehr ausgeben. Größter Posten im Etat ist denn auch der Bereich Bau und Stadtentwicklung mit Ausgaben von 2,06 Milliarden Euro. Allein 1,35 Milliarden Euro an Investitionen sind geplant. Weil das Ministerium nicht mehr für die Energiewende zuständig ist, sollen

zugleich 425 Millionen Euro an das Wirtschafts- und Energieministerium wandern. Für den Bereich Umweltschutz sieht der Entwurf 114,19 Millionen Euro vor, knapp 2,5 Millionen Euro mehr als 2013. Die Ausgaben für den Klimaschutz sollen deutlich steigen – nämlich um 223,61 Millionen Euro auf 386,19 Millionen Euro. Allein 309,1 Millionen Euro davon – ein Plus von 189,1 Millionen Euro – sind für die internationale Klimaschutzinitiative vorgesehen, dessen Hauptaufgabe es ist, den weltweiten Treibhausgasausstoß zu verringern.

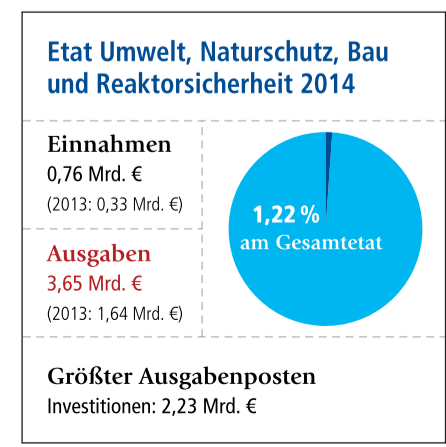
**Mittel bereits verplant** Bei der Einbringung des Haushalts am vergangenen Donnerstag begrüßte Ministerin Hendricks den neuen Zuschnitt des Ministeriums. Die Bereiche Bau und Stadtentwicklung liefern sich so besser mit den Themen Umwelt- und Naturschutz verbinden. Was den Mit-

telaufwuchs angeht, machte sie aber auch deutlich, „dass die Bauleute zwar neues Geld mitgebracht haben, mit Ausnahme der Städtebauförderung dieses Geld aber schon in Projekten verplant“ sei. Eine Aussage, die Roland Claus (Die Linke) veranlasste, der Ministerin einen Rat zu geben: „Wenn Sie den Bauleuten das glauben, haben Sie schon verloren.“ Sein Fraktionskollege Ralph Lenkert zeigte sich enttäuscht von dem Etatentwurf. Die Mittel für die nationale Klimaschutzinitiative würden um ein Drittel gekürzt, dem Waldklimafonds die Hälfte seiner Mittel gestrichen. Der Energieeffizienzfonds verliere 43 Prozent. Im Gesamthaushalt des Bundes seien 400 Millionen Euro weniger für den Schutz des Klimas und für den Schutz der Menschen vor den Folgen des Klimawandels vorgesehen. Um „vermeintliche Wettbewerbsnachteile“ energieintensiver Indus-

trieunternehmen durch die Energiewende auszugleichen, seien auf der anderen Seite 350 Millionen Euro an Zuschüssen aus dem Klimafonds geplant. „Das ist Irrsinn“, urteilte der Linkenabgeordnete. Sven Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) schlug in die gleiche Kerbe. Wenn man sich die Haushaltsansätze im Umweltministerium, im Entwicklungsministerium und beim Energie- und Klimafonds anschau, sehe man, dass beim internationalen Klimaschutz 2014 mindestens 350 Millionen Euro weggekürzt würden. Die Übertragung zentraler Kompetenzen für den Klimaschutz auf das Wirtschaftsministerium sei zudem „nicht nur eine Blamage für das Umweltministerium, sondern auch eine Katastrophe für den Klimaschutz“. Christian Haase (CDU) verwies hingegen darauf, dass in den Etats der anderen Ministerien weitere 6,6 Milliarden Euro für den

Umweltschutz vorgesehen seien. Wenn man die 1,6 Milliarden Euro für den Energie- und Klimafonds dazu nehme, werde deutlich, „welche Summe wir in diesem Be-

reich in die Hand nehmen“. Haase lobte zudem die Mittelsteigerung von 455 auf 700 Millionen Euro bei der Städtebauförderung. Dies sei ein „klares Bekenntnis“ des Bundes, dass er Kommunen bei der Bewältigung des demografischen, sozialen und ökonomischen Wandels unterstützen wolle. Als „großen Erfolg“ bezeichnete auch Steffen-Claudio Lemme (SPD) den Mittelaufwuchs beim Städtebau. Mindestens ebenso wichtig sei jedoch die Steigerung von 40 auf 150 Millionen Euro für das Programm „Soziale Stadt“. Mit dem Programm werden unter anderem Begegnungsorte, Stadtteil- oder Familienzentren unterstützt, auch um die bessere Integration von Zuwanderern zu ermöglichen. Lob gab es dafür auch vom Grünen-Haushaltsexperten Kindler. Sein Kritikpunkt allerdings: Die Gegenfinanzierung funktioniere nach dem Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“. Götz Hausing





Zusammen mit Vertretern von Siemens und der Deutschen Bahn AG präsentiert Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU, 2. von rechts) den neuen ICE 3. Die Investitionen in die Bahn sollen wachsen.

# Vorfahrt für die Infrastruktur

**VERKEHR** Ministerium hat größten Investitionsetat. Opposition kritisiert »markige Sprüche«

Kein Ministerium hat so viele Investitionsmittel wie das für Verkehr und digitale Infrastruktur: 12,55 Milliarden Euro, bei Gesamtausgaben von 22,78 Milliarden im Regierungsentwurf des Etats 2014 (18/700, Einzelplan 12). Das ist zwar weniger als im vergangenen Jahr, doch sind die Zahlen nicht direkt vergleichbar. Denn das Haus hat unter der neuen Koalition den Bereich Bau und Stadtentwicklung an das jetzige Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit abgeben müssen. Dafür hat es den neugeschaffenen Bereich digitale Infrastruktur dazubekommen.

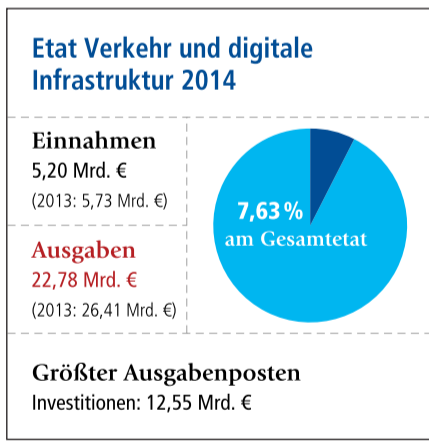
**Steigerung der Investitionen** Bei den verbleibenden Bereichen ist tatsächlich eine Steigerung der Investitionen geplant, so bei den Bundesfernstraßen von 1,45 Milliarden Euro im zurückliegenden Jahr auf 1,94 Milliarden 2014. Dazu sollen 3,06 Milliarden Investitionen aus den Einnahmen der Lkw-Maut kommen. Bei der Bahn sollen die Investitionen von 4,15 auf 4,2 Milliarden wachsen, bei den Bundeswasserstraßen minimal von 881,5 auf 882,86 Millionen. Für die hinzugekommene digitale Infrastruktur sind für das laufende Jahr lediglich 13,04 Millionen Euro eingeplant. Er habe aber mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vereinbart, dass die Einnahmen aus der Versteigerung von Frequenzen „zu einem Großteil wieder in die digitale Infrastruktur gesteckt werden“, sagte Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) am vergangenen Freitag im Bundestag. Die Regierung werde deshalb ihr Ziel erreichen, flächendeckend schnelles Internet mit 50 Mbit/s zu gewährleisten. Dobrindt sagte in seiner Haushaltsrede, eine leistungsfähige Infrastruktur sei „Grundlage für unseren Wohlstand“. Wer glaube, er könne Wirtschaftswachstum vom Wachstum der Infrastruktur abkoppeln, „wird uns am Schluss vom Wohlstand abkoppeln“. Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen müssten sich an der „verkehrlichen Gesamtwirkung und dem volkswirtschaftlichen Nutzen orientieren“. Die Bundesregierung wolle diese Investitionen bis 2017 um fünf Milliarden Euro steigern. Maßgabe bleibe wie schon in den letzten Jahren: „Erhalt geht vor Neubau“, versicherte Dobrindt. Wegen des besonders schlechten Zustands vieler Straßen- und Bahnbrücken kündigte der Minister für die nächste Zeit ein „Sondersanierungsprogramm für Brücken“ an. Trotzdem müsse auch in den Neubau investiert werden. Er habe allerdings den Verkehrsministern der Länder mitgeteilt, dass alle Projekte im Bundesverkehrsplan, die nicht bis 2015 im Bau sind, neu überprüft würden. Eine unsichere Größe sind die Einnahmen aus der Lkw-Maut. Ein Gutachten hat hier unlängst Minderereinnahmen von zwei Milliarden Euro prognostiziert, was an der teilweise Abhängigkeit der Mautzahlungen vom Zinsniveau liegt – ein „ausdrücklicher Fehler“, wie Dobrindt sagte, den „wir an-

greifen und ändern“. Obwohl die Maut auf leichtere Lkw sowie schrittweise auf alle Bundesstraßen ausgeweitet werden solle, könne noch eine Finanzierungslücke bleiben, stellte Dobrindt fest. Er habe jedoch mit dem Finanzminister vereinbart, dass diese Lücke aus allgemeinen Haushaltsmitteln ausgeglichen würde.

**Pkw-Maut** Der Verkehrsminister kündigte an, die umstrittene Pkw-Maut zum 1. Januar 2016 einzuführen. Wie sie ausgestaltet sein soll, ließ er offen. Roland Claus (Die Linke) kreidete ihm das an: „Was überhaupt nicht geht, ist Ihr öffentliches Schwadronieren über eine Pkw-Maut für Ausländer, und im Parlament dazu kein Wort zu sagen.“ Der Redner der größten Oppositionsfraktion verwies in seiner Erwiderung auf ständige Probleme bei Verkehrsprojekten wie dem Bau des neuen Berliner Flughafens und der Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals und folgte: „In Ihrem Ministerium ist das viele Geld leider nicht in guten Händen.“ Angesichts der erwarteten Lücke bei den Maut-Einnahmen, die er auf eine halbe Milliarde Euro bezifferte, bezweifelte Claus, dass dieser Betrag aus den allgemeinen Haushaltsmitteln ausgeglichen werden könne. Zur Bahn verwies Claus darauf, dass in den Privatisierungsberichten der Bundesregierung noch immer das Ziel eines Börsengangs stehe. Er glaube Dobrindt und Bahnchef Grube, wenn sie versicherten: „Niemand hat die Absicht...“, sagte Claus mit hoher Stimme zum Gelächter seiner Fraktionskollegen.

Aber, an Dobrindt gewandt: „Haben Sie doch den Mut zu sagen: Wir haben da einen Fehler gemacht, die Privatisierung und der geplante Börsengang sind vom Tisch.“ „Unser Motto heißt: Wir reparieren Deutschland“, so fasste Sören Bartol (SPD) plakativ den Verkehrsetat 2014 zusammen. Er enthalte „die höchste Summe, die jemals für die Sanierung unserer Straßen und Schienen ausgegeben wurde“. Bis 2017 sollten diese Mittel weiter wachsen. Mit der in der Vorwoche vorgestellten neuen Konzeption des Bundesverkehrswegeplans 2015 gehe die Große Koalition „einen mutigen Schritt nach vorne“. Der Bund werde künftig vorrangig dort investieren, wo es von überregionaler, nationaler Bedeutung ist. Kein Lob erhielt Dobrindt von Bündnis 90/Die Grünen. Sven-Christian Kindler

hielt ihm vor, die Infrastruktur weiter auf Verschleiß zu fahren. Es gebe ein riesiges Defizit beim Erhalt und der Sanierung von Verkehrswegen, doch „im Haushalt gehen Sie das Problem überhaupt nicht an“. Die zusätzlichen fünf Milliarden, die Dobrindt jetzt für vier Jahre in den Haushalt einstellen wolle, seien überwiegend für den Neubau von Straßen vorgesehen. Man müsse aber vor allem in den Erhalt investieren, sowie in „sinnvolle Zukunftsprojekte, die auch wichtig für den Klimaschutz sind“. Zu Dobrindts Plänen für den Ausbau der digitalen Infrastruktur sagte Kindler: „Bis jetzt ist das alles nur virtuelle Realität.“ In Dobrindts Haushaltsrede wollte der Grüne „null Substanz, nur markige Sprüche“ erkannt haben. „Der Bundestag ist kein CSU-Parteitag“, hielt er Dobrindt entgegen. Dieser betriebe „CSU-Klientelpolitik“. Kindler warnte vor einer „Bevorzugung Bayerns“ im neuen Bundesverkehrswegeplan. Weil er in diesem Zusammenhang von einer blau-weißen Fahne gesprochen hatte, wies im Anschluss Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) darauf hin, dass die Fahne Bayerns weiß-blau sei. Blau-weiß seien die Farben von Schalke und Dobrindt sei gewiss kein Schalke-Fan. Reinhold Sendker (CDU) verwies auf die Aufgabe der Verkehrspolitik, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die Zahl der Verkehrstoten pro Tag sei seit 1970 von 58 auf neun zurückgegangen. Man sei „erkennbar auf einem guten Weg, diese Zahl weiter zu senken“.



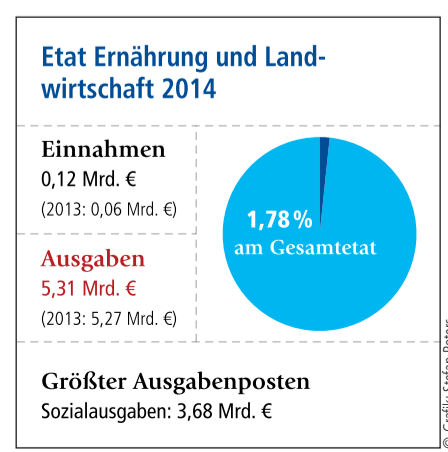
## Agrar-Etat sichert Bauern ab

**LANDWIRTSCHAFT** Sozialausgaben von 3,6 Milliarden Euro stehen im Zentrum des Landwirtschaftshaushaltes

Der Agrar-Etat der Bundesregierung dreht sich im Kern um die soziale Absicherung der Bauern. Das betonte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) vergangene Woche bei der Einbringung des Einzelplans 10 (18/700) des Bundeshaushalts: „Der Entwurf ist in erster Linie ein sozialer Agrarhaushalt.“ Ziel der Koalition sei es, die Lebensgrundlage der Landwirte abzusichern, „damit Landwirtschaft möglich bleibt“.

**Etat von 5,3 Milliarden Euro** Insgesamt stehen dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft für das Jahr 2014 rund 5,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Rund 70 Prozent der Mittel fließen in die Alters-, Kranken- und Unfallversicherung der Land- und Forstwirtschaft. „Das sind 3,7 Milliarden Euro“, sagte Schmidt. Mit einem Zuschlag von 62 Millionen Euro soll zudem die Kürzung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds ausgeglichen werden. „Das ist eine Gerechtigkeitsfrage, denn die Landwirte wären als einzige Bevölkerungsgruppe dadurch belastet worden“, betonte der Minister. Wenig Verständnis zeigte Kirsten Tackmann (Die Linke) dafür, dass die Bundesregierung den „Export in kaufkräftige Märkte vorantreiben will“. Diese Strategie helfe weder

den Empfängerländern, noch den heimischen Landwirten, deren Einkommen trotz Subventionen im Vergleich zu den Industrieerwerbenden rund 40 Prozent niedriger ausfallen würden. Stattdessen forderte sie, dass der Bodenerwerb durch nichtlandwirtschaftliche Investoren verhindert werden muss, weil die Bodenpreise zu hoch seien. Zudem sollen steuerbegünstigte Risikoprüfungslagen ermöglicht werden, die Betriebe über Notzeiten helfen könnten. Ebenso forderte Tackmann einen Notfallfonds für tierhaltende Unternehmen, um auf Tierseuchen vorbereitet zu sein.



Ulrich Freese stellte für die SPD-Fraktion fest, dass der Agrar-Etat ein kleiner Haushalt ist, der 1,7 Prozent der Gesamtausgaben der Bundesrepublik ausmacht. Einsparpotenzial sah der Sozialdemokrat bei den Verwaltungskosten der Versicherungen: „Gemeinschaftliche Sozialversicherungsträger sind die Kosten mit etwa 340 Millionen Euro zu hoch.“ Einen weiteren Schwerpunkt setzte Freese mit der Ankündigung, dass die Bauern nicht mehr benachteiligt werden sollen, wenn sie ihren Hof weiter bewirtschaften, obwohl sie das Rentenalter erreicht haben. Musste bisher aufgrund der Hofabgabeklausel ein Landwirt die Bewirtschaftung aufgeben, könnte in Zukunft die Auszahlung der Rente mit einem Abschlag von zehn Prozent gewährt werden, wenn der Hof nicht abgegeben wird. Bis zum Sommer soll dazu ein Vorschlag vorliegen. Mit der Feststellung „Versprochen, gebrochen“ fasste Friedrich Ostendorf (Bündnis 90/Die Grünen) seine Bewertung des Haushaltsentwurfs zusammen. Ostendorf kreidete an, dass „Schmidt nicht einhält“, was der Ministerpräsident Bayerns, Horst Seehofer (CSU), angekündigt habe. Die Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ hätte demnach um 200 Millionen

Euro aufgestockt werden sollen, um geringere Zuweisungen aus der EU auszugleichen. Der Etat sei „konzeptlos“ und verwalte den Status quo, ohne den ländlichen Raum attraktiver zu machen. Als Gegenmaßnahme schlug er vor, rund 360 Millionen Euro durch die Streichung der Agrardieselsubvention einzusparen und das Geld in den Umbau der Landwirtschaft zu investieren. Für die CDU verteidigte Franz Josef Jung den Haushaltsentwurf, der das vielfältige, hochwertige und erschwingliche Angebot an Lebensmitteln in Deutschland garantiert. Um das zu leisten, würden die Bauernfamilien Sicherheit und Perspektiven brauchen. Jung betonte, dass der Entwurf auch den Tierschutz im Blick habe. „Wir wollen die Agrarforschung besser verzahnen und haben für Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation 510 Millionen Euro veranschlagt“, sagte er. „Dies dient auch dazu, neue Tierschutzmaßnahmen in die betriebliche Praxis umzusetzen.“ Jan Eisel



### KURZ NOTIERT

#### 507,12 Millionen Euro für das Personal

Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlaments können im Jahr 2014 über 748,63 Millionen Euro verfügen. Das sind 17,18 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr (2013: 731,45 Millionen Euro). Die meisten Mittel sind dabei für das Personal reserviert. Die Ausgaben betragen dafür 507,12 Millionen Euro (499,49 Millionen Euro). Für Investitionen sind 23,08 Millionen Euro (14,95 Millionen Euro) eingeplant und für sächlichen Verwaltungsausgaben 119,11 Millionen Euro (118,25 Millionen Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 99,31 Millionen Euro (98,77 Millionen Euro) vorgesehen. Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sollen 2014 rund 4,14 Millionen Euro (4,02 Millionen Euro) betragen. Für die 99 Abgeordneten der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament stehen in diesem Jahr insgesamt 6,48 Millionen Euro (6,06 Millionen Euro) bereit. mik

#### Etat des Bundesrates steigt leicht

Der Etat des Bundesrates soll von 22,81 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf 23 Millionen Euro im Jahr 2014 steigen. Dabei fallen die Personalausgaben der Länderkammer von 14,67 Millionen Euro auf 14,59 Millionen Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben sollen 7,89 Millionen Euro (2013: 7,49) zur Verfügung stehen. Für Investitionen sind nach 325.000 Euro im Haushaltsjahr 2013 in diesem Jahr 240.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) stehen 240.000 Euro (325.000 Euro) bereit. mik

#### Weniger Mittel für die Prüfungsämter des Bundes

Die Ausgaben des Bundesrechnungshofes sollen 2014 auf 135,99 Millionen Euro (2013: 132,85 Millionen Euro) steigen. Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die von 111,17 Millionen Euro auf 113,35 Millionen Euro wachsen sollen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen ebenfalls von 16,95 Millionen Euro auf 17,02 Millionen Euro steigen. Die Investitionen sollen von 1,88 Millionen Euro auf 1,98 Millionen Euro steigen. Die Zuweisungen und Zuschüsse sollen ebenfalls von 2,85 Millionen Euro auf 3,64 Millionen Euro steigen. Für die sieben Prüfungsämter des Bundes in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Koblenz, München und Stuttgart sollen die Ausgaben 37,56 Millionen Euro (37,62 Millionen Euro) betragen. mik

#### Geringere Ausgaben beim Schuldendienst

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen die Gesamtausgaben bei der Bundesschuld 2014 rund 30,07 Milliarden Euro betragen. Das sind 2,91 Milliarden Euro weniger als vergangenes Jahr (2013: 32,98 Milliarden Euro). Der Schuldendienst soll 28,84 Milliarden Euro (31,6 Milliarden Euro) betragen. Für Investitionen sind 1,2 Milliarden Euro (1,35 Milliarden Euro) vorgesehen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen um 3,58 Millionen Euro auf 34,09 Millionen Euro (37,67 Millionen Euro) fallen. mik

Anzeige

## Ware Mensch



### Ware Mensch – Die Ökonomisierung der Welt

Herausgegeben von Heinz-Dieter Assmann, Frank Baasner und Jürgen Wertheimer

2014, 241 S., brosch., 30,- €

ISBN 978-3-8487-0383-8

(Wertwelten, Bd. 4)

www.nomos-shop.de/20735



Kostenlose Leseprobe

Die Frage nach dem „Wert“ des Menschen hat sich im Laufe des vergangenen Jahrhunderts von der anthropologischen oder ethischen auf die ökonomische Ebene verlagert. Überlegungen nach Rentabilität, Preis-Leistungs-Verhältnis und Kosten-Nutzen-Faktor bestimmen weltweit das Denken. Der Band sucht nach Alternativen, ohne dabei die Wucht der Ökonomisierung der Welt zu negieren.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



# »Wir reden über richtig viel Geld«

**ARBEIT UND SOZIALES** Rente, Mindestlohn, Jugendarbeitslosigkeit – der Debatte über den größten Einzelposten des Bundeshaushaltes gehen die Themen nicht aus

Ostern steht vor der Tür und das nahm der SPD-Abgeordnete Ewald Schurer zum Anlass, einen Wunsch zu äußern: „Liebe Kollegen von der Union, hoppeln Sie bitte nicht wie wild durch die Gegend und sagen in den Medien und überall sonst ganz aufgeregt, dass das mit der Rente mit 63 nicht geht!“ Schließlich werde seine Fraktion auch geschlossen für die Mütterrente stimmen, obwohl sie erhebliche Bauchschmerzen mit deren Finanzierung über Beitragsmittel der Rentenversicherung habe. „Sorgt innerhalb des eigenen Lagers für ein bisschen Ordnung“, mahnte also Schurer in der Debatte über den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales am vergangenen Donnerstag. Um diesem Ziel näher zu kommen, wartete er jedoch nicht auf seinen Koalitionspartner, sondern drückte sicherheitsshalber bei der Werbung für die abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren gleich selbst aufs Gaspedal.

Nach den bisherigen Plänen der Bundesregierung sollen ab 1. Juli 2014 Versicherte nach 45 Beitragsjahren mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. In der Union herrscht die große Sorge, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieses Instrument ausnutzen und eine massenhafte Frühverrentungswelle erzeugt wird. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn Firmen ihre Mitarbeiter mit 61 Jahren in die Arbeitslosigkeit entlassen und diese dann nach zwei Jahren Arbeitslosengeldbezug trotzdem die abschlagsfreie Rente erhalten.

Ewald Schurer versuchte sich also in Beruhigung: Nach bisherigen Berechnungen des Ministeriums hätten 150.000 Menschen die Absicht, mit 63 Jahren in Rente zu gehen – zu den jetzigen Bedingungen, also mit Abschlägen. Das Rentenpaket würde die Zahl um 50.000 erhöhen, so dass im Juli rund 200.000 Menschen in den Genuss der Rente ab 63 kämen. „Es sind also keine Millionen.“ Natürlich könne die Rente ab 63 nicht alle Widersprüche innerhalb des Rentensystems auflösen, sagte Schuler, ohne auf diese Widersprüche genauer einzugehen. „Aber sie ist eindeutig ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit für jene Menschen, die nach 45 Beitragsjahren ihre Rente selbst erwirtschaftet haben.“

**Die Hauptausgaben** Die veranschlagte Summe von 900 Millionen Euro, die die Rente ab 63 im ersten Jahr kosten wird, taucht zwar im aktuellen Haushaltsentwurf nicht auf, da das Gesetz noch nicht verabschiedet wurde. Aber auch ohne diesen Posten verschlingen die Leistungen an die Rentenversicherung traditionell den Löwenanteil des 122 Milliarden Euro starken Etats für Arbeit und Soziales. 82,97 Milliarden Euro (2013: 81,16 Milliarden Euro) entfallen darauf. Mit einer ebenfalls beachtlichen Summe, nämlich mit insgesamt 31,36 Milliarden Euro (2013: 31,62 Milliarden Euro), schlagen die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitssuchende zu Buche. Darunter fallen die Leistungen für das Arbeitslosengeld II mit 19,50 Milliarden Euro (2013: 18,96 Milliarden Euro), die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung mit 3,90 Milliarden Euro (2013: 4,70 Milliarden Euro) und die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit mit 3,90 Milliarden Euro, die sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert haben. Deutlich gestiegen ist dagegen die gesetzlich geregelte stärkere Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dadurch werden die Kommunen in diesem Jahr um 5,49 Milliarden Euro (2013: 3,89 Milliarden Euro) entlastet.

**Jugendliche im Zentrum** Angesichts dieser Zahlen betonte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) gleich zu Beginn ihrer Rede: „Wir reden hier heute über richtig viel Geld.“ Ein Satz, den normalerweise die Kritiker des Rentenpakets bemühen, wenn sie auf dessen Kosten hinweisen wollen. Aber Andrea Nahles hatte sich die Arbeit mit ihrem Parteigenossen Schurer geteilt und streifte das Rentenpaket diesmal nur am Rande. Ihr war es wichtiger, einen anderen Schwerpunkt in den Mittelpunkt zu rücken: das Thema Jugendarbeitslosigkeit. Und wie so oft in ihren jüngsten Reden hatte sie auch diesmal ein Beispiel aus der Praxis parat, um zu illustrieren, worum es ihr geht. So habe sie vor Wochen einen jungen Mitarbeiter bei



Die meisten Ostereier verteilt der Sozialetat auch 2014 bei den Renten, den mit Abstand größten Posten.

Airbus in Hamburg kennengelernt, der nur mit Mühe seinen Schulabschluss geschafft hatte. „Wenn sich nicht Leute um ihn gekümmert hätten, dann wäre er vielleicht nicht in Arbeit gekommen, sondern in irgendeinem Gelegenheitsjob gelandet“, sagte Nahles. Um solche Erfolgsgeschichten noch öfter zu realisieren, müsse der Schwerpunkt darauf gelegt werden, den Übergang von der Schule in den Beruf besser zu organisieren. Hierzu müssten die Kooperationen aller beteiligten Ämter verbessert werden. Die Schule sollte sich auch nach Beendigung der Schulzeit dafür verantwortlich fühlen, was aus den jungen Leuten wird. „Es geht darum, dass kein Jugendlicher zurückbleiben darf“, fasste die Ministerin ihr Ziel zusammen.

**8,50 Euro reichen nicht** Die Fraktion Die Linke wiederum kämpft schwerpunktmäßig auf anderem Gebiet wenn nicht für „richtig viel“, so doch für deutlich mehr Geld. Erneut bekräftigte die Fraktion ihren Einsatz für einen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro pro Stunde. Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, Gesine Lötzsch, bezeichnete es zwar als „gute Nachricht“, dass die Große Koalition ab 2015 ei-

nen flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro einführen möchte. Denn das werde die staatlichen Haushalte um ungefähr sieben Milliarden Euro pro Jahr entlasten. „Die schlechte Meldung ist, dass die 8,50 Euro eben nicht bei allen ausreichen, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen.“ Dazu zählten zum Beispiel Alleinerziehende, ergänzte Lötzsch.

Die Alleinerziehenden dienen auch der anderen Oppositionspartei als Beispiel, um die Kritik an der Regierungsarbeit zu verdeutlichen. Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) ging es dabei jedoch nicht um den Mindestlohn, sondern um das geplante Rentenpaket. So könne man nicht von der Anerkennung von Lebensleistung sprechen, ohne die Tatsache anzuerkennen, dass „Armut in Deutschland jung und weiblich“ sei. „Armut wird älter, bleibt aber weiblich. Viele der Frauen, die in Armut hinein älter werden, werden 45 Beitragsjahre nicht erreichen, weil sie Kinder erzogen oder jemanden gepflegt haben“, mahnte Deligöz. Auch von der Mütterrente würden diese Frauen nichts haben, weil Sozialleistungen wie die Grundsicherung im Alter, Witwenrente oder Wohngeld mit der Mütterrente verrechnet werden. „Das heißt, sie werden mit Null-



Auch Saisonarbeiter sollen vom Mindestlohn profitieren.

## Etat Arbeit und Soziales 2014

### Einnahmen

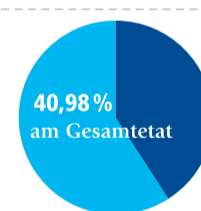
1,86 Mrd. €

(2013: 1,58 Mrd. €)

### Ausgaben

122,32 Mrd. €

(2013: 119,23 Mrd. €)



### Größter Ausgabenposten

Leistungen an die Rentenvers.: 82,97 Mrd. €

kommanull aus Ihrem Paket herausfallen“, kritisierte die Grüne. Das grüne Modell einer Garantierente dagegen würde bedeuten, auch die Lebensleistung dieser Frauen anzuerkennen.

**Streiter für die Tarifautonomie** Um diesem Ziel gerecht zu werden, müsse man jedoch schon vorher ansetzen, betonte Karl Schiewerling (CDU). „Die beste Sozialpolitik ist, Menschen in Arbeit zu bringen. Dafür müssen wir alles tun und dafür werden wir alles tun“, sagte er. Im Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik stehe deshalb aus seiner Sicht die Tarifautonomie. „Arbeitgeber und Gewerkschaften entscheiden über die Arbeitsbedingungen. Die Spielregeln werden durch den Staat festgelegt.“ Dieses Prinzip sei Teil der freiheitlichen Grundordnung und an diesem Prinzip orientiere sich auch das geplante Tarifvertragsgesetz, führte Schiewerling aus. Prominentester Bestandteil des geplanten Gesetzes ist der Mindestlohn. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Union verteidigte in diesem Zusammenhang Ausnahmen für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung. „Wenn sie zunächst einmal ein halbes Jahr lang nicht den Mindestlohn bekommen, dann aber eine Berufsperspektive erhalten, soll uns dieser Schritt viel wert sein.“

Claudia Heine

## Einfach spitze!?

**BILDUNG** Opposition kritisiert zu viel »heiße Luft« im Etat

Die Ministerin wollte vor allem eine frohe Botschaft verkünden und man hatte dabei den Eindruck, als sei sie in ihrem Amt wunschlos glücklich: Deutschland habe nicht nur bei der Bildung, sondern vor allem in der Forschung aufgeholt. Inzwischen würden drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung eingesetzt, lobte Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) in der Debatte zum Etat ihres Hauses am vergangenen Donnerstag: „Damit sind wir international in der Spitzenliga“, sagte sie. Für 2014 sind rund 227 Millionen Euro mehr veranschlagt als 2013, insgesamt belaufen sich die Ausgaben auf 13,97 Milliarden Euro. Wanka hob hervor, der Etat ihres Hauses sei seit der Regierungsübernahme durch Kanzlerin Merkel im Jahr 2005 neun Mal in Folge gestiegen. Sie betonte, dass es durch den „Pakt für Forschung und Innovation“ nun Planungssicherheit für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gebe. „Da sind neue Strukturen entstanden. Das ist sehr viel attraktiver geworden für internationale Wissenschaftler“, sagte die Ministerin. Bei den Hochschulen, dem „Herzstück des Wissenschaftssystems“, habe der Bund seine Anstrengungen seit 2005 um „mehr als 100 Prozent gesteigert“. Künftig werde er auch in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen und könne so die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses stärken, kündigte Wanka an.

**Kritik am Föderalismus** Die Opposition beklagte, im vorliegenden Entwurf seien Versprechungen der Regierungsparteien nicht erfüllt worden. Roland Claus (Die Linke) begrüßte zwar die Zusage der Großen Koalition, die Länder bei Kitas, Schulen und

Hochschulen um sechs Milliarden Euro zu entlasten. Zugleich beklagte er, dass wegen des „unsäglichen Bildungsföderalismus“ und des Kooperationsverbots die deutsche Bildungslandschaft einem „Flickenteppich“ gleiche. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil verwies darauf, dass alle Koalitionen im Bund seit dem Amtsantritt Gerhard Schröders (SPD) im Jahr 1998 den Etat des Ministeriums gesteigert hätten. Die Große Koalition biete die Chance, „endlich ideologische Grabenkämpfe der 70er-Jahre zu überwinden“. Während Konservative damals meist die Bedeutung von Leistung und Sozialdemokraten die der Chancengleichheit betont hätten, gelte heute: „Beides ist wichtig.“

**Zu viel Vergangenheit** Die stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende Katja Dörmer kritisierte den Etat scharf. Sie sehe darin „viel Eigenlob, viel heiße Luft, viel Schein und sehr wenig Sein“, sagte die Abgeordnete. Die Koalition hätte sich viel zu sehr mit der Vergangenheit und viel zu wenig mit der Zukunft beschäftigt. Dabei hätten Union und SPD im Wahlkampf „sehr hohe Erwartungen geweckt“, während die „nackten Zahlen“ nun „eine ganz andere Sprache“ sprächen. So schlage sich die versprochene Entlastung der Länder bei Kitas, Schulen und Hochschulen im Bildungshaushalt nicht nieder.

Albert Rupprecht (CSU) betonte für die Union dagegen die Bemühungen unterschiedlicher Bundesregierungen um die Steigerung der Bildungs- und Forschungsausgaben. „Wir sind absolute Weltspitze“, sagte er. Dies sei möglich geworden, weil über Jahre hinweg Leitbilder gegolten hätten, die über Parteigrenzen hinweg geteilt worden seien. Annette Rollmann

## Gesetze statt Appelle

**RECHT** Justizminister will Konsumenteninteressen stärken

Zwar hat sich der Zuschnitt des Justizministeriums geändert, das um den Bereich Verbraucherschutz erweitert wurde. An der Tatsache, dass der Haushalt des Ressorts traditionell zu den kleinsten im Gesamtetat gehört, hat sich aber deshalb nichts geändert: bei 641 Millionen Euro liegt der Anteil auch 2014 gerade mal bei 0,2 Prozent. Justizminister Heiko Maas (SPD) konzentrierte sich deshalb auf das Neue und kündigte an, dass Konsumenteninteressen fortan durch Gesetze gestärkt würden. „Die Zeit der Appelle ist vorbei“, sagte er in der Debatte über den Haushaltsplan. Als konkrete Projekte hob er die Schaffung eines Netzwerks von Finanzmarktwatchern, den Sachverständigenrat für Verbraucherschutz und die Förderung einer Niederlassung des Bundesverbands für Verbraucherschutz bei der EU hervor.

Der SPD-Abgeordnete Burkhard Lischka lobte die für Ballungszentren geplante Mietpreisbremse, von der hunderttausende Nor-

malverdiener profitieren würden. Da goss allerdings die CDU etwas Wasser in den Wein: Die Mietpreisbremse lindere lediglich Symptome des Problems hoher Mieten, insitierte Hendrik Hoppenstedt, helfen könne nur ein stärkerer Wohnungsbau. Aus Sicht von Caren Lay (Linke) wiederum geht die Mietpreisbremse nicht weit genug, „sie verdient ihren Namen nicht“. Wie Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) bemängelte sie, dass der Verbraucherschutz im Etat finanziell ungenügend abgesichert sei. Aber auch die Justizpolitik kam zu ihrem Recht. Als anstehende Projekte erwähnte Maas hier etwa die Sukzessivadoption bei homosexuellen Partnern, die Umsetzung der vom NSU-Untersuchungsausschuss angemahnten Reformen und die Schließung rechtlicher Lücken beim Thema Kinderpornografie. Thomas Strobl (CDU) rief dazu auf, die Alltagskriminalität besser zu bekämpfen und kündigte ein „weitesreichendes Opferschutzgesetz“ an. Karl-Otto Sattler

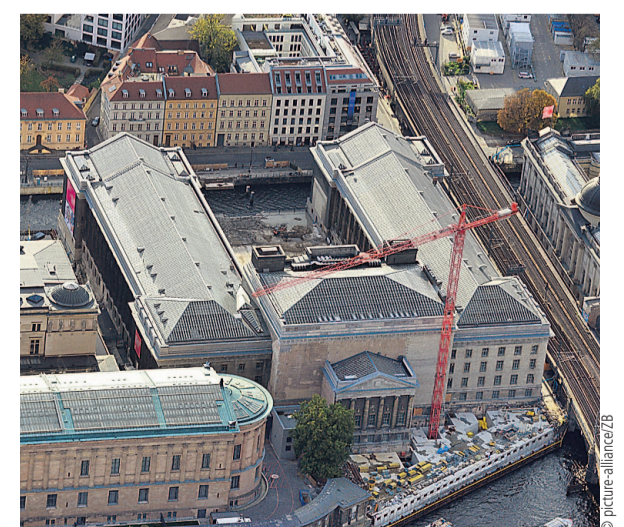
## Hoffnung auf Aufstockung

**KULTUR** Mehr Geld für Forschung zur NS-Raubkunst

So viel Glück wie Bernd Neumann hat Monika Grütters (beide CDU) nicht. Während der frühere Staatsminister sich in den vergangenen Jahren in den Haushaltsberatungen meist über einen Zuwachs bei den Kulturausgaben freuen konnte, muss seine Nachfolgerin sich ebenso wie viele andere Bundesminister im Kabinett der Politik der „Schwarzen Null“ von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) beugen. Mit rund 1,04 Milliarden Euro stehen Grütters für die Bereiche Kultur und Medien rund 85 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Hinzu kommen die Haushaltsposten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR mit 101 Millionen Euro und des Bundesarchivs von 57 Millionen Euro, die ebenfalls im Verantwortungsbereich von Grütters liegen.

Allerdings hofft die Staatsministerin, ihren Haushalt im Rahmen der parlamentarischen Beratungen doch noch aufstocken zu können. So zum Beispiel beim Deutschen Filmförderfonds, der im Etatentwurf mit 60 statt ursprünglich 70 Millionen Euro auskommen soll. Auf eine entsprechende Kritik der Medienpolitikerin Tabea Rößner (Grüne) entgegnete Grütters, dass von den 70 Millionen auch nur 63 Millionen abgerufen worden seien. Aber sie hoffe auf eine Aufstockung wie in der Vergangenheit auch. Die Spielräume in der Kulturpolitik sind prinzipiell eng, da ein Großteil der Gelder fest in der Finanzierung von Kulturstiftungen, Museen, Archiven und anderen Institu-

tionen mit nationaler Bedeutung gebunden sind. So gehört beispielsweise die Stiftung Preussischer Kulturbesitz mit ihren riesigen Kunstsammlungen etwa auf der Museumsinsel in Berlin mit rund 195 Millionen Euro zu den größten Posten im Kulturetats. Eigene Schwerpunkte will Grütters trotzdem setzen, etwa mit der Verdopplung der Mittel für die Provenienzforschung zum Aufspüren von NS-Raubkunst auf vier Millionen Euro. Dafür und für den Plan zur Einrichtung des



Sanierung des Pergamonmuseums in Berlin

„Deutschen Zentrum Kulturverluste“ bekommt Grütters selbst aus den Reihen der Linksfaktion Lob. Auch die Deutsche Welle bekommt laut Etatentwurf zwei Millionen Euro mehr und Grütters appellierte an die Parlamentarier, in den Haushaltsverhandlungen mehr Gelder zu bewilligen. Die Lage in der Ukraine zeige, wie wichtig der Sender im Kampf für die Pressefreiheit weltweit sei. Alexander Weinlein



# Verspätet und teurer

**VERTEIDIGUNG** Die Ausgaben für die Bundeswehr sinken leicht. Weil die Truppe kleiner wird, aber auch, weil sie neue Waffensysteme erst mit Verzögerung geliefert bekommt. Doch dies wird die Kosten wieder ansteigen lassen



Bereits vier Jahre in Verzug: Die Bundeswehr wartet noch immer auf die Zulieferung des Airbus 400M. Das neue Transportflugzeug soll die überalterten Transall-Maschinen ersetzen.

Es ist eine Frage der Rechenart: Folgt man der Berechnung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), so sinken die Verteidigungsausgaben mit insgesamt 32,8 Milliarden Euro in diesem Jahr um nominell 422 Millionen Euro gegenüber 2013. „Diese Senkung entsteht zum einen durch unseren solidarischen Anteil an der Gegenfinanzierung des Betreuungsgeldes in Höhe von 147,3 Millionen Euro. Zum anderen konnten wir den Haushaltsansatz reduzieren, weil der Personalausgang der Bundeswehr, wie es mit der Neuausrichtung beschlossen worden ist, weiter abgenommen hat“, sagte von der Leyen am vergangenen Donnerstag in der ersten Lesung ihres Etats. Für die Ministerin ist somit klar: Eines der drei anvisierten Ziele der Streitkräftenreform – die „nachhaltige Finanzierung“ der Bundeswehr – ist erreicht. Und auch bei den anderen beiden Zielen – die Reduzierung der Truppe bei gleichzeitigem Ausbau ihrer Einsatzfähigkeit im Ausland – sieht sie die Neuausrichtung als geglückt an.

Eine völlig andere Rechnung machte hingegen Tobias Lindner, Haushalts- und Verteidigungsexperte von Bündnis 90/Die Grünen, auf. Der Wehretat liege inzwischen fünf Milliarden Euro über den Ausgaben, die der frühere Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg (CSU) 2010 in seiner mittelfristigen Finanzplanung angepeilt

habe. Dies bedeute, „dass die Bundeswehrreform zumindest an ihren finanziellen Vorgaben, an dem Ziel, Einsparungen zu leisten, bitter gescheitert ist“, hielt Lindner der Ressortchefin vor. Zudem schiebe die Ministerin eine „Welle gescheiterter Rüstungsprojekte vor sich her“, die die Ausgaben wieder anwachsen ließen.

In der Tat hatte die Verteidigungsministerin einräumen müssen, dass der Wehretat in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes ab dem Jahr 2016 800 Millionen Euro mehr benötigen werde, da sich die Zulieferung verschiedener Waffensysteme weiter verzögert. Dies sei aber finanziert, erläuterte von der Leyen, da gleichzeitig die im Einzelplan 60 des Bundeshaushaltes bereit gestellten Mittel für ziviles Überhangpersonal gesenkt würden.

Nach Abzug der Personalausgaben (15,69 Milliarden), Verwaltungskosten (5,88 Milliarden) sowie Zuweisungen und Zuschüssen (1,13 Milliarden) bleiben in diesem Jahr rund 9,97 Milliarden Euro für die Beschaffung und den Erhalt von Material und Anlagen – 405 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

**Rüstungsprojekte** Michael Leutert, Haushaltsexperte der Linksfaktion, rechnete dem Plenum dann vor, was es mit diesen verzögerten Lieferungen von Waffensystemen auf sich hat. „Wir wissen, dass jede Anschaffung nicht zu dem Zeitpunkt geliefert

würde, wie eigentlich vertraglich fixiert war“, bemängelte er. Der Kampfhubschrauber „Tiger“ sei mit einer Verzögerung von sechseinhalb Jahren, der Transporthubschrauber NH90 mit einer Verzögerung von zwölf Jahren und der „Eurofighter“ mit einer Verzögerung von einem Jahr an die Bundeswehr geliefert worden. Diese Verzögerung führten in der Regel zu weiteren Kosten. „Bislang hat jedes der großen Rüstungsprojekte den ursprünglichen finanziellen Rahmen gesprengt“, monierte Leutert. Auch die Reduzierung der Stückzahlen führe nicht automatisch zu Einsparungen, da die Rüstungsindustrie auf Ausgleichszahlungen bestehe. So betrage der Preis pro Transportflugzeug des Typs Airbus 400M nach Redu-

zierung der Stückzahlen nicht mehr 125 Millionen, sondern 175 Millionen Euro. Und auch auf dieses System warte die Bundeswehr bereits vier Jahre länger als ursprünglich geplant, fügte Leutert an. Lindner und Leutert lobten die Ministerin zwar dafür, dass sie sich nach ihrem Amtsantritt über die 15 größten Rüstungsvorhaben habe informieren lassen und keinen der vorgelegten Projektstatusberichte gebilligt habe. Die Ministerin habe offensichtlich erkannt, „dass im Rüstungsbereich der größte Risikoposten“ liegt, sagte Lindner. Allerdings habe sie bis auf die Entlassung des zuständigen Staatssekretärs und Abteilungsleiters keine Konsequenzen gezogen. Bis zum Herbst lasse von der Leyen von externen Beratern die Rüstungsvorhaben prüfen. Lindner forderte deshalb ein Moratorium für diese Rüstungsvorhaben bis zum Abschluss der Prüfung.

**Erwartungen der Verbündeten** Dieser Forderung erteilte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU), eine direkte Absage. Ein solches Moratorium, das die Lieferung der „notwendigen Ausrüstung“ weiter verzögern würde, „kann ich nicht akzeptieren“, entgegnete Otte und verteidigte zugleich die Höhe des Wehretats. „Sicherheit ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Wir brauchen gut ausgerüstete, hochmotivierte Streitkräfte für den Schutz Deutschlands.“ Mit dieser

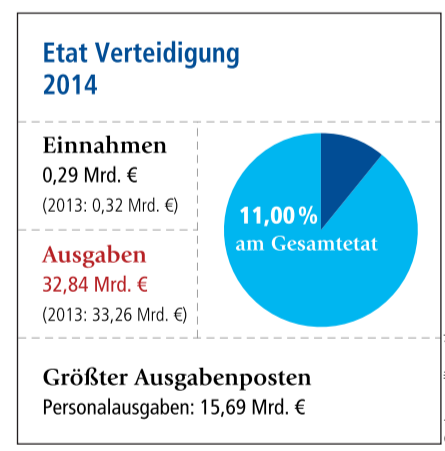
Position hatte er auch den verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, an seiner Seite. Dieser verwies darauf, dass zwar auch die Bundeswehr einen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen leisten müsse, gleichzeitig müsse Deutschland aber auch Verantwortung übernehmen, wenn es international mitgestalten wolle. Dies sei „keine Anmaßung von uns Deutschen, sondern stellt die Erfüllung der Erwartung aller unserer Partner in den Bündnissen dar“.

**Ukraine-Krise** Otte und Arnold bekannten sich jedoch nicht nur zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, sondern verwiesen ausdrücklich auch auf die Ukraine-Krise sowie die Ängste bei den östlichen Nato-Partnern vor einem aggressiven Russland. Arnold stellte zwar klar, dass es „keine militärischen, sondern nur diplomatische Antworten“ auf die Probleme in und um die Ukraine geben könne. Aber es gelte auch die Botschaft, „dass ein Angriff auf einen Nato-Partner als Angriff auf das ganze Bündnis verstanden wird“, sagte der Sozialdemokrat. Sein Kollege Otte verwies auf die Zeit des Kalten Krieges und merkte an, die Abschreckungsstrategie der Nato sei in der Vergangenheit „der Garant des Friedens“ gewesen. Dies sollte „auch in Zukunft elementarer Bestandteil“ des Bündnisses sein. Angesichts der sicherheitspolitischen Entspannung in Europa sei der Verteidigungsaus-

halt in der Vergangenheit zurückgefahren worden. Und er fügte an: „Das Gleiche gilt aber auch für die andere Richtung.“

**Widersprüche** Die Debatte offenbarte aber auch unterschiedliche Auffassungen zwischen den Koalitionspartnern. Arnold mahnte Nachbesserungen bei der Bundeswehrreform an. Das Prinzip „Breite vor Tiefe“, das heißt die Sicherstellung prinzipiell aller militärischen Fähigkeiten, könne nicht aufrecht erhalten werden: „Wenn das alle Nato-Partner machen, sind am Ende alle Mittelmaß.“ Angesichts des Spardrucks bei allen Verbündeten müsse mit „Pooling, Sharing und Anlehnungspartnerschaften ernst gemacht werden“. Deutschland sei gut im Bereich der bodengebundenen Luftverteidigung und könne diese Fähigkeit weiter ausbauen und den Bündnispartnern anbieten. Im Gegenzug könne die Anzahl der „Eurofighter“ reduziert werden, da Länder wie Großbritannien und Frankreich in diesem Bereich stärker seien.

Bei der Union stoßen solche Vorschläge jedoch auf Widerspruch. Das Prinzip „Breite vor Tiefe“ habe sich bewährt, meinte Otte. „Nur hierdurch lässt sich eine Einsatzbreite von Kampfeinsätzen wie in Afghanistan über Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen, wie gegenwärtig in Ländern Afrikas, bis hin zur Bündnis- und Landesverteidigung glaubhaft realisieren“, sagte der Christdemokrat. **Alexander Weinlein**



# Opposition zweifelt am Gelingen der geplanten Pflegereform

**GESUNDHEIT** Minister Hermann Gröhe (CDU) verteidigt Kürzung des Bundeszuschusses gegen heftige Kritik von Linken und Grünen. Der Gesundheitshaushalt schrumpft um fast eine Milliarde

Die Zahlen von heute stehen aus Sicht der Opposition für die Probleme von morgen. Der Gesundheitsetat 2014 wird gekürzt, um 932 Millionen Euro auf nun 11,05 Milliarden Euro. Hinter dieser Kennzahl steckt eine weitere Botschaft, die der Opposition noch viel weniger behagt: Die Zuweisungen des Bundes an den Gesundheitsfonds, die einen Großteil des Haushaltes ausmachen, fallen mit 10,5 Milliarden Euro um satte 3,5 Milliarden Euro niedriger aus, als gesetzlich vorgesehen. Dies ist schon die zweite derartige Sparrunde zugunsten des Bundeshaushaltes, denn auch 2013 blieben an Zuweisungen für den Gesundheitsfonds nur 11,5 Milliarden Euro übrig, die letzte reguläre Charge stammt von 2012. Und auch für das kommende Jahr sind Kürzungen bereits vorgesehen, erneut um 2,5 Milliarden Euro. Dafür sollen es dann 2016 wieder 14 Milliarden Euro sein und ein Jahr später mit 14,5 Milliarden Euro sogar reguläre Mittel plus ein Sahnehäubchen.

**Ausgaben steigen** Kein Zweifel, der Gesundheitshaushalt ist, was seine Beweglichkeit angeht, einem Stahlgerüst nicht unähnlich. Es dreht sich alles im Wesentlichen um die Zuweisungen an den Gesundheitsfonds

und damit an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Mit dem Geld werden sogenannte versicherungsfremde Leistungen finanziert, also etwa die beitragsfreie Familienmitversicherung oder Aufwendungen für Schwangerschaft und Mutterschaft. Jede Kürzung der Bundesmittel, so sehen es die Opposition und die Selbstverwaltung im Gesundheitssystem, ist ein Sieg der Finanzpolitiker über die Gesundheitsexperten, denn allen ist klar, die Ausgaben in der GKV werden tendenziell steigen. Und so könnte es mit der ungeordneten Geldschwemme auch schon bald vorbei sein, wie unlängst der GKV-Spitzenverband im Gesundheitsausschuss des Bundestages warnte. Behördenchefin Doris Pfeiffer sprach gar von einer potenziellen „Beschleunigung der Beitragserhöhungen“ und nannte den gekürzten Bundeszuschuss einen Fehler.

**Üppige Reserven** Noch ist gleichwohl die Finanzlage komfortabel. Die gesetzlichen Krankenkassen haben nach den vorläufigen Finanzergebnissen 2013 einen Überschuss von rund 1,2 Milliarden Euro verbucht. Die Kassen erzielten demnach Einnahmen von rund 195,6 Milliarden Euro und gaben rund 194,4 Milliarden Euro aus. Der Ge-

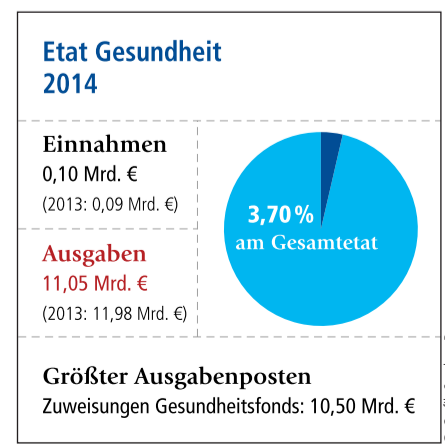
sundheitsfonds wies 2013 einen Überschuss von 510 Millionen Euro aus und Reserven in Höhe von 13,6 Milliarden Euro. Die Krankenkassen kommen auf 16,7 Milliarden Euro an Rücklagen. Damit sind die Finanzreserven in der GKV Ende 2013 auf rund 30,3 Milliarden Euro gestiegen. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) beilte sich vergangene Woche bei der Einbringung seines Haushaltes, darauf hinzuweisen, dass sich an der gesetzlich festgelegten Summe von 14 Milliarden Euro Bundesmitteln für den Fonds nichts ändere, nur dass eben ein Teil des Geldes aus Rücklagen stamme. Keine einzige medizinische Leistung werde dadurch infrage gestellt. Gröhe erinnerte daran, dass vor vier

Jahren, unter dem „Schock der Finanzkrise“, der Bundeszuschuss noch um 3,9 Milliarden Euro habe erhöht werden müssen, um die Finanzen in der GKV stabil zu halten. Dafür sei sogar eine höhere Verschuldung in Kauf genommen worden. Heute stünden die GKV und der Gesundheitsfonds gut da und leisteten einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes.

**Grundsatzstreit** Die Opposition sieht das ganz anders und wirft Gröhe vor, die ohnehin eng bemessenen Bundesmittel an den Fonds für Haushaltszwecke zu entfremden. Die Grünen-Abgeordnete Maria Klein-Schmeink monierte, der Zuschuss dürfe nicht nach Kassenlage irgendwohin verschoben werden. Das sei das Gegenteil von nachhaltiger Finanzierung, sondern ein Griff in die Sozialkassen. Kritisch äußerte sich auch Harald Weinberg (Linke), der den Koalitionsvertrag als „uninspiriert und mutlos“ charakterisierte, was ihm gleich den Ruffel des SPD-Gesundheitspolitikers Karl Lauterbach einbrachte, „Fehldarstellungen“ abzuliefern. Die Koalition habe immerhin wichtige Dinge bereits auf den Weg gebracht, darunter das Gesetz zur Deckelung der Arzneimittelpreise und zur Festlegung der Herstellerrabatte, sagte Lauterbach. Allein dadurch würden bis zum Ende der Legislatur über drei Milliarden Euro eingespart. Bei den Hausarztverträgen habe es entscheidende Verbesserungen ge-



Gröhe muss die Pflegereform schultern.



nanziert sei. Die Regierung verspreche Geld und könne die Versprechungen am Ende nicht einhalten. Tatsächlich sei die Familie immer noch „der kostengünstigste Pflegedienst“. Gute Pflege sei jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch Elisabeth Scharfenberg (Grüne) bezweifelte, dass die Pflege-Pläne umgesetzt werden. So werde gerade ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff erprobt und sie frage sich, warum. Es seien schon Jahre verplempert worden ohne Fortschritte in der Pflege, sagte Scharfenberg und mahnte: „Man sollte kurz vor Ostern nicht über ungelegte Eier gackern.“ Den Pflegevorsorgefonds bezeichnete sie schlicht als „Bluff“.

Georg Nüßlein (CSU) hielt der Opposition vor, die Aktivitäten der Koalition schlecht reden zu wollen. Dabei seien bereits wichtige Weichen gestellt worden. Auch Petra Hinz (SPD) monierte, die Opposition baue „Angstscenarien“ auf. Man könne ja über Haushaltsansätze streiten, aber Grünen und Linken gehe es wohl eher darum, ihre vorgefertigten Meinungen vorzubringen. Das sei nicht konstruktiv und für die Bürger verwirrend. **Claus Peter Kosfeld**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## Fingerhakeln um Snowden

**NSA-AUSSCHUSS** Jetzt herrscht erst recht Zoff wegen Edward Snowden. Im Untersuchungsausschuss, der den von dem Whistleblower aufgedeckten NSA-Spähskandal durchleuchten soll, hat sich wegen der von der Opposition betriebenen Ladung des US-



Patrick Sensburg

Amerikaners als Zeuge so viel dicke Luft zusammengebräut, dass vergangene Woche selbst eine nicht-öffentliche Sitzung mehrfach unterbrochen wurde. Nach dem Rücktritt von Clemens Binninger (CDU) vom Vorsitz schon nach wenigen Tagen Amtszeit wegen der Causa

Snowden, hat sich die Konfrontation zwischen der Koalition sowie Linken und Grünen nicht beruhigt, sondern verschärft. Nachfolger Patrick Sensburg (CDU) muss gleich zum Start eine harte Bewährungsprobe bestehen. Mit der Leitung des Gremiums betritt der bisherige Unions-Obmann erstmals die große politische Bühne.

Union und SPD haben in der Sitzung die Abstimmung über eine Benennung Snowdens auf den 8. Mai vertagt. Aufgrund ihrer Minderheitenrechte kann die Opposition die Ladung des 30-jährigen zwar allein beschließen. Über Zeitpunkt und Modalitäten eines solchen Auftritts entscheidet indes die Mehrheit.

**»Massiver Druck«** Linke und Grüne erhoben den Vorwurf, die Koalitionsfraktionen im Ausschuss ließen sich vom Kanzleramt fernsteuern, wo man kein großes Interesse an einer Aufklärung der NSA-Affäre habe und verhindern wolle, dass die Ausrufung Snowdens zum Zeugen des USA-Besuch von Regierungschefin Angela Merkel (CDU) Anfang Mai belastet. Es werde „massiver Druck“ ausgeübt, montierte Konstantin von Notz (Grüne). Martina Renner (Linke) kritisierte, Union und SPD wollten die Anliegen der Opposition „durch Verfahrenstricks unterlaufen“. Der neue Unions-Obmann Roderich Kiesewetter (CDU) konterte, es existiere kein Druck auf die Regierungsfractionen. SPD-Obmann Christian Flisek hielt der Opposition „wahrheitswidrige Behauptungen“ vor, es werde eine „Show inszeniert“. Flisek sieht in Snowden einen „Schlüsselzeugen“, dessen Befragung aber gut vorbereitet werden müsse. Auch Sensburg lehnt dessen Anhörung nicht prinzipiell ab. Es sei aber zu prüfen, ob dies den Ausschuss weiterbringe. Die Koalition will von der Regierung bis zum 2. Mai nun zunächst geklärt haben, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen Snowden überhaupt im Bundestag auftreten und wie dessen Sicherheit garantiert werden könne. Der ehemalige NSA-Bedienstete, der in Moskau Asyl genießt, wird von Washington international per Haftbefehl gesucht. Ohne Zweifel würde eine Reise Snowdens nach Berlin einen Konflikt mit den USA heraufbeschwören. Aus Sicht Sensburgs ist es nicht Aufgabe des Ausschusses, Snowden „Asyl zu verschaffen“. Die Grünen brachten dessen Aufnahme in ein Zeugenschutzprogramm ins Spiel. Derweil lieferte Snowden bei einer Videoschaltung zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats neuen Stoff für den hiesigen Ausschuss. Die NSA könne Profilbilder von Millionen Bürgern erstellen, etwa mit Angaben über die Religionsausübung, das Sexleben, den Kauf von Flugtickets oder die Internetnutzung. Und Snowden verwies auf eine „enge Partnerschaft“ zwischen deutschen Geheimdiensten und der NSA, man tausche „Daten hin und her“.



Bildschirmsymbole für „gespeicherte Verbindungen“ auf einem Monitor: Die einen halten die Vorratsdatenspeicherung für unentbehrlich zur Strafverfolgung, die anderen sehen in ihr einen Eingriff in die Grundrechte.

# Folgen eines Richterspruchs

**INNERES** Die Vorratsdatenspeicherung sorgt auch nach dem Gerichtshof-Urteil für Kontroversen im Bundestag

Es war das „Thema des Tages“, wie der Grünen-Abgeordnete Tobias Lindner vergangene Woche im Bundestag sagte: das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) über die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, also der anlasslosen Speicherung von Kommunikationsdaten – einem der großen Streitthemen der vergangenen Jahre. 2006 hatte die EU die Richtlinie verabschiedet, 2008 wurde sie von der damaligen Große Koalition umgesetzt, das entsprechende Gesetz aber 2010 vom Bundesverfassungsgericht verworfen. Die seinerzeit regierende schwarz-gelbe Koalition konnte sich nicht auf eine Neuregelung verständigen; nach der letzten Bundestagswahl einigten sich dagegen Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag, die Richtlinie umzusetzen. Im Januar dieses Jahres schließlich waren Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Justiz-Ressortchef Heiko Maas (SPD) überein gekommen, dazu nach dem noch ausstehenden EuGH-Urteil zügig einen Gesetzentwurf vorzulegen. In dem vergangenen Woche verkündeten Urteil aber erklärten die Luxemburger Richter die Richtlinie für ungültig. Kein Wunder also, dass das „Thema des Tages“ wenige Stunden danach in den Bundestagsdebatten über die Etats des Justiz- (siehe auch Seite 6) und des Innenministeriums eine große Rolle spielte. Während sich die Opposition dabei in ihrer Ablehnung jeglicher Vorratsdatenspeicherung einig war, kamen aus der Koalition unterschiedliche Töne. Man werde, formulierten de Maizière

und Maas zwar gleichermaßen, den Richterspruch „sorgfältig auswerten“. Doch während der Innenminister ankündigte, auf eine „rasche“ Neuregelung zu drängen, sprach Maas davon, „ergebnisoffen“ über Schlussfolgerungen nachdenken zu wollen und sah „keinen Grund, vorläufige Schlüsse aus dem Urteil zu ziehen“. Schließlich gebe es „keine Richtlinie mehr, die wir umsetzen müssen oder können“.

**Mindestspeicherfrist gefordert** De Maizière hob demgegenüber hervor, dass „alle Fachleute“ sagten, man brauche „eine Regelung über die Mindestspeicherfrist, um schwere Straftaten aufklären zu können“. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, verwies darauf, dass die Vorgaben des EuGH und des Bundesverfassungsgerichts an keiner Stelle besagten, „dass es grundsätzlich nicht möglich oder notwendig sei, solche Regelungen einzuführen“. Sie müssten „nur richtig gemacht werden“, worüber die Koalition in den nächsten Monaten nachdenken werde. Der CSU-Innenexperte Stephan Mayer begrüßte, dass Hartmann deutlich gemacht habe, „an der prinzipiellen Notwendigkeit der Einführung von Mindestspeicherfristen in Deutschland“ festzuhalten. Nach seiner Überzeugung sei es „im Lichte des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 2010 und im Lichte des heutigen Urteils des EuGH möglich, aber auch notwendig, die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland zu schaffen“, fügte Mayer hinzu. Die Richtlinie sei 2006 als Antwort auf die Terroranschläge in Madrid 2004 und London 2005 ge-

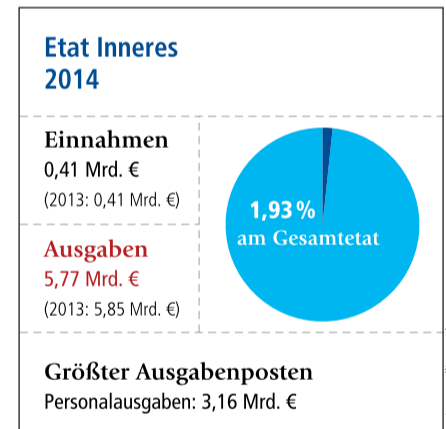
schaffen worden, und seitdem sei die „Bedrohung insbesondere durch den islamistischen Terrorismus“ nicht geringer geworden. Sein Fraktionskollege Michael Frieser (CSU) wandte sich dagegen, beim Thema Vorratsdatenspeicherung „eine Denkpause einzulegen“, und Thomas Strobl (CDU) betonte, es gehe um den Schutz der Bürger vor Gewalt und Verbrechen. Der EuGH „hat uns heute die Vorratsdatenspeicherung nicht verboten. Luxemburg hat uns nicht zur Tatenlosigkeit verurteilt“, ergänzte er.

**Strikte Ablehnung** Die Opposition lehnte dagegen eine Vorratsdatenspeicherung entschieden ab. Für Die Linke wertete ihre Abgeordnete Ulla Jelpke das Luxemburger Urteil als „kräftige Klatsche für die Überwachungspläne der Großen Koalition“. Schwarz-Rot dürfe dieses Urteil nun nicht missbrauchen, „um damit Vorratsdatenspeicherung auf Sparflammen zu rechtfertigen“. Jede verdachtsunabhängige Speicherung von Verbindungsdaten sei eine Gefahr für die Bürgerrechte. Wie Jelpke warb auch ihr Fraktionskollege Roland Claus für einen Verzicht auf eine Vorratsdatenspeicherung. Der Grünen-Parlamentarier Volker Beck rief de Maizière auf, keine Pläne zu verfolgen, „eine neue Richtlinie zu basteln“. Der EuGH habe mit seinen Urteilsgründen klargemacht, „dass eine Vorratsdatenspeicherung sämtlicher Daten aller Bürgerinnen und Bürger europä- und grundrechtswidrig ist“, sagte er und sprach von einem „Feiertag für die Grundrechte“ der Bürger in Europa. Die Vorsitzende des Rechtsausschusses, Renate Künast (Grüne), sagte, jetzt sei „klar, dass

die Sicherheit definitiv nicht jedes anlasslose Eingreifen in unsere Grund- und Menschenrechte rechtfertigt“.

**Streit um Doppelpass** Auf heftige Kritik der Opposition stieß in der ersten Lesung des Innen-Etats auch die zuvor vom Bundeskabinett verabschiedete Neuregelung zur sogenannten Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht. Danach sollen in Deutsch-

nierte, bei der doppelten Staatsbürgerschaft habe es „zwar eine Verständigung gegeben, aber keine Lösung“. Nur wer hierzulande geboren und aufgewachsen sei, solle die deutsche Staatsangehörigkeit neben einer weiteren haben dürfen. Um dies zu überprüfen, würden die Behörden nun „mit ungläublichem bürokratischen Aufwand überhäuft“. Beck bemängelte, die Optionspflicht werde „verlangert, verkompliziert und verbürokratisiert“. Dieses „Bürokratiemonster“ sei zudem „voll von sachlichen Widersprüchen“. So müsse man ihm einmal erklären, warum ein deutscher Hauptschulabschluss bei der Staatsbürgerschaft mehr wert sei als eine österreichische Matura. Nach der bisherigen Optionspflicht müssen sich hier geborene Kinder von Migranten bis zum 23. Lebensjahr zwischen der deutschen Staatsangehörigkeit und der ihrer Eltern entscheiden. De Maizière betonte dagegen, die Koalition habe für die in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder einen „praktikablen, vernünftigen und bürokratiearmen Weg“ gefunden. Damit werde „eine jahrzehntelange, tiefe Auseinandersetzung in unserem Land befriedet“. Der SPD-Abgeordnete Lars Castellucci nannte den Kompromiss „gut und richtig“. Er sei ein „wichtiger Meilenstein hin zu einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht“. Der Etat 2014 des Innenministeriums umfasst nach dem Regierungsentwurf Gesamtausgaben von gut 5,77 Milliarden Euro und damit knapp 80 Millionen Euro weniger als 2013. Rund zwei Drittel des Haushalts soll für den Bereich der Sicherheitsbehörden aufgewandt werden. Helmut Stoltenberg



land geborene Kinder von Ausländer zwei Staatsangehörigkeiten haben können, wenn sie bei Vollendung ihres 21. Lebensjahres mindestens acht Jahre hier gelebt haben. Gleiches soll gelten, wenn sie sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht haben oder über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Jelpke mo-

## Eine Milliarde Euro mehr für die Familien

**FAMILIE** Die Koalition bejubelt das Elterngeld als Erfolgsmodell. Die Opposition kritisiert weiterhin das Betreuungsgeld

Rund eine Milliarde Euro mehr will die Bundesregierung den Familien in diesem Jahr zukommen lassen. So sieht es der Etatentwurf vor, den Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) am vergangenen Donnerstag dem Bundestag vorlegte. Grund für den deutlichen Aufwuchs des mit insgesamt 7,96 Milliarden Euro eher kleinen Haushaltes sind die steigenden Kosten bei den familienpolitischen Leistungen. So sollen die Ausgaben für das Elterngeld um 470 Millionen Euro auf insgesamt 5,37 Milliarden Euro erhöht werden. Das Elterngeld macht somit bereits zwei Drittel des gesamten Familienetats aus. Für Ministerin Schwesig und die Parlamentarier von CDU/CSU und SPD ein Grund zur Freude. Die Ausgaben für das Elterngeld stiegen, „weil immer mehr Frauen berufstätig sind und zum Glück auch immer mehr Männer, die arbeiten, Elternzeit nehmen“, sagte Schwesig. Und zusammen mit der CDU-Familienpolitikerin Nadine Schön zeigte sie sich sicher: „Das ist gut angelegtes Geld.“

Mit diesem Urteil ist man sich innerhalb der Koalition einig. Und selbst die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen befürworten das Elterngeld prinzipiell. Weniger gut angelegtes Geld ist aus Sicht der Sozialdemokraten, Linken und Grünen hingegen das Betreuungsgeld. Es schlägt in diesem Haushaltsjahr immerhin bereits mit 515 Millionen Euro zu Buche. Ministerin Schwesig schwieg in der Debatte eisern zu der umstrittenen Leistung, die auf Druck der CSU in der vergangenen Legislaturperiode beschlossen worden war. Andere Sozialdemokraten wie der Familien-

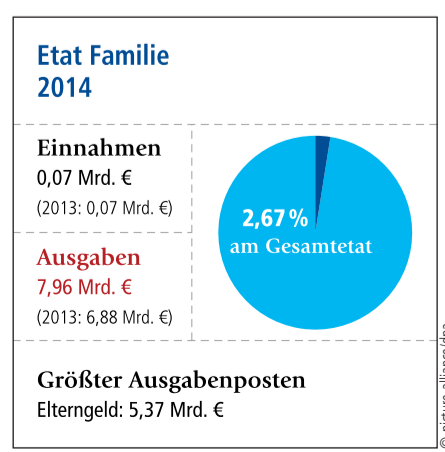
politiker Sönke Rix verwies auf die Zwänge einer Koalitionsregierung. Die SPD habe sich dafür an anderen Stellen – etwa beim Mindestlohn oder der Frauenquote – durchsetzen können.

**Kritik der Opposition** Die Freude der Koalitionäre über das zusätzliche Geld im Familienetat teilt die Opposition nur bedingt. Nach Abzug aller familienpolitischen Leistungen – Kindergeld und Kinderzuschlag belaufen sich auf weitere 540 Millionen Euro – bliebe gerade mal eine Milliarde Euro übrig, um die anderen Aufgaben des Ministeriums abzudecken, kritisierte Michael Leutert, Haushaltspolitiker der Linken-Fraktion. Der präzentierte Etatentwurf sei letztlich nur die Fortschreibung des alten Haushaltes von Schwesigs Vorgängerin Kristina Schröder (CDU). So werde entgegen der SPD-Wahlkampfversprechen auf Druck von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) das Kindergeld erst ab 2016 erhöht. Übereinstimmend warfen Linke und Grüne der Ministerin vor, das Problem der Kinderarmut auszublenden. Im Haushaltsentwurf finde sich zu diesem Thema nichts, monierten Leutert und die Haushaltspolitikerin Ekin Deligöz (Grüne). Weder beim Kinderzuschlag noch beim Unterhaltsvorschuss seien Veränderungen geplant. Untätig sei

die Ministerin auch, wenn es um mehr Qualität in der Kindertagesbetreuung gehe, kritisierte Deligöz.

Nadine Schön und ihre SPD-Kollegin Carola Reimann (SPD) verteidigten die Ministerin demonstrativ. Die Familienfreundlichkeit einer Gesellschaft zeige sich nicht nur an der Menge des bereitgestellten Geldes, sagte Schön und verwies auf das Beispiel Frankreich. So ließe sich durch flexiblere Arbeitszeitmodelle das Familienleben leichter organisieren. Schön und Reimann begrüßten ausdrücklich die Einführung des „Elterngeld Plus“, mit dem Teilzeitschäftigen während einer verlängerten Elternzeit ermöglicht werden sollen. Die Politik der Regierung sei darauf angelegt, den Menschen die freie Entscheidung zu ermöglichen, welches Familienmodell sie leben wollen, sagte Schön.

**Gleichstellung** Reimann verwies zudem darauf, dass Ministerin Schwesig zusammen mit Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) nach jahrelangen Diskussionen endlich Benachteiligungen von Frauen beseitigen und die Mindestlohn, die Frauenquote in den Führungsetagen der Wirtschaft und die Initiativen zur Beseitigung von Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Das Parlament

### DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper



**W**iderspruch aus den Reihen der Opposition gegen das Tun und Lassen der Regierung gehört zum politischen Alltag wie die Butter aufs Brot. Offener Widerspruch aus den eigenen Reihen hingegen weniger. Insofern sind die kritischen Töne in der Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes am vergangenen Donnerstag durchaus bemerkenswert. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), der in den vergangenen Wochen parteiübergreifend für seine Krisendiplomatie im Ukraine-Konflikt gelobt wurde, bekam da plötzlich Kontra vom stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionschef Andreas Schockenhoff. Der frühere Russland-Beauftragte der Bundesregierung, für seine russlandkritische Haltung bekannt und auch in der eigenen Fraktion nicht unumstritten, wertete einige Aussagen des Außenministers als „problematisch“, ohne allerdings Steinmeiers Namen zu nennen. Um was ging es? Einig waren sich beide zunächst in einem Punkt: Steinmeier hatte in seiner Rede vor einer Spaltung Europas gewarnt und Russland eine Gefährdung des Friedens in der Welt vorgeworfen. Den russischen Präsidenten Wladimir Putin forderte er zu einem Verzicht auf „nationale Eitelkeit“ auf. „Wer sieben Jahrzehnte nach Kriegsende beginnt, bestehende Grenzen in Europa mutwillig zu korrigieren, der verletzt nicht nur Völkerrecht, sondern der öffnet eine Büchse der Pandora, aus der Unfrieden immer wieder neu entstehen wird“, warnte der Außenminister. Das sah auch Schockenhoff so: „Landraub und Völkerrechtsbruch sind keine Kavaliereisdelle“, sagte er. „Russland hat Vertrauen zerstört.“ Kritisch wertete er jedoch Äußerungen Steinmeiers vom Vortag, darunter dessen Warnung, die EU dürfe die Länder in Osteuropa nicht zwingen, sich zwischen Ost und West zu entscheiden. „Das hat die EU nie getan, und dann sollten wir es auch nicht so formulieren“, sagte Schockenhoff. „Es war doch ausschließlich Russland, dass die Ukraine vor eine solche Entscheidung stellte und immer noch stellt.“

**Souveränität achten** Steinmeier hatte am vergangenen Dienstag zudem gesagt, dass er keine Perspektive für eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine sehe. Dazu erklärte Schockenhoff im Bundestag: „Wir sollten nicht Moskau zu Recht die Missachtung der Souveränität der Ukraine vorwerfen und selbst gleichzeitig ihre Souveränität in der freien Wahl des Bündnisses infrage stellen.“ Dies widerspreche auch klar der Beschlusslage der Nato. Allerdings betonte Schockenhoff, dass sich die Frage einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine in absehbarer Zeit gar nicht stelle.

In einem weiteren Punkt unterstellte der CDU-Politiker dem SPD-Minister Naivität. Steinmeier hatte in seiner Rede die Hoffnung geäußert, dass auch Russland am Ende kein Interesse daran haben könne, „dass in dem Raum zwischen uns die Ukraine wirtschaftlich und politisch kollabiert“. Außerdem zeigte er sich vorsichtig optimistisch, dass es bald zu direkten Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine über das kommen werde, „was in den nächsten Tagen und Wochen zu tun ist“. Schon in dieser Woche könne es ein erstes Vorbereitungstreffen einer internationalen Kontaktgruppe geben, in der neben Russland und der Ukraine auch die EU und die USA vertreten sein sollen. Dazu Schockenhoffs Replik: „Zumindest im Augenblick ist das westlichen Wunschenken. Das entspricht überhaupt nicht dem Nullsummendenken Moskaus.“ Der CDU-Fraktionsvize erklärte auch warum: Ein stabiler, demokratischer Nachbar werde von Moskau als Bedrohung angesehen, weil er das eigene „autokratische System und die Eliten-Kleptokratie“ infrage



Unruhen in der Ostukraine (oben), Bürgerkrieg in Syrien (li.unten), Flüchtlingsland in Afrika: Berlins Außenpolitik steht vor großen Aufgaben.

# Im Brennpunkt

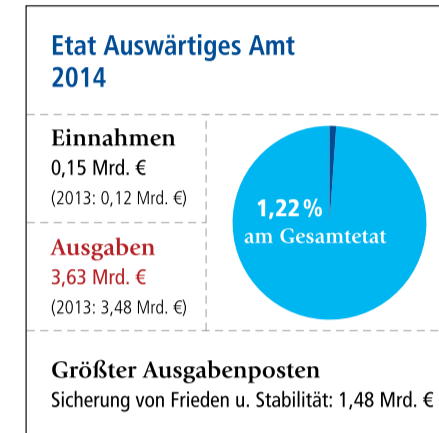
**AUSWÄRTIGES** Die Ausgaben wachsen, die Herausforderungen auch. Steinmeier erntet Kritik für Aussagen zur Ukraine-Krise

stelle. Folglich werde Russland alles tun, um eine engere Anbindung der Ukraine an die EU zu verhindern. Es werde versuchen, erklärte Schockenhoff, das Land zu spalten, die Wiederaufbaumassnahmen von Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU zu stören und die mit dem „langen und belastenden Transformationsprozess einhergehende Unzufriedenheit der Bevölkerung auszunutzen, um gegen die Regierung in Kiew Widerstand zu schüren.“ Wären Schockenhoff und Steinmeier in einer Talkshow aufgetreten, wäre dieser großkoalitionäre Schlagabtausch wohl zu einer spannenden Diskussion über den richtigen Umgang mit den Nachbarn im Osten geworden, über die Macht und Ohnmacht von Diplomatie und künftige Perspektiven in einem für Europa existenziellen Konflikt.

Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geben demgegenüber schon seit Wochen ein Bild der Einigkeit ab. Die Abstimmung zwischen beiden ist eng, auch aus anderen Teilen der Union ist immer wieder Lob zu hören für Steinmeiers unermüdete Vermittlungsversuche. Auch die Grünen dankten Steinmeier am Donnerstag ausdrücklich für seinen persönlichen Einsatz: „Wir Grüne finden, dass Sie das gut gemacht haben“, sagte Frithjof Schmidt im Namen seiner Fraktion. Besonders unterstütze seine Partei Steinmeiers „dringende nötige Zurückhaltung in dieser Situation“, was man leider nicht in allen Mitgliedern der Bundesregierung behaupten könne. Mit Blick auf jüngste Äußerungen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (beide CDU) warnte Schmidt: „Säbelrasseln durch Spekulationen über Truppenverlegungen und maßlose historische Vergleiche sind in dieser gefährlichen Lage völlig verfehlt.“ Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen, sah das genauso: Nicht jeder Debattebeitrag in den vergangenen Tagen und Wochen, ob aus der EU oder der Nato, sei hilfreich gewesen. „Kraftmeierei, Planspiele zur schnellen Ausdehnung der Nato und Aufrüstung derselben“ ersetzen nicht den „mühsamen Weg des Ringens um eine vernünftige, nachhaltige Lösung“ der Ukraine-Krise, betonte Annen. Wie zuvor schon Steinmeier machte er klar, dass die deutsche Außenpolitik auf Dialog und die Überzeugungskraft der eigenen Argumente setze, nicht aber auf eine Militarisierung.

»Jeden Euro wert« Steinmeier hob in der Debatte besonders die Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik hervor. Er lobte unter anderem die Arbeit der Goethe-Institute und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der den internationalen Austausch von Studenten fördert. »Außenpolitik ist in diesem Bereich jeder Euro wert«, sagte Steinmeier. Allerdings sollen die Ausgaben auch hier gekürzt werden: von 787,11 Millionen Euro auf 772,61 Millionen Euro. **Johanna Metz**

Das eigentliche Thema der Debatte, der Haushalt des Auswärtigen Amtes, ging in der Diskussion über den richtigen Umgang mit der Ukraine-Krise fast ein wenig unter. Dabei kann sich Steinmeier in diesem Jahr über ein Plus freuen: 3,63 Milliarden Euro kann er 2014 ausgeben, rund 147,64 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Mehr als ein Drittel davon entfallen auf das Kapitel „Sicherung von Frieden und Stabilität“. Rund 1,48 Milliarden Euro sind dafür vorgesehen – ein Zuwachs von 117,08 Millionen Euro. Über den Aufwärtstrend freuten sich die Fraktionen zwar, doch reichte er vor allem der Opposition naturgemäß nicht aus. So



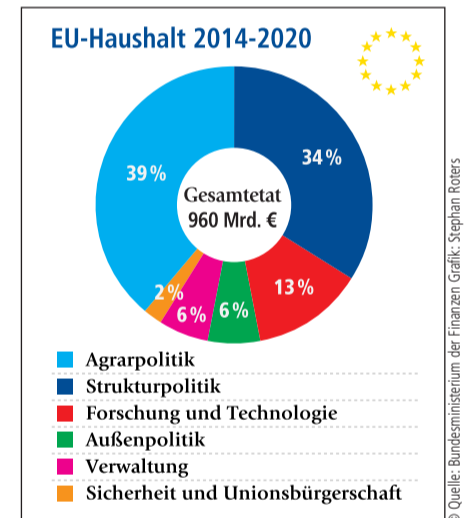
kritisierten Linke und Grüne vor allem die Kürzungen im Bereich der Krisenprävention und Friedenserhaltung (minus zwei Millionen Euro auf 93,12 Millionen Euro) sowie bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle (minus zwei Millionen Euro auf 30 Millionen Euro). Michael Leutert fragte den Außenminister: „Wie viel Geld sind Sie bereit zu geben für die kreativeren Ideen, die klugen Initiativen oder die Ausstattung des diplomatischen Instrumentenkastens?“ Der Entwurf gebe die Antwort: „Nichts.“ Obwohl die Aufgaben der zivilen Außenpolitik angesichts der Brennpunkte in Afrika, Syrien oder den arabischen Ländern „unermesslich groß“ seien, sei die Regierung gerade einmal bereit, etwas mehr als ein Prozent des Gesamtetats dafür auszugeben. In den wichtigsten Bereichen werde zudem noch gekürzt. „Das ist exakt der falsche Weg“, betonte Leutert. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) lobte zwar, dass der Etat „signifikant“ ansteige, machte aber klar, dass mehr Geld allein nicht reiche – es müsse vor allem richtig eingesetzt werden. Und so bemängelte auch er, dass in entscheidenden Bereichen Geld fehle: für syrische Flüchtlinge, für Krisenprävention, Abrüstung, Auslandszuschulen. „Sie wollen der Außenpolitik mehr Gewicht verleihen“, sagte er in Richtung Steinmeier. „Genauso wie mehr Gewicht sind mehr Mittel an sich kein Selbstzweck; es kommt darauf an, wo man dieses Gewicht einbringt und wo man diese Mittel einsetzt.“ Lindner kündigte an, dass seine Fraktion in den Haushaltsberatungen Vorschläge machen wolle, „wie man mit mehr Mitteln tatsächlich zu verantwortungsvollerer und verantwortungsbewusster Außenpolitik in Deutschland kommt“. Niels Annen versprach, dass sich auch die SPD-Fraktion für Verbesserungen, insbesondere im Bereich der Krisenprävention, einsetzen wolle.

meiste Geld fließt in die Entwicklung des ländlichen Raums, in die Direktzahlungen für Landwirte und die Strukturfonds für ärmere Regionen (siehe Grafik). Anders als die Mitgliedstaaten darf sich die EU übrigens nicht verschulden, ihr Haushalt muss immer ausgeglichen sein. Und so „teuer“ wie häufig behauptet, ist die EU gar nicht: Ihr Etat entspricht nur rund einem Prozent des Bruttonationalprodukts (BNE) der gesamten EU. Zudem fließen fast 90 Prozent des EU-Budgets über die Wirtschaftsförderung und andere Maßnahmen zurück in die Mitgliedstaaten. In Brüssel bleibt nur ein geringer Teil: 6,4 Prozent entfallen auf die Verwaltung. **JoH**

## Bundshaushalt ohne EU-Etat

**EUROPA** Wer im Bundshaushalt einen eigenen „EU-Etat“ sucht, wird nicht fündig werden. Es gibt ihn nicht. Dennoch überweist Deutschland Brüssel jedes Jahr Geld – 2014 werden es nach bisherigen Berechnungen rund 27 Milliarden Euro sein, knapp 20 Prozent des europäischen Gesamtetats für 2014. Der liegt bei 135,5 Milliarden Euro. Die Europäische Union finanziert sich gänzlich anders als ihre Mitgliedstaaten. Sie kann keine Steuern und Abgaben erheben, sondern muss so genannte Eigenmittel generieren. Ihre Einnahmen stammen im wesentlichen aus drei Quellen: den traditionellen Eigenmitteln, das sind in erster Linie Einfuhrzölle. Sie machen etwa 12,5 Prozent der Einnahmen aus. Außerdem bekommt Brüssel einen Teil der nationalen Mehrwertsteuereinnahmen. Dieser Posten macht 11,5 Prozent der Einnahmen aus. Den Großteil der Mittel – 76 Prozent – überweisen die Staaten als Beiträge an die EU. Sie werden in Abhängigkeit vom Umfang des jeweiligen Bruttonationaleinkommens erhoben.

**Hilfe für Hochwasserofer** Deutschland ist als wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland der größte Beitragszahler, es trägt rund ein Fünftel der EU-Ausgaben. Doch auch wenn es als Geberland mehr in die EU-Kasse einzahlte, als es zurückbekommt, gehört es zugleich zu den größten Empfängern von Geldern aus dem EU-Haushalt. Deutschland profitiert besonders von Zahlungen an Landwirte, für strukturschwache Regionen und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Die EU stellt wie die Bundesregierung für jedes Jahr einen Haushaltsplan auf, darüber hinaus plant sie ihre Ausgaben sehr langfristig. So hat der Europäische Rat am 2. Dezember 2013 nach langen und schwierigen Verhandlungen mit der Kommission und dem Europäischen Parlament den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit von 2014 bis 2020 verabschiedet. Er legt genau fest, wie viel Geld die EU in diesen sieben Jahren für einzelne Politikbereiche braucht. Bis 2020 sind das 960 Milliarden Euro. Das



## Der Minister punktet bei der Opposition mit Worten, aber nicht mit Zahlen

**ENTWICKLUNG** Gerd Müller (CSU) kann im Etat 6,44 Milliarden Euro einplanen und setzt Akzente beim Kampf gegen Hunger und Flüchtlingsland. Linken und Grünen ist das zu wenig

Er hat die Kapfen des Vorgängers entsorgt, bei den Etatberatungen in der vergangenen Woche gab es dennoch von der Opposition ein auf die Müttze. Gerd Müller (CSU), Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, kann in diesem Jahr 6,44 Milliarden Euro ausgeben, so sieht es der Haushaltsentwurf der Bundesregierung vor (18/700-Einzelplan 23). Das entspricht zwar nicht anteilig den zwei Milliarden Euro, die laut Koalitionsvertrag bis 2017 für die Entwicklungszusammenarbeit zusätzlich bereitgestellt werden sollen, ergibt aber immerhin doch ein Plus von 147,5 Millionen Euro gegenüber 2013. Müller sprach in der ersten Beratung des Entwurfs in der vergangenen Woche vom „höchsten Etat in der Geschichte“ seines Hauses und vom „besonders hohen Stellenwert“, den die Entwicklungspolitik unter dieser Bundesregierung habe.

ge offene Türen ein: Nachhaltigkeit müsse das „Prinzip aller Entwicklung sein“, ökonomisch müsse das Ziel die „Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch“ sein. „Der Markt braucht Grenzen und Regeln“, sagte Müller. Zugleich machte er sich stark für einen „ganzheitlichen, vernetzten Ansatz“ beim außenpolitischen Engagement in Afrika. „Vernetzte Entwicklungspolitik“ bedeute „humanitäre Hilfe, Stabilität, technischer Wiederaufbau, staatliche Strukturen“ und eine Gleichgewichtung von zivilen und militärischen Komponenten. „Militär allein schafft noch keine Lebensperspektive.“ Ein-



**Tonlage** Die Opposition sah das mit Blick auf das Kleingedruckte anders. Gemessen an den Millenniumsentwicklungszielen sei das „ganz klar zu wenig“, hieß es bei der Linken, die Fraktion der Grünen monierte, dass beim Entwicklungsetat einiges „schöngeredet“ werde. An der Tonlage des Ministers kann es nicht gehen haben. Wie schon bei seiner Antrittsrede Ende Januar rannte Müller auch bei der Opposition ein-

dringlich rief Müller in diesem Zusammenhang das syrische Regime dazu auf, seine „Grenzen für humanitäre Hilfe zu öffnen“. Angesichts der „größten humanitären Katastrophe seit Jahrzehnten“ reiche es nicht, sich mit dem Abzug von Chemiewaffen aus Syrien zufriedenzugeben (siehe Seite 10). Mit Blick auf den Etat hob Müller zudem die drei Sonderinitiativen „Eine Welt ohne Hunger“, „Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ und „Stabilisierung in Nordafrika und dem Nahen Osten“ hervor, für die die Koalition 160 Millionen Euro vorsehe.

Michael Leutert (Die Linke) erinnerte den Minister an das Millenniumsentwicklungsziel, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. „Das wären aktuell 19 Milliarden Euro“. Die Glaubwürdigkeit Deutschlands sei nicht an mehr Militäreinsätzen zu messen, sondern daran, ob man Zusagen wie das 0,7-Prozent-Ziel einhalte. Leutert kritisierte zudem, dass die Bundesregierung die eigenen Entwicklungsbemühungen konterkariere, indem sie den Export von Handfeuerwaffen in Krisenregionen und instabile Partnerländer genehmige und die Konflikte dort anheize. Anja Hajduk (Grüne) attestierte Müller einen „wirklich positiven Start“, die Haus-



Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU)

haltungswirklichkeit sähe aber doch anders aus. Beim 0,7-Prozent-Ziel gehe es nicht voran, hier verharre man bei 0,37 Prozent, und wenn nun die Rede von knapp 147,5 Millionen Euro Aufwuchs im Etat sei, dann verdanke sich das vor allem der Verschiebung von 139 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) in den BMZ-Haushalt. De facto wachse Müllers Etat lediglich um 0,1 Prozent. „Es muss mehr folgen als Ihre guten Worte“, sagte Hajduk.

Bärbel Kofler (SPD) forderte für die nächsten Jahre eine wesentlich bessere Mittelausstattung: Ob Friedenssicherung, Flüchtlingshilfe, Armutsbekämpfung oder die Finanzierung der „Herkulesaufgabe“ Klimaschutz – „wer all das sieht, muss ehrlich sagen: Die Mittel dafür reichen nicht“. Kofler forderte mehr Engagement bei der Durchsetzung verbindlicher Umwelt- und Sozialstandards und insbesondere beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme in Ent-

wicklungsländern. Ohne soziale Sicherung sei „Armutsbekämpfung eigentlich nicht möglich“. Von einem „rundum guten Haushaltentwurf“ sprach Sabine Weiss (CDU). Mit den Sonderinitiativen würden „entscheidende Pflöcke“ eingeschlagen und deutlich gemacht, dass man „auf ungelöste globale Aufgaben stärker eingehen“ wolle als bisher. Die zusätzlichen zwei Milliarden Euro, auf die sich Union und SPD im Koalitionsvertrag geeinigt hätten, seien auch „nicht das Ende der Fahnenstange“, weitere „Haushaltsspielräume“ – etwa auch durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer – seien nicht ausgeschlossen. Weiss betonte, dass insbesondere der deutsche Beitrag zum Klimaschutz, wie beim Kopenhagener Gipfel 2009 vereinbart, in den kommenden Jahren wachsen müsse. Laut „Copenhagen Accord“ sollen die Industrieländer ab 2020 Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Bekämpfung des Klimawandels und für Anpassungsmaßnahmen bereitstellen. **ahE**



**K**ein zweites Ruanda! Diese Sorge prägte die Stimmung im Bundestag, als er vergangenen Woche, und damit 20 Jahre nach dem Völkermord in dem ostafrikanischen Land, mit großer Mehrheit einen Bundeswehreinsetz in der Zentralafrikanischen Republik beschloss. Seit einem Putsch muslimischer Rebellen im März 2013 herrscht in der Zentralafrikanischen Republik ein blutiger Konflikt zwischen christlichen und muslimischen Bevölkerungsgruppen. Immer wieder kommt es dabei auch zu Gewalt zwischen Truppen aus dem Tschad und Christen. Im Juli 2013 begann die Afrikanische Union, eine Stabilisierungsmission mit bis zu 6.000 Soldaten und Polizisten in dem Land aufzubauen, doch diese konnte das Morden ebenso wenig stoppen wie die bis zu 2.000 Soldaten, die Frankreich seit Dezember mit UN-Mandat im Einsatz hat. Dem französischen Wunsch, ihre Einheiten zum Teil einer EU-Eingreiftruppe (Eufor) zu machen, kamen die europäischen Partner zunächst zögerlich nach. Erst Ende März standen die nötigen Truppenzusagen, so dass die EU am 1. April den Beginn der Mission beschließen konnte. Eigentlich sollte sie zu diesem Zeitpunkt schon laufen. Umso mehr beilte sich der Bundestag nun mit der Billigung. Nachdem das Bundeskabinett vergangene Woche die Beteiligung mit bis zu 80 Bundeswehrsoldaten beantragt hatte, befasste sich das Parlament noch am selben Tag, während der laufenden Haushaltsberatungen, mit dem Antrag und stimmt dann zwei Tage später und nach den Ausschussberatungen, darüber ab.

**Überbrückungsmission** Die Bundeswehr soll im Rahmen der EU-Mission Eufor RCA keine Kampftruppen stellen, sondern den Verwundetentransport in der Luft übernehmen und an der Luftaufklärung mitwirken. Dazu kommt Personal für das strategische Hauptquartier im griechischen Larissa und das operative Hauptquartier in der zentralafrikanischen Hauptstadt Bangui. Zudem will Deutschland über einen zivilen Anbieter, ohne Beteiligung deutscher Soldaten, Transportleistungen nach Bangui bereitstellen. Die Europäische Union nennt Eufor RCA eine Überbrückungsmission, weil sie gemeinsam mit den Streitkräften der Afrikanischen Union Sicherheit schaffen soll, bis später eine UN-Friedenstruppe die weitere Stabilisierung übernehmen kann. Das Mandat für diese hat der UN-Sicherheitsrat in New York nur Minuten vor der abschließenden Debatte im Bundestag erteilt.

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte im Bundestag, der Lufttransport sei für diese Eufor-Mission von zentraler Bedeutung. Deutschland wolle sich „mit dem beteiligen, was am meisten und am häufigsten von uns nachgefragt wird“. Drei zentralafrikanische Religionsführer – ein katholischer, ein evangelischer und ein muslimischer – hätten sie in der Vorwoche „unmissverständlich“ zu einem robusten Einsatz in ihrem Land gedrängt, „damit die Friedenswilligen auch wieder das Gespräch aufnehmen können“. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), ergänzte, solange das Land weiter von gewaltsamen Unruhen erschüttert werde, hätten „die internationalen Hilfsorganisationen kaum

# Sorge vor zweitem Ruanda

**BUNDESWEHR** Deutschland schickt bis zu 80 Soldaten nach Zentralafrika. Linke spricht von »Beihilfe zum Krieg«



Christen gegen Muslime, Muslime gegen Christen: Trauerzug für ein Opfer der pro-christlichen Anti-Balaka-Milizen in Bangui

eine Chance, dorthin zu gelangen, wo ihre Hilfe am dringendsten gebraucht wird“. Als einzige Fraktion wollte die Linke eine solche Begründung nicht gelten lassen. Niema Movassat machte vielmehr den „Neokolonialismus“ Frankreichs für die Lage in Zentralafrika mitverantwortlich. Die Putschisten seien seinerzeit offenbar auch vom Tschad unterstützt worden, der wiederum „einer der engsten Verbündeten Frankreichs in Afrika“ sei und „kaum ohne Rücksprache mit Paris agiert“ haben werde. Nun bitte Frankreich die EU und Deutschland um Hilfe. „Deutschland leistet mit seiner Unterstützung letztlich Beihilfe zum Krieg“, so begründete Movassat das Nein seiner Fraktion.

Dem hielt Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) entgegen, erste Aufgabe müsse sein, in Zentralafrika „überhaupt so etwas wie ein Gewaltmonopol wiederherzustellen“. Die von der Bundesregierung beantragte Beteiligung mit bis zu 80 Soldaten sei dazu ein „überschaubarer Beitrag“, aber „immer noch besser als kein Beitrag, als ein hilfloses Zusehen“. Lindner monierte allerdings das Fehlen eines „Gesamtplans“ für das Land. Dagmar Freitag (SPD) hob hervor, die Überbrückungsmission habe vorrangig zum Ziel, die Rückkehr des Landes zu einer verfassungsgemäßen Ordnung zu unterstützen und die von den bewaffneten Gruppen ausgehende Gefahr für die Bevölkerung einzu-

dämmen, damit der „dringend erforderliche Zugang für die humanitären Maßnahmen“ gewährleistet werde. „Voraussetzungen für einen weiteren gescheiterten Staat“ sieht Anita Schäfer (CDU) in dem Land. „Das darf uns in Europa nicht egal sein, nicht aus humanitären und nicht aus sicherheitspolitischen Gründen.“ Der Bundestag stimmte schließlich mit breiter Mehrheit dem Antrag der Bundesregierung (18/1081) zu. In der namentlichen Abstimmung stimmten 514 Abgeordnete mit Ja, 59 votierten mit Nein, darunter alle Abgeordneten der Linken und drei der SPD. Zwei Abgeordnete der Grünen und einer der SPD enthielten sich. *Peter Stützel*

## Signal zur Abrüstung

**SYRIEN** Bundestag billigt Beteiligung an C-Waffenvernichtung

Der Weg für die Beteiligung einer deutschen Bundeswehr-Fregatte am maritimen Begleitschutz bei der Vernichtung syrischer Chemiewaffen an Bord des US-Schiffs „Cape Ray“ ist frei. Einen dahingehenden Antrag der Bundesregierung (18/984, 18/1067) befürwortete vergangene Mittwoch in namentlicher Abstimmung 535 Parlamentarier. 19 Abgeordnete – 18 von der Linken und eine SPD-Abgeordnete – enthielten sich, während 35 Parlamentarier – allesamt von der Linken – mit Nein stimmten.

te im Bundestag verabschiedet werden“. Diese „systematische Militarisierung“ deutscher Außenpolitik werde die Linke niemals mittragen, sagte van Aken. Alles müsse getan werden, um dem Töten Einhalt zu gebieten, betonte Johann Wadephul (CDU). „Da ist Enthaltung keine Haltung. Man muss handeln“, sagte er in Richtung van Aken, und fügte hinzu: „Was kann pazifistischer sein als die Vernichtung von Waffen?“ Wadephuls Fraktionskollegin Julia Bartz nannte es bedauerlich, „dass sich einige Kollegen weigern, dieses Abrüstungsprojekt zu unterstützen“. Es gelte, ein starkes Signal für weltweite Abrüstung zu senden. Ein solches forderte auch Rolf Mützenich (SPD). „Heute geht es nicht darum, zu intervenieren, sondern um einen konkreten Beitrag zur Abrüstung“, sagte er. Kein Verständnis für die Haltung der Mehrheit in der Linken hatte auch Omid Nouripour (Grüne). Zum einen sei ihm nicht klar, was ein Einsatz in Somalia mit der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen in Syrien zu tun habe. Zum anderen könne er nicht nachvollziehen, wie die Linke darauf komme, dass es sich um ein Nato-Mandat handle. „Das ist selbstverständlich ein UN-mandatiertes Einsatz“, betonte Nouripour. Beleg dafür sei auch, dass derzeit russische Soldaten an der Sicherung der Waffen beteiligt seien. *Götz Hauding*

**»Was kann pazifistischer sein, als die Vernichtung von Waffen?«**

Johann Wadephul (CDU)

**Premiere** Ein Novum hatte die Abstimmung auch zu bieten. Erstmals stimmten auch Abgeordnete der Linken für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr zu. Fünf Parlamentarier votierten mit Ja.

Jan van Aken (Die Linke), der selbst mit Enthaltung stimmte, gab zuvor einen Einblick in die Gemütslage seiner Fraktion. „Es gibt sehr viele, sehr gute Argumente für diesen Einsatz und sehr viele, sehr gute Argumente gegen den Einsatz“, betonte er. In der Fraktion sei kontrovers diskutiert worden mit der Folge: „Einige werden dafür stimmen, andere werden dagegen stimmen und andere wiederum sich enthalten.“ Auch wenn der Einsatz zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen richtig sei, dürfe man nicht aus den Augen verlieren, dass „innerhalb einer Woche zwei ganz neue Bundeswehrmandate

## Handfeste Sanktion

**EUROPARAT** Parlament entzieht Russland das Stimmrecht

Mit einer handfesten Sanktion gegen Russland wegen der Annexion der Krim durch den Kreml hat der Europarat reagiert: Deswegen Parlamentarische Versammlung entzog der Duma-Delegation vergangene Woche mit großer Mehrheit bis Januar nächsten Jahres das Stimmrecht. Zudem bleiben die 18 russischen Abgeordneten vom Parlamentspräsidium, vom Ständigen Ausschuss und von Wahlbeobachtungsmissionen ausgeschlossen. Ein besonders von osteuropäischen Delegierten befürworteter Antrag, Moskau ganz aus dem Parlament auszuschließen, wurde zwar abgelehnt. Doch behält sich die Straßburger Volksvertretung diesen Schritt vor, sollte der Kreml die Annexion der Krim nicht rückgängig machen. Die SPD-Abgeordnete Ute Finckh-Krämer lobte das Votum als „klugen Beschluss“. Der Entzug des Stimmrechts setze ein „deutliches Zeichen der Missbilligung“. Viele Redner, wie etwa der Österreicher Stefan Schen-

nach, der als Chef des Monitoringausschusses das Sanktionspaket ausgearbeitet hatte, lehnten einen Komplettausschluss Moskaus entschieden ab: Man solle die Tür nicht zuschlagen, sondern für Gespräche mit Russland über die russisch-ukrainische Krise offenhalten.

Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass jetzt die Duma-Abgeordneten dem Palais de l'Europe die kalte Schulter zeigen: Die Debatte, die der Verhängung der Sanktionen vorausging, haben sie schon mal demonstrativ boykottiert. Delegationsleiter Alexej Puschkow kanzelte die Diskussion ab. „Farce“ ab. Demnach will die Duma über ihr Verhältnis zum Europaratparlament entscheiden.

Dessen luxemburgische Präsidentin Anne Brasseur verurteilte die Annexion der Krim als „schwere Verletzung des Völkerrechts“. Die Achtung der territorialen Integrität eines Landes gehöre zu den „fundamentalen Regeln“ des Europarats. *kos*

**»Der Entzug des Stimmrechts setzt ein deutliches Zeichen der Missbilligung.«**

Ute Finckh-Krämer (SPD)

## Ukraine im Fokus

**EUROPA** Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten in Vilnius

Mit der Situation in der Ukraine und den anderen Staaten der östlichen Nachbarschaft der Europäischen Union haben sich Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten bei einem Treffen in der litauischen Hauptstadt Vilnius Anfang April beschäftigt. Die Parlamentspräsidenten, insbesondere auch jene der lange von der Sowjetunion beherrschten Staaten Mittel- und Osteuropas, brachten große Besorgnis über die Entwicklung in der Ukraine zum Ausdruck. Die Verletzung der territorialen Integrität sei nicht hinnehmbar. Die kurzfristige Absage des lange geplanten Abschlusses eines Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine hatte zu den Demonstrationen auf dem Maidan-Platz in Kiew und dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch geführt. Der amtierende ukrainische Parlaments- und Staatspräsident Oleksandr Turchynow, der wegen der aktuellen Entwicklungen nicht an der Konferenz in Litauen teilnehmen konnte, wandte sich mit einer Videobotschaft an seine Amtskollegen. Er warnte vor einer weiteren Destabilisierung der Lage in der Ukraine, die von der russischen Politik bezweckt werde. Die litauische Parlamentspräsidentin Loreta Grauziniene, die den Vorsitz der Konferenz innehatte, warnte vor einer ernsthaften Bedrohung der Entwicklung, des Friedens und der Stabilität in der gesamten Region. Die Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten befasste sich außerdem mit den Erfahrungen nach dem Vertrag von Lissabon, mit dem den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament zusätzliche Rechte verliehen worden waren, und mit Fragen der Rolle der Parlamente bei der Bekämpfung der Wirtschafts- und Währungsrisiko. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) mahnte in diesem Zusammenhang, die von den Mitgliedstaaten selbst gesetzten Regeln für eine stärkere Haushaltsdisziplin umzusetzen und strikter einzuhalten, an-

statt, wie in einigen Diskussionsbeiträgen geschehen, für eine Aufweichung zu plädieren. Die Probleme, insbesondere eine zu hohe Staatsverschuldung, müssten dort gelöst werden, wo sie entstanden seien, nämlich in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Erwartungen an die EU und an interparlamentarische Konferenzen dürften in dieser Hinsicht nicht eigene Anstrengungen abschwächen oder gar ersetzen. Die Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten, zu denen neben den Präsidenten der Volksvertretungen der Mitgliedstaaten auch der Präsident des Europäischen Parlaments gehört, findet jährlich statt. Gastgeber ist jeweils das Parlament des Staates, der in der zweiten Hälfte des Vorjahres die EU-Ratspräsidentschaft innehatte. *DP*



Seimas-Präsidentin Grauziniene und Bundestagspräsident Lammert in Vilnius

## Angekommen in der Normalität

**SÜDAFRIKA** Der ANC wird die Wahlen am 7. Mai sicher gewinnen. Doch seine Macht schwindet

Die Südafrikaner wählen am 7. Mai ein neues Parlament. Es ist das vierte Mal seit der Befreiung von der Apartheid vor 20 Jahren – es herrscht demokratische Normalität in Südafrika. Und doch sind diese Wahlen besonders. Zum ersten Mal können die so genannten Born Frees abstimmen. Es sind die Männer und Frauen, die nach 1994 geboren wurden. Sie haben keine persönliche Erfahrung mit dem unterdrückenden System der Rassentrennung. Zudem ist am 3. Dezember 2013 der Mann gestorben, der wie kein anderer den Kampf gegen die Apartheid symbolisierte: der frühere Präsident Nelson Mandela. Diese Parlamentswahlen finden also ohne die charismatische Figur statt, die Südafrikas jüngere Geschichte geprägt hat. Beide „Besonderheiten“ stehen symbolisch für die Herausforderung, vor denen der seit 1994 regierende African National Congress (ANC) steht. Der ANC profitiert von seiner Vergangenheit. Die schwarzen Südafrikaner sehen in der Partei Mandelas ihren Befreier – und sie sind dem ANC dafür bis heute dankbar: 1994 wählten ihn 62 Prozent der Wähler, 1999 66 Prozent und 2004 knappe 70 Prozent. Der ANC ist zur Staatspartei des befreiten Südafrika geworden.

**Abwärtstrend** Zur demokratischen Normalisierung gehört aber auch, dass solche Mehrheiten auf Dauer nicht zu halten sind. Schon bei den letzten Parlamentswahlen 2009 verlor der ANC vier Prozentpunkte im Vergleich zu 2004. Das sind scheinbar kleine Verluste, doch stehen sie für einen Trend. Dazu passt auch, dass der ANC und insbesondere Staatspräsident Jacob Zuma, immer wieder in Korruptionsaffären verstrickt sind. Es entsteht das Bild einer Partei, die durch lange Machtausübung moralisch verfallenen ist. Trotzdem: Für bevorstehenden Wahlen sagen Umfragen dem ANC eine Zustimmung von rund 56

Prozent voraus – immer eine absolute Mehrheit. Ob der ANC eine Partei der Zukunft sein kann, das entscheiden die Born Frees. Diese jungen Menschen haben heute ganz andere Sorgen als ihre Eltern und Großeltern. Sie leiden nicht an der Rassentrennung der Apartheid, sondern am Mangel an Perspektiven, an Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit. Die größte Oppositionspartei, die Demokratische Allianz (DA), hat nicht von ungefähr Arbeitsplätze ins Zentrum ihrer Wahlkampagne gestellt. Umfragen sagen der DA rund 22 Prozent voraus, das wäre eine bemerkenswerte Steigerung im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2009 (rund 17 Prozent). Doch es reicht nicht, um die Macht des ANC wirklich zu erschüttern.

Auch wenn das Programm der DA vielen Südafrikanern attraktiv erscheint, wird sie von den meisten nicht gewählt, weil sie als Partei der Weißen wahrgenommen wird. Die DA hat zwar in den vergangenen Jahren versucht, unter den Schwarzen Anhänger zu gewinnen, doch recht gelingen wollte das nicht. Vor kurzem hat die Strategie der DA, sich auch als Partei der Schwarzen zu profilieren, sogar einen herben Dämpfer erhalten: Die DA-Vorsitzende Helen Zille hatte angekündigt, die prominente schwarze Politikerin Mamphele Rampele würde als Spitzenkandidatin für die DA ins Rennen gehen. Rampele war die Lebensgefährtin von Steve Biko, dem berühmten südafrikanischen Bürgerrechtler, der 1977 in Polizeihaft ums Leben kam. Rampele hatte das Zeug, um die DA unter den Schwarzen populärer zu machen. Doch im letzten Moment platze der Deal – die DA erschien wieder „weißer“, als sie es sein wollte.

**Konkurrenz von links** Gefahr droht dem ANC weniger von außen als von innen. Die Partei wurde zuletzt immer wieder von heftigen internen Kämpfen erschüttert, die mitunter in Abspaltungen mündeten. Der 33-jährige Julius Malema gründete 2013 die Economic Freedom Fighters (EFF). Malema war Vorsitzender der mächtigen Jugendliga des ANC und wichtiger Unterstützer Jacob Zumas – bis dieser ihn 2012 aus der Partei warf. Malema vertritt eine dezidiert linksradikale Position. Er fordert etwa die Enteignung der weißen Farmer. Die Partei ist noch jung, aber ihre Gründung zeigt: Es wird in Zukunft eine linke Alternative zum ANC geben. Auch das gehört zur Normalisierung der politischen Landschaft Südafrikas. *Ulrich Ladurner*



Wahlplakat für den ANC

### KURZ NOTIERT

#### Kommission soll Mandatierung von Auslandseinsätzen prüfen

Die Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Bundeswehreinsetzungen im Ausland nimmt ihre Arbeit auf. Den Vorsitz des Gremiums übernimmt der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU), stellvertretender Vorsitzender wird der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walter Kolbow (SPD). Linke und Grüne haben auf eine Beteiligung an der Kommission verzichtet. Beide Fraktionen hatten darauf gedrungen, dass sich das Gremium nicht nur mit der „Sicherung“, sondern explizit mit einer „Stärkung“ der Parlamentsrechte befassen soll. *aha*

#### Grüne fordern Neuausrichtung beim Kampf gegen Hunger

Die Grünen fordern die Bundesregierung auf, den Welttag der Ernährung zu unterzeichnen. Der Bericht des von den Vereinten Nationen und der Weltbank initiierten Weltgarrates sei bisher von 58 Staaten unterzeichnet worden, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/979). Er fordere eine „grundsätzliche Neuausrichtung von Agrarpolitik und Agrarforschung, welche die überragende Bedeutung der bäuerlichen Landwirtschaft für die Bekämpfung des Hungers anerkennt“. Die Bundesregierung sei aufgefordert, hier ein deutliches Zeichen zu setzen, „indem sie den Welttag der Ernährung unterzeichnet und diesen umsetzt“. *aha*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Autor ist Politikredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“.



Ungarns Premier Viktor Orbán (Mitte) kann weiter unangefochten regieren, wird aber die Geister nicht los, die er mit einer revisionistischen Geschichtspolitik rufte: Die rechtsextreme „Jobbik“-Partei konnte bei der Parlamentswahl auf 20,5 Prozent zulegen.

# Sieg mit Verlusten

**UNGARN** Viktor Orbáns Rechtsbündnis behauptet sich. Für jeden fünften Wähler ist es aber nicht rechts genug

Am Ende ist es trotz des klaren Wahlausgangs in Ungarn für die Partei Fidesz von Ministerpräsident Viktor Orbán noch einmal knapp geworden. Erst durch die Auszählung der Stimmen, die von Wählern außerhalb ihres heimischen Bezirks abgegeben wurde, wird sich erweisen, ob der Fidesz auch in den kommenden vier Jahren wieder mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament regieren kann (Ergebnis dieser Auszählung lag bis Redaktionsschluss nicht vor). In zwei Wahlkreisen hatten die führenden Kandidaten von Fidesz einen so knappen Vorsprung, dass es tatsächlich auf wenige hundert Stimmen ankommen konnte. Von zentraler Bedeutung für das Regierungshandeln dürfte die Zweidrittel-Frage aber nicht mehr sein. Die Regierung Orbán hat in der abgelaufenen Legislaturperiode von der neuen Verfassung bis hin zu zahlreichen neuen Behörden das Institutionengefüge Ungarns bereits sehr weitgehend nach den eigenen Vorstellungen umgestaltet. Auf dieser Grundlage kann nun der Fidesz (das Akronym steht für „Bund Junger Demokraten“) zusammen mit seinem Listen- und Fraktionspartner KNDP (Christdemokraten) weiter regieren. Beide stehen für eine national-konservative Politik, wobei in jeder Hinsicht Fidesz der bestimmende Faktor ist. Gegenüber 2010 hat der Fidesz bei der Wahl am 6. April 2014 jedoch deutliche Einbußen hinnehmen müssen. Die Partei erhielt 45,5 Prozent, sieben Prozentpunkte weniger als vor vier Jahren. An zweiter Stelle kam ein Mitte-Links-Bündnis aus fünf Parteien, angeführt von der sozialistischen MSZP und

deren Vorsitzenden Attila Mesterházy, mit 26 Prozent. Dritte Kraft blieb, leicht gestärkt, die rechtsextreme Partei Jobbik mit 20,5 Prozent. Knapp ins Parlament geschafft hat es die grüne Partei LMP, die mit fünf Prozent so eben die in Deutschland geltende Hürde überwunden hat.

**Stellschraube Wahlrecht** Dass der Fidesz trotz der Einbußen mit sehr komfortabler Mehrheit weiter alleine regieren kann, liegt am Wahlrecht, nach welchem 106 der 199 Mandate direkt in den Wahlkreisen vergeben werden, wofür jeweils die relative Mehrheit genügt. Das gehörte zu den vielen umstrittenen Änderungen am Wahlrecht, die der Fidesz durchgesetzt hatte. Zuvor war zwar auch rund die Hälfte der Sitze als Direktmandate vergeben worden, doch brauchte man dafür eine absolute Mehrheit; war die nicht vorhanden, gab es einen zweiten Wahlgang mit den beiden Bestplatzierten. Dass der Fidesz diese und einige kleinere Stellschrauben zum eigenen vermeintlichen Nutzen gedreht hatte, kann als Missbrauch der 2010 verliehenen Zweidrittelmehrheit gewertet werden. Doch muss man auch sagen, dass eine Wahlrechtsreform unabdingbar war (das Parlament war unverhältnismäßig groß und die Wahlkreise waren demographisch aus dem Lot geraten). Und der klare Wahlausgang hat am Ende auch gezeigt, dass der Modus nicht die entscheidende Rolle gespielt hat.

**Jobbik scheint inzwischen attraktiv für Protestwähler zu sein, die sich von Fidesz abwenden.**

Am stärksten war vielleicht die psychologische Auswirkung. Die Mitte-Links-Opposition schien durch den Eindruck, hilflos dem Zweidrittelblock gegenüberzustehen, demoralisiert. Auch erwies sich das Bündnis, geschlossen in der Erwartung, in den Wahlkreisen nur gemeinsam eine Chance zu haben, als zu heterogen, um schlagkräftig zu sein. Spitzenkandidat Mesterházy blieb gegenüber Orbán blass. Der charismatische frühere Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány dagegen verfügt zwar über eine ihm sehr ergebene Anhängerschaft, doch die ist klein. Dafür wirkt er aufgrund der Erinnerung an seine Regierungszeit (siehe Beitrag unten) stark polarisierend – und zwar nicht nur in der Fidesz-Anhängerschaft, sondern auch auf der Linken, wo er für viele ein rotes Tuch ist. Immerhin hat sich die linke Opposition gegenüber der verheerenden Niederlage von 2010, als sie von weniger als einem Fünftel gewählt wurde, auf ein gutes Viertel konsolidieren können. Auch konnte sie zehnte Wahlkreise erobern. Bedenklich hoch bleibt der Anteil der Ungarn, die bereit sind, eine rechtsextreme Partei zu wählen. Jobbik konnte sogar noch vier Prozentpunkte zulegen. Vieles deutet allerdings darauf hin, dass es nicht unbedingt genuin Rechtsextreme waren. Seit etwa einem Jahr hatten die Jobbik-Repräsentanten, angefangen bei Parteidirektor Gábor Vona, sich in Auftritten und Rhetorik auffällig gemäßigt. Offen antisemitische oder Anti-Roma-Parolen, wie sie bis dato Gewohnheit waren, waren seltener zu hören. Ein Gesinnungswandel ist nicht zu vermuten, doch mit etwas Zeitverzögerung kletterten die Umfragewerte für Jobbik, das zeitweise unter zehn Prozent bei den entschlossenen Wählern gedrückt war, wieder nach oben. Dazu passt auch, dass die Partei ihren Zuwachs nicht so sehr in ihren klassischen Hochburgen im Norden und Osten des Landes verzeichnen, sondern Erfolge auch in den westlichen Landesteilen und in der Hauptstadt verbuchen konnte. Jobbik, das 2010 vor allem von der Erosion der MSZP auf dem Lande profitierte, scheint inzwischen Ziel auch für solche Protestwähler zu sein, die sich vom Fidesz abwenden.

**Geschichtsbild** Ob das die revisionistische Geschichtspolitik bezüglich des Horthy-Regimes in der Zwischenkriegszeit betrifft oder die Beschwörung des Ungarntums jenseits der Grenzen, die 1920 gezogen wurden: Es hat sich gezeigt, dass die Politik, die der Fidesz (ob aus strategischen Gründen oder aus Überzeugung) betrieben hat, sich viele Jobbik-Themen in gemäßigterer Form anzueignen, nicht dazu führte, dass Orbáns Partei auch die Wähler von Jobbik aufzog – im Gegenteil. Trotzdem scheint Orbán weiter darauf zu setzen. Am Tag nach der Wahl wurde in Budapest mit dem Bau des Denkmals zur Erinnerung an die Besetzung Ungarns durch Hitlerdeutschland 1944 begonnen, das deshalb umstritten ist, weil seine Deutung den ungarischen Staat als gänzlich unschuldig an der damals folgenden Ermordung und Deportation ungarischer Juden erscheinen lässt.

Orbán war zu Beginn seiner zweiten Regierungszeit auch in Deutschland wegen eines neuen Mediengesetzes stark kritisiert worden. Schwammige Regelungen über den Inhalt von Berichterstattung und eine neugeschaffene Aufsichtsbehörde ließen die Befürchtung laut werden, dass künftig Zensur ausgeübt werde. Das ist aber nicht eingetreten. Wohl beklagten regierungskritische Medien, dass sie kaum mehr Anzeigen zu ihrer Finanzierung erhielten, eine Praxis, die umgekehrt früher auch zu beobachten gewesen war. Doch kann die Regierungspolitik nach Herzen kritisiert werden, was auch geschieht. Zeitweise schien das durchaus auch Wirkung zu haben, die Umfragewerte für den Fidesz gingen deutlich nach unten. Doch hat Orbán mit seiner „unorthodoxen“ Wirtschaftspolitik Erfolge erzielt, die offensichtlich vor allem Wähler der Mittelschicht an den Fidesz gebunden haben. Die

Arbeitslosigkeit ist gesunken, wenn auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Statistik eingerechnet wurden. Das Defizitverfahren der EU gegen das Land, das 2008 am wirtschaftlichen Abgrund stand, wurde eingestellt. Soeben hat der Internationale Währungsfonds – dessen auflagengebundenen Kredite Ungarn demonstrativ vorzeitig zurückzahlte – seine Wachstumsprognose auf immerhin zwei Prozent hinaufkorrigiert. So sehr Orbán durch seine EU-kritische Rhetorik und durch die Art, wie er seine Mehrheit im eigenen Lande ausgenutzt hat, in Brüssel und bei den Partnerstaaten Anstoß erregt: Diesen Aspekt wird man in Europa mit vorsichtiger Erleichterung zur Kenntnis nehmen. *Stephan Löwenstein*

*Der Autor ist Österreich- und Ungarn-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.*

**> STICHWORT**

**VERFASSUNG – Grobumbau im Institutionengefüge**

**> Verfassungsänderung** 2011 beschließt das Parlament ein der Präambel nach national und ideologisch aufgeladenes „Grundgesetz Ungarns“. Aus dem Staatsnamen wird der Begriff „Republik“ gestrichen, die Möglichkeit zur Verfassungsklage wird eingeschränkt.

**> Mediengesetz** Ein neu geschaffener Medienrat, in dem Fidesz vier von fünf Mitgliedern stellt, kontrolliert die „Ausgewogenheit“ der Berichterstattung, kann hohe Strafen verhängen und den journalistischen Quellenschutz aushebeln. Auf Druck der EU wird das Gesetz 2012 entschärft.

**> Gericht** 2010 werden die Rechte des Verfassungsgerichtes beschnitten: Es darf Steuer- und Finanzgesetze nur noch darauf kontrollieren, ob sie gegen die Menschenwürde verstoßen.

## Die alten Rechnungen bleiben offen

**SPALTUNG** Ungarn galt einst als Vorreiter demokratischer Reformen im Ostblock. Heute stehen sich die politischen Lager unversöhnlich gegenüber

Die Gründe für die heute so unversöhnlich erscheinende politische Spaltung Ungarns liegen schon in den Jahren der Wende vom Kommunismus zur Demokratie 1988/89. Zur vollen Wirkung gekommen ist die Spaltung aber erst später, im Jahr 2006, zwei Jahre nach dem Beitritt des Landes zur EU. Sie bestimmt bis heute die politische Landschaft. Dabei fand die „Verhandlungsrevolution“ noch betont friedlich statt, gedacht hatten die alten Eliten an einen sanften Übergang. Doch bei den ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990 wurde die ehemalige Staatspartei, die sich inzwischen in Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) umbenannt hatte, von den Ungarn unsanft abgewählt; nur mehr elf Prozent mochten ihr die Stimme geben. Die Regierung bildeten die konservativ und national geprägte „Ungarische Demokratische Forum“ (MDF) mit József Antall, der Ministerpräsident wurde, und der liberale „Bund Freier Demokraten“ (SZDSZ). Allerdings versäumten die neuen Regierenden es, andere Akteure in ihre Pläne einzubinden, die zum Teil harte Reformen vorsahen. So blieben nicht nur die MSZP, sondern auch der von einem gewissen Viktor Orbán und einigen Freunden gegründete „Bund Junger Demokraten“, kurz Fidesz, außen vor. Wie der Historiker György Dalos

schreibt, erwies sich das „als Zündschnur bis heute fortdauernder politischer Konflikte“. Die Regierung geriet bald wegen einer Benzinpreiserhöhung in schweres Fahrwasser, ein Taxistreik zwang sie zum Einknicken. Es bildeten und verfestigten sich zwei Lager, die sich gegenseitig blockierten. „Ihr Kampf nahm immer stärker ideologische Züge

(christlich-national versus westorientiert-liberal) an“ (Dalos). Keine Regierung konnte die folgende Wahl überstehen: 1994 obsiegt das linke Lager mit Gyula Horn, 1998 das rechte mit Orbáns Fidesz, 2002 wiederum das linke. 2006 war das erste Mal, dass eine Regierung im Amt bestätigt wurde, mit Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány. Im gleichen

Jahr wurde allerdings auch der Keil in den Spalt gesetzt, der eine Versöhnung auf unabsehbare Zeit unmöglich zu machen scheint. Gyurcsány versammelte die Führung seiner Partei an einem beschaulichen Ort am Plattensee, Ószöd, um sie darauf einzuschwören, was nun notwendig sein werde: Harte Sparmaßnahmen, Privatisierungen, massive Steuererhöhungen. Von all dem war im Wahlkampf natürlich überhaupt keine Rede gewesen. Es war uns sonnenklar, dass das, was wir sagen, unwahr ist.“ Es dauerte nicht lange, bis der Mitschnitt dieser Rede in die Fidesz-nahen Medien gelangte. Wiederum nicht lange darauf bildeten der Name Gyurcsány und das Wort „Lügenrede von Ószöd“ ein unzertrennliches Paar. Der Volkszorn, teils gelenkt, teils unlenkbar, entlud sich auch auf der Straße. Nach einer aus den Fugen geratenen Demonstration stürmten Protestierende gewaltsam ein Fernsehgebäude. Wenige Wochen später drang die Polizei auf eine – friedliche – Oppositionskundgebung des Fidesz ein, und verletzte mit Schlagstöcken und Gummi-

geschossen zahlreiche Demonstranten. In der Fidesz-Lesart war das eine bewusst angeordnete Eskalation, wengleich der Hergang der Ereignisse immer noch im Dunkeln ist. Das ohnehin schon wirtschaftlich schwer angeschlagene Land trieb, als die internationale Finanzkrise losbrach, bedrohlich in Richtung Bankrott. Der Übergangs-Ministerpräsident Gordon Bajnai brachte mit Hilfe eines energischen, aber schmerzhaften Programms und eines Kredits des Internationalen Währungsfonds eine Stabilisierung des Patienten zuwege. Doch den Erdrutschsieg des Fidesz im Jahr 2010 verhinderte er damit nicht mehr. Für Orbán war das wieder eine „Revolution“, diesmal an den Wählern. Er nutzte sie zum völligen Umbau des Institutionengefüges. Doch die alten Rechnungen blieben offen. Im diesjährigen Wahlkampf war Gyurcsány, obgleich nur Nummer drei des Mitte-Links-Bündnisses, von der Fidesz-Kampagne wieder der Gegner Nummer eins. *low*



Protest gegen die Verfassungsreform der Regierung Orbán Anfang 2011

Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014233  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**AUFGEKEHRT**

**Familiäre Politik**

Die Familie ist immer noch unser Liebstes. Nicht nur im Privaten, sondern auch in der Politik. Wie sonst ist zu erklären, dass Politikerdynastien auch in modernen Demokratien so en vogue sind? Nun muss man gar nicht auf das Extrembeispiel Nordkorea blicken, wo der Kim-Clan schon in dritter Abfolge über seine „Familiendiktatur“ herrscht, um Beispiele dafür zu finden. Nein, es reicht schon ein Blick in die ach so egalitären USA. Hier hat sich nicht erst seit den Kennedys ein spezieller Hype um Politikerdynastien etabliert, der jetzt in die nächste Runde geht. Jeb Bush, der jüngere Bruder des noch gut bekannten George W., schickt sich an, bei den Präsidentschaftswahlen 2016 für die Republikaner gegen die Demokratin Hillary Clinton anzutreten. Was wäre das für eine Sache: Auf Bush I folgt Clinton I, folgt Bush II, folgt Clinton II oder Bush III. Das Zwischenspiel Obama bestätigt dabei eher noch die Regel. Die Gründungsväter der amerikanischen Republik würden sich angesichts solcher royalistischer Entwicklungen wohl im Grabe umdrehen. In Deutschland zeichnen sich ähnliche familiäre Abfolgen in politischen Ämtern noch nicht ab. Die heutigen Bismarcks und Adenauers kamen nicht an ihre Verfahren heran, Graf Lambsdorff den Jüngeren hat es eher nach Straßburg denn nach Berlin gezogen und die Zukunft von Ursula von der Leyen (CDU) ist noch offen. Die Deutschen halten sich lieber an das Original und belassen die Kanzler einfach lange im Amt. Helmut Kohl 16 Jahre, Konrad Adenauer 14 Jahre und auf Platz drei kommt jetzt schon Angela Merkel (alle CDU). Für die Wähler haben beide Herangehensweisen den Vorteil: Der Name auf dem Stimmzettel bleibt gleich. *Julian Burgert*

**VOR 40 JAHREN ...**

**Brandts Nahostpolitik**

21. April 1974: Erster Kanzler in Ägypten Willy Brandt (SPD) ist vor allem für seine Ostpolitik bekannt. Doch in den 1970er Jahren betrieb der damalige Bundeskanzler auch Nahostpolitik – wenn auch zögerlich. Am 21. April 1974 traf Brandt als erster westdeutscher Regierungschef zu Gesprächen in Ägypten ein, das als politische Führungsmacht der arabischen Welt galt. Thema war neben der sich eben erst entspannenden Ölkrise vor allem der Nahostkonflikt. Die Bundesrepublik war in den Augen des ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat der ideale Vermittler zwischen Jerusalem und Kairo. Er vertraute darauf, dass Deutschland – im Gegensatz zu den USA



Bundeskanzler Brandt (SPD, rechts) mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat

und der Sowjetunion – nicht an einer eigenen Vormachtstellung in der Region interessiert war. Sechsmal traf Brandt während seines viertägigen Aufenthalts mit Sadat zusammen. Überzeugen konnte der Ägypter den Kanzler aber nicht, die Vermittlerrolle einzunehmen. Auch nicht durch einen Ausflug an den Suezkanal, wo sich ein halbes Jahr zuvor noch arabische und israelische Truppen gegenüberstanden hatten. Aus Brandts Umfeld hieß es schon vor der Reise: „Jeder, der dort den Vermittler spielen will, übernimmt sich.“ Entsprechend diffus fiel die Erklärung des Kanzlers zum Ende seines Besuchs aus: Ein politischer Friedensschluss im Nahen Osten könnte durch eine politische Garantie Europas abgesichert werden. Militärische Garantien schloss der Kanzler aus. Außerdem sei man sich einig, dass der deutsch-arabische Dialog zügig in die Wege geleitet werden sollte. *Benjamin Stahl*



**ORTSTERMIN: DISKUSSION »PARLAMENTARISMUS IN DER EU«**



Die Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung (von links nach rechts): der Politikwissenschaftler Frank Schorkopf, der Moderator der Diskussion, Heinrich Oberreuter, der ehemalige Finanzminister Luxemburgs, Luc Frieden, und der Europarechtler Andreas Maurer

**Macht und Ohnmacht der Europa-Abgeordneten**

Europäische Volkspartei, Europäische Linke oder Europäische Piratenpartei – auch wenn die Parteinaamen irgendwie vertraut klingen: Viele Wähler wissen doch nicht, wer sich dahinter verbirgt. Kurz vor der Europawahl am 25. Mai hatte die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen vergangene Woche zu einer Diskussionsrunde über den „Parlamentarismus in der EU“ eingeladen. So unterschiedlich die Positionen der drei Experten auf dem Podium auch waren: Sie waren sich darin einig, dass sich etwas ändern muss in der europäischen Politik. Die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen wurde 1970 gegründet, von Wissenschaftlern, Parlamentariern und Journalisten. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, zu einem besseren Verständnis des parlamentarischen Regierungssystems beizutragen, beispielsweise mit Vorträgen im Bundestag. Dieses Mal war unter anderem der ehemalige Finanzminister Luxemburgs, Luc Frieden, gekommen. Europa lebe mit einem Widerspruch, sagte er. „Einerseits ist die Welt in-

terdependent geworden.“ Was in einem Land passiere, habe Auswirkungen auf andere. Andererseits bestünden die EU-Mitglieder immer stärker auf den Schutz ihrer nationalen Interessen. Viele Lösungen seien nur noch in Verhandlungen zwischen einigen wenigen Mitgliedern und nicht mehr in der großen Runde möglich. Andreas Maurer, Politikwissenschaftler der Universität Innsbruck, beschäftigte sich unter anderem mit der Frage, in welchem Maße das europäische Parlament an Entscheidungen beteiligt ist. Er kam zu dem Schluss, dass viele Akte zustimmungspflichtig seien, das Parlament sich also damit beschäftigen muss. Insgesamt sei die Verantwortung der Abgeordneten über die Jahre gestiegen. Kritisch sah Maurer das Trilogieverfahren, mit dem das Parlament, der Rat und die Kommission in kleiner Runde eine Einigung bei Gesetzesmaßnahmen erzielen wollen. Hier werde das Parlament oft „über den Tisch gezogen“. Maurer plädierte dafür, das Verfahren auf Routinemaßnahmen zu beschränken. Um die Fraktionen zu stärken und

ihre unterschiedlichen Positionen sichtbarer zu machen, sollten sie jeweils einen eigenen Pressedienst einführen, denn das könne das Parlament nicht leisten, so Maurer. „Die Gemeinschaftsmethode hat ein Stückweit ihre Grenzen erreicht“, sagte Frank Schorkopf vom Lehrstuhl für öffentliches Recht und Europarecht der Universität Göttingen. Dass alle immer alles gemeinsam entschieden, sei in der heutigen Zeit nicht immer die beste Methode. Eine Zusammenarbeit einzelner Staaten innerhalb der EU halte er „keineswegs für die zweitbeste Lösung“. Er könne sich beispielsweise vorstellen, dass es eine europäische Gemeinschaft gebe, die in unterschiedlichen Stufen miteinander verbunden sei. Die große gemeinsame Basis, die alle teilten, könnten Errungenschaften wie Rechtsstaatlichkeit sein. Ein Problem sei, dass die EU weiterhin kein politischer Primärraum sei. In der Krise hätten die Bürger von ihren nationalen Regierungen weit mehr als von der EU erwartet, dass sie Lösungen herbeiführen. *Sandra Ketterer*

**LESERPOST**

Zur Ausgabe 12 vom 17.3.2014, **Berichterstattung über die Ukraine auf den Seiten 1-3:**

Der frühere Präsident der Ukraine, Herr Janukowitsch, hat ja nunmehr Zuflucht in Russland gesucht und auch bekommen. Es würde mich interessieren, was er zur Krim-Abspaltung gesagt hat, denn die Schwarzmeer-Halbinsel ist ja nun Teil der Russischen Föderation und gehört nicht mehr der Ukraine. Schließlich hat man ihm doch Land „gestohlen“.

Steuergeldern unter ihre Fittiche nehmen will, dann würde das für uns im absoluten wirtschafts- und finanzpolitischen Chaos enden. Putins Russland wäre dann der lachende Dritte.

*Wolfgang Haars, Salzgitter*

Zur Ausgabe 12 vom 17.3.2014, **„Riskante Muskelspiele“ auf Seite 1:**

Aus meiner Sicht war der Versuch der EU, die Ukraine auf lange Sicht mit ins EU-Boot zu holen, politische Kurzsichtigkeit.

Seit Jahren versucht die EU im Verbund mit den USA die Ukraine aus dem Einflussgebiet Russlands herauszulösen. Für dieses Vorhaben wurden Ummengen an Steuergeldern sowie Planung und Logistik eingesetzt. Dem Westen geht es dabei nur darum, seine Interessensphäre und damit seine Macht gen Osten auszuweiten. Damit wird Russlands Macht beschränkt und das Land militärisch eingekesselt. Dieses EU-Machtstreben muss die Ukraine nun mit dem Verlust der Krim bezahlen. Anstatt russische Konten zu sperren, hätte man lieber den korrupten ukrainischen Oligarchen die Konten sperren und jeden einzelnen zur Persona non grata erklären sollen. Brüsseler Politiker und Diplomaten scheinen nur das schöne Kiew zu kennen, nicht aber den völlig verrotten und desolaten Zustand des restlichen Landes. Wenn die EU-Führung die heruntergewirtschaftete Ukraine jetzt auch noch mit

Zur Ausgabe 12 vom 17.3.2014, **„Hürdenlos nach Straßburg“ auf Seite 6:** Das Grundgesetz garantiert die Stimmgleichheit der Wähler und die Chancengleichheit der Parteien. Sperrklauseln stellen eine durch Auslegung des Bundesverfassungsgerichts ermittelte Ausnahme von der Regel dar, für die nur ein Grund spricht: die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu sichern beziehungsweise stabile Regierungsmehrheiten herzustellen.

*Heiko Urbanyk, Werne an der Lippe*

Wenn nun hinsichtlich der zutreffend begründeten Kassierung der Drei-Prozent-Hürde bei Europawahlen durch das Bundesverfassungsgericht die grundgesetzlich garantierte Gleichheit als Regelfall wieder hergestellt ist, ist das ein Gewinn für die Demokratie. Wer dagegen aus Bundestag und Europaparlament Stimmung macht und eine Gefahr für die Demokratie herbeiredet, fürchtet sich nur vor der Konkurrenz und um die eigenen Pfunde. Der Europawahl ist eine große Steigerung der Wahlbeteiligung zu wünschen – sie wäre ein Beweis dafür, dass nur ohne Sperrklauseln Demokratie wirklich spannend ist und als echte Möglichkeit zur Mitbestimmung begriffen wird.

*Heiko Urbanyk, Werne an der Lippe*

Zur Ausgabe 13-14 vom 24.3.2014, **„Gemeinsam auf den Gipfel“ auf Seite 1:**

Der Schulterchluss zwischen der EU und Afrika greift zu kurz. Die beste Zusammenarbeit findet nämlich immer noch weniger von oben als vielmehr von unten statt. Deswegen sollte man in strategischer Hinsicht sowohl in Brüssel, als auch in Berlin eher verbindende Wirtschaftsprojekte mit Afrika fördern. Derartige Kooperationen bringen in der Regel viel mehr als abstrakte Freihandelsabkommen oder Absichtserklärungen. Beispielsweise ginge das auf den Kanarischen Inseln, die nur wenige Kilometer vor der afrikanischen Küste liegen, aber meistens nur mit dem Tourismus assoziiert werden. Die Inseln böten gerade für Deutschland eine nicht unerhebliche Chance, um mit den für die Energiewende benötigten Technologien, wie Wind und Solar, zu experimentieren. *Rasmus Ph. Helt, Hamburg*

Zur Ausgabe 13-14 vom 24.3.2014, **„80 Tage umsonst gearbeitet“ auf Seite 5**

In Tarifverträgen gibt es Lohn- oder Gehaltsgruppen, für andere Erwerbszweige Besoldungsgruppen. Diese beziehen sich immer auf Arbeitsplätze, eine Unterscheidung nach Geschlecht gibt es nicht. Die Unterschiede bei den Arbeitsentgelten von Männern und Frauen haben daher unterschiedliche Ursachen: Beispielsweise leisten Frauen mehr Teilzeitarbeit. Ich vermute, dass nur etwa fünf Prozent der Lohnunterschiedes dadurch zustande kommt, dass Frauen in Leitungsfunktionen oder bei außertariflich bezahlten Stellen in der Minderzahl sind. Das fällt aber in die Rubrik Diskriminierung und nicht unterschiedliche Bezahlung für gleichwertige Arbeit. *Karl-Heinz Jagusch, Jena*

**SEITENBLICKE**



**Theo Waigel wird 75**



Der ehemalige Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende Theo Waigel vollendet am 22. April sein 75. Lebensjahr. Der aus dem bayerisch-schwäbischen Oberrohr bei Krumbach gebürtige promovierte Jurist trat 1960 der CSU bei. Von 1971 bis 1975 war er Landesvorsitzender der Jungen Union in Bayern und gehörte seit 1971 dem Landesvorstand sowie seit 1983 dem Präsidium der CSU an. Von November 1988, nach dem Tod von Franz Josef Strauß, bis Januar 1999 stand Waigel an der Spitze der CSU. 2009 wurde er Ehrenvorsitzender. Dem Bundestag gehörte Waigel von 1972 bis 2002 an. Im Oktober 1982 wurde er zum Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe und damit zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Am 21. April 1989 berief ihn Kanzler Helmut Kohl (CDU) zum Bundesfinanzminister. In seine Amtszeit fielen die Verhandlungen mit der DDR über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie die Beratungen über die Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung. Der Name „Euro“ war übrigens sein Vorschlag, den er als erfolgreichen Kompromiss auf dem EU-Gipfel 1995 in Madrid durchsetzte. Mit dem Ende der Ära Kohl schied Waigel, der auf die längste Amtszeit eines Bundesfinanzministers seit 1949 zurückblickt, am 26. Oktober 1998 aus seinem Amt. Er ist heute als Rechtsanwalt tätig. *bmh*

**PERSONALIA**

**>Max Künstler**

**Bundestagsabgeordneter 1980, CDU**  
Am 16. April feiert Max Künstler seinen 90. Geburtstag. Der aus Balingen stammende Industriekaufmann und ehemalige DGB-Landesbezirksvorsitzende von Baden-Württemberg trat 1953 der CDU bei und war stellvertretender Landesvorsitzender der Sozialausschüsse seiner Partei. Künstler war im September 1980 für den Abgeordneten Gerhard Zeitel in den Bundestag nachgerückt.

**>Ortrun Schätzle**

**Bundestagsabgeordnete 1989-1998, CDU**  
Ortrun Schätzle vollendet am 20. April ihr 80. Lebensjahr. Die Studienrätin aus Schopfheim, CDU-Mitglied seit 1975, amtierte von 1989 bis 1997 als Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Schopfheim und von 1982 bis 1990 als Bezirksvorsitzende der Frauen-Union Südbaden. Sie gehörte ferner seit 1983 dem Bezirksvorstand Südbaden sowie seit 1985 dem CDU-Landesvorstand Baden-Württemberg an. Schätzle, auch nach ihrer parlamentarischen Laufbahn sozialpolitisch engagiert, arbeitete im Bundestag überwiegend im Ausschuss für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit.

**>Walter Kolbow**

**Bundestagsabgeordneter 1980-2009, SPD**  
Am 27. April wird Walter Kolbow 70 Jahre alt. Der Verwaltungsjurist und Rechtsanwalt aus Würzburg trat 1967 der SPD bei, war von 1992 bis 2008 Vorsitzender der SPD in Unterfranken und von 1999 bis 2007 stellvertretender Landesvorsitzender seiner Partei in Bayern. Von 1998 bis 2005 amtierte Kolbow als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion von 2005 bis 2009 engagierte sich im Bundestag hauptsächlich im Verteidigungsausschuss. Seit 2009 ist er Vorsitzender des Arbeitskreises Bundeswehr und Sicherheit beim Parteivorstand der SPD. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 28. April.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 5.-19.5.2014  
Erneuerbare-Energien-Gesetz (Do),  
10 Jahre EU-Osterweiterung (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Katja Kipping, DIE LINKE:

## Die »schwarze Null« wirft einen langen Schatten



Katja Kipping (\*1978)  
Landesliste Sachsen

Wann immer es um den Haushalt ging, hat diese Regierung stolz unterstrichen, dass sie ab 2015 einen ausgeglichenen Haushalt, also unter dem Strich eine schwarze Null, anstrebt. Aber schauen wir uns die Faktenlage doch einmal genau an: Allein der Finanzmarktstabilisierungsfonds hat ein Defizit von 25 Milliarden Euro eingefahren; er ist nicht in den Haushalt eingebucht. Verschiedene Maßnahmen werden über die Sozialversicherung finanziert; ich finde, das ist ein Buchungstrick. Infolgedessen schmelzen die Sicherheitspolster der Sozialkassen. Halten wir also fest: Schwarz-Rot bezahlt Wahlgeschenke aus den Krisenpolstern der Sozialkassen. Durch diesen Buchungstrick wagt Deutschland knietief im Dispo. Ich finde, es ist nicht hinnehmbar, dass am Ende die Rentnerinnen und Rentner und die Verbraucherinnen und Verbraucher die Rechnung für diesen Buchungstrick zahlen müssen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie sich die prozentuale Beteiligung der Unternehmen am Sozialbudget über die Jahre verändert hat. Noch Anfang der 90er-Jahre hat die sogenannte Arbeitgeberseite immerhin ein Drittel des Sozialbudgets weggetragen; inzwischen ist es nur noch ein Viertel. Wenn also die Unternehmen und Konzerne weniger bezahlen, dann heißt das im Klartext: Die privaten Haushalte und die öffentlichen Kassen müssen mehr wegtragen. Vor diesem Hinter-

grund wäre es eine sinnvolle Reaktion gewesen, die Konzerne stärker per Steuer heranzuziehen. Aber Sie haben gleich zu Beginn der Wahlperiode festgelegt: Wir wollen keine höhere Körperschaftsteuer, wir wollen keine Millionärsteuer, wir wollen keinen höheren Spitzensteuersatz.

Das heißt im Klartext: Auf der anderen Seite fehlt Geld, und zwar vom Bund bis zur Kommune. Dem Bund fehlt Geld, um zum Beispiel die Mitte, die am Steueraufkommen bisher überproportional beteiligt ist, zu entlasten. In der Kommune fehlt Geld für Kitas und für barrierefreien Bus- und Bahnverkehr. Ganz offensichtlich fehlt auch Geld, um den Hebammen zu helfen. Wir haben hier schon mehrmals darüber gesprochen: Die explodierenden Haftpflichtprämien treiben viele Hebammen in den Ruin. Es gäbe eine Lösung, und zwar einen öffentlichen Haftungsfonds. Wir haben dafür geworben, aber Ihr Gesundheitsminister hat dieses Vorhaben abgelehnt.

Die Hebammen lassen Sie also im Regen stehen. Als es allerdings darum ging, einen Rüstungsexport nach Saudi-Arabien mit einer Hermesbürgschaft in Milliardenhöhe abzusichern, waren Sie sofort dabei.

Allein diese Gegenüberstellung ist entlarvend für den Geist der schwarz-roten Regierung. Diejenigen, die bei der Ankunft im Leben helfen – das sind Hebammen –, lassen Sie im Regen stehen. Denjenigen, die Geschäfte mit dem Tod machen – bei Rüstungsexporten geht es um nichts anderes als um Geschäfte mit dem Tod –, greifen Sie sofort unter die Arme. Das ist entlarvend, und das ist beschämend! Sie stehen hier einfach auf der falschen Seite!

Nicht nur in dieser Frage ist bezeichnend, auf welcher Seite Sie stehen. Wenn zum Beispiel die Frage im Raum steht: „Bitten wir Millionäre stärker zur Kasse, um die Mitte zu entlasten?“, stehen Sie auf der Seite der Millionäre, während wir ganz klar sagen: Unser Platz ist an der Seite der Mitte und auf der Seite derjenigen, die keine Lobby haben.

Wenn zum Beispiel die Frage im Raum steht: „Ziehen wir die sogenannte Arbeitgeberseite stärker heran, um Privathaushalte zu entlasten?“, ist Ihr Platz ganz eindeutig aufseiten der Konzerne, unserer jedoch bei den privaten Haushalten, und da sind wir richtig.

Wenn es zum Schwur kommt, steht diese Regierung beständig aufseiten der großen Vermögen, der großen Profite, aufseiten der Besitzenden.

Wir hingegen stehen auf der Seite der Mitte.

Die schwarze Null, die Sie für 2015 anstreben, wirft einen langen Schatten und hat einen verdammt hohen Preis. Zu diesem Preis gehört nicht nur, dass Sie die Sozialversicherung ausplündern; zu diesem Preis gehört auch, dass wichtige Zukunftsinvestitionen ausbleiben. Sie sind so auf diese schwarze Null fixiert, dass Sie die großen gesellschaftlichen Aufgaben komplett ignorieren.

Zu diesen großen gesellschaftlichen Aufgaben gehört erstens ein sozial-ökologischer Umbau im Sinne der Klimagerechtigkeit, zweitens der Kampf gegen Armut, drittens etwas zu tun gegen die um sich greifende Angst, die disziplinierend wirkt, und der Einsatz für ein soziales Europa. Gehen wir die Aufgaben einmal im Einzelnen durch:

Der sozial-ökologische Umbau wird – ein bisschen strahlen Sie das heute immer noch aus – eher als ein Randthema, als ein Thema für Ökos behandelt. Aber der Weltklimabericht hat uns die Brisanz deutlich vor Augen geführt. Weltweit sind Millionen Menschen von Dürre oder Überschwemmung bedroht, und ursächlich dafür ist die von der Menschheit verursachte Klimaerwärmung. Der Klimabericht macht eines deutlich: Ein Weiter-so ist existenzielle Brandstiftung. Diesen Bericht ernst nehmen, heißt ganz klar: Wir müssen den sozial-ökologischen Umbau voranbringen.

Aber was passiert unter Schwarz-Rot? Unter Schwarz-Rot verkommt selbst das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu einer reinen Industriesubventionierung. Das ist nicht nur unsere Einschätzung; das ist auch die Einschätzung des BUND. Um die Profite der Großindustrie zu schützen, bremsen Sie den Ausbau der erneuerbaren Energien aus, und Sie

lassen ihn am Ende auch noch von den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern bezahlen. Das ist unsozial und unökologisch zugleich. Das ist ein Kunststück, das man erst einmal hinkriegen muss.

Wir meinen, es braucht stattdessen eine stärkere Förderung der erneuerbaren Energien. Die erneuerbaren Energien müssen dezentral organisiert sein. Ich finde, dieses Vermächtnis von Hermann Scheer dürfen Sie nicht einfach übergehen. Vor allen Dingen muss das Ganze sozial finanziert werden; denn es darf nicht sein, dass die Ärmern im Winter auf Wärme verzichten müssen.

Zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen gehört auch der Kampf gegen Armut. Sicherlich, mit Ihrem Rentenpaket haben Sie einige Trippelschritte in die richtige Richtung gemacht.

Das zentrale zugrunde liegende Problem in der Rente gehen Sie nicht an, nämlich dass die Rente immer weniger sicher vor Altersarmut schützt. Das Rentenniveau von einst 53 Prozent sinkt auf 43,7 Prozent im Jahr 2030. Das klingt jetzt erst einmal technisch. Die Folge davon ist aber, dass auch Menschen mit einem mittleren, durchschnittlichen Einkommen in Zukunft nicht mehr vor Altersarmut geschützt sind, und Sie – Sie alle; wir Linken sind da die Ausnahme – haben diese Entwicklung mitgetragen. Ich finde, Sie sollten das Problem ernst nehmen und endlich dafür sorgen, dass das Rentenniveau nicht weiter sinkt und dass eine solidarische Mindestrente vor Altersarmut schützt.

Wenn es um die Armut der Erwerbslosen geht, dann versuchen Sie noch nicht einmal, den Anschein zu erwecken, dass Ihnen dieser Punkt wichtig ist. Kurzum: Beim Kampf gegen Armut betreiben Sie eines - Arbeitsverweigerung.

Menschen, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, müssen ihre Arbeitsbereitschaft beweisen und ihren Mitwirkungspflichten nachkommen. Wenn sie dies nicht tun, drohen Sanktionen: erst um 30 Prozent, dann um 60 Prozent, dann komplett. Die Linke lehnt diese Regelung ab. Aber ich finde, man sollte Sie durchaus an den Regelungen messen, die Sie für andere getroffen haben. Beim Kampf gegen Armut verletzt diese Regierung ihre Mitwirkungspflichten, betreibt diese Regierung Arbeitsverweigerung. Ich finde, dies ist ein klassischer Fall für eine Sanktion: erst von 30 Prozent, dann

von 60 Prozent und danach vielleicht eine Vollsanktionierung.

Zur dritten großen gesellschaftlichen Herausforderung. Wir haben in diesem Land eine Zunahme von disziplinierender Angst; sie hat ganz unterschiedliche Facetten. Da ist zum einen die junge Wissenschaftlerin, die immer nur Arbeitsverträge von einem bis zwei Jahre bekommt und die mit ihrem Partner seit Jahren eine Pendelbeziehung führt, weil beide niemals in der gleichen Stadt zumindest einen kurzfristigen Arbeitsvertrag haben. Wir wissen, das ist kein Einzelfall. Die Zahl der sachgrundlosen Befristungen ist explodiert. Inzwischen haben wir

1,3 Millionen sachgrundlose Befristungen. Sie könnten hier etwas tun. Sie könnten einfach die sachgrundlose Befristung abschaffen. Wir als Linke haben Ihnen diesen Vorschlag vorgelegt. Sie müssten nur dafür

stimmen. Dann wäre schon viel geholfen.

Da ist zum anderen die Sorge eines Beschäftigten in der Kernbelegschaft, der sich bisher sicher gefühlt hat. Aber tagtäglich bekommt er jetzt durch die Leiharbeiter, die immer nur für einige Monate eingesetzt werden, vor Augen geführt, dass man die gleiche Arbeit in der gleichen Zeit für die Hälfte des Geldes machen kann. Das wirkt natürlich disziplinierend und ruft die Angst hervor, ersetzbar zu sein. Hier könnten Sie etwas tun. Sie könnten französische Verhältnisse schaffen. Das heißt: vom ersten Tag an gleicher Lohn für gleiche Arbeit plus eine 10-prozentige Flexibilitätszulage.

Zur zunehmenden Angstkultur gehört natürlich auch die Angst der Erwerbslosen vor Sanktionen, die wie ein Damoklesschwert über ihnen schwebt. Sie macht die Leute gefügig und führt dazu, dass sie in Anstellungsgesprächen schlechte Löhne akzeptieren. Die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen könnte sehr viel bewirken, und deswegen ist dies

Fortsetzung auf Seite 2

**Sie sind so auf die „schwarze Null“ fixiert, dass Sie die gesellschaftlichen Aufgaben ignorieren.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Fortsetzung von Seite 1: Katja Kipping (DIE LINKE)

für mich eine Herzensangelegenheit.

Auch der zunehmende Druck, ständig am Limit arbeiten zu müssen, und die Angst, von überbordenden Überstunden erdrückt zu werden und nicht mithalten zu können, macht viele Menschen krank. Wenn es uns gelänge, kürzere Arbeitszeiten für alle als Standard zu etablieren, wäre dies ein enormer Fortschritt. Dafür setzen wir uns ein.

Zu den großen gesellschaftlichen Aufgaben gehört auch der Einsatz für ein soziales Europa. Dabei geht es auch darum, die Spaltung Europas zu verhindern. Für den Europakurs dieser Regierung war der Besuch von Außenminister Steinmeier in Griechenland zu Beginn dieses Jahres bezeichnend. Im Wahlprogramm der SPD war noch zu lesen, Merks Europapolitik sei – ich zitiere – „kaltherzig“.

Sie sprachen in Ihrem Wahlprogramm von sozialen Verwerfungen. Doch wie agierte Herr Steinmeier, als er dann Außenminister war? Kritisierte er womöglich den Kurs der Troika und wies auf die sozialen Verwerfungen hin? Nein, er lobte in Athen – ich zitiere – „den ersten Teil des Weges, den Griechenland gegangen ist“. Er sagte, er sei überzeugt, die Regierung verfüge über die Entschlossenheit, den Weg fortzusetzen.

Ich weiß sehr wohl, dass man Sie nicht für alle Entwicklungen in Griechenland direkt persönlich in Haftung nehmen kann. Aber wenn Sie in Griechenland den Weg loben, dann müssen Sie auch wissen, dass zu dem von Ihnen so gelobten Kürzungskurs gehört, dass das griechische Gesundheitssystem wirklich an den Rand des Kollapses getrieben

worden ist. Lebensnotwendige Herz-OPs können dort nicht mehr durchgeführt werden, weil Gefäßstützen fehlen. Krebspatienten müssen auf lebensnotwendige Medikamente verzichten. Ärzte ohne Grenzen ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Drittel der griechischen Bevölkerung kaum noch Zugang zur medizinischen Versorgung hat.

Deutschland hat den Spardruck innerhalb von Europa stark gemacht. Dieser Spardruck führt zu einem Kürzungsdruck. Er führt dazu, dass in Griechenland nicht einfach an Luxus gespart wird, sondern dass lebensnotwendige Maßnahmen unterlassen werden. Deswegen sage ich: Das Kürzungsdiktat hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, dass man bei lebensbedrohlichen Krankheiten von einer unterlassenen Hilfeleistung sprechen muss.

Deswegen steht für uns fest: Wahre Euro-päerinnen und Europäer verzichten auf das Kürzungsdiktat. Wahre Euro-päerinnen und Europäer setzen stattdessen auf ein Europa der sozialen Rechte.

Ja, wir setzen auf ein Europa, das an der so schlichten und doch bemerkenswerten Vision von Theodor Adorno anknüpft:

Zart wäre einzig das Größte: daß niemand mehr hungern soll.

Das heutige Europa ist davon weit entfernt. Dazu trägt auch Ihre Kürzungspolitik bei.

Frau Merkel, so mancher meint, das zentrale Problem Ihrer Regierung wäre, dass Sie sich streiten.

So mancher meint, Sie wären selbst für einen guten Paartherapeuten ein verdammt schwieriger Fall. Ich meine, das große Problem der schwarzen Regierung liegt in der Ignoranz gegenüber den großen gesellschaftlichen Aufgaben. Sie ignorieren die sozialen Verwerfungen in diesem Land. Sie ignorieren den wachsenden Reichtum in den Händen einiger weniger. Beim Kampf gegen Armut betreiben Sie Arbeitsverweigerung, und bei der Energiewende stehen Sie seit' an Seit' mit Sigmar Gabriel auf der Bremse. Ihre Europapolitik spaltet Europa. Das ist der falsche Kurs.

Ich jedoch meine, diese Gesellschaft braucht wahrlich kein weiteres Artenschutzprogramm für die großen Profite. Diese Gesellschaft braucht vielmehr vollen Einsatz für einen sozial-ökologischen Umbau im Sinne der Klimagerechtigkeit. Diese Gesellschaft braucht wahrlich kein weiteres Förderungsprogramm für Millionäre. Diese Gesellschaft braucht vielmehr vollen Einsatz für Umverteilung, gegen Armut, für ein Europa der sozialen Rechte. Wir, die Linke, streiten für eine Gesellschaft, die frei ist von der Bürde der disziplinierenden Angst, die frei ist von Armut. Ja, dafür stehen wir.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

## Die Einlösung eines Versprechens an zukünftige Generationen



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2014 und der mittelfristigen Finanzplanung liegt der erste Haushalt ohne neue Schulden seit 1969 in greifbarer Nähe. Das heißt konkret: 2014 werden wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben. 2015 haben wir die Möglichkeit, keine neuen Schulden zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind nicht einfach Zahlen, sondern das ist nicht mehr und nicht weniger als die Einlösung eines Versprechens an kommende Generationen, einmal ohne zukünftige Schulden auszukommen, einmal mit dem auszukommen, was in die Steuerkassen hineinkommt, einmal nicht auf Kosten der Zukunft zu leben. Es ist das bewusste Bekenntnis der Großen Koalition, sich um die Sorgen, Ansprüche und Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu kümmern. Das ist unsere Pflicht – das sage ich ausdrücklich –, und wir tun es, und das zum ersten Mal seit Jahrzehnten.

Zuallererst ist dies der Erfolg und das Verdienst im Übrigen all derjenigen, die den Wohlstand erarbeiten, der vielen Menschen, die sich für dieses Land einbringen mit ihrem unternehmerischen Sachverstand und mit ihrer Rolle als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denen gilt in dieser Stunde unser aller Dank, meine Damen und Herren.

Das ist zum Zweiten auch das Verdienst vieler Bundesregierungen, auch dieser. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, dem Bundesfinanzminister für seine ruhige, besonnene und nachdrückliche Art, diesen Kurs immer wieder einzufordern, zu danken, genauso wie unseren Haushaltspolitikern, die darauf in den vielen Sitzungen der Begehrlichkeiten achten. Danke schön, dass wir auf diesem Kurs gut vorangekommen sind!

Richtig ist doch, dass die Voraussetzungen in den letzten Jahren alles andere als rosig waren. Ich will vielleicht noch mal daran erinnern: Kurz

bevor wir die erste Große Koalition 2009 beendeten, war es auch so, dass ein ausgeglichener Haushalt in Reichweite lag.

Es ist also keine neue Idee. Wir sind dann allerdings in eine Situation gekommen – ich habe da gestern schon zugehört –, die wir vielleicht nicht vergessen sollten, nämlich in eine internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, die in Deutschland einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von fünf Prozent mit sich gebracht hat. Es war richtig, diese Finanzkrise national so zu beantworten, dass wir reagiert haben, dass wir Konjunkturprogramme aufgelegt haben, dass wir Arbeitsplätze gesichert haben. Deshalb hat es länger gedauert, aber wir haben diesen Kurs konsequent fortgesetzt, meine Damen und Herren.

In der Zeit zwischen 2008 und der Bewältigung dieser internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben wir eines gelernt: Wir können nicht alleine Politik machen, sondern unser Handeln hängt aufs Engste mit allem, was auf der Welt passiert, zusammen. Das ist Globalisierung. Keiner kann mehr heute alleine, für sich regieren, sondern jeder muss auch die Belange der anderen im Blick haben. Deshalb kümmern wir uns um internationale Finanzmarktregulierung, gar nicht nur, weil wir das zu Hause so brauchen – das könnten wir ja national regeln –, sondern weil es unabänderlich ist, weil jeder Fehler, der international passiert, zum Schluss auch uns und die Menschen in Deutschland trifft. Insofern leben wir heute in einer vernetzten Welt, auf die wir reagieren müssen.

Wir haben auch noch andere Unsicherheiten. Das ist einmal die europäische Schuldenkrise, die nach wie vor noch nicht überwunden ist. Es ist eine fragile Situation weltweit – wenn wir auch auf manche Entwicklungen in den Schwellenländern schauen. Und es kommen neue Unsicherheiten dazu – das haben wir in den letzten Wochen gelernt –, wie uns das Beispiel der Ukraine zeigt. Die illegale, völkerrechtswidrige Annexion der Krim hat uns etwas vor Augen geführt, was wir eigentlich vergessen glaubten, nämlich dass wir über Freiheit, über internationales Recht, über Frieden und Einhaltung von Völkerrecht noch sprechen müssen. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir alle Anstrengungen darauf richten – das wird die Tätigkeit dieser Großen Koalition in den nächsten Monaten sein –, für ein starkes Deutschland, für ein starkes Europa und für starke Partnerschaften in der Welt zu arbeiten. Wir wissen, wir können diese Ziele nur gemeinsam erreichen. Das gilt für

Deutschland, das gilt für Europa, und das gilt auch für die globalisierte Welt.

Wie sieht es nun aus, wenn wir auf Deutschland schauen? Die Wirtschaftsprognosen sind einigermaßen positiv: 1,8 Prozent Wachstum in diesem Jahr; das ist mehr als der Durchschnitt im Euro-Raum. Der private Konsum ist der Treiber unserer binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Der Export springt an, aber die Binnenkonjunktur trägt mehr zum Wachstum bei, als das in vergangenen Jahren der Fall war. Wir können heute sagen, dass wir bislang zu den Gewinnern der Globalisierung gehören, weil wir eine wettbewerbsfähige Industrie haben und weil wir einen sehr starken Mittelstand haben.

Aber es ist auch wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen: Das alles ist eine Momentaufnahme. Wenn man sich die Dynamik der Welt anschaut, dann weiß man: Die Wettbewerbsfähigkeit muss erhalten werden. Vor allen Dingen kann sie erhalten werden, indem wir unsere Innovationsfähigkeit erhalten. Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur heute wettbewerbsfähig sind, sondern dass wir international auch zu den Besten bei der Innovationskraft gehören und dass wir an vielen Stellen, gerade wegen unserer mittelständischen Unternehmen, Weltmarktführer sind.

Die Bundesregierung legt auf diesen Punkt besonderen Wert, mit unserer Hightech-Strategie, mit unserer Innovationsstrategie, wo wir den Bogen von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung im Mittelstand spannen. Es darf und muss für Deutschland gelten: Keine gute Idee darf auf der Strecke bleiben; alles muss genutzt werden. Kreativität ist der Treiber unseres Wohlstands, meine Damen und Herren.

Wenn wir den Haushalt für dieses Jahr beraten, müssen wir uns auch fragen: Wo steht Deutschland in 5, in 10 oder in 20 Jahren? Wie können wir erreichen, dass wir auch in Zukunft erfolgreich sind? Solide Finanzen, wie mit dem Haushaltsplan für dieses und nächstes Jahr sowie mit der mittelfristigen Finanzplanung vorgelegt, bedeuten nicht nur, dass man keine Schulden macht, sondern sie bedeuten genauso, dass man mit Weitblick und Klugheit in die Zukunft unseres Landes investiert.

Ich möchte in diesem Zusammenhang vier Bereiche nennen, in denen wir investieren:

Erstens. Wir investieren in unser wichtigstes Kapital, und das sind die Menschen. Das sind Investitionen in Bildung und Forschung. Wir unterstützen dabei die Länder und die Kommunen, indem wir ihnen bei der Finanzierung von Kitas, von

### Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 7. bis 11. April 2014 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

#### Zustimmung

**Umwelt** Antrag „Bildung der Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ – Verantwortung für nachfolgende Generationen übernehmen“ (CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, 18/1068, 18/1070, 18/1071).

#### Ablehnung

**Umwelt** Antrag „Atomüll-Endlagersuche vom Kopf auf die Füße stellen“ (Die Linke, 18/1069);

**Wirtschaft und Technologie** Antrag „Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Zukunftsinvestitionen sichern“ (Bündnis 90/Die Grünen, 18/493, 18/794).

Schulen und Hochschulen helfen. Damit auch wirklich genügend Geld für diese Aufgaben vorhanden ist, werden wir in dieser Legislaturperiode insgesamt 6 Milliarden Euro mehr für die Unterstützung genau dieser Bereiche zur Verfügung stellen.

Damit wir unser 3-Prozent-Ziel, also 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Bereich Forschung und Innovation, auch in den nächsten Jahren halten können – wir haben es jetzt fast erreicht –, müssen wir 3 Milliarden Euro mehr in Forschung und Entwicklung hineingeben. Das tun wir. Damit werden wir zu den Ländern gehören, die in Bezug auf Forschung in Europa führend sind. Weltweit gibt es Länder, die mehr investieren

– ich habe es hier oft gesagt: Südkorea, zum Beispiel –, aber mit 3 Prozent sind wir recht gut dabei.

Zweitens. Wir investieren in die Zukunft der Verkehrsinfrastruktur. Wir werden hierfür 5 Milliarden Euro einsetzen. Wir werden die Nutzerfinanzierung weiterentwickeln.

– Ich weiß, dass das sicherlich mehr sein könnte, aber, meinen Damen und Herren, es sind immerhin 5 Milliarden Euro mehr als in der vergangenen Legislaturperiode. Das ist ein unabdinglicher, wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Drittens. Wir investieren in die Zukunft unserer Energieversorgung. Es geht darum, dauerhaft sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energie zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns in der Großen Koalition entschieden, angesichts der Tatsache, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung derzeit 25 Prozent beträgt, einen neuen Pfad, einen berechenbaren Pfad für den Ausbau der erneuerbaren Energien einzuschlagen.

Wenn Sie sich die Situation im internationalen Vergleich anschauen, dann stellen Sie fest: Es ist relativ einzigartig, was wir tun. Wir sagen: Von heute 25 Prozent werden wir bis 2025 den Anteil der erneuerbaren Energien auf 40 bis 45 Prozent ausbauen. Wir gehen damit einen Weg, der uns das Erreichen des Ziels für 2050 – 80 Prozent der Erzeugung des Stroms aus erneuerbaren Energien – auf einem ganz berechenbaren Pfad möglich macht.

Mit der EEG-Novelle, die wir gestern im Kabinett verabschiedet haben und die in den nächsten Wochen hier im Hause beraten wird, kommt etwas ganz Wichtiges für den Ausbau der erneuerbaren Energien zum ersten Mal zum Zuge, nämlich Berechenbarkeit. Es sind klare Korridore vorgegeben, und natürlich kann ich diese Korridore nur einhalten, indem ich, wenn mehr zugebaut wird, die Vergütungen reduziere, sodass ich einen atmenden Deckel habe und die Korridore auch einhalten kann.

Wir haben uns für einen vernünftigen Mix entschieden. Wir haben Ge-

spräche mit den Ländern geführt. Ich möchte dafür danken, dass hier Gemeinsamkeit entstanden ist. Wir werden natürlich die Beratungen hier im Hause in aller Offenheit durchführen.

Damit können wir nicht versprechen, dass die EEG-Umlage dauerhaft sinkt. Aber wir können versprechen, dass die Kostendynamik der EEG-Umlage gebrochen ist und dass wir auf einen vernünftigen Pfad kommen. Meine Damen und Herren, das ist genau das, was die Bürgerinnen und Bürger

von uns erwarten; denn sie tragen die Energiewende. Ich will dafür ausdrücklich Dankeschön sagen; denn das macht nicht die Politik, das machen die Bürgerinnen und Bürger. Es war aber auch ein

Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, eine neue Energiepolitik in Deutschland durchzusetzen. Das haben wir getan. Jetzt werden wir diesen Weg gemeinsam gehen.

Wenn wir über sichere Energieversorgung und über die Energiewende, die wir durchführen, sprechen, dann müssen wir auch sehen: Es war nicht beabsichtigt – das kann nicht gewollt gewesen sein –, dass wir durch die Energiewende unsere eigenen Stärken schwächen, nämlich die mittelständische Wirtschaft und die Industrie. In Deutschland beträgt der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandsprodukt über 20 Prozent. Damit sind wir führend in Europa. Die Europäische Kommission hat sich das Ziel gesetzt, weil sie sieht, dass wir in einem globalen Wettbewerb stehen, dass die Industrie wieder einen Anteil von 20 Prozent am europäischen Bruttoinlandsprodukt hat. Nun kann es doch nicht sein, dass wir durch eine vernünftige Maßnahme, nämlich dadurch, dass wir unsere Energieversorgung zukunftsfähig ausbauen, Arbeitsplätze vernichten und unsere Wirtschaft in Gefahr bringen. Ich bin mir ganz sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger auf gar keinen Fall wollen, dass sichere, zukunftsfähige Arbeitsplätze durch die Energiewende verlorengehen. Deshalb haben wir so entschieden und für Ausnahmen für unsere im Wettbewerb stehende Industrie gekämpft.

Ich will dem Bundeswirtschaftsminister ein ausdrückliches Dankeschön dafür sagen. Wir haben uns eingesetzt für ein Ziel, das im Kontext europäischer Probleme das allervernünftigste und normalste ist. Wir reden Tag und Nacht mit Recht darüber, wie hoch die Arbeitslosigkeit in Europa ist. Wir reden Tag und Nacht über die Frage, wie wir für junge Leute neue Arbeitsplätze schaffen können. Da können wir uns doch nicht sehenden Auges in Europa wegen einer vermeintlichen Rolle im Klimaschutz damit abfinden, dass wir Arbeitsplätze vernichten.

Nein, wir müssen Klimaschutz und Arbeitsplätze zusammenbrin-

gen. Sonst wird die Energiewende keine Akzeptanz in Deutschland haben.

Natürlich sind das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das, was die Kommission heute im Zusammenhang mit den Leitlinien für Beihilfen beschließen wird, nur erste Schritte bei der Gestaltung der Energiewende. Auf der Grundlage dieses Ausbaupfads für erneuerbare Energien müssen wir jetzt die Netzplanung anpassen und dann den Netzausbau beschleunigen. Dafür sind die entsprechenden Vorkehrungen getroffen worden. Anschließend müssen wir uns natürlich mit den Kapazitätsmärkten beschäftigen, mit der Frage, wie wir eine vernünftige Kombination hinbekommen können, wie wir die begrenzte Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien – mit Ausnahme der Biomasse – mit der Sicherstellung der Grundversorgung in Einklang bringen können. Das werden die nächsten Schritte sein.

Damit niemand denkt, dann sei die Arbeit vorbei, sage ich: Wir werden uns noch in dieser Legislaturperiode mit dem nächsten Schritt im Zusammenhang mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz befassen müssen, nämlich mit der Ausschreibung der jeweiligen Kapazitäten. Darauf wird die Europäische Kommission drängen, und das ist auch richtig, um die Kosteneffizienz vernünftig durchzusetzen. Wir werden also in der ganzen Legislaturperiode mit der Frage „Wie gestalten wir die Energiewende?“ beschäftigt sein. Ich bin aber sehr optimistisch, dass uns das gut gelingen wird.

Viertens. Wir werden natürlich auch in einen Bereich investieren, der unser Leben im 21. Jahrhundert in großem Maße prägt, nämlich in die Digitalisierung. Kaum ein Lebensbereich kommt heute ohne digitale Techniken aus, ob es das Auto ist, das Handy, die Flüge, die Bahnfahrten oder die industrielle Produktion. Wer sich in diesen Tagen auf der Hannover Messe die Produkte ansieht, die den Weg zur Industrie 4.0 charakterisieren, der weiß, in welcher dramatischen Weise sich unsere gesamte Arbeitswelt verändern wird. Es ist beeindruckend, zu sehen, dass in Zukunft jede reale Fabrik noch einmal als digitale Fabrik existieren wird, wie Produkte entwickelt werden, wie Maschinen miteinander interagieren. All das wird unser Arbeitsleben sehr stark verändern, genauso wie das im privaten Bereich der Fall ist.

Deshalb freue ich mich, dass die drei hauptzuständigen Minister bereits auf der CeBIT die Digitale Agenda 2014 bis 2017 vorgestellt haben. Diese Digitale Agenda hat drei Komponenten: Eine Komponente sind gute Bedingungen, damit Start-ups, damit Unternehmen in Deutschland in die Digitalisierung investieren können. Das Zweite ist der Sicherheitsaspekt, den wir natürlich brauchen. Die dritte Komponente ist die Versorgung mit Breitband, damit jeder Zugang zu den digitalen Möglichkeiten hat.

Das Ausmaß der gesellschaftspolitischen Dimension der Digitalisierung kann nicht überschätzt werden. Unser gesamtes Leben wird sich verändern. Natürlich muss das gelten, was wir immer für die Wirtschaft gesagt haben: Auch die digitale Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht etwa umgekehrt. Das ist das Wesen der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb sind Datenschutz und Datensicherheit ganz legitime Notwendigkeiten. Wir werden noch viel arbeiten müssen, um das wirklich durchzusetzen.

Die Bundesregierung hat hier erste Schritte unternommen; weitere werden folgen müssen. Wir haben eine Taskforce „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik für die Bürgerinnen und Bürger. Aber nationale Gesetzgebung allein wird hier nicht ausreichen, sondern wir werden natürlich international agieren müssen, zuallererst einmal in Europa. Hier geht es weiter um die Diskussion zur Datenschutzgrundverordnung. Das ist ein außerordentlich kompliziertes Unterfangen. Ich will das hier noch einmal darstellen: Auf der einen Seite wissen wir alle, dass wir ein gleiches Niveau von Datenschutz in Europa brauchen; denn ansonsten können sich Internetunternehmen zum Beispiel immer in einem Land in Europa niederlassen, in dem es eben nicht dieses Datenschutzniveau gibt. Auf der anderen Seite brauchen wir eine Einigung auf einem Niveau, das unserem Datenschutzniveau in Deutschland entspricht.

Das sehen aber nicht alle anderen Länder so wie wir. Das heißt, wir werden in den nächsten Monaten zunehmend in eine Situation kommen, in der wir genau abwägen müssen, was besser ist: eine Datenschutzgrundverordnung in Europa oder aber kein einheitliches Datenschutzniveau und damit immer wieder die Möglichkeit des Unterlaufens. Ich glaube, Deutschland muss, auch wenn wir kritisiert werden, dass es etwas länger dauert, mit aller Kraft auf ein vernünftiges Datenschutzniveau in Europa drängen. Alles andere kann ich mir nicht vorstellen.

Wir brauchen auch Initiativen für einen verlässlicheren internationalen Datenschutz. Deutschland hat hier gemeinsam mit Brasilien in den Vereinten Nationen Aktivitäten unternommen. Das ist ein dickes Brett, das zu bohren ist. Ich glaube, wir müssen erst einmal in Europa mit gutem Beispiel vorangehen, um international voranzukommen.

Alle Aufgaben, die ich bisher beschrieben habe, sind Aufgaben, die für alle Länder dieser Erde gelten. Jeder, der für seine Bevölkerung Wohlstand sicherstellen will, braucht Wachstum und Innovationsfähigkeit und muss sich damit weltweit in einem fairen Wettbewerb beweisen.

Auf Deutschland kommt eine zusätzliche Aufgabe zu: die Bewältigung der demografischen Entwicklung. Mir ist das noch einmal bewusst geworden, als ich in der letzten Woche auf dem EU-Afrika-Gipfel war. Afrika ist ein Kontinent, auf dem die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahre alt ist. Das ist eine völlig andere Bevölkerungsstruktur als unsere in Europa. In Afrika betrachtet man uns als einen wirklich alternenden Kontinent und fragt, wie wir ohne so viele junge Leute, wie sie es kennen, zurechtkommen. Wir müssen uns natürlich ganz entschieden auf die Veränderungen vorbereiten. Die sogenannten Babyboomer – ich meine jetzt den stärksten Nachkriegsjahrgang – feiern in diesem Jahr ihren 50. Geburtstag. Sie werden noch 17 Jahre in der Erwerbstätigkeit sein; danach werden wir abnehmende Zahlen haben. Das wird sich natürlich massiv auf unsere Arbeitswelt auswirken.

Das heißt, wir müssen als Erstes überlegen: Wie können wir vor allen Dingen eine gute Struktur vor Ort hinbekommen, die die Belastungen aufgrund der demografischen Entwicklung auffangen und darauf reagieren kann? Deshalb haben wir uns ganz bewusst entschieden, die Kommunen weiter zu entlasten. Wolfgang Schäuble hat hier gestern ausführlich dazu Stellung genommen. Die Kommunen sind inzwischen vollständig von den Kosten der Grundsicherung entlastet. Das sind in diesem Jahr 5,5 Milliarden Euro für die Grundsicherung. Diese Leistung mussten die Kommunen noch vor wenigen Jahren selber tragen. Wir wollen nun den nächsten Schritt gehen und in dieser Legislaturperiode jedes Jahr 1 Milliarde Euro zusätzlich für die Kommunen zur Verfügung stellen, mit Verabschiedung des Teilhabegesetzes aufwachsend auf 5 Milliarden

Euro, weil wir den Kommunen auch bei der Eingliederung von Behinderten helfen wollen.

Das ist eine Leistung, die wir deshalb zur Verfügung stellen, weil wir überzeugt sind, dass die Lebenserfahrung jedes einzelnen Menschen zuallererst

zu Hause, in der Kommune vor Ort gesammelt wird, und weil wir wissen, dass das große, oftmals ehrenamtliche Engagement der Kommunalpolitiker nur dann weiter Akzeptanz finden wird, wenn in den Kommunen auch etwas zu gestalten ist, wenn dort etwas zu machen und nicht nur Mangel zu verwalten ist.

Das zweite große Thema, das von Bedeutung ist, wenn wir auf den demografischen Wandel reagieren wollen, ist die Sicherung der Fachkräftebasis. Was haben wir da für Möglichkeiten? Auf der einen Seite müssen wir alles daransetzen, dass der Zu-

### Wir brauchen auch Initiativen für einen verlässlicheren internationalen Datenschutz.

Fortsetzung von Seite 5: Dr. Angela Merkel (Bundeskanzlerin)

wachs an älteren Beschäftigten, der in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, weiter anhält. Wir müssen auf der anderen Seite dazu beitragen, dass Frauen durch die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie bessere Chancen im Berufsleben bekommen. Wenn ich hier von Frauen spreche, spreche ich genauso von Eltern, also auch von Vätern. Wir haben in dieser Legislaturperiode mit dem -ElterngeldPlus bereits eine Initiative ergriffen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Arbeits- teilung verbessert.

Ich denke, was das Zeitmanagement von Familien anbelangt, wird in den nächsten Jahren noch viel zu leisten sein.

Wir müssen allerdings auch das gesellschaftliche Umfeld so gestalten, dass die Bedürfnisse von Familien, gerade auch von Frauen, besser widerspiegelt werden. Das bedeutet, dass Frauen in Führungspositionen besser vertreten sein müssen.

Das ist in erster Linie – das haben wir jetzt festgestellt – eine Aufgabe für alle Gremien des Bundes. Da haben wir noch eine Menge zu tun – die Frauenministerin nickt –, aber ich weiß auch, dass es nicht so einfach ist, alle Gremien entsprechend zu besetzen. Jedoch, wenn wir die Unternehmen verpflichten wollen, wird man sich zu Recht fragen: Wie sieht es denn in der Politik aus?

Es gab seitens der Wirtschaft, also zumindest der börsennotierten Unternehmen, bisher keinerlei Initiative, der Politik zu zeigen, dass es die Wirtschaft besser macht. Deshalb sehen wir uns jetzt doch gezwungen, gesetzliche Regelungen einzuführen, um die Sache ein bisschen voranzubringen. Das ist wichtig.

Ein dritter Punkt ist, dass wir heute die Fachkräftebasis für morgen sichern. Deshalb hat sich der Bund bei der Finanzierung zusätzlicher Hochschulplätze engagiert. Er wird das im Rahmen des Hochschulpaktes auch weiterhin tun, damit wir im nächsten Jahrzehnt ausreichend Absolventen haben. Die Investitionen in die Universitäten und Fachhochschulen haben aber auch zu einer Entwicklung geführt, die wir gestern im Kabinett anlässlich der Vorlage des Berufsbildungsberichts diskutiert haben. Wir haben erkannt, dass wir die duale berufliche Ausbildung stärken müssen.

Wir wollen den Ausbildungspakt im Zusammenhang mit einem Weiterbildungspakt neu auflegen. Wir müssen jetzt wieder dafür sorgen, dass uns in den nächsten Jahren nicht noch einmal passiert, was letztes Jahr passiert ist, nämlich dass 20.000 Absolventen keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, obwohl es ein Überangebot an Ausbildungsplätzen gab. Die Zahl von Anbietern einer dualen Berufsausbildung sinkt. Dies muss geändert werden.

Solide Finanzen, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze – das alles ist wichtig. Für das gesellschaftliche Klima ist aber auch die Frage des sozialen Zusammenhalts von allergrößter Bedeutung. Hier kommen wir zu einigen Vorhaben, für die sich die Große Koalition entschieden hat und die durchaus auch kontrovers diskutiert werden. Sie sind aber in Anbetracht der Situation, in der wir uns befinden – nah an einem ausgeglichenen Haushalt, mehr Beschäftigte als jemals zuvor –, für die Menschen insgesamt sehr wichtig.

Das gilt zum Beispiel für das Thema Mindestlohn. Wir haben den Gesetzentwurf zum Mindestlohn im Kabinett verabschiedet. Er geht jetzt in die parlamentarischen Beratungen. Es sind noch einige Fragen zu klären, und diese werden auch geklärt. Wir haben uns entschieden, eine Übergangszeit bis zum Ende 2016 zu ermöglichen, sofern abweichende Tarifverträge vorhanden sind. Ansonsten tritt der Mindestlohn mit dem 1. Januar 2015 in Kraft. Wir haben uns entschieden, bei jungen Menschen unter 18 Jahren und ohne Berufsabschluss auf dem Wege zur Ausbildung Ausnahmen zuzulassen. Gleiches gilt für Praktika. Für Langzeitarbeitslose soll es eine Frist von sechs Monaten geben, in denen zuerst die Chance genutzt werden kann, überhaupt wieder eine Arbeit aufzunehmen, um danach in eine Phase des Mindestlohnbezugs zu gelangen.

Gerade bei den Langzeitarbeitslosen haben wir nach wie vor ein Problem. Trotz der guten Beschäftigungslage erscheint das Niveau von 3 Millionen Arbeitslosen ziemlich zementiert. Deshalb begrüße ich, dass die Bundesarbeitsministerin jetzt Initiativen entfaltet, um zu schauen, wie wir da rauskommen. Wir müssen vor allen Dingen bei den unter 30- beziehungsweise unter 35-jährigen Langzeitarbeitslosen schauen, dass wir vorankommen.

Wir haben mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt ein Rentenpaket mit vier wesentlichen Maßnahmen vorgelegt: die Berücksichtigung von Erziehungsleistungen von Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, Erhöhung der Erwerbsminderungsrenten, ein steigendes Rehabudget und abschlagsfreie Renten nach 45 Beitragsjahren. Letzterer Punkt wird ja noch sehr kontrovers diskutiert. Ich freue mich, dass wir uns alle einig sind – so haben wir das auch im Kabinett beschlossen –, dass wir alle Anreize zur Frühverrentung ausräumen müssen. Es lohnt die Mühe, darüber nachzudenken, wie wir das effektiv machen können. Frühverrentung kann nicht das Ansinnen sein. Im Übrigen wächst das Alter, ab dem wir die abschlagsfreie Rente ermöglichen, über die Jahre wieder auf 65 auf, weil wir davon ausgehen und

auch alle Kraft darauf lenken werden, dass die Beschäftigungschancen Älterer, auch der über 60-Jährigen, deutlich besser werden. Das ist eine Notwendigkeit bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts, um den demografischen Wandel überhaupt zu bewältigen.

Von allergrößter Bedeutung sind natürlich die Fragen einer sicheren, verlässlichen gesundheitlichen Versorgung und einer leistungsfähigen Pflegeversicherung. In beiden Bereichen ergreifen wir Initiativen. Ich will hier besonders das würdigen, was im Pflegebereich geschieht: Wir werden zum 1. Januar 2015 eine Reform der Pflegeversicherung vorlegen. Die Beiträge werden um 0,2 Prozentpunkte erhöht. Damit stehen 2,4 Milliarden Euro mehr für Pflegeleistungen zur Verfügung. Wir werden mit aller Kraft darauf hinarbeiten, dass nicht die Bürokratie, nicht die technischen Abläufe, sondern das, was die Menschen brauchen, die Pflege des einzelnen Menschen, wieder mehr im Vordergrund steht. Dazu werden wir einen neuen Pflegebegriff erproben und seine Praxistauglichkeit feststellen. Ich glaube, das ist die richtige Art, dies Schritt für Schritt anzugehen. Vor allen Dingen wollen wir die Pflegeberufe attraktiver machen, aber auch Pflege in der Familie in besonderer Weise befördern.

Ein weiterer wichtiger Bereich für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist das gesamte Thema der Integration von Migrantinnen und Migranten. In diesem Jahr werden wir einen Integrationsgipfel zum Thema „Ausbildung und Bildung“ abhalten. Gegen Ende des Jahres werden wir dann hoffentlich auch einen neuen Ausbildungs- und Weiterbildungspakt haben; denn unser Ziel muss natürlich sein, dass die Teilhabe der Migrantinnen und Migranten an der Berufsausbildung, am beruflichen Leben, am Arbeitsleben dieselbe ist wie bei denjenigen, die schon lange beziehungsweise immer in Deutschland leben. Das haben wir, auch wenn es Fortschritte gibt, noch nicht erreicht. Deshalb wird die Integration auch in dieser Legislaturperiode ein wesentliches Element unserer Arbeit sein.

Wir hoffen, dass wir mit dem gestern verabschiedeten Entwurf zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts für in Deutschland geborene Kinder einen Impuls setzen, um den Migrantinnen und Migranten und ihren Kindern zu sagen: Ihr seid hier willkommen. Ihr seid Teil unserer Gesellschaft. Ihr bekommt alle Chancen, die andere auch bekommen. Ihr sollt euch einbringen und werdet genauso gefördert. – Ich hoffe, dass dies seine Wirkung nicht verfehlt, meine Damen und Herren.

In diesem Spektrum arbeiten wir in dem Umfang, den Deutschland aus eigener Kraft leisten kann. Aber wir wissen auch: Deutschland ist auf Dauer nur stark, wenn es auch Europa gut geht, wenn auch Europa stark ist. Deswegen setzen wir als Bundesregierung natürlich auch darauf, die europäische Politik intensiv

zu gestalten und uns mit unserer Rolle dort einzubringen.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Euro-Schuldenkrise haben wir schwere Jahre hinter uns. Wir können jetzt erste Erfolge sehen, und ich finde, wir dürfen diese Erfolge nicht kleinreden, obwohl wir wissen, dass wir damit den Weg natürlich noch nicht zu Ende gegangen sind. Weder sind die Zinssätze – schauen wir einmal auf Deutschland – so, dass man heute sagen kann: „Das Ganze ist schon wieder im Lot“, noch ist die Arbeitslosigkeit – gerade bei jungen Menschen in anderen europäischen Ländern – akzeptabel oder hinnehmbar.

Richtig ist und bleibt für mich aber doch, dass es vernünftig und notwendig war, einen Fiskalpakt zu entwickeln, mit dem wir dem Maastrichter Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder mehr Zähne gegeben haben; denn es war doch eine der Erfahrungen, dass uns das Nichteinhalten von Versprechungen und Beschlüssen in eine solche Situation gebracht hat. Es ist richtig und auch wichtig, dass wir sagen: Irland, Portugal, Spanien und Griechenland haben bei allen Bemühungen, die noch zu folgen haben, Fortschritte gemacht. Deshalb werden wir das auch weiter so hervorheben.

Anfang Juli wird es in Italien einen Gipfel geben, der sich wieder mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen wird. Dort wird es vor allen Dingen notwendig sein, zu schauen: Werden die in Europa bereitgestellten Mittel auch wirklich von den Ländern genutzt, die die größten Probleme haben? Häufig sind nämlich zwar Mittel für die Bekämpfung bestimmter Probleme vorhanden – natürlich wird dauernd darüber geredet, dass es eigentlich mehr sein sollte –, aber wenn man dann einmal genauer hinguckt, sieht man, dass die Mittel gar nicht abgerufen werden. Wir müssen jetzt erst einmal Wert darauf legen, dass die in der europäischen Finanzplanung für die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zusätzlich vorgesehenen 6 Milliarden Euro dafür genutzt werden, wofür sie gebraucht werden, nämlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen.

Aus der Tatsache, dass wir von der Haushaltslage her heute besser dastehen als vor Jahren, die Arbeitsmarktsituation in vielen Ländern aber noch nicht besser ist, zum Teil sogar schlechter, ergibt sich im Übrigen auch die Aufgabenstellung für das neue Europäische Parlament und die neue Europäische Kommission: Wir müssen -gucken, wo wir Bürokratie abbauen und wie wir Unternehmen in Europa Chancen geben können – denn langfristige, dauerhafte Arbeitsplätze werden nur durch Unternehmen und nicht durch Staaten geschaffen –, und wir

müssen schauen, wie wir die Vorzüge eines Binnenmarktes auch im digitalen Bereich, im Energiebereich und im Forschungsbereich wirklich zur Geltung kommen lassen können.

Das werden die Aufgaben sein, auf die sich Europa konzentrieren muss. Nicht jede Aufgabe ist eine Aufgabe für Europa, aber die großen Aufgaben können inzwischen mit einer europäischen Dimension besser gelöst werden, als wir das alleine, als Nationalstaat, könnten.

Wir sind bei der Bankenunion vorangekommen. Ich will die Details hier jetzt nicht nennen. Das ist ein Riesenprojekt. Wenn Sie mich vor drei Jahren gefragt hätten: „Werden wir so weit kommen?“, dann hätte ich sehr große Zweifel geäußert. Das bedeutet eine riesige Kraftanstrengung.

Deutschland ist im Übrigen in vielen Fragen vorangegangen:

Wir hatten schon eine Bankenabgabe, als es in Europa noch keine Bankenabgabe gab. Damit haben wir ein Modell geliefert. Wir hatten schon einen Bankenabwicklungsmechanismus, als es in Europa noch keinen solchen gab. Auch damit waren wir Vorreiter. Das heißt, wir haben mit unseren nationalen Regelungen immer wieder auch Hilfestellungen für europäische Regelungen geben können, und ich bin sehr froh, dass wir hier jetzt wirklich sehr gut vorangekommen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass wir, wenn wir uns nur auf unsere eigenen Belange konzentrieren, natürlich nicht erfolgreich sein können. Deshalb beschäftigt uns das Thema „Frieden, Freiheit und Menschenwürde in Europa und in der Welt“ natürlich sehr – gerade jetzt, in diesen Tagen.

Die Lage in der Ukraine bleibt schwierig. Sie haben das in den letzten Tagen wieder verfolgt, und es ist leider an vielen Stellen nicht erkennbar, wie Russland zur Entspannung der Situation beiträgt. Deshalb werden wir auf der einen Seite weiter das tun, was wir immer getan haben, nämlich die Gesprächsfäden nutzen, auf der anderen Seite aber auch klar und deutlich sagen: Die Ukraine hat aus unserer Sicht ein Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg. – Den werden wir einfordern. Die Ukrainer müssen über ihr Schicksal selber entscheiden, und dabei werden wir der Ukraine behilflich sein.

Es ist jetzt dringend notwendig, dass die OSZE-Mission, die glücklicherweise angelaufen ist, auf die versprochenen 500 Personen aufgestockt wird.

Es ist dringend wichtig, dass es internationale Gespräche mit der Europäischen Union, mit den Vereinigten Staaten von Amerika und auch mit Russland gibt, aber eben unter Beteiligung der Ukraine. Es ist wichtig, dass der Verfassungsprozess in der Ukraine vorankommt. Es ist wichtig,

### Gerade bei den Langzeitarbeitslosen haben wir nach wie vor ein Problem.

### Die Ukraine hat aus unserer Sicht ein Recht auf einen eigenen Entwicklungsweg.



dass die Wahlen dort vernünftig vorbereitet werden können. Es ist vor allen Dingen wichtig, dass auch die internationale Finanzunterstützung anläuft. Das IWF-Programm für die Ukraine ist beschlossen. Es ist ein sehr anspruchsvolles Programm, das den Menschen Opfer abverlangen wird. Aber die europäischen Mittel und auch die IWF-Mittel müssen jetzt schnell fließen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dis-

kutieren all dies in einem Jahr, in dem sich der Beginn des Ersten Weltkriegs 100 Jahre, der des Zweiten Weltkriegs 75 Jahre, der Fall der Mauer und das Ende des Kalten Kriegs 25 Jahre jähren; Ereignisse, derer wir gedenken. Wir sind uns heute in Europa, aber auch in der Welt insgesamt viel näher, als das wahrscheinlich in der Geschichte der Menschheit jemals der Fall war.

Wir wissen, dass diejenigen, deren Denken nur um eigene Interessen

kreist, die eine eindimensionale Weltsicht haben und die ohne Rücksicht auf andere ihre Stärke ausspielen, keine Chance haben, Zukunft zu gestalten. Natürlich gehört für jeden von uns die nationale Perspektive dazu, aber niemand, der erfolgreich sein möchte, kann heute nur seine eigenen Belange in den Vordergrund stellen. Er verbaut sich damit seine eigene Zukunft.

Deshalb ist die einzig wahre Antwort auf die Probleme unserer Zeit

ein positives Gestalten der Globalisierung. Wir brauchen eine neue Art des Miteinanders, des fairen Interessenausgleichs auf der Welt. Wir wollen und brauchen eine neue Art, bei Dissens und Streit kooperative Lösungen zu finden.

Je besser wir das in Deutschland miteinander praktizieren, desto eindrucksvoller ist die europäische Erfolgsgeschichte.

Das Modell des Interessenausgleichs ist das Modell der Zukunft.

Deutschland leistet seinen Beitrag dazu: durch solide Finanzen und eine Wachstumspolitik, durch einen starken inneren und äußeren Zusammenhalt und durch ein starkes europäisches und globales Engagement.

Ich bitte Sie, auf diesem Weg mitzugehen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU-Beifall bei der SPD)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Sie verschulden sich an den Armen, den Jungen und der Umwelt



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

Tausend Tage Schonfrist gesteht man jeder neuen Regierung zu. Union und SPD haben viele geschont, vor allem sich selbst.

Heute behaupten Sie, Sie machten keine Schulden.

Ich sage Ihnen: Doch, Sie verschulden sich: an den Jungen, an den Armen und an der Umwelt.

Sie machen Politik für die Babyboomer – das wussten wir schon –, seit neuestem auch für die BASE, die sich sehr freut. Sie sind so etwas wie eine Amigo-Generation. Die Generation der unter 30-Jährigen jedenfalls hat bei Ihnen nichts zu lachen.

Die Industrieprivilegien beim EEG und damit die Mehrkosten für Verbraucherinnen und Verbraucher, die Sie alle gerade verabredet haben, sind auf einem Niveau, das früher wenigstens jedem Sozialdemokraten die Schamröte ins Gesicht getrieben hätte.

Sie verschieben jede schwierige Entscheidung auf die nächste Legislaturperiode. Fast könnte man glauben: Jeder von Ihnen hofft darauf, an der nächsten Regierung nicht beteiligt zu sein, damit Sie diesen Schlamm nicht ausbaden müssen.

Wie hieß doch damals der Spruch der westdeutschen Jugend? Erst wenn die letzte Rentenkasse geplündert, die letzte Sozialkasse geleert und alle Schulden angehäuft sind, werden Sie merken, dass man Koalitionsverträge nicht essen kann.

Zur Erinnerung: In der letzten Großen Koalition wollten Sie noch etwas erreichen, ganz unabhängig davon, wie man das im Einzelnen findet. Damals haben Sie mit einer kleineren Mehrheit die Föderalismusreform gestemmt, die Rente mit 67 eingeführt, Subventionen abgebaut, die teuer, aber populär waren, und auf den letzten Metern sogar noch die Schuldenbremse eingeführt. Damals hatte man wenigstens noch das Gefühl, Sie wollen Verantwortung übernehmen.

Heute sind wir bei „Wünsch dir was“. Der Unterschied zum Märchen mit der guten Fee ist allerdings: Hier hat nicht jeder drei Wünsche frei, sondern jedes Mal, wenn einem ein neuer Wunsch einfällt, kriegt der andere noch einen obendrauf erfüllt. Mit Verantwortung hat das nichts zu tun.

Heute wickelt die eine Hälfte von Ihnen die eigene Parteigeschichte ab, inklusive Franz Müntefering, während sich die andere auf den volkswirtschaftlichen Resten ausruht, die dann noch übrig bleiben. Meine Damen und Herren, Sie haben 504 Mandate im Deutschen Bundestag.

Aber, ehrlich gesagt, in diesen 100 Tagen gab es noch keine einzige neue Idee.

Sie beide vereint nicht etwa die Leidenschaft, Deutschland für das 21. Jahrhundert fit zu machen. Sie verteilen lieber leidenschaftlich, was Sie nicht bezahlen können. Sie bestellen; die Kinder und Enkel bezahlen. Sie machen Politik nach der Formel „Rente mit 70 minus 63 ist gleich Mütterrente“. Ich finde das absurd. Ich finde, das hat mit Zukunft nichts zu tun, und mit Verantwortung für die Zukunft erst recht nicht.

Das Ganze kostet, wie Sie wissen, 160 Milliarden Euro. Für die Schulsozialarbeit – ich glaube, keiner wird einen Deut daran zweifeln, wie wichtig sie ist – werden 400 Millio-

nen Euro fehlen. Aber die Schüler dürfen nicht wählen, und die Kommunen und Länder nörgeln ja eh immer nur herum.

Ich habe den Eindruck, Sie vergessen völlig, worauf es eigentlich ankommt.

Liebe SPD, es ging ganz fix: Zuerst war es noch ein zentrales Thema, dass die Kommunen und Länder unterstützt werden und wir in Bildung und Kinder investieren. Jetzt handeln Sie nach dem Motto „2018 reicht auch noch“. Das ist eine Moggelpackung, Frau Merkel. Sie unterstützen die Kommunen nicht, sondern Sie verschieben es auf die Zukunft, und Sie bauen gerade an den Stellen ab, wo es um diejenigen geht, die besonders viel Hilfe bräuchten. Deswegen sage ich Ihnen: Auch das hat nichts mit Verantwortung zu tun.

Die Wahrheit ist: Die Kommunen ächzen nach wie vor unter dem Verfall der öffentlichen Infrastruktur. Das Land lebt in Teilen von seiner Substanz. Vorhandene Straßen und Brücken müssen gelegentlich repariert werden. Ich weiß, dass Sie es komisch finden, wenn das eine Grüne sagt. Aber in diesem Punkt sind wir, ehrlich gesagt, ganz altmodisch: Erst repariert man etwas, bevor etwas Neues angeschafft wird. Das kann ja nicht so schwer sein.

Dass Sie vom Breitbandausbau reden, aber faktisch überhaupt nichts dafür tun, ist absurd. Das zeigt, dass es Ihnen auch ökonomisch und gesellschaftlich nicht um die Zukunft geht. Herr Dobrindt hat gesagt, er will lieber ein schnelleres Netz in den Bayerischen Wald bringen, statt zu twittern. Jetzt stellen wir fest: Herr Dobrindt twittert nicht, aber das schnelle Netz im Bayerischen Wald wird es leider auch nicht geben.

Ich habe das Gefühl, dass Herr Dobrindt sich ganz heimlich wahn-sinnig doll um die Maut für Pkw kümmert, von der wir ewig lange

nichts gehört haben. Ich bin sehr gespannt, wann Sie wirklich Internet- und Infrastrukturminister werden, Herr Dobrindt.

Innenpolitisch habe ich den Eindruck, Frau Merkel, Sie machen denselben Fehler wie Kohl in den 90ern: Sie regieren faktisch in der Komfortzone. Vielleicht sollte man auch das einmal in Erinnerung rufen: Zukunft ist nicht die nächste Legislaturperiode. Zukunft ist die Zeit, in der unsere Kinder Verantwortung für dieses Land übernehmen. Dass es in Ihren Fraktionen wenigstens noch ein paar junge Abgeordnete gibt, die Ansätze einer Kritik an diesen Verschiebebahnhöfen und dem kurzfristigen Verscherbeln äußern, ist jedenfalls ein kleiner Beweis dafür, dass es bei Ihnen noch ein bisschen Lebendigkeit gibt. In der letzten halben Stunde hatte ich allerdings, ehrlich gesagt, nicht das Gefühl, dass es hier sehr viel Wachheit und Leidenschaft gab.

Sie werden sagen: Die Leute mögen mich ja dafür. – Das mag sein, aber es reicht eben nicht, nur zu tun, was gerade gefällt. Können unsere Enkel eigentlich noch entscheiden, wo und wie sie leben wollen? Ist die Luft noch sauber genug? Ist der Wald hinter dem Haus eigentlich noch da, und kann man noch die berühmte Schlüsselblume sehen, außer bei Wikipedia?

Jeden Tag wird in Deutschland eine Fläche von über 100 Fußballfeldern mit Häusern und Straßen bebaut. Jeden Tag verschwinden zwischen 50 und 100 Arten. Da Sie das lustig finden, sage ich Ihnen: Nein, das ist nicht albern. Man kann nicht am Sonntag von der Bewahrung der Schöpfung reden und gleichzeitig die Massentierhaltung fördern und in Brüssel gegen den eigenen Koalitionsvertrag und gegen den Willen einer übergroßen Mehrheit in Deutschland dafür sorgen, dass Genmais zugelassen wird.

Sie können dann nicht sagen: Es ist uns egal, dass das Zeug im Supermarktregal steht und nicht gekennzeichnet wird.

Wenn Frau Hendricks und Herr Gabriel in der Klimapolitik so weitermachen, dann kann ich Ihnen nur empfehlen: Schauen Sie sich einmal die Berichte an. Schauen Sie sich einmal an, was uns die Wissenschaftler gerade wieder in das Stammbuch geschrieben haben. Wenn Sie so weitermachen, dann wird Olaf Scholz

eines Tages, wenn er dann noch regiert, seinen Stadtstaat nur noch vom Schiff aus befahren können, weil er die Deiche gar nicht hoch genug bauen lassen konnte.

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen wieder. Wenn Sie so weitermachen, dann verfehlt Deutschland das Klimaziel von minus 40 Prozent nicht nur knapp, sondern krachend. Schwarz-rote Klimapolitik scheint vor allen Dingen dafür da zu sein, dass das Klima in der Koalition stimmt und dass die Industrie es wirklich gut hat. Ein Klimaaktionsplan wurde angekündigt. Umsetzung? – Fehlanzeige! Eine Reform des Emissionshandels wurde angekündigt. Umsetzung? – Null! Die Kürzung der Mittel für den internationalen Klimaschutz um mehrere Hundert Millionen im Bundeshaushalt haben Sie allerdings ganz schnell umgesetzt. Ein dreistelliger Millionenbetrag für den internationalen Klima- und Umweltschutz ist einfach weg, einfach abgeräumt. Auch hier zeigen Sie echte Verantwortungslosigkeit.

Wenn die zentrale Maßnahme der Umweltministerin gegen steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Empfehlung an die Bürgerinnen und Bürger darin besteht, weniger zu heizen, dann merkt man: Frau Hendricks kennt den Koalitionsvertrag ganz gut. Sie weiß: Angesichts der Vorhaben dieser Regierung in Sachen Klimaschutz muss man sich als Bürgerin ziemlich warm anziehen. Dass sich angesichts dessen noch irgendjemand in Brüssel für schärfere EU-Klimaziele oder für eine echte Reform des Emissionshandels einsetzen wird, ist wahrhaft unwahrscheinlich. Diese Koalition ist direkt schlecht für das Klima.

Frau Merkel, Sie haben vom Technologievorsprung Deutschlands geredet. Da hätten wir ihn. Es ist aber völliger Quatsch, dass Arbeitsplätze wegfallen würden. Nein, sie entstehen erst durch die erneuerbaren Energien. Diesen Vorsprung könnten Sie tatsächlich zu einer großen Stärke Deutschlands machen. Aber im Moment räumen Sie ihn ab. Wir erinnern uns noch an die Zeit der ersten Großen Koalition. Frau Merkel und Herr Gabriel standen in roten Jacken vor Eisbergen. Damit sollte deutlich gemacht werden: Die Eisberge schmelzen. – Aber die klima-

Fortsetzung von Seite 5: Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

politischen Ambitionen sind gleich mit geschmolzen. Die rote Jacke hat ausgedient. Die Klimakanzlerin von 2007 sitzt warm und trocken, und der Umweltminister von damals schützt heute lieber angeblich bedrohte Industriezweige als real bedrohte Arten. Wir stellen uns Klimapolitik wirklich anders vor.

Es ist verantwortungslos, den Ausbau der Erneuerbaren zu deckeln, sodass sie gerade noch den Ausstieg aus der Atomkraft kompensieren. Wer sich die EEG-Reform anschaut, redet nur noch von einem Reförmchen. Das ist übrigens nicht meine Formulierung. Diese können Sie heute in allen Zeitungen lesen. Das Ganze ist in Wirklichkeit in erster Linie das, was Sie immer wollten, nämlich eine Bestandsgarantie für die dreckige Kohle. Diese sollen wir weiterhin fördern. Nein, eine echte Energiewende, eine echte Energierevolution sieht anders aus. Das trauen Sie sich nicht. Auch damit verscherbeln Sie die Zukunft.

Herr Gabriel, jetzt ist die Maske gefallen. Sie wollen so tun, als seien Sie der große Manager der Energiewende. Jetzt stellt sich heraus: In Wahrheit sind Sie der energischste Lobbyist der Manager. Kleine Leute zahlen bei Ihnen die Rechnung. Sie haben kaum mehr als 100 Tage gebraucht, um zum Genossen der Bosse zu werden. Sie haben kaum mehr als 100 Tage gebraucht, um solche Sätze zu sagen wie den: 40 Euro, das wird ja wohl niemandem etwas ausmachen. – Doch ich sage Ihnen: Es macht gerade den kleinen Leuten etwas aus. Dass die Industrie heute über die Ausnahmen, die Sie ihr garantiert haben, jubelt, zeigt genau, dass Ihre Energiewende nicht nur eine klimapolitische Schieflage hat, sondern auch eine soziale Schieflage. Manchmal wünscht man sich schon Peer Steinbrück zurück, der gegenüber den Industrieleuten wenigstens einmal klare Kante zeigt.

Dazu passt dann auch ganz gut, dass Sie ein Machtwort sprechen, wenn es um die Frauenquote geht. Das passt perfekt ins Bild. Frau Schwesig darf jetzt nett über Leitlinien reden, weil Ihnen die Jungs von der Industrie gesagt haben, dass ihnen die Frauenquote wirklich nicht passt. Die Frauen haben lange genug gewartet, es ist endlich an der Zeit, dass die Quote kommt. Frau Schwesig, nehmen Sie bitte Ihren Mumm zusammen, und kämpfen Sie dafür! Reden Sie nicht mehr weiter darüber! Es ist genug geredet worden. Wir wollen endlich Taten sehen, wenigstens an dieser Stelle. Das kostet noch nicht einmal etwas.

Ich habe den Eindruck, dass hier so eine Art Grundkonflikt besteht. Nutzen Sie eigentlich Ihre große Mehrheit nur für den Machterhalt, oder gibt es bei Ihnen eine Perspektive? Ich meine eine Perspektive nach dem Motto: Versöhnung zwischen ökologisch verantworteter Begrenzung und unaufgebarter Freiheit in Wohlstand. Freiheit in Wohlstand – darum würde es nämlich eigentlich gehen.

Ich gebe zu: Mir wären sogar ein paar Verbote ganz lieb.

Wir sind Exportland Nummer drei, was die Waffenexporte angeht. Panzer nach Saudi-Arabien und Katar. Beschämend ist das, und beschämend ist auch Ihr Feigenblatt von mehr Transparenz. Ich möchte gerne, dass es hier eine tatsächliche Wende gibt und dass wir davon absehen, Waffen in Länder zu exportieren, die weit weg von Demokratie und dem sind, was wir mit Menschenrechten und Menschenwürde verbinden. Hier wäre nun wirklich ein Verbot sehr sinnvoll.

Ich sage Ihnen auch: Wenn Sie einerseits über Energiesicherheit und über Unabhängigkeit reden, aber im gleichen Atemzug den Verkauf des größten Gasspeichers in Westeuropa ausgerechnet an die Firma Gazprom genehmigen, dann ist das unglaublich unwürdig, dann ist das absurd. Wenn Sie an solchen Stellen nicht glaubwürdig werden, dann ist es auch mit der Außenpolitik, die ich an dieser Stelle wirklich überzeugend fand, auf einmal sehr schwierig. Dann wird nämlich hinten wieder eingerissen, was man vorne eigentlich richtig gemacht hat.

Ich habe das Gefühl, Sie sind inzwischen so zufrieden auf der Regierungsbank, dass Ihnen auch Visionen abhandengekommen sind, die Vision eines modernen Staates zum Beispiel, der Wohlstand mit Anstand und Zukunft mit Schonung verbindet. Angesichts des Kräfteverhältnisses im Deutschen Bundestag haben Sie nicht nur die Möglichkeit, sondern Sie haben doch eigentlich die Pflicht und die Verantwortung, die Zukunft nicht zu verscherbeln. Stattdessen nörgeln Sie lieber ein bisschen herum, einmal am Verfassungsgericht, ein anderes Mal an Griechenland oder an denen, die wenigstens den Mund aufmachen. Ich finde, dieses Land hat etwas anderes verdient.

Wenn wir in diesen Tagen und Stunden in Richtung Ukraine blicken, dann stellen wir fest, dass unsere Sorgen nicht kleiner geworden sind. Wahrscheinlich hoffen wir hier alle gemeinsam, dass die Ukraine mit dem 25. Mai und demokratischen Wahlen Stabilität erlangt, nicht mehr Spielball geopolitischer Interessen ist und ökonomisch auf die Beine kommt.

Eigentlich ist es tragisch, dass es erst so eine außenpolitische Krise brauchte, damit allen wieder klar wird, was der Wert Europas eigentlich ist, dass Europa für viele Menschen gerade am Rande der EU eine Verheißung ist und kein Zweckbündnis, das einmal nützt und einmal nicht. Dass Sie lieber Abwehrschlachten gegen stärkere CO<sub>2</sub>-Reduzierung, bei den Grenzwerten für die Pkw, gegen ambitionierte Klimaschutzziele und, und, und liefert

haben, zeigt, dass wir an dem Europa, das wir eigentlich wollen und für das wir eigentlich stehen, lange genug mit dieser Regierung vorbeigeredet haben. Jetzt ist Europa plötzlich als Friedensmacht gefordert. Sie merken, eine ausschließlich utilitaristische Haltung zu Europa einzunehmen, funktioniert nicht, wenn europäische Werte gefragt sind.

Wer ein Europa will, das auch machtpolitisch ernst genommen wird, der muss dafür sorgen, dass dieses Europa stark ist, statt am Ende doch noch nach der NATO zu rufen. Es ist eben keine kohärente Politik, wenn die Verteidigungsministerin die

ganze Zeit mit ihrer Militärrhetorik das Krisenmanagement unterwandert, das der Außenminister diplomatisch auf europäischer Ebene betreibt. Diese Krise, Frau von der Leyen, taugt nicht zur regierungsinternen Selbstdarstellung. Bleiben Sie dabei, für ein starkes Europa und für eine friedliche Lösung zu kämpfen.

Wo wir schon von europäischen Werten sprechen: Jedes Jahr fliehen Tausende Menschen nach Europa. Im Mittelmeer ertrinken andere bei dem Versuch, Sicherheit zu finden. In der letzten Nacht wurden mehr als 1.000 Menschen gerettet – zum Glück.

In Syrien tobt seit drei Jahren ein fast schon vergessener Bürgerkrieg. Ein Drittel der Bevölkerung Syriens ist auf der Flucht. Sie sollten darüber reden, was wir tun können, um diesen Menschen zu helfen. Wir sind immer noch bei gerade einmal 10.000 Kontingentflüchtlingen aus Syrien. Im Libanon ist in der vergangenen Woche der einmillionste Flüchtling aufgenommen worden. Die Türkei ist schon nah an dieser Grenze. Nur einmal zum Vergleich – weil Sie immer sagen, wir nähmen ja schon so viele auf –: Wenn wir im gleichen Verhältnis wie Libanon und Türkei Flüchtlinge aufnehmen, dann würden wir hier über 18 Millionen Flüchtlinge reden. Ich sage Ihnen: Gemessen daran sind die Anstrengungen der Bundesregierung nicht mehr als ein schlechter Witz.

Das ist nicht Ausdruck der internationalen Verantwortung, von der Sie immer so gern reden. Sehen Sie endlich der humanitären Verpflichtung und der Realität ins Auge. Reden Sie mit den Ländern und Kommunen.

Herr Steinmeier, was nun wirklich gar nicht geht und was Sie dringend aufklären müssen, ist, ob es wirklich Bestechung bei der Terminvergabe in deutschen Vertretungen gab. Falls ja, dann muss hier sehr schnell gehandelt werden.

Meine Damen und Herren, mehr tun und weniger Politik antäuschen, das würde ich mir auch wünschen, wenn es um die großen Skandale

geht, die wir unter den Kürzeln „NSU“ und „NSA“ kennen. 104 Tage dauert der NSU-Prozess jetzt. Frau Merkel, Sie haben in Ihrer Gedenkrede vor den Hinterbliebenen rückhaltlose Aufklärung zugesagt, und Sie haben versprochen, alles zu tun, damit sich so etwas nie wiederholen kann. Ich nehme Ihnen ab, dass Sie diese Worte ehrlich gemeint haben. Nur: Es gibt bis heute weder eine neue Sicherheitsarchitektur, noch wurden der strukturelle Rassismus und die Blindheit auf dem rechten Auge in den Sicherheitsbehörden geheilt. Wir haben hier noch eine echte Hausaufgabe, und ich verlange von Ihnen, dass Sie sie angehen und dass Sie sie nicht „wegschwurbeln“ nach dem Motto: Es wird ja hoffentlich nichts wieder passieren.

Die Sicherheitsbehörden wuschelten weiter vor sich hin. Selbst Ihr Koalitionspartner CSU macht immer wieder weiter mit Scharfmachelei. Gestern, am Internationalen Roma-Tag, haben wir gehört, in welchem Ausmaß Sinti und Roma bei uns in Europa und darüber hinaus diskriminiert, beschimpft und verfolgt werden. Angesichts dessen klingt der Satz „Wer betrügt, der fliegt“ noch zynischer, noch kälter.

Dieser Satz hat nichts mit Menschenwürde zu tun. Hören Sie damit auf, und fangen Sie an, Rassismus zu bekämpfen, weil es um die Menschenwürde aller geht.

Dazu gehört es dann auch, dass man bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts eben nicht wieder nur den halben Weg geht. Willkommenskultur, das heißt doch „Ihr seid wirklich willkommen“. Wir dürfen nicht wieder Staatsbürgerschaften erster und zweiter Klasse schaffen. Deswegen sage ich Ihnen klar und deutlich: Lassen Sie den Optionszwang komplett fallen! Erst dann haben wir eine Willkommenskultur. Erst dann können wir sagen: Ja, wir leben hier zusammen. Wir tun das gern, weil wir etwas voneinander haben.

Im Innenausschuss mussten wir von Herrn Ziercke erfahren, dass das BKA heute so aufgestellt ist, dass die rechte Hand nicht so genau weiß, was die linke tut. Jede Woche gibt es etwas Neues, immer mehr Chaos. Frau Merkel, was haben Sie eigentlich getan, als bekannt wurde, dass Ihr Handy und die Telefonate und E-Mails von Millionen von Deutschen abgehört wurden? Sie haben heute hier dargestellt, es sei sehr kompliziert, das alles europäisch zu regeln. Was haben Sie getan? Sie haben eine platonische Brieffreundschaft mit den USA und mit Großbritannien begonnen. Wir wissen: Sie schreiben, aber niemand antwortet.

Dieser Skandal muss aufgeklärt werden. Ich bin heilfroh, dass wir jetzt den NSA-Untersuchungsausschuss haben. Ich sage Ihnen: Es ist ein harter Job, dafür zu sorgen, dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Selbstbestimmung, auf Geheimnis, darauf, dass sie über ihre eigenen Daten verfügen können, in diesem Land wiederhergestellt wer-

den. Deswegen ist es richtig, dass Herr Snowden aussagt. Deswegen ist es richtig, dass wir aufklären, mit aller Kraft und mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Wir dürfen uns nicht zurückziehen und sagen, das sei kompliziert, sondern wir müssen unsere Energie dafür einsetzen und sagen: Ja, das wollen wir, und zwar bei aller Freundschaft.

Gestern war – das kann man nicht anders sagen – ein großer Tag für die Bürgerrechte. Allen Hardlinern, die so gerne davon reden, dass man durch die Vorratsdatenspeicherung die Sicherheit erhöhen würde, sage ich: Die Vorratsdatenspeicherung war falsch, ist falsch und bleibt falsch. Wir sind froh, dass der Europäische Gerichtshof sehr deutlich gemacht hat, dass die anlasslose Speicherung von Millionen von Daten nicht geht, dass sie nichts mit Bürgerrechten zu tun hat. Ich bin sehr froh, dass der Europäische Gerichtshof dieses Zeichen für Bürgerrechte und Freiheit kurz vor der Europawahl gesetzt hat. Heute stehe ich hier und kann sagen: Auch deswegen, wegen der Freiheit, bin ich stolz, eine Europäerin zu sein.

Es macht wirklich keinen Sinn, jetzt nationale Alleingänge zu starten.

Meine Damen und Herren, wenn man sich den Streit um das Rentenpaket in Ihrer Koalition vor Augen führt, muss man sagen: Bei diesem Paket und auch bei dem Streit, den Sie darüber führen, vergessen Sie diejenigen, die wirklich Unterstützung brauchen. Sie vergessen die kommenden Generationen, lassen die Krankenschwester und den Zahntechniker aber brav ihre Beiträge zahlen. Sie vergessen diejenigen, die 30 Jahre lang wirklich hart gearbeitet haben und nun nicht mehr können. Sie verfahren nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“. Die Folgen Ihrer Politik verschieben Sie auf das Jahr 2018; dann wird es ja irgendwie weitergehen. Ich sage Ihnen: Das ist nichts, Frau Nahles, worauf man stolz sein kann. Da fehlen die Fachkräfte. Da fehlt die Unterstützung für diejenigen, die ganz draußen sind.

Meine Damen und Herren, gestern haben Sie gesagt, die Union wolle gegenüber der SPD vertragstreu sein. Mir wäre es lieber, Sie wären vertragstreu gegenüber denen, die es wirklich nötig haben: gegenüber unseren Kindern und Enkeln, gegenüber der Umwelt und dem Klima, gegenüber all denen, die wirklich etwas riskieren, hart arbeiten und Verantwortung für sich und andere übernehmen. Die alle werden nämlich nicht fragen: „Habt ihr euch in der Großen Koalition damals gut verstanden?“, sondern die werden fragen: Habt ihr eigentlich auch an uns und unsere Zukunft gedacht? Deswegen: Übernehmen Sie Verantwortung, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Oppermann, SPD:

## Dieses Land steht augenblicklich ausgesprochen gut da



Thomas Oppermann (\*1954)  
Wahlkreis Göttingen

Werer Frau Katrin Göring-Eckardt eben aufmerksam zugehört hat, der konnte den Eindruck gewinnen, dass sich unser Land im Augenblick in einem ausgesprochen schlechten Zustand befindet.

Da haben Sie, Frau Göring-Eckardt, an der Wahrnehmung der allermeisten Menschen in diesem Lande komplett vorbeigeredet.

Sie haben kein Wort zur wirtschaftlichen Situation verloren.

In der Tat, wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wende, gleichzeitig den höchsten Stand der Beschäftigung.

Wir haben Überschüsse in allen Sozialversicherungen. Wir haben die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte dieses Landes.

Bund, Länder und Unternehmen zusammen geben in diesem Jahr 80 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus. Auch wenn ich weiß, dass damit nicht alle Probleme in diesem Land schon gelöst sind – die Wahrheit ist doch: Dieses Land steht augenblicklich ausgesprochen gut da, meine Damen und Herren.

So etwas zu sagen – ich weiß das aus eigener, noch gar nicht so lange zurückliegender Erfahrung –, fällt in der Opposition schwer, aber Sie hätten allen Grund gehabt, darauf hinzuweisen; denn, Frau Göring-Eckardt, Sie waren bei den Grünen doch schon einmal Fraktionsvorsitzende, nämlich als Rot-Grün vor zehn Jahren die Arbeitsmarktreformen ganz entschlossen angepackt hat.

Sie haben einen ganz wesentlichen Anteil daran, dass dieses Land heute wirtschaftlich so stark ist.

Ich finde, auch die Grünen können sich einmal über die wirtschaftlichen Erfolge in diesem Land freuen.

Jetzt kommt es darauf an, alles dafür zu tun, dass diese wirtschaftliche Stärke erhalten bleibt, und dafür zu sorgen, dass alle Menschen davon profitieren. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland

an der ökonomischen Stärke teilhaben können, meine Damen und Herren.

Dass es uns im Augenblick so gut geht, ist keineswegs selbstverständlich. Die Krise auf der Krim hat uns gezeigt, wie schnell die Stabilität in Europa in Gefahr geraten kann. Russland hat auf der Krim eigenmächtig Grenzen verschoben. Das war ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Trotzdem oder gerade deshalb ist es gut, dass die internationale Gemeinschaft auf Verhandlungen und Diplomatie setzt, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Konflikte können militärisch entschieden werden; aber sie können nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden.

Deshalb bin ich froh, dass die Bundeskanzlerin und Bundesaußenminister Steinmeier von Anfang an klargemacht haben: Es gibt keine militärischen Optionen.

Dieser Konflikt muss mit diplomatischen und politischen Mitteln bearbeitet werden, zum Beispiel mit den direkten Verhandlungen, die die Bundeskanzlerin angesprochen hat.

Die Menschen in der Ukraine kämpfen gegen Korruption und Gewalt. Sie kämpfen für Demokratie und für freie Wahlen. Ich wünsche mir, dass sie am 25. Mai in der Ukraine diese freien Wahlen ohne Störungen, ohne Behinderungen durchführen können und dass die Einheit ihres Landes erhalten bleibt.

Angesichts dieser existenziellen Fragen, mit denen sich die Ukrainer auseinandersetzen müssen, empfinde ich es – ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – schon als einen gewissen Luxus, dass wir hier und heute im Bundestag die Vorlage eines strukturell ausgeglichenen Haushalts beraten dürfen; ich glaube, das sollte man auch einmal erwähnen. Dieser Haushalt ist nicht selbstverständlich. Das ist eine Zäsur. Darauf mussten die Bürgerinnen und Bürger 46 Jahre lang warten. 46 Jahre haben wir neue Schulden aufgetürmt. Damit ist jetzt Schluss. Das ist eine ganz klare Botschaft an die jungen Menschen in diesem Land: Wir wollen damit aufhören, Politik auf dem Rücken der jungen Generation zu machen.

Ich bedanke mich bei Bundesfinanzminister Schäuble, dass er uns einen solchen Haushalt vorgelegt hat. Dafür müsste er eigentlich eine John-Maynard-Keynes-Medaille bekommen, wenn es so etwas gäbe. Wir schaffen angesichts des hohen Schuldenstandes zwar keine echten Reserven, aber wir tun in wirtschaftlich guten

Zeiten das Mindeste, was wir tun können: Wir legen einen ausgeglichenen Haushalt vor, damit wir in schlechten Zeiten auch wieder handlungsfähig sein können.

Auf diese Weise hat die letzte Große Koalition – darauf ist schon hingewiesen worden – entscheidend dazu beigetragen, dass wir heute wirtschaftlich stark sind. Ich möchte ganz besonders Peer Steinbrück und Olaf Scholz erwähnen. Ihnen haben wir es zu verdanken, dass Deutschland in der Krise von 2009 seine industrielle Basis behalten hat. Ohne Kurzarbeitergeld und Konjunkturprogramm wäre vieles unwiederbringlich verloren gegangen. Gut, dass wir das verhindert haben.

Wir sollten aber natürlich auch nicht vergessen, dass jetzt ein strukturell ausgeglichener und im nächsten Jahr ein vollständig ausgeglichener

### Ein ausgeglichener Haushalt ist ein Haushalt für die Zukunft des Landes.

Haushalt nicht allein das Verdienst der Bundesregierung und der Politik sind; denn wir profitieren zweifellos auch von der Schwäche der anderen.

Wir profitieren von historisch niedrigen Zinsen durch die Euro-Krise. Statt wie in 2008 40 Milliarden Euro zahlt der Bund in 2014 voraussichtlich nur noch 30 Milliarden Euro Zinsen. Das sind zwar 25 Prozent weniger, aber es sind immer noch 10 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Bundes. Mit anderen Worten: 10 Prozent der Steuereinnahmen führen wir direkt an Kapitalanleger ab, die jahrzehntelang von wachsender Staatsverschuldung profitiert haben. Diese Art der Umverteilung können wir in Zukunft beenden.

Egal wie die jeweilige ökonomische Theorie zum Schuldenmachen ausfällt: Faktisch verengen Schulden und Zinsen den Spielraum für die gesamte Politik. Sie begrenzen die Handlungsfähigkeit des Staates. Wir wollen einen handlungsfähigen Staat. Deshalb ist ein ausgeglichener Haushalt ein Haushalt für die Zukunft dieses Landes.

Wir sagen Ja zur Schuldenbremse. Aber die Schuldenbremse darf keine Investitionsbremse werden.

Über die schwarze Null kann sich die schwäbische Hausfrau nur dann richtig freuen, wenn ihr Haus auch in Schuss ist.

Ein ausgeglichener Haushalt und öffentliche Investitionen sind kein Widerspruch. Beides ist gleichzeitig möglich, wenn wir Haushaltsüberschüsse erwirtschaften und sie in die richtige Richtung lenken. Das tun wir. Wir investieren in dieser Legislaturperiode 6 Milliarden Euro mehr in Bil-

dung, 3 Milliarden mehr in Forschung, 5 Milliarden Euro für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur und 700 Millionen Euro in den Städtebau. Wir entlasten Länder und Kommunen, damit sie selber wieder in die Lage kommen, in Bildung und Infrastruktur zu investieren.

Ich sage ganz klar: Die 6 Milliarden Euro, die wir den Ländern für die Entlastung in den Bereichen Kita, Bildung und Hochschule zugesagt haben, brauchen sie dringend; denn die Länder haben es natürlich schwerer als der Bund, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Im Bund haben wir eine Personalkostenquote von gut 8 Prozent; in den Ländern haben wir eine Personalkostenquote von gut 38 Prozent. Mit anderen Worten: Niemand will, dass die Länder für die Haushaltskonsolidierung Polizeibeamte, Lehrer oder Professoren nach Hause schicken. Sie müssen diesen Personalbestand erhalten, teilweise sogar aufbauen. Das sollten wir berücksichtigen und dafür sorgen, dass dieses Geld möglichst bald zu den Ländern kommt.

Wenn es neue Spielräume im Haushalt geben sollte, müssen wir über ihre Verwendung reden. Ich plädiere dafür, dass wir dann Prioritäten setzen. Dazu gehören für mich Investitionen in eine moderne Infrastruktur und in bessere Bildungschancen. Was die Infrastruktur angeht: Die 5 Milliarden Euro reichen vermutlich nicht aus für eine durchgreifende Verbesserung der Situation. Deshalb möchte ich Herrn Dobrindt, der im Augenblick nicht anwesend ist, zurufen: Wenn Sie den schnellstmöglichen Weg wählen, die Einbeziehung der Bundesstraßen in die Maut zu erreichen, dann haben Sie dabei die volle Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion.

Im Übrigen warten unsere Kommunen auf weitere Entlastung durch die Reform der Eingliederungshilfe.

Schließlich sind wir uns auch darüber einig, dass es in dieser Wahlperiode eine BAföG-Erhöhung geben muss. Es kann nicht sein, dass wir 10 Milliarden Euro für die Rente verwenden, aber am Ende kein Geld für BAföG haben. Das muss zur Verfügung stehen, meine Damen und Herren.

Viele Menschen wundern sich beim Blick auf ihren Gehaltszettel, wie wenig Geld von einer Lohnerhöhung übrig bleibt. Der Grund dafür ist die Steuerprogression. Sie ist übrigens eine Errungenschaft des modernen Staates, weil sie ganz im Sinne der sozialen Marktwirtschaft sicherstellt, dass die starken Schultern mehr tragen als die schwachen, und weil sie dadurch die Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern unserer Gesellschaft verkleinert. Aber wenn die Progression so gestaltet ist, dass Lohnerhöhungen für Facharbeiter nach Abzug der Steuern gerade zum Erhalt der Kaufkraft reichen, dann ist das weder fair noch gerecht. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir über den Abbau der kalten Progression reden müssen, aber – das sage ich mit Blick auf die Debatte, die wir gestern hatten – oh-

ne solide und vollständige Gegenfinanzierung wird das nicht möglich sein. Auf keinen Fall wollen wir, dass nach einer Tarifreform weniger Geld für Investitionen, Bildung, Infrastruktur und kommunale Entlastung zur Verfügung steht.

Wir brauchen beides: ein gerechtes Steuersystem und Investitionen für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, in den ersten hundert Tagen haben die Ministerien gute Arbeit gemacht; in den nächsten hundert Tagen wird das Parlament die Hauptrolle spielen. Wir werden ein halbes Dutzend wichtiger Gesetze beraten und verabschieden. Gestern hat das Kabinett die EEG-Reform beschlossen. Bei dieser Reform geht es um nichts weniger als die Akzeptanz der Energiewende. Ich sage: Wenn wir mit der Reform weiter zugewartet hätten, dann wäre absehbar gewesen, dass dieses Jahrhundertprojekt im Volkszorn der Verbraucher und in der Wut über die Abwanderung industrieller Arbeitsplätze untergegangen wäre. Ich bin deshalb froh, dass Sigmar Gabriel das verhindert hat.

Er hat es geschafft, gegenüber einer Vielzahl von Partikularinteressen das allgemeine Wohl durchzusetzen. Er hat es geschafft, gegen die Europäische Kommission die Industrierabatte zu verteidigen. Frau Göring-Eckardt, das hat doch nichts mit Lobby für die Industrie zu tun.

Das ist Lobby für hochwertige industrielle Arbeitsplätze in Deutschland.

Ich lade Sie gerne zu einer Personalversammlung eines Unternehmens ein, das stromintensiv produziert und im internationalen Wettbewerb steht.

Dann können Sie diese Thesen ja noch einmal vortragen.

Wir begrenzen den Anstieg der Strompreise für Verbraucher und erhalten die Fähigkeit der stromintensiven Industrie, zu wettbewerbsfähigen Bedingungen in Deutschland weiter zu produzieren. Das hinzubekommen, war gewiss ein politischer Kraftakt. Dafür danke ich dem Wirtschaftsminister.

Schon in der letzten Woche hat das Kabinett mit dem Mindestlohn eines der wichtigsten Projekte aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro bedeutet für Millionen von Menschen in diesem Land eine ganz spürbare direkte Verbesserung ihres Lebens. Die meisten der 4 Millionen Menschen, die weniger als 8,50 Euro verdienen, bekommen die größte Lohnerhöhung ihres Lebens. Aber nicht nur das: Ihrer Arbeit werden Wert und Würde zurückgegeben.

Das wir jetzt für alle Arbeitnehmer eine gesetzliche Lohnuntergrenze bekommen, ist eine der wichtigsten Sozialreformen der letzten Jahrzehnte. Der Mindestlohn gehört in eine lange Reihe fortschrittlicher sozialer Gesetze in Deutschland. Das begann 1883 mit der Absicherung im Krankheitsfall;

Fortsetzung von Seite 7: Thomas Oppermann (SPD)

1927 gab es die Absicherung bei Arbeitslosigkeit. 1957 kam die dynamische Rente. 1995 kam der Schutz bei Pflegebedürftigkeit, der jetzt von Gesundheitsminister Gröhe und der Koalition auf eine neue Stufe gehoben wird. Diese Reformen sollten die Arbeitnehmer dort schützen, wo sie der freie Markt nicht schützt. Jetzt ergänzen wir die soziale Marktwirtschaft um einen Schutz, der bisher gefehlt hat: der Schutz vor Hungerlöhnen, vor Löhnen, bei denen man den ganzen Tag arbeiten muss, von denen man aber nicht leben kann. Diese Löhne wird es in Zukunft nicht mehr geben. Ich bedanke mich bei Andrea Nahles dafür, dass sie das so schnell vorangetrieben hat.

In der Gesetzesberatung werden wir alles besprechen. Aber wir sollten nicht so tun, als könnten wir einfach ganze Branchen oder Altersgruppen vom Mindestlohn ausnehmen, ohne dass neue grobe Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt herbeigeführt würden. Dann entwickeln findige Unternehmer daraus sofort wieder ein Geschäftsmodell. Solche Anreize wollen wir nicht. Diese Anreize wollen übrigens auch die Arbeitgeber nicht: Ein Unternehmer, der ordentliche Löhne zahlt, will keine Konkurrenz durch Unternehmer, die mit Billiglöhnen arbeiten.

Gesetzliche Mindestlöhne und Tarifverträge sorgen für fairen Wettbewerb und gute Sozialpartnerschaft. Beides wollen wir stärken.

Genauso wie der Mindestlohn ist auch das Rentenpaket ein Gebot der Gerechtigkeit und des Respekts. Denn eine erfolgreiche Wirtschaft hängt nicht nur davon ab, dass wir kreative Unternehmer und eine hohe Produktivität haben, sondern sie hängt auch davon ab, dass die Menschen das Gefühl haben, dass es in diesem Lande fair und gerecht zugeht. Deshalb schließen wir mit der Mütterrente eine Gerechtigkeitslücke. Wir wollen, dass die Lebensleistung von Müttern nicht nur in Sonntagsreden gewürdigt, sondern auch finanziell honoriert wird.

Das gilt auch für die Langzeitarbeitnehmer. Von allen Menschen, die 2012 in Altersrente gegangen sind, taten dies 39 Prozent bis zum Alter von 63. Dabei nehmen sie zum Teil erhebliche Abschläge bei ihrer Rente in Kauf. Wer im Alter von 63 dann schon 45 Jahre gearbeitet hat, der empfindet solche Abschläge als eine ganz grobe Ungerechtigkeit. Viele von denen haben schon mit 15 oder 16 zu arbeiten begonnen. Diesen Arbeitnehmern wurde nichts geschenkt. Die mussten hart arbeiten, und deshalb wollen wir, dass sie jetzt nach 45 Beschäftigungsjahren schon mit 63 eine abschlagsfreie Rente bekommen.

Ich finde, wir sollten damit aufhören, Menschen, die 45 Jahre gearbeitet haben, als „potenzielle Frührentner“ zu bezeichnen. Viele von denen haben länger gearbeitet als die, die regulär in Rente gehen.

Ich sehe nicht die Gefahr einer Entlassungswelle; die darf und wird es nicht geben. Erstens haben die Arbeitgeber es selber in der Hand. Ich glau-

be nicht, dass sie erfahrene und qualifizierte Arbeitnehmer vor Renteneintritt in die Arbeitslosigkeit schicken. Zweitens werden wir im parlamentarischen Verfahren dafür sorgen, dass es keine Vorteile bringt, wenn Arbeitnehmer zwei Jahre vor der Rente freiwillig in die Arbeitslosigkeit gehen.

Drittens gibt es bei vielen den Wunsch, den Übergang von der Arbeit in die Rente zwischen 60 und 67 und auch in der Zeit danach flexibler zu gestalten. Wir sind bereit, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Union dafür nach Wegen zu suchen; da sind wir gesprächsbereit. Es gilt natürlich das Struck'sche Gesetz: Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es in ihn hineingekommen ist. Aber es gibt auch ein zweites Gesetz. Dieses Gesetz besagt: Kein Gesetzentwurf aus dem Kabinett darf in der parlamentarischen Beratung schlechter werden.

Es gilt sozusagen auch ein Verschlechterungsverbot. Daran werden wir uns orientieren müssen.

Wir beschränken uns aber nicht auf ökonomische Stärke und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen auch, dass Deutschland ein modernes, tolerantes und weltoffenes Land bleibt. Mit dem Doppelpass und der Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten schaffen wir Meilensteine im Staatsbürgerschaftsrecht und bei der Gleichstellung von Männern und Frauen. Darauf haben die Menschen in diesem Lande lange gewartet.

### Genauso wie der Mindestlohn ist auch das Rentenpaket ein Gebot der Gerechtigkeit.

Ohne die doppelte Staatsbürgerschaft würden in den nächsten Jahren 400 000 junge Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, zu einer schwerwiegenden Entscheidung gezwungen. Dabei haben viele von ihnen zwei Herzen in einer Brust. Zusammen mit der Integrationsbeauftragten Aydan Özoğuz bin ich der Meinung, dass die Integration in Deutschland erfolgreicher wird und besser gelingt, wenn wir die jungen Menschen nicht mehr zu dieser Entscheidung zwingen.

Justizminister Heiko Maas und Innenminister de Maizière haben dazu einen sehr guten und unbürokratischen Kompromiss erarbeitet.

Die beiden Minister sind auch angesprochen, wenn es um das Thema Vorratsdatenspeicherung geht. Der Europäische Gerichtshof hat jetzt entschieden. Wenn sowohl das höchste deutsche Gericht, das Bundesverfassungsgericht, als auch das höchste europäische Gericht die geltenden Formen der Vorratsdatenspeicherung verwerfen, dann sollten wir einen Moment innehalten und überlegen, was das bedeutet. Ich glaube, dass ein schneller nationaler Alleingang jetzt nicht die richtige Antwort ist.

Wir müssen genau überlegen, wie wir das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit bestimmen wollen. Wir müssen sehr sorgfältig überlegen: Wie viel Freiheit sind wir bereit herzugeben für mehr Sicherheit? Das ist die Grundla-

ge, auf der wir jetzt miteinander sprechen müssen, wenn es darum geht, wie mit der Situation umzugehen ist. Ich bin sicher, dass wir am Ende eine gute Entscheidung treffen werden.

Meine Damen und Herren, Manuela Schwesig ist die erste Frauenministerin in Deutschland, die mit der Mehrheit dieser Koalition eine gesetzliche Frauenquote für börsennotierte Unternehmen auf den Weg bringt.

Kleine und mittlere Unternehmen müssen sich künftig selbst verbindliche Vorgaben machen.

Für die einen gilt eine gesetzliche Regelung, für die anderen eine Selbstverpflichtung. Das Schöne daran ist: Wir können sehen, was besser funktioniert.

Die Unternehmen werden jetzt in einen Wettbewerb um die qualifiziertesten Frauen eintreten.

Ich sage Ihnen: Dieser Wettbewerb wird nicht scheitern; denn noch nie gab es so viele gut ausgebildete Frauen in Deutschland wie heute.

Meine Damen und Herren, den Kommunen, die derzeit mit steigenden Mieten und wachsenden sozialen Problemen zu kämpfen haben, sagen wir ganz klar: Wir lassen sie nicht im Stich! Deshalb haben wir schnelle Hilfen für die Städte verabredet, die sich allein nicht helfen können. Bauministerin Barbara Hendricks wird dazu die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ mehr als verdreifachen. Damit helfen wir auch den Städten, die von einer punktuell konzentrierten Zuwanderung besonders betroffen sind.

Und, ja, wir brauchen in den großen Ballungszentren die Mietpreis-

bremse; nicht überall, aber wir brauchen sie dort, wo alteingesessene Mieter durch steigende Mieten aus ihrem Stadtviertel verdrängt werden. Wir brauchen sie dort, wo die soziale Mischung in unseren Städten bedroht ist. Und wir brauchen sie nicht zuletzt dort, wo Familien keine Wohnung mehr in der Nähe von Kita und Schule finden. Deshalb muss es in bestimmten Fällen die Möglichkeit geben, den dramatischen Anstieg der Mieten zu stoppen. Das tun wir.

Genauso müssen wir auf dem Markt der Immobilienmakler aufräumen. Dort gibt es eine große Ungerechtigkeit: Viele Menschen bezahlen Maklergebühren, obwohl sie nie in ihrem Leben einen Makler beauftragt haben. Hier führen wir jetzt das Prinzip „Wer die Musik bestellt, der bezahlt sie auch“ ein. Das ist soziale Marktwirtschaft.

In den nächsten Wochen und Monaten kommt einiges auf uns zu. Bis zur Sommerpause werden wir in den Ausschüssen und im Plenum intensiv über die Gesetzentwürfe beraten. Ich freue mich auf die Beratungen in der Koalition, auf die Beratungen mit Volker Kauder und mit Gerda Hasselfeldt. Ich glaube, die Große Koalition wird am Ende zeigen, dass wir auch bei schwierigen Gesetzen zu vernünftigen Kompromissen kommen. Das wird Deutschland ökonomisch stärker und moderner machen, und es wird das Leben der Menschen in diesem Lande Stück für Stück verbessern.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei der CDU/CSU)

Volker Kauder, CDU/CSU:

## Ein Beitrag dazu, dass es den Menschen besser geht



Volker Kauder (\*1949)  
Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen

In der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Start dieser Großen Koalition und gestern in der Rede des Bundesfinanzministers zur Einbringung des Haushalts 2014 ist eine zentrale Botschaft dieser Großen Koalition immer wieder formuliert worden: Wir wollen durch unse-

re gemeinsame Arbeit in dieser Koalition erreichen, dass es den Menschen nach diesen vier Jahren besser geht als jetzt. Das ist ein ambitioniertes Ziel, weil – darauf hat Thomas Oppermann zu Recht hingewiesen – unser Land schon jetzt gut dasteht und weil es den Menschen schon jetzt objektiv und im Vergleich zu den Menschen in anderen Ländern in Europa und in der Welt gut geht.

Was ist der Maßstab dafür, dass wir sagen können: „Es geht den Menschen besser“? Da kann man unterschiedliche Punkte formulieren. Ich glaube, der entscheidende Punkt ist, dass die Menschen Arbeit haben und die junge Generation Chancen hat und damit Jung und Alt, auch die mittlere Generation, jeder in unserem Land, durch eigene Arbeit ihr Leben gestalten können. Das ist es, was soziale Marktwirtschaft verlangt. Das hat etwas mit Würde zu tun. Dass jeder aus eigener Kraft sein Leben gestalten kann, das ist unser Ziel in dieser Großen Koalition.

Um das zu erreichen, brauchen wir unsere industrielle Basis. Die Bundeskanzlerin hat vorhin darauf hingewiesen, dass bei uns der industrielle Sektor noch gut 20 Prozent bei der Wertschöpfung ausmacht. Wenn man die Dienstleistungen, die zu diesem Bereich gehören, hinzurechnet, ist der Anteil sogar noch höher. Ich bin außerordentlich froh, dass Prognosen – daran sieht man übrigens, wie das mit Prognosen so ist –, die einmal aufgestellt worden sind, dass wir auf dem direkten und schnellen Marsch von der Industriegesellschaft in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft seien, Gott sei Dank nicht eingetreten sind. Überall in Europa können wir es beobachten: Dort, wo es mit dem industriellen Sektor nicht stimmt, geht es den Menschen nicht so gut wie bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb ist es notwendig und wichtig, die wirtschaftliche Position, die wirtschaftliche Stärke unseres Landes

zu erhalten. Die wirtschaftliche Stärke hängt natürlich von einigen Faktoren ab. Gerade in einem Industrieland ist die Energieversorgung zentral. Man schaut in der ganzen Welt auf uns, ob ein industrialisiertes Land wie Deutschland die Energiewende so hinbekommt, dass die Wirtschaft weiterhin gut laufen kann. Das ist wahrscheinlich eines der größten Vorhaben, das diese Große Koalition bewältigen muss.

Erste Schritte wurden mit der Reform des EEG gemacht. Natürlich kann man sich wünschen, dieses oder jenes etwas schneller zu erreichen. Aber wir wissen in unserem Land doch nicht nur aus der Diskussion über das EEG, dass wir in diesem föderalen Staat nur dann gute Lösungen finden, wenn Bund und Länder zusammen zu einem Ergebnis kommen. In der letzten Woche gab es hier durchaus einen Durchbruch. Wenn wir dann in zwei Jahren zum Ausschreibungsmodell kommen, sieht die Situation beim EEG ohnehin noch einmal anders aus.

Ich wünsche mir jetzt, dass im Gesetzgebungsverfahren auf jeden Fall – da stimme ich Thomas Oppermann zu – keine Verschlechterungen eintreten, sondern vielleicht noch Verbesserungen und dass jeder seinen Beitrag dazu leistet, dafür auch im Bundesrat

die erforderlichen Mehrheiten zu bekommen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode zweimal Anläufe genommen und hier im Bundestag Beschlüsse gefasst, um das EEG zu verändern und zu einer kostengünstigeren Situation zu kommen, und sind zweimal im Bundesrat gescheitert. Deswegen kann man es gar nicht hoch genug einschätzen, wenn es jetzt gelingt, die Länder mit ins Boot zu nehmen.

Eine der großen Sorgen nicht nur unserer Wirtschaftspolitiker in beiden Fraktionen, sondern von uns allen war, dass unsere wirtschaftliche Stärke durch Entscheidungen der EU-Kommission gefährdet werden könnte. Man hat es eigentlich gar nicht glauben können, dass sich eine EU-Kommission auf den Weg macht und diejenigen in Europa, die stark sind und damit ganz Europa mitnehmen können, womöglich schwächen will. Ich weiß, welch schwierige Verhandlungen das waren. Herr Wirtschaftsminister Gabriel, wir sind als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr vorsichtig mit Lob vor allem an sozialdemokratische Wirtschaftsminister. Wir sind da sehr zurückhaltend.

Aber wir sind auch fair und anständig im Umgang miteinander. Deswegen sage ich Ihnen: Kompliment für das, was Sie in Brüssel für unsere Wirtschaft und für unser Land erreicht haben.

Die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass es wirtschaftlich weitergeht, heißt aber auch: Investitionen in die Zukunft. Wie die Zukunft unserer Wirtschaft aussieht, kann man sich in diesen Tagen auf der Messe in Hannover sehr genau anschauen. Bei aller Faszination über das, was man dort erleben kann, zum Beispiel wie Roboter miteinander umgehen, stellen sich aber auch große Fragen. Man fragt sich: Gelingt es uns in Deutschland, auch in Zukunftsbereichen und nicht nur in der klassischen Produktion Fuß zu fassen? Alles, was diese Roboter miteinander machen, was ihnen antrainiert wurde, wird von irgendwoher, von großen Rechenzentren aus gesteuert. Diese werden heute als Cloud bezeichnet, „Wolke“. Die Unternehmer sagen uns, dass es in Europa keine einzige Institution gibt, die Clouds in der notwendigen Größe zur Verfügung stellt. Dann ist man überrascht – vielleicht auch der eine oder andere von Ihnen –, wenn man hört, dass jemand, von dem man geglaubt hat, er sei ein digitaler Buchhändler oder Warenversender, der größte Cloud-Besitzer ist. Ich spreche dabei von Amazon. Amazon ist kein europäisches und schon gar kein deutsches Unternehmen. Die Wirtschaft braucht diese Unternehmen aber, damit die Abläufe funktionieren.

Jetzt wird auf uns und vor allem auf den Bundesinnenminister die Frage zukommen: Wie kann man unserer

Wirtschaft helfen, damit das, was sich in der Cloud abspielt, auch sicher ist? Ich möchte darum bitten, dass wir uns alle folgende Frage stellen: Was können wir machen, damit es nicht nur ein oder zwei Monopolisten gibt, die diesen Markt beherrschen, sondern wir selber zum Zug kommen? Wer einen so starken industriellen Sektor hat, muss nach meiner Auffassung die digitalen Voraussetzungen schaffen, und zwar möglichst im eigenen Land, und darf nicht von anderen abhängig sein. Dafür müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen.

Wir müssen für Sicherheit sorgen und Kraftanstrengungen unternehmen, um hier voranzukommen.

Mit diesem Bundeshaushalt leisten wir einen Beitrag dazu, dass es den Menschen besser geht. Wolfgang Schäuble hat darauf hingewiesen, dass wir in dieser Legislaturperiode ein ambitioniertes Projekt haben, nämlich einen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen. Dieses Projekt beginnt in diesem Jahr. 2015, 2016 und 2017 stehen wir dann vor der großen Herausforderung, keine neuen Schulden zu machen. Lieber Wolfgang Schäuble, herzlichen Dank, dass dieser Weg gegangen wurde. Eines muss aber klar sein – das sage ich an die gesamte Koalition gerichtet –: Wolfgang Schäuble ist darauf angewiesen, dass wir alle mitmachen. Das kann nicht nach dem Motto geschehen: Da müht sich einer, einen Haushalt ohne Schulden zu machen, und andere überlegen, wie man neue Projekte in den Haushalt einbringen kann. – Deswegen sage ich zu, dass wir in diesen Haushaltsplanberatungen die Vorgaben nicht überschreiten werden. Wir werden eher versuchen, noch etwas weniger Ausgaben zu produzieren. Es ist die Aufgabe einer Regierungskoalition, einen solch erfolgreichen Weg zu unterstützen. Das werden wir auch tun.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung – Wolfgang Schäuble hat völlig zu Recht darauf hingewiesen – spielt auch Zuverlässigkeit eine Rolle. Lieber Kollege Oppermann, man kann hier ruhig einmal sagen, dass die Zusammenarbeit mit Ihnen gut ist und wir unsere Projekte gut voranbringen. Allen Formulierungen in dem einen oder anderen Organ oder Magazin zum Trotz bin ich sicher: Wir werden diese Große Koalition zu einem genauso großen Erfolg führen wie die letzte.

Frau Göring-Eckardt, es tut mir ja außerordentlich leid. Ich hätte mich genauso gefreut, wenn ich hätte sagen können, dass wir gut zusammenarbeiten. Aber Sie wollten nicht. Daher ist jetzt Schluss mit dem Thema.

Die Grünen mögen sich beruhigen. Wir können das nachher noch bilaterale besprechen.

Die Wirtschaft muss sich darauf verlassen können, dass sie die großen Investitionen, von denen ich vorhin ge-

sprochen habe, auch finanziert bekommt. Nicht aus Jux und Tollerei, sondern um die Wirtschaft in diese Lage zu versetzen, haben wir gesagt: Das Geld muss in unseren mittelständischen Betrieben und in der Wirtschaft bleiben. Deshalb gibt es in dieser Legislaturperiode keine Steuererhöhungen. Denn alle Steuererhöhungen, auch eine Erhöhung des sogenannten Spitzensteuersatzes, schlagen bei den familiengeführten Unternehmen sofort durch. Deswegen sage ich es an dieser Stelle noch einmal: Es gibt in dieser Legislaturperiode keine Steuererhöhungen, weder bei der Einkommensteuer noch bei der Vermögensteuer oder der Erbschaftsteuer.

Das muss ich so klar betonen, um auf einen Punkt eingehen zu können: Ich teile die Auffassung, dass wir den Menschen bei der kalten Progression durchaus etwas zurückgeben könnten.

Das ist übrigens eine Auffassung, die Sie, lieber Thomas Oppermann, in der letzten Legislaturperiode bedauerlicherweise nicht geteilt haben. Wenn Sie diese Auffassung geteilt hätten, wären wir im Bundesrat letztes Jahr schon weiter gekommen.

Jetzt wird die Diskussion neu geführt. Ich sage in aller Bestimmtheit: Es wird, ganz egal, welches Projekt angedacht wird, auf keinen Fall eine Gegenfinanzierung durch Steuererhöhungen geben. Wer das will – ich habe das ein bisschen herausgehört –, muss seine Pläne gleich begraben.

Es nützt relativ wenig – darüber sollten wir uns vielleicht demnächst einmal unterhalten –, ständig zu sagen: „Wir könnten uns dies oder jenes vorstellen“, und dabei den heimlichen Dissens zu haben, dass die einen Steuererhöhungen wollen und die anderen nicht. Dann lassen wir das mit der kalten Progression lieber. Steuererhöhungen sind kein Ziel und keine Maßnahme.

Wenn wir die kalte Progression abmildern und die Kommunen damit weniger Steuereinnahmen haben, darf man aber nicht jammern: „Die Kommunen brauchen Geld“, und erwarten, dass der Bund dies alles kompensiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind bereit, den Kommunen zu helfen, und wir sind auch bereit, den Ländern zu helfen; wir haben dafür im Haushalt Mittel vorgesehen. Aber eines geht beim besten Willen nicht: dass man das austarierte System der Finanzierung durch Steuern im Föderalismus dieses Landes völlig auf den Kopf stellen will. Steuermehreinnahmen werden geteilt nach dem Schlüssel: 48 oder 49 Prozent bekommt der Bund, 52 oder 51 Prozent die Länder. Der Bund hat den kleineren Anteil, die Länder den größeren Anteil. Aber wenn es um Steuerentlastungen, um Steuersenkungen geht, heißt es gern: Da beteiligen wir uns nicht. – Man kann nicht bei Mehreinnahmen vom Verteilungsschlüssel profitieren, aber wenn es, wie bei der Abmilderung der kalten Progression, um Steuersenkungen geht, erwarten, dass der Bund alles kompensiert. Ich

kann nur sagen: Eine solche Verschiebung dürfen wir nicht mitmachen; sonst kommt das gesamte System ins Wanken.

Da sind wir uns einig, lieber Thomas Oppermann; dann kann man das aber auch durch Beifall entsprechend zeigen. – Damit wäre dieser Punkt auch geklärt. Man muss bestimmte Dinge klarmachen, damit es da keine Probleme gibt.

Der letzte Punkt, auf den ich noch zu sprechen kommen möchte: Damit es den Menschen besser geht nach diesen vier Jahren, muss es auch gerecht zugehen. In diesem Zusammenhang wird über das Thema Generationengerechtigkeit gesprochen. Auch beim Thema Generationengerechtigkeit kann man mehrere Faktoren ansprechen. Der erste Punkt für Generationengerechtigkeit ist, dass wir den jungen Menschen – es sitzen heute sehr viele junge Menschen auf der Tribüne – eine anständige Ausbildung ermöglichen; denn das ist die einzige Chance, dass sie nachher ein gutes Leben führen können.

Dafür sind – das haben wir im Rahmen der Föderalismusreform beschlossen – zunächst einmal die Länder zuständig. Der Bund ist bereit, einen Beitrag dazu zu leisten. Der ist aber nur denkbar, wenn wir uns auch inhaltlich beteiligen können. Die Länder können vom Bund nicht erwarten, dass er Geld gibt, sich aber ansonsten raushält. Das ist nicht der Weg, den wir hier im Deutschen Bundestag beschreiten können.

Die Ausbildung, auch über Universitäten, ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir der jungen Generation die Möglichkeit geben müssen, ihre Vorstellungen von Politik und davon, wie sie leben wollen, auch umzusetzen.

Das wird ohne Finanzmittel nicht gehen. Jetzt sage ich einmal Folgendes: Die Diskussion, die jetzt darüber geführt wird, in welchem Umfang die Rentenpakete die Chancen der jungen Generation beeinträchtigen, ist die

eine Seite. Viel entscheidender als diese Rentenpakete, die natürlich auch finanziert werden müssen, ist aber, dass wir der jungen Generation nicht Jahr für Jahr neue Schulden aufladen; denn diese Schulden haben etwas Unangenehmes: Sie verlangen Zinsen und Rückzahlung; daran kann man nichts ändern. Deswegen sage ich: Bei aller Aufgeregtheit und auch bei manchem richtigen Hinweis in der Rentendebatte sollten wir klar und deutlich machen: Das, was Wolfgang Schäuble mit dem ausgeglichenen Haushalt vorlegt, hat mehr Bedeutung für die Generationengerechtigkeit als vieles andere. Das muss klar und deutlich so gesagt werden; da sollten wir uns überhaupt nicht irritieren lassen.

Ein Exportland mit einem großen industriellen Sektor wie Deutschland braucht natürlich Märkte. In diesem Zusammenhang wird oft über die Stärkung der Binnenkaufkraft gespro-

chen. Das ist auch okay. Du, Thomas, und ich, wir wissen aber, dass in unseren Heimatländern so viele Autos gebaut werden, dass man sie durch noch so viel Binnenkaufkraft gar nicht auf unseren Heimatmarkt bringen kann. Deswegen brauchen wir Märkte. Der europäische Markt spielt hier nach wie vor eine zentrale Rolle als Rückgrat unserer Exportnation. Es gibt natürlich den amerikanischen Markt, den chinesischen Markt und andere; aber wir brauchen ein festes Standbein, um nicht von diesen Märkten abhängig zu sein. Das ist mit ein Grund dafür, dass wir uns darum bemühen – im Übrigen durchaus erfolgreich –, Europa wieder flottzumachen. Das ist das zentrale Thema: Europa muss wieder wettbewerbsfähig werden.

Man kann ja sagen: In der Vergangenheit sind Fehler passiert. Das gibt es. Wenn man Fehler aber mehrfach hintereinander macht, dann ist das kein Fehler mehr, sondern Dummheit. Ein entscheidender Fehler war, dass wir uns immer wieder nicht an die Regeln gehalten haben, die wir uns selber gegeben haben. Jetzt wird es endlich einmal Zeit, damit es auch jeder kapiert, dass die Regeln und Gesetze, die wir uns gegeben haben, auch eingehalten werden. Deshalb habe ich – Wahlkampf hin oder her – wenig Verständnis dafür, dass gerade der Präsident des Europäischen Parlaments mit solchen Regeln und Gesetzen etwas lax umgeht. Das sind falsche Signale an Frankreich.

Jedes Signal an Frankreich, dass man die Regeln nicht einhalten muss, wird doch in Griechenland und anderswo aufmerksam verfolgt. Deswegen kann ich nur sagen: Regeln, die man sich gegeben hat, müssen eingehalten werden. Nur so erreichen wir Zuverlässigkeit in einem notwendigen Prozess.

Ein letzter Punkt zum Thema Märkte: Auch das mit den Amerikanern weiter zu verhandelnde und noch abzu-

schließende Freihandelsabkommen ist bedeutend. Man kann jetzt darüber philosophieren, wie viele Arbeitsplätze das schaffen wird oder nicht. Wenn Freihandelsabkommen keinen Sinn hätten, dann hätte man sie mit anderen nicht geschlossen. Sie haben einen Sinn. Wir sind dabei, ein solches Abkommen mit anderen Ländern wie schon mit Japan abzuschließen; mit Amerika halte ich das auch für notwendig.

Es ist aber auch klar, dass wir die Sorgen und Ängste, die in diesem Zusammenhang aufkommen, diskutieren und ernst nehmen müssen, dass wir mit den Menschen darüber reden müssen. Wir müssen auch klarmachen, was mit einem solchen Abkommen beabsichtigt ist. Wir dürfen die Argumentationshoheit nicht denen

### Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung spielt auch Zuversicht eine Rolle.

Fortsetzung von Seite 9: Volker Kauder (CDU/CSU)

überlassen, die aus ideologischen Gründen gegen ein Freihandelsabkommen sind. Das darf auf keinen Fall geschehen.

Wir müssen die Sorgen ernst nehmen. Es ist richtig, das vor Ort zu erklären. Das können nicht allein Kommission oder Regierung machen. Vielmehr werden wir in unseren Wahlkreisen darauf angesprochen. Deswegen haben wir in der Koalition beschlossen, uns an der

Diskussion offensiv zu beteiligen. Wir haben in der Koalition, zwischen SPD- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion, eine Arbeitsgruppe vereinbart, in der Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen sind, die mit diesem Thema zu tun haben, um uns in diesen Prozess einzuklinken und mit zu argumentieren. Wir werden dieses Thema nicht einer europäischen Verhandlungskommission überlassen. Es ist für unser Land viel

zu wichtig, als dass wir es im Bundestag, in den Koalitionsfraktionen ignorieren könnten. Ich bin dankbar dafür, dass es gelungen ist, hier gemeinsam einen Weg zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesen Haushalt in unseren Fraktionen, in der Koalition und auch in diesem Parlament intensiv diskutieren und zum Abschluss bringen. Dann freuen wir uns schon auf den nächsten Haus-

halt, der bald kommen wird, den Haushalt 2015. Ich sage den Haushältern beider Fraktionen einen herzlichen Dank für ihre Arbeit und ihre Mühen.

Ich sage auch denjenigen in der Opposition, die uns auf diesem Weg begleiten, einen herzlichen Dank. Wenn Sie uns Steine in den Weg legen, Frau Roth, können Sie nicht erwarten, dass ich mich dafür bedanke. Wenn Sie konstruktiv sind, be-

danke ich mich schon jetzt bei Ihnen für Ihre Arbeit.

Diese Haushalte werden in den nächsten Jahren immer wieder Maßstab und Beurteilungsfaktor für uns sein; denn daran können wir sehen, dass es den Menschen nach vier Jahren Großer Koalition in diesem Land besser geht.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der SPD)

Dr. Gesine Lötzsch, DIE LINKE:

## Die »schwarze Null« darf nicht den Banken geopfert werden



**Gesine Lötzsch (\*1961)**  
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Jetzt wollen wir einmal ehrlich übers Geld reden. „Die Zocker sind zurück“, heißt es im Handelsblatt in einem Artikel vom Vortag. Das stimmt leider. Es werden wieder hochriskante Geschäfte mit gefährlichen Schrottanleihen gemacht. Firmen, die nur eine eingeschränkte Kreditwürdigkeit besitzen, bekommen von den Geldhäusern wieder Geld. Das Geschäft mit hochriskanten Krediten hatte im Jahr 2008, dem Krisenjahr in Europa, ein Volumen von fast 80 Milliarden Dollar, vier Jahre später von 90 Milliarden Dollar. Auch die verschachtelten Kreditverbriefungen, die 2008 ein Auslöser der Finanzkrise waren, verkaufen sich wieder prächtig. Die Vorläufer einer neuen Finanzkrise sind für jeden, der es sehen will, sichtbar. Sie, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, dürfen davor nicht die Augen verschließen und hier heile Welt spielen.

Frau Merkel, Sie haben sich hier als Vorreiterin der Regulierung dargestellt. Das stimmt nicht; das lässt sich in der Realität nicht nachweisen. Ganz im Gegenteil: Alle guten Vorsätze, die Finanzmärkte zu regulieren, scheinen vergessen. Ich darf Sie an Ihre eigenen Worte erinnern. Sie sagten am 5. Oktober 2008 – Zitat –

Wir sagen außerdem, dass diejenigen, die unverantwortliche Geschäfte gemacht haben, zur Verantwortung gezogen werden.

Dafür wird die Bundesregierung sorgen. Das sind wir auch den Steuerzahlern in Deutschland schuldig. Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.

Frau Merkel, ich frage Sie: Wer wurde denn nun wirklich zur Rechenschaft gezogen? Warum dürfen Zocker jetzt schon wieder unverantwortliche Geschäfte machen? Warum haben Sie die Finanzmärkte nicht wirksam reguliert?

Ich kann Ihnen die Antwort geben: Sie haben vor diesen Finanzmärkten bedingungslos kapituliert. Das werden wir nicht akzeptieren.

Sie haben den Banken sogar noch goldene Rettungsschirme aufgespannt. Auch hierzu gibt es ein Zitat, jetzt von Herrn Schäuble. Am 24. Juli 2010 erklärten Sie:

Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Der Rettungsschirm ESM existiert und arbeitet streng abgeschirmt von der Öffentlichkeit im Interesse der Banken. Wir wollen endlich wissen, was mit unserem Geld geschieht, meine Damen und Herren.

In der Süddeutschen Zeitung stand Anfang der Woche ein Artikel mit der Überschrift „Der Geruch absterbender Demokratie“. Ich zitiere daraus:

Diese Gegenwart bringe eine Art „Überbürger“ hervor, der den Restbürgern keine Rechenschaft mehr schuldig sei. Verfassungen und soziale Übereinkünfte haben Grenzen, die Finanzwelt nicht.

Meine Damen und Herren von der Regierung, Ihre bedingungslose Kapitulation vor den Finanzeliten, den „Überbürgern“, bedroht die Existenzen von Millionen von Menschen in unserem Land, in Europa

und in der ganzen Welt. Das können wir nicht länger hinnehmen.

Ihre bedingungslose Kapitulation vor den Finanzeliten bringt reichweise Demokratien in Europa ins Wanken. Sie müssen sich doch fragen: Warum erstarken faschistische, rassistische und antisemitische Parteien in vielen Staaten Europas? Die letzten Wahlen haben es gezeigt. Sie erstarken, weil die herrschende Politik in Brüssel und in Berlin versagt hat, weil die Politik ihre Versprechen immer wieder gebrochen hat.

Immer mehr Menschen gewinnen den Eindruck, dass die Politik ihnen keine Sicherheit vor den Finanzmärkten bieten kann. Sie fühlen sich von den „Überbürgern“ auf dem Finanzmarkt, auf dem Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt schutzlos ausgeliefert. Wenn viele

Menschen die Hoffnung verlieren, dann müssen wir uns doch fragen: Was folgt daraus? Hoffnungslosigkeit fördert entweder Aggression oder grenzenlose Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie. Das

müssen wir gemeinsam verhindern.

Herr Schäuble erklärt als Finanzminister immer gern, dass die anderen Staaten die Finanzmarktregulierung nicht wollten und auch eine Finanztransaktionsteuer in Europa kaum umsetzbar sei. Aber, Herr Schäuble, sind Sie in Europa wirklich so wenig durchsetzungsfähig? Ich glaube das nicht. Ich traue Ihnen mehr zu, wenn Sie nur wollen.

Warum gelang es dieser Bundesregierung, brutale Kürzungspakete in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien durchzusetzen, von denen sich diese Länder noch in zehn Jahren nicht erholt haben werden? Warum gelingt es der Bundesregierung, ganze Staaten neoliberal umzukrempeln, aber warum soll es ihr nicht gelingen, die Finanzmärkte zu regulieren? Das ist nicht zu verstehen.

Aber machen wir es etwas kleiner. Wenn die Bundesregierung sich angeblich in Europa nicht durchsetzen kann, wenn es um die gerechte Besteuerung von Spekulanten geht, warum fangen Sie nicht einfach in Deutschland damit an? Frau Merkel, Sie haben gesagt, Deutschland sei Vorreiter der Regulierung. Darum frage ich Sie: Warum gibt es nicht wenigstens in Deutschland eine Finanztransaktionsteuer? Das wäre doch der logische Anfang.

In Deutschland kann niemand diese Bundesregierung daran hindern, ein gerechtes Steuersystem einzuführen und die Finanzeliten in ihrem desaströsen Handeln einzuschränken, außer dieser Regierung selbst. Aber – Herr Kauder hat es gerade noch einmal unterstrichen – mit dem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD selbst schwere Ketten angelegt. Es ist, finde ich, ein beispielloser Akt der Selbstfesselung; denn dieser Koalitionsvertrag schließt Steuergerechtigkeit definitiv aus. Das ist der falsche Weg.

Deutschland ist nach Analysen des Internationalen Währungsfonds eines der wenigen Länder in Europa, das sein Potenzial, seine Spielräume bei den Staatseinnahmen nicht nutzt. Dieser Spielraum macht nach Aussagen des Internationalen Währungsfonds, also nicht der Linken, immerhin rund 80 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen aus. 80 Milliarden! Stellen Sie sich das einmal vor: Mit 80 Milliarden Euro könnte man eine wirklich gerechte Rentenreform beschließen, ohne die Kassen zu plündern. Man könnte endlich das Kindergeld erhöhen. Es ist doch eine lächerliche Aktion, dass man die versprochene Erhöhung des Kindergelds ins Irgendwann, ins Nirwana verschiebt, nur um von der schwarzen Null weiter träumen zu können. Von der schwarzen Null haben die Kinder und ihre Familien wirklich nichts, Herr Schäuble.

Aber nein, die Regierung will diese großen Spielräume nicht nutzen. Sie hat sich selbst Ketten angelegt, wenn es um die gerechte Besteuerung von Vermögenden geht. Sie hat sich auch Ketten angelegt, wenn es um die steuerliche Entlastung der Mittelschicht geht, die unter der kalten Progression leidet. Wir finden als Linke: Das ist verantwortungslos und sozial ungerecht.

In den letzten Monaten wurde viel über den Fußballmanager Hoeneß in den Medien berichtet. Sie erinnern

sich: Er hatte an den Steuerbehörden vorbei unbemerkt 28,5 Millionen Euro an Steuern hinterzogen. Aber warum fragt eigentlich niemand, wieso so viele Steuerbetrüger in unserem Land unentdeckt bleiben können? Ich kann Ihnen die Frage relativ leicht beantworten. Allein in den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Steuerberater um 30 Prozent und die der Steueranwälte sogar um 60 Prozent gestiegen. Aber im gleichen Zeitraum wurden in den Finanzämtern, die die Kontrolle ausüben, 5 Prozent der Stellen abgebaut. Das passt doch wirklich nicht zusammen.

Auch das scheint in Vergessenheit geraten zu sein: Der Bundesfinanzminister hatte sich verpflichtet, 500 Prüfer beim Bundeszentralamt für Steuern einzustellen. Diese Prüfer des Bundesamtes sollten die Kollegen aus den Ländern bei der Kontrolle von Unternehmen unterstützen. Doch weder der Bundesfinanzminister noch die Landesfinanzminister haben offensichtlich ein Interesse daran, Unternehmen bei der Steuergestaltung auf die Schliche zu kommen.

Mein Fazit: Diese Bundesregierung hat auch in Deutschland kein Interesse, alle Bürgerinnen und Bürger gleich zu behandeln. Diese unhaltbaren Zustände wollen und müssen wir ändern, wenn die Menschen nicht den Glauben an Demokratie und Gerechtigkeit verlieren sollen.

Ob diese Bundesregierung zukunftsfähig ist, wird sich daran zeigen, ob sie es schafft, den Finanzmarkt zu regulieren. Auch ein ausgeglichener Haushalt wäre nichts wert, wenn er von der nächsten Finanzkrise aufgefressen würde. Diese Erfahrung musste übrigens – wollen wir noch einmal an ihn erinnern – der damalige Finanzminister Peer Steinbrück machen, der 2008, kurz vor dem Ausbruch der Finanzkrise, hier im Deutschen Bundestag stolz die schwarze Null an die Wand malte. Er sagte damals noch – wir erinnern uns auch daran –, die Finanzkrise habe nur etwas mit Amerika zu tun. Amerika war dann schnell sehr nah. Auch daran sollten wir uns erinnern.

Von der schwarzen Null von Peer Steinbrück blieb ein schwarzes Loch übrig, in dem die Bundesregierung Milliarden für die Rettung von Banken versenkte. Die schwarze Null wurde damals den Banken geopfert. Das darf sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Von der  
„schwarzen Null“  
von Peer  
Steinbrück blieb  
ein schwarzes  
Loch.**

Bettina Hagedorn, SPD:

## Eine verantwortliche Finanzpolitik



Bettina Hagedorn (\*1955)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Kollegin Löttsch, ich kann Ihre Aussage nicht unwidersprochen stehen lassen, dass 2008/2009 die schwarze Null den Banken geopfert wurde. Nein, wir haben damals in der Großen Koalition angesichts der Krise und in der Hoffnung, dass ein Haushalt ohne Schulden in greifbarer Nähe war – einen solchen Haushalt hatten wir mit ganzer Kraft angestrebt –, das gemacht, was klug und verantwortlich gegenüber den Menschen in Deutschland war. Wir haben nämlich zwei Konjunkturpakete im Umfang von über 80 Milliarden Euro aufgelegt. Wir haben diese Pakete weit gefächert und den Kommunen 10 Milliarden Euro gegeben, um zu investieren. Wir haben übrigens auch das Kurzarbeitergeld eingeführt, was viel Geld gekostet hat.

Warum haben wir das gemacht? Wir haben das gemacht, um die Menschen in Deutschland in dieser Krise in Lohn und Brot zu halten. Wir haben das gemacht, um die Unternehmen zu stärken, damit sie ihre guten Mitarbeiter nicht entlassen müssen. Wissen Sie was? Das war eine großartige Entscheidung; denn das ist das Geheimrezept dafür, dass wir so gut durch die Krise gekommen sind.

Insofern fällt es mir natürlich ausgesprochen schwer, ausgerechnet Ihnen, Frau Löttsch, die Erinnerung an Peer Steinbrück zu überlassen. Darum möchte ich meine Rede gerne mit einem Zitat beginnen:

Wir haben jetzt die historische Chance, in Deutschland nach 40 Jahren die Neuverschuldung auf null zu senken und dann für ganz Deutschland einen Mechanismus festzulegen, der eine Wiederholung des früheren Tempos in die Verschuldung verhindert. Das ist meiner Ansicht nach eine verantwortliche Finanzpolitik im Sinne von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit.

Ich bin sicher, Herr Schäuble, dass Sie sagen würden, dieses Zitat könn-

te von Ihnen sein. Es ist aber nicht von Ihnen. Es ist im September 2007 hier im Deutschen Bundestag bei der Haushaltsdebatte von Peer Steinbrück, dem Finanzminister der Großen Koalition, gesprochen worden.

Ich stelle dieses Zitat deshalb an den Anfang, weil es so schön deutlich macht, dass wir mit der Großen Koalition von 2005 bis 2009 und mit der Großen Koalition jetzt ab 2013 sehr wohl einen langen roten Faden haben. Der Faden ist so lang und so rot, dass ich sogar die Kolleginnen und Kollegen der Grünen noch mit einbeziehen will. Wir Haushälter konnten damals im Tiefschlaf vor uns hersagen, dass unser größtes Ziel konsolidieren, sanieren und investieren ist, dass dieser Dreiklang eine gute und verantwortbare Haushaltspolitik darstellt.

Denn dieser Dreiklang hat eine Tradition von mindestens zehn Jahren in diesem Haus. Dass wir das auch über Fraktionsgrenzen hinweg über viele Jahre so ernst genommen haben, ist der Grund dafür, warum es uns in Deutschland insgesamt im Verhältnis zu anderen so gut geht.

Wir waren auch immer von dem Bewusstsein getragen, dass wir nicht um des Sparens willen sparen, sondern dass wir das einerseits in Verantwortung vor der neuen Generation tun – Generationengerechtigkeit ist ein heute Morgen zu Recht häufig genannter Begriff –, aber auch um Spielräume zu erwirtschaften, um in wichtigen Bereichen die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sicherzustellen. Die gute Botschaft ist: Auch da haben wir über Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit.

Den Löwenanteil der Investitionen, die wir schon seit vielen Jahren tätigen und auch in dieser Großen Koalition wieder tätigen werden, bekommt der wichtige Bereich der Bildung. Investitionen in die Köpfe der jungen Generation sind in einem Land, das einen demografischen Faktor wie das unsere hat, wichtig, um unsere Zukunftsfähigkeit zu garantieren. Diese Bildungsinvestitionen im Umfang von 3 Milliarden Euro geben wir in dem Bereich aus, für den wir ursächlich zuständig sind, Hochschulbildung und Forschung. Aber auch die 6 Milliarden Euro, die wir über die Länder den Kommunen zur Verfügung stellen, geben wir nicht einfach so, quasi als Almosen wegen der Unterfinanzierung. Nein, wir geben ihnen das Geld in dem Bewusstsein, dass Bil-

dung schon in der Krippe und in der Kita anfängt.

Es geht auch um eine noch bessere Qualität in den Schulen, um eine höhere Lehrerdichte, um Ganztagschulen, es geht um eine qualitativ gute Bildungsbetreuung in ganz Deutschland. In weiten Teilen sind eben Länder und Kommunen dafür zuständig. Wenn es denen schlecht geht, dann können sie an dieser Stelle nicht das leisten, was sie im gesamtstaatlichen Interesse in der Bildung dringend leisten müssen. Darum tun wir das.

In dieser und auch in der gestrigen Debatte sind die Kommunen schon gewürdigt worden. Ich glaube, hier einen etwas falschen Zungenschlag vernommen zu haben. Manche Äußerung ist verständlich; schließlich finden im Mai in Deutschland zehn Kommunalwahlen statt. Daher steht

### Den Löwenanteil der Investitionen bekommt der wichtige Bereich der Bildung.

hier manchmal der Wahlkampf mehr als die Faktenlage im Mittelpunkt. Ich selbst habe 20 Jahre ehrenamtlich Kommunalpolitik gemacht. Ich war ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin. Seit 2005 bin ich stellvertretende Sprecherin der AG Kommunalpolitik unserer Fraktion. Insofern bin ich, glaube ich, frei von dem Vorwurf, dass ich bei den Sorgen und Nöten der Kommunen nicht genügend hinschauen würde. Ich finde schon, dass wir als Bundestag auch insgesamt stolz auf das sein dürfen, was wir für die Kommunen schon getan haben und was auch in Zukunft zu tun wir uns im Koalitionsvertrag richtigerweise verpflichtet haben.

Auch da, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, will ich Sie daran erinnern, dass wir es waren, die dafür gesorgt haben, dass 4 Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztagschulen in Deutschland zur Verfügung gestellt wurden, und dass wir es waren, die 2004 angestoßen haben, dass der Bund mehr Verantwortung für die Schaffung von mehr Krippenplätzen in Deutschland übernimmt. In der Großen Koalition haben wir unser Eintreten dafür fortgesetzt, indem wir dafür gesorgt haben, dass finanzielle Mittel im Umfang von fast 5 Milliarden Euro bis 2013 zur Verfügung gestellt werden. Dies geschah, um den Kommunen in Deutschland die Möglichkeit zu geben, eine verlässliche Krippeninfrastruktur aufzubauen. Darüber hinaus haben wir mit den Kommunen verabredet – dieses Geld fließt seitdem Jahr für Jahr über steuerrechtliche Umverteilungen –, dass

wir sie mit den Betriebskosten der Krippen nicht alleinlassen. Round about sind, wenn ich es richtig im Hinterkopf habe, knapp 1 Milliarde Euro pro Jahr vom Bund an die Länder dafür geflossen und fließen weiter, in der Hoffnung, dass sie sie an die Kommunen weiterleiten, damit sie mehr Geld zur Verbesserung der Krippenbetreuung haben.

Gestern sagte ein Kollege – das war ein bisschen wie Geschichtsklitterung –, dass Rot-Grün die Grundsicherung eingeführt und damit die Kommunen belastet habe. Das ist nicht wahr. Als wir 2003 die Grundsicherung eingeführt haben – übrigens mit Zustimmung des Bundesrates –, haben wir uns auf eine Kostenteilung verständigt. Wir jedenfalls haben das Recht auf Grundsicherung überwiegend mit Blick auf diejenigen Frauen geschaffen, die sich, weil sie den Rückgriff auf ihre Verwandten befürchteten, nicht getraut haben, zum Sozialamt zu gehen und Sozialhilfe zu beziehen; man sprach auch von verschämter Altersarmut. In Wahrheit haben wir mit der Grundsicherung eine Entlastung der Kommunen bewirkt. Für uns stand die Würde der Menschen im Mittelpunkt. Die Schaffung des Rechtsanspruchs auf Grundsicherung in Deutschland – nicht nur im Alter, sondern auch bei Erwerbsunfähigkeit – ist eine große Leistung dieses Hauses gewesen.

Der Punkt ist der, dass die Ausgaben für die Grundsicherung wegen der demografischen Entwicklung immer weiter gestiegen sind und dass diese Ausgaben damit die kommunalen Haushalte gesprengt haben. Wir haben also in den letzten Jahren – auch das haben Bundestag und Bundesrat sehr wohl gemeinsam gemacht – eine schrittweise Entlastung der Kommunen herbeigeführt. Obwohl die Kosten für die Grundsicherung ständig steigen und auch in Zukunft steigen werden, sollte der Bund sie in immer höherem Maße tragen. In diesem Jahr übernimmt er sie zu 100 Prozent. Die Kostenübernahme ist in vier Schritten vonstattengegangen. Vor vier Jahren – damals war ich innerhalb meiner Fraktion für den Haushalt Arbeit und Soziales zuständig – hat der Bund noch 500 Millionen Euro pro Jahr für seinen Anteil an der Grundsicherung ausgegeben, und jetzt werden es 5,5 Milliarden Euro sein. Das ist eine Entlastung der Kommunen von 5 Milliarden Euro pro Jahr.

Diese Entlastung wird steigen, weil die Kosten für die Grundsicherung steigen werden, und wir schultern diese Kostensteigerung allein.

All das ist richtig. Es ist angesichts dessen richtig, dass wir den Menschen diesen Rechtsanspruch gewährleisten wollen. Richtig ist auch, dass wir als Bund die Kosten dafür schultern. Aber ich finde, es darf in der aktuellen Debatte nicht vergessen werden.

Ich will auch daran erinnern: Als Bundestag und Bundesrat die Entlastung der Kommunen verabredet ha-

ben, haben wir das im Zusammenhang mit anderen Themen, die wir miteinander beraten haben, getan. Dabei ging es um ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts und um die Frage, ob Kinder aus bildungsfernen Schichten eigentlich genug Zugang zu Bildung haben. Wir haben damals zwar nicht festgelegt, warum und wofür wir die Kommunen entlasten. Wir haben aber sehr wohl unserer Erwartung Ausdruck gegeben, dass diese Entlastung nicht nach dem Motto „Linke Tasche, rechte Tasche“ – wir verschulden uns, andere entschulden sich – erfolgt, sondern wir haben das Geld in der Erwartung gegeben, dass es dort landet, wo es hingehört, nämlich in den Krippen, in den Kitas, in den Schulen und bei den Familien, die nicht so gut situiert sind, dass sie ihren Kindern gute Bildung ermöglichen können. Wir brauchen in Deutschland jedes Kind, und zwar deshalb, weil wir zu wenige Köpfe, zu wenige junge Menschen haben. Es muss Geld investiert werden, damit in Zukunft nicht mehr so viele junge Menschen ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Die Verantwortung dafür tragen die Länder und zum Teil auch die Kommunen.

Ich möchte zum Schluss zu einem weiteren Punkt kommen, bei dem schon lange Zeit große Einigkeit besteht, dass mehr investiert werden muss: zu den Investitionen in die Infrastruktur. Herr Dobrindt, es ist festzuhalten, dass die Lkw-Maut schon lange in großem Umfang zu den Investitionen im Verkehrsbereich beiträgt. Auch sie haben wir übrigens vor langer Zeit gemeinsam eingeführt, verbunden mit den Geburtswehen, an die wir uns alle noch gut erinnern können, Stichwort „Toll Collect“.

Nachdem die Einnahmen durch die Lkw-Maut von 2005 bis 2008 zwischen 2,9 und 3,5 Milliarden Euro pro Jahr geschwankt sind, liegen sie seit 2009 verlässlich bei 4,3 bis 4,5 Milliarden Euro jährlich. Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Mehreinnahmen aus der Maut eins zu eins die Investitionen im Verkehrsbereich stärken sollen. Dabei haben wir alle gedacht: Super, wenn wir mehr Geld einnehmen, können wir mehr Geld ausgeben. – Brauchen werden wir es in diesem Bereich; da sind wir uns einig.

Leider wird es, Herr Dobrindt, laut Wegekostengutachten in den nächsten Jahren zu einem Minus von 2 Milliarden Euro kommen. Da wird es schon darauf ankommen, dass wir gemeinsam handeln. Wir können diese Lücke nicht einfach so hinnehmen und sie aus Steuermitteln stopfen. Dass wir sie stopfen wollen, ist ganz klar. Wir haben auch dazu in unserem Koalitionsvertrag eine Verabredung getroffen, nämlich die, dass wir die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen ausweiten wollen. Das dauert; das wissen wir.

Fortsetzung von Seite 11: Bettina Hagedorn (SPD)

Die Einnahmen von 2 Milliarden Euro pro Jahr wird man vielleicht erst am Ende dieser Legislatur generieren können, vielleicht auch erst Anfang der nächsten Legislatur. Es sollte nachhaltig denkenden Abgeordneten aber nicht egal sein, ob diese Mehreinnahmen kommen. Denn für die Zukunft garantieren sie, und zwar nachhaltig, dass wir

mehr Geld für die Infrastruktur, für unsere maroden Straßen, Brücken, Wasserwege, Schienen usw., zur Verfügung haben. Wir brauchen dieses Geld.

Darum bitte ich Sie, Herr Dobrindt, sich hierfür mit ganzem Engagement einzusetzen. Thomas Oppermann hat vorhin schon gesagt: Bei allem, was Sie in diesem Bereich

machen, haben Sie unsere Unterstützung.

Gerade erst haben Sie angekündigt, 1.000 weitere Kilometer vierspuriger Bundesfernstraßen einbeziehen zu wollen; das ist ausdrücklich richtig. Auch die Einbeziehung von Lkw ab 7,5 Tonnen ist richtig; wir unterstützen das. Das wird in Anbetracht des bestehenden Konzessi-

onsvertrages auch möglich sein. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass aktuell nur ungefähr 14.000 Kilometer durch die Maut erfasst werden. Eigentlich streben wir knapp 40.000 Kilometer an. Insofern ist die Einbeziehung 1.000 weiterer Kilometer von Bundesfernstraßen natürlich ein kleiner Schritt, gleichwohl in die richtige Richtung. Ich glaube, wir

müssen uns gemeinsam mit ganzem Engagement der Aufgabe widmen, die vorhandene Lücke zu schließen, damit wir in Zukunft in der Tat mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland zur Verfügung haben.

Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit mit Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Tabea Rößner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Die Bundesregierung tut nichts für die Erhaltung der Meinungsvielfalt



Tabea Rößner (\*1966)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Es geht heute auch um den Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien. Ich darf hier für die Kultur- und Medienpolitiker den Aufschlag machen.

Ich möchte Ihnen, Frau Staatsministerin, Frau Grütters, noch einmal alles Gute für Ihr jetzt nicht mehr ganz so neues Amt wünschen. Die

erste Belastungsprobe liegt bereits hinter Ihnen. Ihren Etat haben Sie zumindest weitgehend verteidigen können.

Sie erwarten jetzt sicher ein Aber. Genau! Das kommt auch: Aber ich befürchte, dass Sie Ihre Jobbeschreibung nur zur Hälfte gelesen haben. Die besagt, dass Sie Staatsministerin für Kultur – jetzt kommt es – und Medien sind. Davon ist bisher nur wenig zu sehen.

Nun ist die Medienpolitik ein sehr spannendes, aber auch ein sehr schwieriges Feld. Die Einfluss- und Profilierungsmöglichkeiten gerade auf Bundesebene sind nicht besonders groß, aber es gibt sie. Wenn ich mir die Baustellen in der Medienpolitik anschau, sehe ich einige Stellschrauben, die gedreht werden müssten. Das ist vor allen Dingen eine Frage des Wollens. Mich beschleicht immer mehr das Gefühl, dass Sie nicht wollen.

Nehmen wir das Beispiel „Staatsferne bei den öffentlich-rechtlichen

Rundfunkanstalten“. Dazu gab es vor zwei Wochen ein bedeutsames Urteil vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gericht bestätigte, was wir angeprangert hatten: Es gibt zu viel Staatseinfluss in den Aufsichtsgremien des ZDF. Es wurde natürlich viel über das Urteil geredet. Selbst Kollege Volker Kauder entdeckte plötzlich seine Liebe zur Staatsferne und forderte gar, dass die Politik ganz aus dem ZDF raus müsse.

– Kleine Gedankenstütze, Herr Kauder: Vor vier Jahren piffen Sie noch die Unionsabgeordneten zurück, die überlegten, unsere Klage zu unterstützen.

Woher der Sinneswandel plötzlich kommt, weiß niemand so genau.

Jedenfalls gibt es nun diesen Impuls eines nicht ganz unbedeutenden Unionspolitikers. Da frage ich Sie, Frau Staatsministerin: Hätten nicht Sie diesen Impuls geben müssen? Bitte schieben Sie die Verantwortung jetzt nicht auf die Länder ab. Auch die Bundesregierung hat hier Aktien. Im ZDF-Verwaltungsrat sitzt nämlich ein Vertreter des Bundes: Ihr Vorgänger Bernd Neumann. Es wäre doch ein gutes und wichtiges Signal, wenn Sie zukünftig auf diesen Posten verzichten würden.

Oder nehmen wir das Beispiel der Pressekrise. Wir hatten eine exzellente Pressevielfalt in Deutschland mit vielen lebendigen Lokal- und Regionalredaktionen. Wenn ich meinen Kindern heute davon erzähle, komme ich mir vor wie die Großmutter, die früher alles besser fand.

Aber die nackten Zahlen belegen: Die Oma hat recht. Der Schwund ist dramatisch. Immer mehr Zeitungen schließen oder legen Redaktionen zusammen. Durch Pressefusionen schwindet die Meinungsvielfalt. Und was macht die Bundesregierung? Nichts! Gar nichts!

Diese Regierung ist in der Kulturpolitik schon als Koalition der Hoch- und Repräsentationskultur bekannt. Sie ist auch eine Große Koalition für die großen Medienhäuser.

### Der Großteil der Kulturschaffenden arbeitet und lebt in prekären Verhältnissen.

Die Kleinen müssen sehen, wo sie bleiben, und die Großen können die Kleinen noch leichter schlucken.

Mit Ihrem Vorhaben werden Sie die Medienkonzentration noch beschleunigen, statt zu stoppen oder Vielfalt zu sichern. Als zusätzliche Belohnung für Springer und Konsortien wird das sinnlose Leistungsschutzrecht erst einmal beibehalten. Da waren die geschätzten Kollegen der SPD-Fraktion wohl so heiß auf die Regierungsverantwortung, dass sie alle ihre Reden dazu völlig vergessen haben.

Kleine Info: Sie, liebe Kollegen der SPD, waren vernünftigerweise gegen

das Leistungsschutzrecht. Dann kam Olaf Scholz und wollte lieber Standortpolitik als Demokratieförderung machen, und dann winkte hier ein Koalitionsvertrag. Dass Sie ein eigenes Projekt, nämlich das

Presseauskunftsgesetz, protestlos einfach wieder begraben haben, passt da übrigens ganz gut ins Bild. Ihre Medienpolitik wird sicher nicht in die Heldensagen eingehen.

Die Leidtragenden dieser verfehlten schwarz-roten Medienpolitik sind vor allem die Journalisten selbst. Vom Leistungsschutzrecht profitieren sie gar nicht. Die Pressefusionen führen dazu, dass Redaktionen geschlossen werden und Journalisten ihren Job verlieren. Es gäbe aber Instrumente zur Hilfe, zum Beispiel ein durchsetzungsstarkes Urhebervertragsrecht, mit dem wir den Journalisten etwas an die Hand geben können, das ihnen wirklich hilft.

Es gibt sogar einen Vorschlag, fraktionsübergreifend aus der Enquete-Kommission. Herr Dörmann, das wissen Sie. Auch wir Grüne haben ebenfalls einen Vorschlag gemacht. Aber dazu gibt es von der GroKo bisher nichts. Ich fordere hier im Sinne der Journalisten deutlich mehr Mut von Ihnen.

Apropos im Stich lassen: Nicht nur Journalisten bekommen oft nur Hungerlöhne. Der Großteil der Kulturschaffenden arbeitet und lebt in prekären Verhältnissen. Die Kreativen haben aber mehr verdient, als nur die Lücken in ihrer sozialen Absicherung festzustellen. Die Kreativwirtschaft boomt, und da brauchen die Kreativen ein klares Bekenntnis für eine bessere soziale und wirtschaftliche Absicherung.

Schauen wir noch kurz auf die Filmpolitik. Frau Grütters, ich bin mir nicht sicher, ob Ihr Vorgänger glücklich darüber ist, wie Sie mit seinem Erbe, dem Deutschen Filmförderfonds, umgehen. Das war ja sein Steckenpferd und - kleiner Tipp - bietet hervorragende Anschlussverwendungen. An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch an Herrn Neumann zu seiner Wahl zum Präsidenten der Filmförderanstalt.

Sie, Frau Grütters, haben im Februar auf dem Deutschen Produzententag versprochen, dass es für die Filmförderung bei den 70 Millionen Euro wie im Vorjahr bleiben wird. Aber im Haushaltentwurf stehen plötzlich nur noch 60 Millionen Euro drin. Das verstehe ich nicht. Die Mittel aus dem Filmförderfonds sind doch bekanntermaßen hervorragend investiert; denn jeder investierte Euro bringt weitere 6 Euro für die deutsche Filmwirtschaft. Warum Sie hier wortbrüchig werden, 10 Millionen Euro streichen und so dem deutschen Film 70 Millionen Euro entziehen, das müssen Sie bitte einmal erklären.

Aber zurück zur Beauftragten für Kultur und – immer noch – Medien. Meine Sorge, dass die Medienpolitik nicht Ihr Herzensthema ist, spiegelt sich auch im Haushaltsentwurf wider. Es sind viele Gaben für die Kultur enthalten, manche sinnvolle und manche weniger sinnvolle. Und zu Medien? Eines der wenigen schönen medienpolitischen Projekte, den Computerspielpreis, ließen Sie gleich ganz zu Ihrem Kollegen Herrn Dobrindt wandern. Warum, ist mir wirklich schleierhaft. Ich dachte immer, es handele sich hier um ein Kulturgut.

Wenn jetzt beim Autorennspiel „Need for Speed“ eine Pkw-Maut eingeführt wird, dann wissen wir jedenfalls, wer es war.

Man sieht, es gäbe in der Medienpolitik eine riesige Spielwiese, auf der Sie sich als Staatsministerin für Kultur und eben Medien austoben könnten. Ich möchte Sie ausdrücklich dazu ermutigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Das Bundesverfassungsgericht entschied vor zwei Wochen, dass es zu viel Staatseinfluss in den Aufsichtsgremien des ZDF gibt.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU), Sigrid Hupach (Die Linke), Dr. Hans-Ulrich Krüger (SPD), Monika Grütters (CDU/CSU), Dr. Eva Högl (SPD) und Rüdiger Kruse (CDU/CSU).



Einbringung des Bundeshaushaltes 2014 / 28. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 8. April 2014

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU/CSU, Bundesminister der Finanzen:

## In unseren Anstrengungen nicht nachlassen



Wolfgang Schäuble (\* 1942)  
Bundesminister

Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 war ein Weckruf für Deutschland und für Europa. Wir haben seitdem begonnen, uns auf festerem Fundament neu aufzustellen.

Unsere Politik der Hilfe zur Selbsthilfe zeigt Wirkung. In der Euro-Zone haben sich die Haushaltsdefizite seit 2009 mehr als halbiert. Die Wettbewerbsfähigkeit ist gestiegen. Die Leistungsbilanzen haben sich verbessert. Die Wirtschaft der Euro-Zone – das ist entscheidend – kehrt zu Wachstum zurück. Die Spannungen in den Finanzmärkten haben sich gelegt. Irland und Spanien konnten ihre Hilfsprogramme erfolgreich abschließen. Portugal steht kurz davor. Auch Zypern ist auf einem guten Weg. Griechenland macht bei allen Problemen mehr Fortschritte, als alle erwartet haben. In Spanien beginnt die Arbeitslosigkeit zu sinken. Mit Estland und Lettland hat die Euro-Zone zwei neue Mitglieder bekommen, die für wirtschaftlichen Erfolg durch Reformen und solide Haushalte stehen.

Die Erfolge sollten uns aber nicht glauben lassen, dass wir bereits über den Berg wären. Die Arbeitslosigkeit, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit, ist in zahlreichen Ländern immer noch viel zu hoch. Dringend notwendige Strukturreformen sind in wichtigen Ländern noch nicht ausreichend umgesetzt.

Jetzt ist die Krise in der und um die Ukraine ein weiterer Weckruf; denn sie führt uns vor Augen, dass auch im Europa des 21. Jahrhunderts Frieden und Stabilität keine Selbstverständlichkeit sind. Sie zwingt uns zu neuer Ernsthaftigkeit. Sie zeigt, dass wir weiter an uns arbeiten müssen, um in dieser neuen Weltordnung zu bestehen.

Die Europäer wissen aus historischer Erfahrung, dass die Anwen-

dung militärischer Mittel keine Lösung sein darf. Also bleiben Diplomatie und wirtschaftliche Instrumente. Wir Europäer sind in dem, was man „Soft -Power“ nennt, global führend. Unser Gesellschaftsmodell, demokratische politische Kultur, soziale Marktwirtschaft – all das ist weltweit attraktiv. Aber langfristig werden wir damit nur überzeugen, wenn wir unsere Hausaufgaben machen.

Genau wie während der Euro-Krise beobachtet die Welt auch in diesen Wochen der Ukraine-Krise sehr genau, ob wir Europäer in der Lage sind, unsere Überzeugung und unseren Kurs durchzuhalten. Und das erfordert wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Wir müssen in dieser Situation Verlässlichkeit beweisen, wir müssen die nötigen Reformen wirklich durchziehen, und wir dürfen nicht der Versuchung billigen Geldes erliegen; denn das würde uns langfristig weiter schwächen. Wir müssen zeigen, dass wir zu nachhaltiger Stabilisierung in der Lage sind. Es ist eine Art Stresstest für unsere „Soft -Power“.

Schließlich, meine Damen und Herren, sollten auch die großen Herausforderungen, vor denen wir in Europa auch dann stehen würden, wenn wir keine Krise in der Euro-Zone und keine Krise um die Ukraine gehabt hätten, für uns ein Weckruf sein. Deutschland und Europa – daran muss man wieder und wieder erinnern – sind von Besonderheiten geprägt, die im globalen Wettbewerb nicht gerade von Vorteil sind. In der Welt heißt es oft über uns – es wird in Englisch formuliert –, wir seien „rich, ageing, risk-averse“, also wohlhabend, älter werdend und nicht gerade risikoneig. Wir haben in Europa eine deutlich höhere Sozialleistungsquote im Verhältnis zur Wirtschaftskraft. Das liegt auch daran, dass die verheerenden Folgen unserer kriegsrischen Geschichte in Europa ein besonders hohes politisches wie wirtschaftliches Sicherheitsbedürfnis haben entstehen lassen. Wir haben auch eine schwierigere demografische Entwicklung. Wir haben weniger Rohstoffe und Energiereserven als andere Länder und Kontinente. Bei neuen Technologien sind wir in der Tat nicht besonders risikofreudig. Damit besteht die Gefahr, dass wir im internationalen Vergleich zurückfallen.

Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise waren Krisen der westlichen Industriestaaten, die zu massiven Wirtschaftseinbrüchen geführt haben. Die europäische Wirtschaft hat in den vergangenen sechs Jahren, alles zusammen genommen, insgesamt stagniert. Im gleichen Zeitraum ist etwa die indische Wirtschaft um mehr als ein Drittel, die chinesische um nahezu 70 Prozent gewachsen. Der Anteil Europas an den weltweiten Patentanmeldungen ist im vergangenen Jahrzehnt um fast die Hälfte gesunken. Es leben etwas mehr als 7 Prozent der Weltbevölkerung in Europa; aber rund die Hälfte aller Sozialausgaben weltweit entfällt auf uns.

Im Übrigen müssen wir uns auch in Deutschland ernsten Fragen stellen. In der nächsten Generation wird die Bevölkerung Deutschlands voraussichtlich um rund 10 Millionen Einwohner schrumpfen. Wahrscheinlich werden dann Frankreich und Großbritannien mehr Einwohner haben als wir, und unser Anteil an der Weltwirtschaftsleistung wird von knapp 5 Prozent nach den Prognosen auf unter 2 Prozent sinken. Auch die aktuelle Projektion zur langfristigen finanziellen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen zusammen genommen zeigt, dass wir uns nicht zurücklehnen dürfen.

Trotz aller Erfolge durch Reformen und Haushaltssanierungen verbleibt langfristig – je nachdem, wie man rechnet – eine Tragfähigkeitslücke zwischen 0,6 und 3,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die zentrale Ursache ist die demografische Entwicklung.

Der Tragfähigkeitsbericht, den wir vor kurzem in der Bundesregierung beschlossen haben, zeigt auf, dass wir diese Herausforderungen bewältigen können, aber dass wir sie nur bewältigen können, wenn wir nicht der Illusion erliegen, wir könnten künftig weniger arbeiten und uns zugleich mehr leisten. Der Bericht zeigt, dass wir alles in allem auf einem guten Weg sind und dass wir nicht radikal umsteuern müssen. Er zeigt eben auch, dass wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen. Erfolge bergen immer die große Gefahr in sich, dass man in den Anstrengungen glaubt nachlassen zu dürfen.

Eine aktuelle OECD-Studie hat festgestellt, dass wir in Deutschland im internationalen Vergleich eine überdurchschnittlich lange Rentenlaufzeit haben, weil wir im Schnitt schon recht früh in Rente gehen.

Wir haben ein ungünstiges Verhältnis von Erwerbspersonen zu Rentnern. Weil wir das Niveau der sozialen Absicherung nicht senken, sondern erhalten wollen, müssen wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln mehr erreichen. Wir haben beispielsweise höhere Gesundheitsausgaben als andere. Aber der subjektiv empfundene Gesundheitsstatus ist oft schlechter.

Wir erleben ja immer wieder, dass mehr Ausgaben nicht automatisch zu mehr Zufriedenheit führen. Wahrscheinlich beruht auch das auf dem ökonomischen Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen.

Die Antworten auf all diese Fragen werden über unsere Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts entscheiden, also etwa darüber, wie lange Deutschland seine Führungsrolle und seine Funktion als Stabilitätsanker in Europa noch wahrnehmen kann, oder auch darüber, ob wir Europäer von anderen Staaten wie den Vereinigten Staaten, China oder Russland in Zukunft eher als Bittsteller oder als Partner behandelt werden. Am Ende geht es darum, ob unsere westliche Demokratie und unser freiheitliches Wirtschaftssystem weiterhin eine globale Vorbildrolle einnehmen können im Vergleich zu anderen Staaten, die inzwischen ökonomisch auch recht erfolgreich sind, aber nicht unseren Anforderungen an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Stabilität und ökologische Nachhaltigkeit entsprechen.

Wir haben in Deutschland in den letzten Wochen – wir tun es teilweise immer noch – intensiv über Rentenpolitik und Mindestlohn diskutiert. Manche warnen vor den Folgen unserer Politik. Wir in der Koalition haben nach sorgfältiger Prüfung dieser Politik beschlossen: Wir können uns das leisten. Aber wir sollten nicht glauben, dass wir uns mehr leisten können. Wir können uns diese Politik nur leisten, wenn wir unseren Standort wettbewerbsfähig halten. Deswegen ist es so wichtig, dass wir an einer sicheren Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen arbeiten. Denn für Deutschland wie für Europa gilt, dass wir für unser höheres Wohlfahrtsniveau besser, leistungsfähiger und solider sein müssen. Wir müssen immer erst erwirtschaften, was wir verteilen wollen.

Für das erforderliche nachhaltige Wirtschaftswachstum ist eine solide Finanz- und Haushaltspolitik eine unabdingbare Voraussetzung.

Es wird ja immer wieder diskutiert, ob es Alternativen gebe zu solider Finanzpolitik und nachhaltiger Wirtschaftspolitik. Das ist Un-

sinn. Das eine ist die Bedingung des anderen: ohne solides, nachhaltiges Wachstum keine stabilen Finanzen, aber ohne solide Finanzen kein nachhaltiges Wachstum. Internationale Vergleiche zeigen, dass Länder mit einigermaßen soliden Finanzkennziffern auch ein nachhaltiges Wachstum verzeichnen, Länder ohne solide Finanzausstattung jedoch nicht.

Wir sollten wieder und wieder betonen: Nur mit einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik schaffen wir die notwendigen Spielräume, um in Bildung und Forschung, in Familie und Kinder, in Infrastruktur und Technologie zu investieren. Darum, aus genau diesen Gründen, haben wir den Bundeshaushalt in den letzten Jahren Schritt für Schritt saniert; und genau darum ist es so wichtig, dass wir unserem Ziel treu bleiben, dauerhaft einen Haushaltsausgleich zu erreichen. Das ist kein Wert an sich – auch nicht aus Sicht der Finanz- und Haushaltspolitiker –, sondern das ist die Voraussetzung für nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unter den Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts.

Der Haushaltsentwurf für 2014, den ich hier einbringen darf, ist auf diesem Wege ein wichtiger Schritt. Es wird in diesem Jahr erstmals seit Jahrzehnten wieder einen strukturell ausgeglichenen Haushalt geben. Wir haben, wenn man die letzte Rate für den Euro-Rettungsschirm abzieht, eine Neuverschuldung von knapp über 2 Milliarden Euro. Wir haben nach der statistischen Gesamtberechnung sogar einen leichten strukturellen Überschuss. Das ist ein wichtiger Erfolg.

Ab dem nächsten Jahr macht der Bund gar keine neuen Schulden mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Null im Bundeshaushalt wird möglich durch die konsequente Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre. Wir haben seit 2010 das Ausgabenniveau im Bundeshaushalt nicht erhöht. Ich höre immer, das sei keine Kunst. Das ist auch keine Kunst. Das ist einfach nur solides Arbeiten. Das ist überhaupt keine Kunst. Kunst wäre gar nicht angemessen. Das ist nur solides Arbeiten.

Es sind nicht die sprudelnden Einnahmen. Manchmal fragt man sich ja, in welcher Welt man eigentlich lebt. Die Steuereinnahmen entwickeln sich entsprechend dem nominalen Wachstum unserer Volkswirtschaft. Wir haben die Steuern in den letzten Jahren nämlich nicht erhöht.

Die Zinsen sind niedriger; das ist wahr. Die Zinsausgaben sind im Bundeshaushalt 2014 um 4 Milliarden Euro niedriger als 2010, trotzdem haben wir die Ausgaben seit

Fortsetzung auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13: Dr. Wolfgang Schäuble (Bundesminister der Finanzen)

2010 nicht erhöht. So haben wir die Neuverschuldung aufgrund des als Folge der Krisenbekämpfung in den Jahren 2008 folgende für 2010 erwartete Rekorddefizit in Höhe von 86 Milliarden Euro Schritt für Schritt auf den Stand abbauen können, den wir jetzt erreichen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ganz von allein ist das nicht gekommen. Sonst wäre das nicht die Ausnahme im Rückblick auf die letzten 50 Jahre.

Wir werden übrigens auch im kommenden Jahr, 2015, bei den Ausgaben unter dem Niveau

von 2010 bleiben, trotz Preis- und Lohnsteigerungen und trotz zusätzlicher Ausgabenschwerpunkte im Bundeshaushalt. In den kommenden Jahren sollen die Ausgaben dann nur so weit steigen, wie das mit einem ausgeglichenen Haushalt vereinbar ist.

Vielleicht sage ich schon einmal vorweg: Fast 50 Prozent dieses Bundeshaushalts, den ich Ihnen vorlege, sind für Sozialausgaben vorgesehen. Spätestens wenn wir 100 Prozent des Bundeshaushalts für Sozialausgaben verwenden, wird es auch die Linkspartei schwer haben, weitere Investitionen zu fordern.

Jedenfalls nutzen wir die Spielräume, die wir uns mit der konsequenten Haushaltssanierung geschaffen haben, für die Umsetzung der prioritären Maßnahmen, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Ich bleibe dabei: Unter diesen Rahmenbedingungen, die ich zu beschreiben versucht habe, müssen Bundeshaushalte ohne Neuverschuldung – das ist wichtig – zur neuen Normalität werden.

Dann wird auch die Belastung durch die Gesamtverschuldung, die vorhanden und sehr hoch ist, tragbar, weil sie im Verhältnis zu unserer wirtschaftlichen Gesamtleistung abnehmen wird.

Ich werde gelegentlich von jungen Leuten gefragt: Werden wir jemals ohne Schulden sein? Dann ist meine Antwort: Hoffentlich nie, denn die Voraussetzung dafür wäre eine Währungsreform, und das ist immer eine große Katastrophe. – Aber die Gesamtbelastung darf im Verhältnis zur Wirtschaftskraft nicht immer größer werden, sondern muss geringer werden. Dafür arbeiten wir. Wir haben heute Morgen im Kabinett das Stabilitätsprogramm 2014 beschlossen. Dazu sind wir nach den europäischen Regeln verpflichtet. Darin melden wir der Europäischen Kommission, dass die gesamtstaatliche Schuldenquote noch in dieser Legislaturperiode auf unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken wird.

Bei einer halbwegs normalen wirtschaftlichen Entwicklung ohne größere Krisen sind wir auf einem guten Weg, innerhalb von zehn Jahren die gesamtstaatliche Schulden-

quote von heute knapp unter 80 Prozent auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts senken zu können. Diese 60 Prozent entsprechen übrigens den Vorgaben des europäischen Regelwerks. Dahinter steht die Vorstellung – auch das macht Sinn –, dass ein solches Verschuldungsniveau, also 60 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft, bei normaler wirtschaftlicher Entwicklung und normalem Zinsniveau alles in allem langfristig tragbar ist.

Wir wollen gar keine Musterschüler sein.

Aber wir finden es nicht schlecht, wenn man sich in Europa an die Regeln hält, die man sich selbst gegeben hat.

Wir erwarten von anderen nichts, was wir nicht auch selber leisten. Das würde auch keinen Sinn machen. Wir werden kein Vertrauen in Europa finden, wenn wir uns an Regeln, die wir uns wieder und wieder gegeben haben, die wir wieder und wieder feierlich bestätigen, nicht halten, wenn wir Regeln beschließen und gleichzeitig den Vorsatz haben, uns nicht daran zu halten.

Wir sind auch gar nicht die Mahner anderer, sondern kehren zunächst einmal vor der eigenen Tür und sagen, dass wir uns an die Regeln halten. Es war ein schwerer Fehler, dass Deutschland und Frankreich zusammen 2003 als Erste den Stabilitätspakt gebrochen haben. Genau daraus ziehen wir die Lehre.

Nur wenn wir in Europa Vertrauen und Verlässlichkeit schaffen, nur wenn wir uns an Vereinbarungen und Regeln halten, schaffen wir die Voraussetzungen für weiteres stabiles Wachstum in Deutschland und in Europa. Natürlich ist der Haushaltsausgleich allein noch nicht alles. Ein Haushalt muss auch die richtigen, also zukunftsorientierten Schwerpunkte setzen. Das Niveau von Einnahmen und Ausgaben muss insgesamt angemessen bleiben. Wir dürfen die Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern, übrigens auch nicht unterfordern. Anreize für Eigenverantwortung müssen immer bleiben, wenn das System funktionieren soll. Es darf nicht Aufgabe von Politik werden, Menschen zu bevormunden und damit am Ende zu demotivieren.

Das gilt für den Arbeitsmarkt, das gilt für die Altersvorsorge, und das gilt für das Gesundheitswesen.

Wir leisten uns in Deutschland einen hohen Sozialstandard. Die Zuschüsse des Bundes zu den gesetzlichen Sozialversicherungen machen mit allmählich mehr als 100 Milliarden Euro rund ein Drittel aller Ausgaben des Bundes aus. Insgesamt – ich sagte es schon – entfällt heute bereits fast die Hälfte des Bundeshaushalts auf Sozialausgaben. Die demografische Entwicklung

spricht eher für einen weiteren Anstieg. Deswegen müssen wir wieder und wieder fragen, ob diese Soziallastigkeit des Bundeshaushalts in unserer älter werdenden Gesellschaft zukunftsfest ist.

Wir haben uns, Frau Göring-Eckardt, aufgrund von befürchteten Einnahmeausfällen durch die damalige Finanz- und Wirtschaftskrise in den Krisenjahren entschlossen, für die Zeit ab 2010 die Zuschüsse des Bundes zur gesetzlichen Krankenversicherung zu erhöhen; wir haben sie deutlich erhöht. Durch die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre wäre das rückblickend in diesem Umfang nicht notwendig gewesen. Im Gesundheitsfonds und bei den gesetzlichen Krankenkassen haben sich Überschüsse in Höhe von zusammen rund 30 Milliarden Euro angesammelt.

Die nun geplante, zeitlich begrenzte moderate Kürzung des Zuschusses an den Gesundheitsfonds gefährdet die Stabilität der Beitragssätze nicht.

Im Übrigen ist vorgesehen, den Bundeszuschuss wieder anzuheben, sobald das nötig werden wird.

Es wäre doch Unsinn, bei einem Überschuss von 30 Milliarden Euro durch weitere Bundeszuschüsse die Verschuldung des Bundes zu erhöhen.

Das macht doch keinen Sinn. Deswegen treffen wir diese Maßnahme.

Auch die Kommunen werden von uns bessergestellt.

Man muss zunächst einmal daran erinnern, Herr Kollege, dass nach dem Grundgesetz – es ist immer wichtig, vom Grundgesetz auszugehen; das ist die Grundlage für jedes Handeln – grundsätzlich die Länder für die Kommunen zuständig sind.

Selbst die Sprecher der kommunalen Spitzenverbände haben gesagt, dass es niemals eine so kommunenfreundliche Politik der Bundesregierung wie in den letzten Jahren gegeben hat. Diese wird fortgesetzt.

Die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages zugunsten der Kommunen werden, wie vereinbart und wie im Koalitionsvertrag festgehalten, ausfinanziert. Der Bund entlastet die Kommunen.

Hören Sie ruhig zu! Diese Art von Diffamierung, diese Art, den Kommunalpolitikern die Dinge falsch zu erzählen, ist unerträglich!

Wir haben die Kommunen in den letzten Jahren trotz grundsätzlicher Länderzuständigkeit durch zahlreiche Maßnahmen entlastet; das muss man den Kommunalpolitikern und den Menschen in den Städten und Gemeinden in dieser Haushaltsdebatte in Erinnerung rufen. Wir entlasten die Kommunen durch die vollständige Übernahme der Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Da Sie nun schon so oft zugerufen haben, will ich sagen: Es war eine rot-grüne Regierung, die den Kommunen die Lasten der Grundsicherung im Alter übertragen hat.

In vollständiger Höhe sind die Kommunen von dieser Belastung inzwischen entlastet; sie selber haben damit vor drei Jahren noch nicht gerechnet.

In diesem Jahr wird vereinbarungsgemäß die vollständige, die hundertprozentige Kostenerstattung erreicht. Dadurch erhalten die Kommunen in diesem Jahr zusätzlich über 1 Milliarde Euro.

Im Vorgriff auf das noch zu erarbeitende Bundesteilhabegesetz erhalten die Kommunen anschließend, in den folgenden Jahren dieser Legislaturperiode, jeweils 1 Milliarde Euro pro Jahr zusätzlich. So sieht es der Koalitionsvertrag vor. Dies wird eingehalten und umgesetzt.

Diese grundlegende Neuordnung der Eingliederungsleistungen ist übrigens schon 2012 überparteilich vereinbart worden. Aber es erfordert natürlich nicht nur die Beteiligung des Bundes, sondern genauso auch die Beteiligung aller Länder, damit die Kommunen entlastet werden können. Darüber hinaus wird das eine sehr komplexe Reform werden. Es geht also nicht nur um eine finanzielle Beteiligung des Bundes. Wenn die Tragfähigkeit für den öffentlichen Gesamthaushalt erhalten werden soll – und diese haben wir im Auge –, dann muss auch in diesem Bereich die Ausgabendynamik begrenzt bleiben. Das sorgfältig zu erarbeiten wird die verantwortliche Mitarbeit aller Beteiligten erfordern, und das wird seine Zeit brauchen.

Im Übrigen hat das Statistische Bundesamt in diesen Tagen bekannt gegeben, dass die Kommunen 2013 einen Finanzierungsüberschuss von insgesamt 1,7 Milliarden Euro erzielt haben. Das hat im vergangenen Jahr übrigens zu einer Steigerung kommunaler Investitionen von über 10 Prozent geführt.

Das ist gut für die wirtschaftliche Entwicklung, das ist gut für die Kommunen; aber das muss erwähnt werden in diesem Zusammenhang.

Die Kommunen haben insgesamt einen Überschuss, der Bund hat ein Defizit. Er hat von allen Gebietskörperschaften mit Abstand die schlechteste Finanzausstattung; das kann gar nicht infrage gestellt werden, es muss nur gelegentlich wenigstens vom Bundesfinanzminister gesagt werden.

Deswegen bleibt es dabei: Der Bund hat mit weitem Abstand die schlechtesten Finanzkennziffern. Das heißt nicht, dass wir uns nicht unserer Verantwortung für Länder und Kommunen bewusst bleiben; aber man muss die richtigen Relationen gelegentlich nennen, sonst wird die öffentliche Debatte völlig irreführend.

Im Übrigen möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen: Der Bund hat die Kommunen nicht nur bei

der Grundsicherung im Alter, sondern auch beim Ausbau der Kinderbetreuung und durch seine Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung in den vergangenen Jahren maßgeblich entlastet. Natürlich ist wahr, dass es eine große – zu große – Spreizung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen gibt, und die Situation mancher Kommunen ist – das darf bei den Gesamtzahlen nicht aus dem Blick geraten – wirklich ernst. Aber es ist eben auch wahr, dass nach der Ordnung des Grundgesetzes die Schwierigkeiten der kommunalen Finanzierung vor Ort – von den Ländern – gelöst werden müssen; sie sind laut Grundgesetz dafür verantwortlich. Der Bund hat dafür gar nicht die rechtlichen Möglichkeiten.

Das bloße Verschieben von Finanzierungslasten zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen kann sowieso keine Lösung sein. Wir brauchen solides Haushalten auf allen staatlichen Ebenen. Deswegen geht der Bund mit gutem Beispiel voran. Genau darum, um solides Haushalten auf allen staatlichen Ebenen, muss es bei der anstehenden Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gehen: Die Neuordnung muss die Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Ebenen reflektieren. Ein Hin- und Her-Schieben von Verantwortung und Zuständigkeiten hilft nicht weiter. Der Bund kann nicht immer wieder Problemlagen lösen müssen, für die er nach dem Grundgesetz gar nicht zuständig ist.

Deshalb müssen die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern so geordnet werden, dass sie langfristig tragfähig sind. Auch das wird einige Kraftanstrengungen erfordern. Aber wenn wir das schaffen, wenn wir auf dieser Grundlage solide Finanzen auf allen staatlichen Ebenen sichern, dann schaffen wir eine stabile Basis für ein dauerhaft gutes Investitions- und Konsumklima. Die Sanierung des Bundeshaushalts hat

einen entscheidenden Beitrag zu einem guten Investitions- und Konsumklima geleistet. Das zahlt sich bereits heute aus.

Das zahlt sich aus in der guten wirtschaftlichen Entwicklung, in der wir

Rekordbeschäftigung und steigende Löhne haben. Das kommt allen Menschen in unserem Land zugute. Solide Finanzpolitik sorgt für Vertrauen in stabile und verlässliche Rahmenbedingungen und in die langfristige Handlungsfähigkeit des Staates. Nur Menschen, die Vertrauen in die Politik und Vertrauen in die Zukunft ihres Landes haben, investieren und konsumieren. Vertrauen ist in unserer hochentwickelten, aber ressourcenarmen Volkswirtschaft mit unser wichtigstes Kapital. Deswegen müssen wir es weiter stärken; denn nur das kann

**Das Niveau von Einnahmen und Ausgaben muss insgesamt angemessen bleiben.**

dauerhaft Wohlstand und soziale Sicherheit schaffen.

Wir verdanken es unserer stabilitätsorientierten Politik, dass wir die Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre so glimpflich überstanden haben, besser als die meisten anderen in Europa. Immerhin hatten wir 2009 einen gesamtwirtschaftlichen Einbruch von über 5 Prozent. Gerade weil wir das Vertrauen der Investoren und Verbraucher gestärkt haben, war unsere Doppelstrategie von Strukturformen und Haushaltssanierung erfolgreich. Das ist ein zentraler Grund dafür, dass unser Land derzeit gut dasteht.

Diese Doppelstrategie ist übrigens exakt dasselbe, was auch in den Programmländern der Euro-Zone erfolgreich angewendet wird: Haushaltssanierung auf der einen Seite und Strukturformen für bessere Wettbewerbsfähigkeit und dauerhaftes Wachstum auf der anderen Seite.

Wir sind heute international wettbewerbsfähig. Die Aussichten für die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind in Deutschland positiv. Die Fundamentaldaten und die Konjunkturindikatoren deuten auf einen breiten Aufschwung hin: 1,8 Prozent Wachstum in diesem Jahr, 2 Prozent im nächsten Jahr; das entspricht den Prognosen von nationalen und internationalen Institutionen. Die Bundesbank erwartet in ihrem Monatsbericht für den Monat März 2014 für das erste Quartal sogar ein – wörtlich – „sehr starkes“ BIP-Wachstum.

Anders als im Ausland immer wieder behauptet wird, ist übrigens die Binnennachfrage – vor allem der private Konsum – die Hauptstütze des Wachstums. Hier wirken sich die robuste Lage am Arbeitsmarkt – wir haben die höchste Zahl von Beschäftigten in der deutschen Geschichte und die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung –, der anhaltende Beschäftigungsaufbau und die günstige Einkommensentwicklung aus.

Wir stehen auch im internationalen Vergleich gut da. Als einziges Mitglied der Europäischen Union haben wir seit zwei Jahren einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalt. Mit dieser Politik haben wir nicht nur Vertrauen für ein gutes privates Investitionsklima geschaffen, sondern auch neue Handlungsspielräume für zielgerichtete staatliche Investitionen gewonnen. Das ist langfristige angelegte Wachstumspolitik.

Bereits in den letzten Jahren haben wir darauf geachtet, dass die Senkung der Neuverschuldung nicht zulasten besonders zukunftsgerichteter Ausgaben geht. Wir haben in Bildung und Forschung, in Familie und Infrastruktur investiert. In der letzten Legislaturperiode haben wir allein die Ausgaben für Bildung und Forschung um über 13 Milliarden Euro erhöht, und wir werden das fortsetzen.

Mit dem Bundeshaushalt 2014 beginnen wir, die prioritären Maß-

nahmen des Koalitionsvertrags umzusetzen.

Wir verstetigen die Städtebauförderung, wir verstärken die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, und wir entlasten die Länder und Gemeinden weiter.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, die für das Wachstum bedeutsamen Ausgaben des Bundes in dieser Legislaturperiode zu steigern: um 5 Milliarden Euro bei der Verkehrsinfrastruktur, um 3 Milliarden Euro bei der Forschung und um 6 Milliarden Euro bei der Bildung, womit wir Länder und Kommunen bei ihren originären Aufgaben entlasten. Das alles ist im Haushalt 2014 und in den Eckwerten für 2015 bis 2018 finanziell unterlegt.

Entscheidend ist jedenfalls: Deutschland kann nur dann ein attraktiver Wirtschafts- und Investitionsstandort bleiben, wenn wir eine zukunftsfähige Infrastruktur haben. Wir brauchen moderne Verkehrsnetze und leistungsfähige Strom- und Breitbandnetze.

Immerhin – auch das muss ja gesagt werden – hat die Weltbank Deutschland vor kurzem gerade wegen unserer guten Infrastruktur zum Logistikweltmeister gekürt. Es kann also nicht ganz so schlimm sein. Wir wissen aber, dass wir noch besser werden müssen.

Deswegen bleibt es bei den 5 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln, die der Bund für die Verkehrsinfrastruktur versprochen hat. Wenn die Einnahmen aus der Lkw-Maut jetzt geringer als bisher angenommen ausfallen sollten, dann werden Herr Kollege Dobrindt, der Bundesverkehrsminister, und ich dafür eine Lösung finden müssen.

Unabhängig vom statistischen Investitionsbegriff sind übrigens – darauf können vielleicht sogar Sie sich einlassen – die Investitionen in die Köpfe entscheidend. Wir brauchen Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen auf hohem Niveau.

Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt Deutschland immerhin weltweit in der Spitzengruppe, und in Europa sind wir führend. Wir haben höhere Ausgaben für Forschung und Entwicklung als fast alle anderen Länder in der Welt, auch in Europa. Um unser hohes Niveau zu halten, wollen wir in den nächsten Jahren zusätzlich 9 Milliarden Euro in die Bereiche Bildung und Forschung investieren.

Aber wir dürfen bei Investitionen nicht immer nur nach dem Staat rufen. Wir müssen unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen immer wieder prüfen, welcher Teil der Infrastruktur durch den Staat selbst direkt finanziert werden muss und welcher Teil durch Nutzer finanziert werden kann. Ich glaube, dass wir in Deutschland bei der Infrastruktur für Telekommunikation und Energie gute Erfahrungen mit staatlich regulierter privater Bereitstellung gemacht haben. Ich plädiere dringend dafür, dabei zu bleiben.

Wir müssen bei der Energiewende wie auch bei neuen Aufgaben in der digitalen Infrastruktur an diesem Prinzip der staatlich regulierten privaten Finanzierung festhalten.

Grundsätzlich hat diese nutzungsorientierte Finanzierung wachstumspolitische Vorteile; das zeigen internationale Untersuchungen. Generell sind nämlich Privatinvestitionen langfristig für den Wohlstand entscheidend. Für diese Investitionen ist eine verlässliche, stetige und vertrauensschaffende Politik der beste Anreiz. Deswegen sind eben solide, stabilitätsorientierte öffentliche Haushalte in Wahrheit ein Investitionsprogramm für Deutschland und für Europa.

Wir könnten zu- gespitzt sagen: Indem wir auf Neuverschuldung verzichten und damit die Altschulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft abbauen, erreichen wir am Ende für unternehmerische Investitionen mehr, als es jeder noch so gut gemeinte Ausgabenschwerpunkt im Bundeshaushalt jemals erreichen könnte.

Im Übrigen spiegelt der Vorwurf, wir hätten in Deutschland eine zu niedrige Investitionsquote, die Wirklichkeit schon heute nicht vollständig wider. Wir sind bei Ausrüstungen, Forschung und Entwicklung oder bei Direktinvestitionen im Ausland gut aufgestellt.

Dass es in Deutschland keine Investitionsblase im Bausektor wie in den Krisenländern in Europa gab, hat zwar unsere Investitionsquote gesenkt, aber das ist sicher kein Fehler gewesen.

Wir brauchen angesichts der beschriebenen Herausforderungen mehr Investitionen, vor allem private Investitionen. Dazu ist neben einer soliden Haushaltspolitik vor allem ein international wettbewerbsfähiges Steuersystem zentrale Voraussetzung. Das haben wir in Deutschland, und wir wollen, dass es so bleibt. Deswegen werden die Steuern nicht erhöht werden.

Wir haben – gelegentlich zeigt die öffentliche Debatte, dass es notwendig ist, das wieder einmal zu erläutern – in Deutschland ein ausgeklügeltes System der Unternehmensbesteuerung. Natürlich kann man darüber diskutieren, ob die Abgeltungswirkung der Kapitalertragsteuer steuerlicher Gerechtigkeit vollständig entspricht; das ist wahr. Aber solange wir noch keinen weltweiten automatischen Informationsaustausch haben, war das ein richtiger und pragmatischer Kompromiss zur Sicherung von Einnahmen.

Jedenfalls sind Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer und Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer so aufeinander abgestimmt, dass die Belastung für Personengesellschaften und für Inhaber von Kapitalgesellschaften gleich hoch ist.

Wer den Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer anheben will, wie es mancher, etwa als Preis für den Abbau der kalten Progression, fordert, der fordert damit letztlich Steuererhöhungen auf breiter Front.

Damit würde er auch das wichtige Gleichgewicht bei der Unternehmensbesteuerung ins Wanken bringen. Wer das will, soll es ehrlich sagen. Aber dann muss er den Arbeitnehmern erklären, warum er die Investitions- und Beschäftigungsbedingungen für alle Unternehmen verschlechtern will. Das würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit

### Natürlich hat der Abbau der kalten Progression weiter Priorität.

unseres gesamten Steuersystems und damit unseren Wirtschaftsstandort selbst massiv gefährden. Deswegen machen wir das nicht.

Deutschlands Wirtschaftsstärke basiert auf seinen mittelständischen Global

Players. Das sind Unternehmen, die sehr oft noch inhabergeführt sind und es auch bleiben wollen, und das aus guten Gründen. Es ist auch gut so, dass sie es bleiben. Die Einkommensteuer ist die Unternehmenssteuer dieses starken deutschen Mittelstandes. Wenn wir den Spitzensteuersatz anheben würden, dann würden wir diesen Unternehmen, unserer größten Wirtschaftsstärke, direkt schaden.

Wir würden genau die Unternehmen empfindlich treffen, die in Deutschland für Ausbildungs- und Arbeitsplätze sorgen. Davor kann ich nur warnen.

Natürlich hat der Abbau der kalten Progression weiter Priorität. Aber es ist schon sehr bedauerlich, dass der in der letzten Legislaturperiode im Bundestag verabschiedete Gesetzentwurf im Bundesrat blockiert worden ist.

Das Thema bleibt in dieser Legislaturperiode aktuell, aber nicht um den Preis, um es klar zu sagen, durch eine Erhöhung der Unternehmensbesteuerung die wirtschaftliche Entwicklung massiv zu gefährden.

Wir müssen uns auf unsere wirtschaftlichen Stärken besinnen, statt sie zu bekämpfen, und das heißt, mehr private Investitionen zu erreichen und nicht weniger. Das Steuersystem setzt dafür wichtige Rahmenbedingungen.

Wir haben ein breites, leistungsfähiges Instrumentarium zur Mittelstandsförderung, und wir haben gute Finanzierungsbedingungen. Es ist wahr: Wir hören insbesondere von jungen innovativen Unternehmen öfters, dass es trotz der insgesamt guten Bedingungen Ansatzpunkte für weitere Verbesserungen gebe, die nicht zuletzt die Finanzierungsmöglichkeiten für solche Unternehmen betreffen.

Weil die jungen innovativen Unternehmen für unsere Wirtschaft ein hohes Potenzial beinhalten, wollen wir es stärken, indem wir

Wagniskapitalfinanzierungen unterstützen, indem wir die steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital international wettbewerbsfähig gestalten, und wir wollen Deutschland als Fondsstandort attraktiver machen.

Zur Stärkung von Börsengängen junger innovativer und wachstumsstarker Unternehmen arbeiten wir an der Einführung eines neuen Börsensegments „Markt 2.0“; man braucht solche Begriffe. Wir sind im Übrigen dabei, Möglichkeiten zu finden, wie die Verbriefung von Mittelstandskrediten erleichtert werden kann.

Ich weiß, dass Verbriefungen in der Finanzkrise eine unrühmliche Rolle gespielt haben. Aber das lag nicht an dem Instrument der Verbriefung als solchem, sondern an dem Missbrauch. Deswegen sind wir natürlich entschlossen, das auszuschließen. Wir können das ausschließen, indem wir nur solche Verbriefungen berücksichtigen, die höchsten Qualitätskriterien genügen.

Wir werden im Übrigen in dieser Woche beim Treffen der G-20-Finanzminister in Washington darüber beraten – ich entschuldige mich schon jetzt beim Deutschen Bundestag, Herr Präsident, dass ich ab Donnerstagnachmittag bei den Haushaltsberatungen nicht mehr anwesend sein kann –, wie wir auf internationaler Ebene die Rahmenbedingungen für langfristige Investitionen der großen Kapitalsammelstellen, etwa der Versicherungen, in die Infrastruktur unserer Volkswirtschaften verbessern können. Das kann auch in Deutschland zu zusätzlichen Investitionen führen. Eine Gesellschaft im demografischen Wandel wie die unsere benötigt Wachstum durch Investitionen und Innovationen genauso wie unsere globalisierte Welt mit bald 9 Milliarden Menschen und so großen Unterschieden und Spannungen. Oder um es zugespitzt zu sagen: Mir ist zu oft von Hochfrequenzhandel und zu selten von langfristiger Investitionsfinanzierung die Rede.

Deshalb muss es uns auch weltweit besser gelingen, die riesige, nach langfristigen Anlageformen förmlich dürstende Liquidität in Investitionen zu lenken. Dazu bleibt die Gesundung der Staatsfinanzen eine entscheidende Voraussetzung. Diese wird neben staatlichen Investitionen auch mehr private auslösen.

Digitalisierung und eine immer stärker grenzüberschreitende Globalisierung verwandeln unsere Wirtschaft und Arbeitswelt fundamental. In diesen Tagen wird auf der Industriemesse in Hannover unter dem Motto „Industrie 4.0“ diese Entwicklung beschrieben. Wir werden diese rasante Entwicklung nicht

Fortsetzung von Seite 15: Dr. Wolfgang Schäuble (Bundesminister der Finanzen)

durch staatliche Bürokratie oder Ausgabenprogramme nach Art überholter Industriepolitik lenken können, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sondern wir werden sie nur durch Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung gestalten können.

Den Rest überlassen wir dann besser dem Markt der Ideen und der Innovationen. Hayek hat einmal – es ist schon eine Zeit lang her – vor der staatlichen Anmaßung von Wissen gewarnt. Ich glaube, das ist gerade angesichts dieser rasanten Veränderung noch aktueller denn je.

Aber dann müssen wir beweisen, dass wir in Deutschland große Infra-

strukturmaßnahmen auch realisieren können. Das gilt für Flughäfen, Bahnhöfe und auch für Stromtrassen. Wie wollen wir sonst auch in Zukunft fliegen, Bahn fahren oder uns im Internet bewegen? Natürlich ist das Prinzip der Bürgerbeteiligung für die demokratische Legitimierung, für die Akzeptanz und auch für eine sachgerechte Ausgestaltung von Großvorhaben unabdingbar. Aber das darf nicht zu einem Missbrauch dieses Prinzips durch kleine, professionelle Lobbygruppen führen, die die Entscheidungen von Mehrheiten am Schluss nicht akzeptieren. Eine ständige Blockadehaltung kann uns nicht weiterführen

und wird auf Dauer die Grundlagen unseres Wohlstands aufs Spiel setzen.

Wir brauchen ein positives Investitions- und Innovationsklima; dafür müssen wir arbeiten. Dabei kann uns auch das Transatlantische Freihandelsabkommen helfen. Wenn wir mit Amerika verhandeln, sollten wir uns gegenseitig die Achtung der gleichen Werte unterstellen, auch was Umwelt- und Arbeitsstandards betrifft. Wenn wir das tun, kann das Investitionsklima im größten Wirtschaftsraum der Welt enorm verbessert werden.

Wenn wir angesichts der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels dafür sorgen,

dass wir genügend qualifizierte Arbeitskräfte behalten, dann helfen uns in Europa dabei die Grundfreiheiten. Die Niederlassungsfreiheit in Europa müssen wir bewahren. Aber sie darf natürlich nicht zu einer Art „Sozialtourismus“ mit massiver Armutseinwanderung führen. Das Wohlstandsniveau in Europa ist heute so unterschiedlich, dass wir auf europäischer Ebene Lösungen finden müssen, die bei der Verrechtlichung von Ansprüchen an die sozialen Sicherungssysteme die Realität unterschiedlicher Wohlstandsniveaus nicht außer Acht lassen. Im Übrigen können wir von einer Debatte über eine überzeugene

Verrechtlichung vielleicht auch in Deutschland profitieren.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir immer wieder zur Erneuerung unserer Strukturen und zur Weiterentwicklung unserer Institutionen bereit sind, dann werden wir die großen Herausforderungen bewältigen können, vor denen wir stehen: Herausforderungen in Deutschland, für Deutschland in Europa und für Europa in der Welt. Der Entwurf des Haushalts 2014 wird dazu seinen Beitrag leisten.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU - Beifall bei der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

## Sie fahren das Land auf Verschleiß



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Herr Schäuble, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Ukraine und die umliegende Region nur Diplomatie als Lösung gibt. Ich will mich dem ausdrücklich anschließen und hoffe, dass wir auch darin einer Meinung sind, dass Äußerungen, die dies konkretisieren, wenig hilfreich sind.

Jetzt aber zum Bundeshaushalt. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass es fast Standing Ovations gegeben hat, als von dauerhaftem Haushaltsausgleich die Rede war.

Die schwarze Null geht durch alle Medien. Ich will zunächst einige Fakten nennen. In der letzten Legislatur haben Sie und Ihre Regierung, Herr Schäuble, 102,9 Milliarden Euro neue Schulden gemacht.

Frau Merkel ist seit 2005 im Amt und hat seitdem über 200 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Im Rahmen des Haushalts 2014, um den es nun geht, wollen Sie 6,5 Milliarden Euro neue Schulden machen; das ist Fakt. Sie sind also weit weg von den eigentlichen Zielen. Sie haben die Neuverschuldung in diesem Land in nennenswerter Größenordnung angehoben.

Um es klar und deutlich zu sagen: Auch die Linke ist für Haushaltskonsolidierung. Wir sind für Schuldenreduzierung. Da, wo wir regiert haben, in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, kann man genau sehen, dass wir in diese Richtung agiert haben. Brandenburg ist in den letzten drei Jahren ohne neue Schulden ausgekommen und hat im letzten Jahr sogar einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 583 Millionen Euro ausgewiesen, von denen 300 Millionen Euro in die Tilgung geflossen sind. Trotzdem wurden die Mittel für den Bildungsetat in diesem Bundesland um 10 Prozent gesteigert. Das ist solide Finanzpolitik. Dafür steht auch die Linke.

Der Preis für Ihre Art der Haushaltskonsolidierung ist extrem hoch. Sie fahren mit diesem Haushalt das Land auf Verschleiß. Das ist das Gegenteil von Verantwortung für die Zukunft. Sie haben hier in umfangreichen Worten über Investitionen geredet und gesagt, wie wunderbar wir uns entwickeln. Die Realität ist aber: Wir steigern die Investitionen nur um 1 Milliarde Euro. Das ist unverantwortlich wenig angesichts der Herausforderungen, vor denen wir in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Verkehrswege – schauen Sie sich die Situation vieler Brücken in Deutschland an – und bei den Krankenhäusern stehen. Das alles hat mit Zukunftsfähigkeit überhaupt nichts zu tun.

Schauen Sie alleine auf den Wirtschaftsetat. Er hat ein Volumen von 6 Milliarden Euro. Wenn man die Subventionen abzieht, dann sind es nur noch 3 Milliarden Euro. 1 Prozent des Gesamthaushalts steht somit für Wirtschaftspolitik zur Verfügung. Das soll Zukunftspolitik sein? Das ist ganz weit weg davon.

Dieser Haushalt ist an vielen Stellen schlichtweg unterfinanziert, und zwar in der ganzen Breite. Das geht vom Steuervollzug über die Bundespolizei und die Finanzierung der Energiewende bis hin zur Arbeitsmarktpolitik. Da legen Sie ein Programm für gerade einmal 3 Prozent der Langzeitarbeitslosen auf. Den Rentenkassen werden zur Finanzierung Ihres Haushalts 19 Milliarden Euro weggenommen. Das alles, den Preis Ihrer schwarzen Null, zahlen zukünftige Generationen.

Sie blenden die Haushaltsrisiken aus. Sie haben zwar über die Zinsentwicklung geredet, aber ein Anstieg von nur einem halben Prozentpunkt – man sieht, dass die Entwicklung auf den Finanzmärkten in diese Richtung geht – würde uns mit 6 Milliarden Euro mehr belasten. Ähnlich ist es mit den gesamten Schattenhaushalten. Allein der Soffin hat inzwischen ein Minus von 25 Milliarden Euro angehäuft. Das alles wird zu bezahlen sein. Das hat eben nichts mit struktureller Haushaltskonsolidierung zu tun.

Der Haushaltsentwurf bedeutet für die meisten Menschen weniger Netto vom Brutto. Sie belasten die Menschen und greifen ihnen tief in die Tasche. Die Rentenkassenbeiträge sollten zum 1. Januar gesenkt werden. Das haben Sie mit einem Federstrich annulliert. Es ist so, dass die Zuschüsse zum Gesundheitsfonds reduziert werden, und es stimmt eben nicht, dass die Krankenkassenbeiträge nicht steigen werden. Natürlich werden sie mittelfristig steigen, und es werden die Zuzahlungen für viele Men-

schen in diesem Land steigen. Genauso steigen die Beiträge zur Pflegeversicherung. Das führt im Ergebnis dazu, dass die Menschen weniger in ihren Taschen haben.

Sie träumen von der schwarzen Null, aber viele Menschen in diesem Land sehen eine schwarze Zukunft. Sie haben nicht über die über 3 Millionen Arbeitslosen in diesem Land geredet. Sie haben nicht darüber geredet, dass es Millionen Hartz-IV-Empfänger in diesem Land gibt. Sie haben nicht über die 2 Millionen Kinder und Jugendlichen, die sich in Armut befinden, geredet und auch nicht über die 465 000 Rentnerinnen und Rentner, die Sozialleistungen beantragen, weil ihre Rente unterhalb der Grundsicherung liegt. Das sind die Kollateralschäden der Regierung auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung.

### Ein ausgeglichener Haushalt ist nicht automatisch Ausdruck einer guten Haushaltspolitik.

Ein ausgeglichener Haushalt, sehr geehrter Herr Schäuble, ist nicht automatisch Ausdruck einer guten Haushaltspolitik; denn Haushaltspolitik muss immer auch einen Beitrag zur Gerechtigkeit leisten.

Der Haushalt 2014 leistet ein weiteres Mal keinen Beitrag, um die katastrophale Entwicklung bei Einkommen und Vermögen wirklich umzudrehen. Auf gut Deutsch: Die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land geht immer weiter auf.

Es ist eben so, dass wir mehr Mittel brauchen, sehr geehrter Herr Schäuble. Nur so können wir die Aufgaben wirklich erfüllen. Um Ihrem Vorwurf gleich entgegenzutreten: Nein, wir fordern nicht pauschal Steuererhöhungen. Wir wollen mit unserem Steuerkonzept 90 Prozent der Menschen entlasten oder im bisherigen Zustand belassen. Aber die 10 Prozent der Vermögenden in diesem Land müssen mehr belastet werden, die Vermögenden und Superreichen.

Es ist doch nicht zu akzeptieren, dass in diesem Land die Zahl der Vermögensmillionäre jedes Jahr

größer wird. Wir haben inzwischen 1.015.000 Vermögensmillionäre. Sie haben nicht den Mut, bei denen auch nur ein bisschen abzukassieren, sehr geehrter Herr Schäuble. Da muss ich den Kolleginnen und Kollegen der SPD sagen: Was ist eigentlich aus all Ihren Wahlversprechen geworden? Drängen Sie die CDU/CSU doch wenigstens dazu, dass sie ihr Wahlversprechen, den Abbau der kalten Progression, umsetzt. Das wäre doch vernünftig.

Das müsste allerdings solide gegenfinanziert werden. Es ist eine Mär, dass die Erhöhung des Spitzensteuersatzes letztlich der Untergang des Abendlandes wäre. Das ist doch völlig absurd. Zu Zeiten Helmut Kohls lag der Satz bei 53 Prozent, und jetzt können wir nicht einmal über eine moderate Anhebung nachdenken? Das ist völlig absurd. Wir brauchen mehr Haushaltseinnahmen.

Deswegen wäre eine Vermögenssteuer notwendig.

Deswegen wäre es auch notwendig, eine Veränderung bei der Erbschaftsteuer durchzusetzen. In den nächsten Jahren werden 2 Billionen Euro vererbt. Angesichts dessen nicht den Mut zu haben, davon wenigstens etwas mitzunehmen – niemand will enteignen; aber wir brauchen für die Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft steht, höhere Einnahmen, und diese Mittel müssen von denjenigen kommen, die in der Krise ausdrücklich profitiert haben –, ist ein Fehler.

Wir, meine Damen und Herren, sehen, dass dieser Haushalt in einer Tradition der Ungerechtigkeit steht. Wir werden in den Beratungen viele sehr vernünftige Vorschläge einbringen. Ich hoffe, dass Sie viele aufnehmen können. Dann ist die Hoffnung vielleicht noch nicht verloren, dass man wirklich einen ausgeglichenen Haushalt der sozialen Gerechtigkeit und der Zukunftsfähigkeit schafft. Der jetzt vorgesehene Haushalt ist im Moment weit davon entfernt.

(Beifall bei der LINKEN)

Carsten Schneider, SPD:

## Drei große Aufgaben dieser Koalition



Carsten Schneider (\*1976)  
Landesliste Thüringen

Die SPD steht für eine solide Finanzpolitik. Wir haben 2009 gemeinsam mit der Union im Bundestag und im Bundesrat dafür gesorgt, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert wird. Wir werden im Jahre 2015 – wenn der Vollzug gut ist, vielleicht sogar im Jahre 2014 – einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden erreichen. Das ist ein markanter Erfolg. Das ist ein Paradigmenwechsel nach über 40 Jahren Politik des Bundestages, aber auch des Bundesrates, die davon gekennzeichnet war, dass permanent mehr Schulden aufgenommen wurden, um die zu leistenden Ausgaben zu finanzieren. Diesen Paradigmenwechsel einzuleiten, ist die erste große Aufgabe dieser Koalition.

Die zweite große Aufgabe ist, Ordnung auf dem Finanzmarkt herzustellen, insbesondere die Stabilisierung des Euro und Europas zu erreichen. Ich glaube, dass wir dabei erst den ersten Schritt gegangen sind. Derzeit leben wir nämlich von der Politik des billigen Geldes der EZB, aber nicht von politischen Entscheidungen, und das wird nicht reichen.

Die dritte große Aufgabe ist die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eine der Kernaufgaben hierbei ist die Energiewende. Es ist dafür zu sorgen, dass wir aus der Atomkraft aussteigen können. Es muss uns gelingen, erneuerbare Energien zu fördern, aber auch, sie bezahlbar zu halten und die Arbeitsplätze im produzierenden Bereich zu erhalten. Das ist zentral für die SPD. Ich danke Sigmar Gabriel sehr dafür, dass er sich dafür in Brüssel erfolgreich eingesetzt hat.

Herr Minister, Sie haben es in Ihrer Retrospektive auf die letzten vier Jahre vorhin der Sozialdemokratie nicht so ganz einfach gemacht, zu klatschen; aber an den entscheidenden Stellen haben wir Beifall gespendet. Ich will in diesem Zusammenhang nur auf einen Punkt hinweisen – Sie haben gesagt, es ist immer wichtig, dass man sich bewegt, wenn man

ein bestimmtes Wohlstandsniveau erreicht hat; man müsse konsequent dranbleiben, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und für ein gerechtes Land zu sorgen –: Ich habe nicht erkennen können, dass Sie im Bundestag in den letzten vier Jahren Strukturformen, wie Sie sie angesprochen haben, beschlossen haben.

Ich wäre wirklich dankbar für einen Hinweis darauf, welche Strukturformen das gewesen sein sollen.

Die Früchte, die wir heute dadurch ernten, dass wir in Deutschland eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und vor allem noch Produktionsunternehmen haben – 25 Prozent des BIP werden vom produzierenden Gewerbe erbracht; das macht uns einmalig in Europa, und wir wollen diesen Zustand erhalten –, sind ein Ergebnis dessen, was die SPD mit den Grünen 2004/2005 durchgesetzt hat.

Ich finde, das festzustellen, gehört zur Ehrlichkeit dazu. Von diesen Früchten leben wir heute.

In den vergangenen Jahren sind an die jeweilige Klientel Geschenke verteilt worden. Das wollen wir als Sozialdemokraten nicht. Wir wollen einen solide finanzierten Haushalt mit Zukunftsinvestitionen in den Bildungs- und in den Verkehrsbereich, die uns wettbewerbsfähig halten. Dafür muss die notwendige Finanzierung vorhanden sein.

Im Hinblick auf die Finanzierung ist es eine der Grundfragen, ob es bei der Besteuerung in Deutschland gerecht zugeht.

Sie haben den Punkt Spitzensteuersatz angesprochen und in Verbindung mit dem Unternehmensteuersatz gesetzt. Zunächst einmal: Auch Einzelunternehmen können optieren, können ihre Rechtsgrundlage so ändern, dass sie wie normale Kapitalgesellschaften besteuert werden. Sie wären von einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes nicht zwangsläufig betroffen. Einmal abgesehen davon: Eine solche Erhöhung hat jetzt auch gar keiner gefordert.

Wenn wir die vom Herrn Kollegen Bartsch eben genannte Frage der kalten Progression, der schleichenden Steuererhöhung aufgreifen wollen und das verändern wollen – wir wollen keine Erhöhung der Steuersätze für den unteren und mittleren Einkommensbereich –, dann gilt für uns: Wir machen das nicht auf Pump. Deswegen haben wir als SPD den Vorschlag dazu seinerzeit im Bundesrat und auch hier im Bundestag abgelehnt. Wir wollen dafür eine saubere Gegenfinanzierung.

Das heißt in dem Fall dann auch, dass man sich über den Abbau von Subventionen unterhalten muss. Dazu liegen allerdings keinerlei Vorschläge Ihrerseits vor.

Im Gegenteil: Es gibt eine totale Blockadehaltung. Ich finde, dass man so nicht arbeiten kann. Es geht schon gar nicht, sehr teure Gutachten in Auftrag zu geben, um sie danach in der Schublade verschwinden zu lassen. Dazu gehört ein bisschen mehr Mut.

Wir als Sozialdemokraten sind bereit, den notwendigen Mut aufzubringen und der Bevölkerung zu sagen: Ja, wir schaffen die kalte Progression ab, aber wir werden dafür die Subventionen auf den Prüfstand stellen. – Das bringt nicht immer Freude; damit habe ich selbst so meine Erfahrungen gemacht.

Aber es ist notwendig, um eine Vereinfachung des Steuerrechts hinzubekommen. Ich wünsche mir, dass wir das in dieser Koalition in der nächsten Zeit noch schaffen.

Ein weiterer Punkt. Beim Thema „gerechte Steuern“ geht es auch um die Frage: Wer zahlt denn in diesem Land eigentlich Steuern? Und auf welche Einkommen zahlt er sie? Die Mehrwertsteuer muss jeder zahlen. Die Lohnsteuer wird automatisch abgezogen; da hat die normale Arbeitnehmerin oder der normale Arbeitnehmer überhaupt keinen Gestaltungsspielraum. Aber wer über Vermögen verfügt, kann das schon in das eine oder andere Land in Europa transferieren. Wir haben prominente Fälle gehabt. Einige Betroffene geloben Besserung; das gilt auch für die entsprechenden Länder.

Ich möchte, dass diese Koalition insbesondere die gerechte Besteuerung von Vermögen im Ausland durchsetzt, also erreicht, dass die Zinserträge daraus besteuert werden. Das ist für uns als Sozialdemokraten extrem wichtig, weil nicht nur Arbeit besteuert werden soll, sondern auch höhere Einkommen und Vermögen. Deswegen sind das Fallen des Bankgeheimnisses und auch der Fortschritt, den wir im Bereich der Zinsbesteuerung mit dem automatischen Informationsaustausch gemacht haben, extrem wichtige Punkte.

Wir werden – auch darauf haben wir uns in der Koalition verständigt – die Bedingungen für die Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung verschärfen, insbesondere die Zuschläge erhöhen. Derjenige, der jahrelang Steuern hinterzogen hat, darf im Endeffekt nicht besser dastehen als

derjenige, der seine Steuern ehrlich gezahlt hat. Das ist ein Grundsatz für Sozialdemokraten.

Es zeigt sich auch, dass es richtig war, dass wir das Deutsch-Schweizer Steuerabkommen im Jahr 2012 nicht haben passieren lassen. Dadurch wären viele Leute anonym geblieben, und sie hätten Geld gespart, und der Druck auf die entsprechenden Länder wäre entfallen, sich zu bewegen und für saubere Geschäfte zu sorgen. Deswegen war es richtig, das abzulehnen.

Es wird auf der europäischen Ebene in den nächsten Jahren mit vielen Entscheidungen in diese Richtung gehen müssen; wir als Nationalstaat allein können das nicht regeln. Wir brauchen die anderen europäischen Länder und das Europäische Parlament bei einer einheitlichen Besteuerung und bei der Frage, wie Unternehmensgewinne transferiert werden können. Hierbei geht es darum, dass über Lizenzgestaltungen, zum Beispiel in den Niederlanden, aber auch in anderen Ländern, ein Anreiz geboten wird, die Höhe der Unternehmenssteuern letztendlich zu senken. Das ist eine Form von asozialem Standortwettbewerb; wir als Sozialdemokraten machen das nicht mit.

Wir wollen, dass Unternehmen Gewinne machen – ganz klar; es sind keine Altruisten –, aber wir wollen auch, dass sie einen fairen Beitrag zum Steueraufkommen leisten.

Sie von der CDU haben vorgeschlagen auf dem Bundesparteitag den Spitzenkandidaten der Konservativen in Europa gekürt. Sein Name wird in Deutschland geheim gehalten, aber hier im Bundestag soll schon einmal gesagt werden, wer es ist: Es ist Herr Juncker.

Er war im vergangenen Jahrzehnt derjenige, der vor allen Dingen dafür gesorgt hat, dass die Zinsbesteuerungsrichtlinie in Luxemburg nicht angewandt wurde. Er hat sie zehn Jahre lang bekämpft. Erst nachdem es einen Regierungswechsel gegeben hat und die Sozialdemokraten in Luxemburg einen neuen Koalitionspartner haben, wird dort nicht mehr blockiert. Ich finde, Sie sollten sich noch einmal überlegen, wer Ihr Spitzenkandidat ist und welche Politik er macht.

Bei den Haushaltsberatungen wird es für uns darauf ankommen, die Investitionen zu steigern; hier besteht, glaube ich, Konsens. Wir werden uns sehr genau die Ausgabenseite, aber auch den Steuervollzug anschauen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Einnahmen entsprechend fließen und das Steuerrecht in Deutschland umgesetzt wird. Das ist die Aufgabe der Bundesländer; denn sie haben es in der Hand. Sie müssen genug Personal einstellen, um Unternehmen und Einkommensmillionäre steuerlich prüfen zu können. Der Bundesrechnungshof hat viele Vorschläge dazu gemacht.

Herr Minister Schäuble, Sie haben vorhin viel über Sozialleistungen und auch über die Sozialleistungsquote gesprochen. Es stimmt, dass sie in Deutschland hoch ist, und das ist auch gut so; für uns Sozialdemokraten ist das ein wichtiger Punkt. Ich glaube, wir leben in einem sozial sicheren Land. Der soziale Ausgleich gehört dazu.

Was die Finanzierung der Hochschulen und die Finanzierung des Studiums angeht, müssen wir zu Veränderungen kommen – das war auch ein Punkt bei den Koalitionsverhandlungen; da haben wir noch vier Jahre Zeit. Es gibt viele Jugendliche und Studenten, die nicht aus reichen Elternhäusern kommen. Deshalb ist eine Reform des BAföG – die Bedarfssätze und die Freibeträge sind seit fünf Jahren nicht mehr angepasst worden – ganz entscheidend. Wir möchten, dass junge Leute auch aus finanziell nicht so starken Elternhäusern in Deutschland die Chance haben, studieren zu können.

Auch da stehen die Bundesländer gemeinsam mit uns in der Pflicht. Das wäre eine gute Ergänzung zu den Investitionen. Denn Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft.

Ich danke Ihnen für den Einstieg in diese Debatte. Es wird interessant bleiben. Ich sehe den Beratungen im Haushaltsausschuss in den nächsten vier Sitzungswochen mit Freude entgegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Wir wollen, dass Unternehmen Gewinne machen, aber auch einen fairen Steuerbeitrag leisten.**



Die Schuldenuhr Deutschlands – erstmals seit 1969 liegt ein ausgeglichener Haushalt ohne strukturelle Neuverschuldung vor.

Sven-Christian Kindler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Der Haushalt ist nur ein kurzes und teures Strohfeuer



Sven-Christian Kindler (\*1985)  
Landesliste Niedersachsen

Herr Schäuble, nach dieser Einbringung finde ich es äußerst bemerkenswert, aber auch, wie ich sagen muss, ziemlich dreist, wie viel Selbstlob Sie hier an den Tag legen.

Ich gebe ehrlich zu: Die schwarze Null im Haushalt 2015 klingt erst einmal gut, besonders für einen Haushälter. Aber als guter Haushälter darf man eben nicht nur die Überschriften betrachten, sondern man muss kritisch nachrechnen, genau hinsehen und fragen, wie das eigentlich zustande kommt. Wenn man sich die Finanzplanung anschaut, dann erkennt man, dass diese schwarze Null nur eine kurzfristige Momentaufnahme ist. Es ist kein dauerhafter Zustand.

Es ist nicht nachhaltig finanziert. Herr Schäuble, Ihr Haushalt ist nur ein kurzes und teures Strohfeuer.

Schauen wir uns den Haushalt und die Finanzplanung einmal konkret am Beispiel der drei Hauptprobleme an. Sie verlassen sich auf die gute Konjunktur, Sie greifen in die Sozialkassen, und Sie investieren nicht.

Erstens zur Konjunktur. Sie haben einfach Glück gehabt, Herr Schäuble: Die Konjunktur läuft gut.

Die Zinsen sind historisch niedrig. Allein in der letzten Legislaturperiode hat der Bund wegen der Euro-Krise 100 Milliarden Euro an Zinsen gespart. Herr Schäuble, das heißt, Sie sind ein Konjunktur- und Krisengewinner. Mit eigener Leistung hat das aber wenig zu tun.

Was machen Sie eigentlich, wenn mal wieder schlechtere Zeiten kommen? Darauf sind Sie nicht vorbereitet; dafür haben Sie nicht vorgesorgt. Wenn die Konjunktur und die Zinsen sich nur ein bisschen verschlechtern, dann fällt Ihr Haushalt wie ein Kartenhaus zusammen. Ihr Haushalt, Herr Schäuble, ist nur ein Schönwetterhaushalt.

Zweitens zu den Sozialkassen. Ihre einzige Finanzierungsidee ist ja der Griff in die Sozialkassen. Sie

plündern jetzt den Gesundheitsfonds. Aber der Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds ist kein Fahrstuhl, den man je nach Belieben und Kassenlage einfach hoch- und runterfahren kann. Er orientiert sich an den versicherungsfremden Leistungen, und er wurde zusammen mit den Krankenkassen festgelegt, damit sie Planungssicherheit haben. Was passiert jetzt? Mehrere Krankenkassen haben schon angekündigt, dass sie wahrscheinlich Zusatzbeiträge für die Versicherten erheben müssen. Das heißt, die Hauptleidtragenden Ihrer Haushaltspolitik sind die Versicherten, die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Sie zahlen die Zeche, und das ist -extrem ungerecht.

Das Gleiche machen Sie bei der Rentenkasse. Auch da langen Sie extrem zu. Jedem hier im Saal ist klar, dass Sie die Mütterrente über Steuern hätten finanzieren müssen.

Aber die Union hat Steuererhöhungen, zum Beispiel für Spitzen-einkommen oder große Vermögen, aus ideologischen Gründen zum Tabu erklärt. Die SPD hat das mitgetragen. Deswegen werden die Altenpflegerin und der Lagerarbeiter das Rentenpaket zahlen. Die Bezieher von hohem Einkommen und Kapitalerträgen sowie wir Abgeordnete werden nicht zur Finanzierung herangezogen. Das, meine Damen und Herren, ist extrem ungerecht. Für uns Grüne ist klar: Gerade in der Haushalts- und -Finanzpolitik müssen starke Schultern mehr tragen als schwache.

Ich komme zum dritten Punkt: Investitionen. Ich habe schon ausgeführt, dass die Konjunktur gut ist. Gemäß dem Finanzplan sollen die Steuermehreinnahmen um 42,7 Milliarden Euro steigen.

Davon nehmen Sie im nächsten Jahr 6,5 Milliarden Euro für den Schuldenabbau. Es bleiben noch rund 36 Milliarden Euro übrig. Die Frage, das große Rätsel ist: Wo sind die 36 Milliarden Euro geblieben? Klar ist bisher nur: Investiert werden sie nicht. Die Investitionsquote im Haushalt stagniert auf einem sehr niedrigen Niveau. Allen ist klar, dass der Staat seit Jahren zu wenig investiert, um die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Das heißt, unter dem Strich lebt der Staat von der Substanz. Dieser Haushalt ändert daran gar nichts.

Ihr Haushalt, Herr Schäuble, hat ein krasses Investitionsdefizit. Das ist zukunftsvergessen und verstößt

gegen die Generationengerechtigkeit.

Wir Grüne sagen, Herr Schäuble: Jetzt wäre die Zeit, im Haushalt klar in die Zukunft zu investieren: in den Klimaschutz, in die Gebäudesanierung, in erneuerbare Energien, in den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur. Aber auch Investitionen in Köpfe, das heißt in gute Bildung und verlässliche Betreuung, in Kinder und Jugendliche, wären notwendig. Die Große Koalition steht für die Subventionierung der Vergangenheit. Jetzt wäre es aber an der Zeit, in die Zukunft zu investieren.

### Die Große Koalition steht für die Subventionierung der Vergangenheit.

Wir Grüne sagen aber auch klar: Investitionen müssen konkret und solide gegenfinanziert werden. Wir Grüne wollen investieren statt subventionieren. Jedes Jahr gibt der Staat über 50 Milliarden Euro für umweltschädliche Subventionen aus; das hat das Umweltbundesamt der Bundesregierung vorgerechnet. Man kann eine Menge an Subventionen abbauen. Man kann viele Milliarden Euro sparen, zum Beispiel bei den Ausnahmen bei der Ökosteuer, bei der milliardenschweren Bevorzugung des Flugverkehrs gegenüber der Schiene, bei Subventionen für die Atomenergie, bei schweren Dienstwagen.

Nein, es ist sinnvoll, in die Zukunft zu investieren, und nicht sinnvoll, klimaschädliches oder umweltschädliches Verhalten zu subventionieren. – Investieren und dafür Subventionen abzubauen, ist gut für das Klima und gut für den Haushalt.

Die allermeisten Investitionen werden übrigens in den Kommunen getätigt. Es stimmt einfach nicht, Herr Schäuble, dass Sie in der letzten Legislaturperiode für Entlastung gesorgt haben. Das war Rot-Grün nachher im Vermittlungsausschuss; es hat die Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Grundsicherung im Alter durchgesetzt.

Sie haben im Koalitionsvertrag den Kommunen eine deutliche Entlastung versprochen. Wir sehen jetzt wieder, dass sie eingesammelt wird. Die 1 Milliarde Euro zusätzlich für 2014 kommt nicht. Die versprochenen 5 Milliarden Euro verschieben Sie auf 2018, also auf die Zeit nach dieser Legislaturperiode. Das Motto der Großen Koalition ist: Kaum versprochen, schon gebrochen. – Das ist eine bittere Enttäuschung für die Kommunen. So kann man nicht mit unseren Städten und Gemeinden in Deutschland umgehen.

Nicht nur bei den Kommunen, sondern auch bei der Rente verschie-

ben Sie die Kosten in die Zukunft. 160 Milliarden Euro kostet Ihr Rentenpaket. Die in diesem Zusammenhang notwendigen Erhöhungen von Steuern und Beiträgen kippen Sie der nächsten Regierung vor die Füße. Sie werden in die Geschichte als große Verschiebekoalition eingehen.

Herr Schäuble, Sie haben auch den Finanzierungstragfähigkeitsbericht Ihres eigenen Hauses angesprochen. Sie haben ihn wohl gelesen, aber anscheinend nur die schönen Seiten und nicht die schlechten. Der Bericht sagt auch, dass die deutschen Staatsfinanzen nicht zukunftsfest sind. Bis 2020 muss der Staat jedes Jahr bis zu 15 Milliarden Euro zusätzlich sparen oder entsprechende Einnahmen erwirtschaften, um die Finanzen zukunftsfest zu machen. Der Bericht zeigt: Auch das machen Sie nicht. Sie machen gar nichts. Das zeigt, dass Ihre Haushaltspolitik extrem kurzsichtig und unsolid ist.

Fassen wir einmal zusammen: Wir haben die riskante Wette auf die Konjunktur. Wir haben den Griff in die Sozialkassen. Wir haben das große Investitionsdefizit. Wir haben das Verschieben von Kosten in die Zukunft. Und wie ist Ihre Reaktion darauf, Herr Schäuble? Sie beschwichtigen, reden die Probleme offensichtlich klein und feiern sich nur für Ihre schwarze Null.

Wissen Sie, woran mich das erinnert? Das erinnert mich an das Klischee eines trickreichen Gebrauchtwagenhändlers. Auch da soll das Schrottauto nur an den Mann oder an die Frau gebracht werden - komme, was wolle. Da wird erst ein bisschen am Lack poliert. Nachher sind aber die Bremsen kaputt. Es gibt ein

Leck in der Ölwanne, und es wird auch kein Wort über den rostigen Auspuff verloren. Hauptsache, die Karre ist endlich vom Hof.

Genauso ist es auch mit Ihrem Haushalt: Ihr Haushalt eiert, wenn Sie großes Glück haben, bis 2017. Dann ist der Ofen aus. Ich sage: So geht es nicht. Wir brauchen als Finanzminister keinen trickreichen Gebrauchtwagenhändler, sondern wir brauchen als Finanzminister einen ehrlichen Kaufmann.

Das Problem bei einem Gebrauchtwagenhändler ist auch, dass er nur das Allernötigste tut. Ich frage Sie, Herr Schäuble: Wo ist eigentlich Ihre Lust, wo ist Ihre Leidenschaft, und wo ist Ihr Engagement in der Haushaltspolitik? Wo kürzen Sie Ausgaben? Wo bauen Sie Subventionen ab? Wo stärken Sie die Einnahmeseite? Nirgends! Es passiert nichts. Sie haben keinen Mut.

Haushalt heißt auch, zu entscheiden. Das heißt, Prioritäten zu setzen. Das heißt auch, dass man etwas macht. Diese Arbeitsverweigerung, Herr Schäuble – das ist heute schon absehbar –, wird uns noch alle teuer zu stehen kommen.

Wir Grüne werden in den Haushaltsverhandlungen konkrete Vorschläge für Investitionen, für eine strukturelle Konsolidierung des Haushalts und für eine solide Gegenfinanzierung über Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Einnahmeverbesserungen machen. Bisher ist dieser Haushalt nicht gerecht. Er ist unsolid und zukunftsvergessen. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Norbert Barthle, CDU/CSU:

## Eine historische Zäsur



Norbert Barthle (\*1952)  
Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd

Wir beraten heute den zweiten Regierungsentwurf zum Haushalt 2014. Ich will zuallererst feststellen: Dieser Haushalt ist tatsächlich

eine historische Zäsur. Erstmals legen wir nicht nur einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor, sondern einen Haushalt, der strukturell sogar einen Überschuss von 0,07 Prozent, real 1,8 Milliarden Euro, erwirtschaftet. Das ist der Einstieg in eine neue Zeitrechnung der Haushalts- und Fiskalpolitik in Deutschland. Darauf können wir alle stolz sein. Diesen Haushalt trage ich mit einem Lächeln im Gesicht vor.

Wir haben während der Koalitionsverhandlungen vereinbart, dass wir für die kommende Legislaturperiode 23 Milliarden Euro mehr für dringend notwendige Maßnahmen ausgeben wollen. Daran halten wir uns exakt und auf Punkt und Komma. Daran halten wir uns auch, indem wir keine Steuererhöhungen beschließen und keine neuen Schulden machen.

Folgendes möchte ich an meinen Vorredner und Kollegen von der SPD richten: Wenn man vereinbart, dass es keine Steuererhöhungen geben soll, dann macht es keinen Sinn, über den Spitzensteuersatz zu diskutieren. Wenn es um Subventionsabbau geht, dann muss man wissen, dass die Kollegen von der SPD damit niemals wirtschaftliche Subventionen wie das ZIM-Programm des Ministeriums von Herrn Gabriel meinen.

Sie meinen damit immer steuerliche Subventionstatbestände, also Steuerermäßigungen. Wer aber Steuerermäßigungen abbaut, der erhöht Steuern. Wenn wir aber vereinbart haben, dass es keine Steuererhöhungen geben soll, dann ist alles Notwendige gesagt. Dabei bleibt es. Da brauchen wir gar nicht lange zu argumentieren und Gründe zu suchen. Das ist verabredet; so bleibt es.

Für diesen Haushalt gilt Solidität und Kontinuität. Das sind die entscheidenden Schlagworte. Kontinuität heißt immer: Man blickt ein Stück zurück, und man blickt auch nach vorne. Wenn ich zurückblicke, dann danke ich der nicht anwesenden FDP für die Unterstützung in den vergangenen vier Jahren und dafür, dass wir so weit gekommen sind.

Ich danke vor allem aber auch den Kollegen von der SPD-Fraktion, unserem neuen Koalitionspartner, die sich diesem Ziel auch verschworen haben.

Ich finde es großartig, dass wir das miteinander angehen wollen. Wir werden das auch schaffen. Wenn es keine großen externen Schocks gibt, dann werden wir 2015 und in den Folgejahren, also dauerhaft, einen ausgeglichenen Haushalt haben und die schwarze Null vorlegen. Das ist ein großes Programm dieser Koalition, und wir werden das hinkriegen.

Das ist vor allem im Sinne einer generationengerechten Politik. Das ist das wichtigste Signal, das man aussenden kann. Keine neuen Schulden zu machen, ist das Beste, was man für nachfolgende Generationen tun kann.

Da muss ich mich an den Kollegen von den Linken wenden. Herr Bartsch, Sie haben gesagt, zukünftige Generationen würden den Preis der schwarzen Null zahlen.

Meine Damen und Herren, das ist Blödsinn. Er stellt die Argumente von den Beinen auf den Kopf. Genau das Umgekehrte ist wahr: Das ist die beste Politik, die man für künftige Generationen machen kann.

Deshalb sage ich den Leuten draußen: Die Argumente, die Ihnen die Linken vortragen, muss man zunächst einmal auf die Beine stellen; dann werden sie richtig.

An dieser Stelle widerspreche ich, was ich selten tue, unserem Bundesfinanzminister.

Er meinte: Spätestens wenn die Sozialausgaben in unserem Haushalt 100 Prozent erreichen, fällt

den Linken wohl nichts mehr ein. – Falsch, Herr Dr. Schäuble! Selbst wenn sie 100 Prozent erreichten, würden die Linken sagen: Jetzt müssen wir neue Schulden machen, damit wir noch mehr für Soziales ausgeben können.

So tickt die linke Seite des Hauses – wir nicht.

Wie machen wir das Ganze? Auch dazu ein einfaches Argument: Wer sich den Entwurf des Haushalts 2014 anschaut und ihn mit dem Haushalt 2013 vergleicht, der wird feststellen, dass er round about 10 Milliarden Euro mehr Einnahmen, aber round about 8 Milliarden Euro weniger Ausgaben ausweist. Das ist das Geheimnis unseres Erfolges: bei steigenden Einnahmen weniger Geld ausgeben. Das, meine Damen und Herren, bezeichnet auch die schwäbische Hausfrau als Sparen. Es ist das Geheimnis unseres Erfolgs: Wir sparen dank steigender Einnahmen und weniger Ausgaben.

Allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz: Dieser Haushaltsentwurf ist eine seriöse, verlässliche Planungsgrundlage für die weiteren Beratungen. Wir werden sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch Veränderungen vornehmen – das ist bei Haushaltsberatungen immer geboten –, aber insgesamt ist das ein hervorragender Entwurf, der auch die notwendige Entlastung für die Kommunen mit einbezieht.

Dazu würde ich gerne einige Sätze sagen: Wir stehen zu den Vereinbarungen, den Kommunen zu helfen, auch wenn dies zunächst einmal Länderaufgabe ist. Wir haben schon viel getan, wir werden weiterhin viel tun. Aber all jenen, die bewusst – zumindest teilweise bewusst – den Koalitionsvertrag falsch interpretieren, sei nochmals gesagt: Wir halten das, was vereinbart wurde, auf Punkt und Komma ein: 1 Milliarde Euro Entlastung ab 2015; das Bundesleistungsgesetz wird ab 2018 greifen und dann 5 Milliarden Euro Entlastung bringen.

Die Herausforderung, vor der wir stehen, ist eine ganz andere: Wir müssen bis zu diesem Zeitpunkt das Bundesleistungsgesetz neu formulieren. Da wird es die Anstrengung aller brauchen, das Gesetz so auszutarieren, dass erstens die Entlastung bei den Kommunen, dort, wo das Geld hingehört, ankommt und es zweitens gerecht abläuft. Denn, meine Damen und Herren, wenn man sich anschaut, wie es derzeit bei der Eingliederungshilfe für Behinderte aussieht, dann stellt man fest, dass es Kommunen und Länder gibt, in denen pro Kopf mehr als doppelt so viel ausgegeben wird als in anderen Kommunen und Ländern. Auch das spielt bei der Frage eine Rolle, wie wir dieses Gesetz ausgestalten, wie wir

die Standards so festlegen, dass bei den Kommunen tatsächlich eine Entlastung ankommt.

Der Bundeshaushalt 2014 ist ein weiterer Schritt hin zu einem Ziel, das die Öffentlichkeit immer wieder bei uns anmahnt. Sie sagt nämlich: Wann baut ihr endlich Schulden ab? Der Bundesfinanzminister hat das Notwendige dazu gesagt. Völlig übersehen wird aber

### Das ist der Einstieg in eine neue Zeitrechnung der Haushalts- und Fiskalpolitik.

auch, dass wir im Bereich unserer Sonderhaushalte, zum Beispiel beim Investitions- und Tilgungsfonds, bereits Rückführungen vornehmen: Der Bundesbankgewinn fließt fast zur Hälfte in den Investitions- und Tilgungsfonds. Deshalb gelingt es uns bereits in diesem Jahr, die Defizitquote im Bundeshaushalt von vorher 80 Prozent auf jetzt etwa 75 Prozent abzusenken. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir bei rund 67 Prozent sein, und wir haben uns vorgenommen, bis 2018 sogar eine Quote von 65 Prozent zu erreichen; so hat es das Kabinett heute beschlossen. Ich finde, das ist ein hervorragendes Ziel und ein gutes Signal, auch im Hinblick auf den europäischen Raum, wenn es darum geht, die Stabilität des Euro zu sichern.

Da erlaube ich mir einen kleinen Vergleich: Wie sieht es international aus? Schauen wir uns die Schuldenstandsquote wichtiger europäischer Länder an: Italien 134 Prozent, Vereinigtes Königreich, also England, 93 Prozent, Frankreich 96 Prozent. Schauen wir über Europa hinaus: USA 106 Prozent, Japan 245 Prozent. Was folgern wir daraus? Deutschland ist nicht nur -europa-, sondern wahrscheinlich auch weltweit der Stabilitätsanker.

Noch vor wenigen Jahren lautete eine Titelgeschichte des Economist „Deutschland, der kranke Mann Europas“.

– Das waren wir alle gemeinsam in einem langen Prozess. Die Reformen unter Herrn Schröder haben einen großen Beitrag dazu geleistet – das ist gar keine Frage –, aber auch die Konsolidierungspolitik dieser Bundesregierung, unterstützt vom Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und vom neuen Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann, hat einen großen Beitrag geleistet. Ich finde das sehr gut. So können wir weitermachen.

In diesem Zusammenhang möchte ich meine Sorge in Bezug auf die Signale aus Frankreich zum Ausdruck bringen.

Wir sind aufgerufen, Disziplin zu wahren; nicht nur wir innerhalb Deutschlands, sondern auch außerhalb. Spanien, Irland, Portugal und Zypern sind auf einem guten Weg, und auch Griechenland leistet Erstaunliches, wenn auch etwas langsam. Das Haushaltsdefizit

dort ist bereits signifikant zurückgegangen.

Frankreich erklärt nun, dass es zum dritten Mal hintereinander einen Aufschub bei der Einhaltung des 3-Prozent-Ziels erwartet. Ich erinnere mich an die Aussagen von Präsident Hollande von vor einem Jahr. Er hat nämlich schon 2013 um einen Aufschub von zwei Jahren gebeten. Damals haben die Europäer gesagt: Wir gewähren diesen Aufschub, dafür erwarten wir aber, dass Frankreich die entsprechenden Strukturreformen in Angriff nimmt. Darauf hat Monsieur Hollande erwidert, er verbitte sich jegliche Einmischung in innerfranzösische Angelegenheiten. Deshalb empfehle ich uns: Wir sollten uns nicht in innerfranzösische Angelegenheiten einmischen, sondern deutlich machen, dass wir von Frankreich erwarten, dass die Strukturreformen auf den Weg gebracht werden und nicht schon wieder um Aufschub gebeten wird.

Ich finde es erfreulich, was sowohl von der Bundesregierung und von Olli Rehn auf europäischer Ebene als auch vom Präsidenten unserer Deutschen Bundesbank, Jens Weidmann, dazu zu hören war. Ich finde es bedenklich, was man in diesem Zusammenhang von Martin Schulz hört. Ich appelliere an die Kollegen von der SPD: Fangen Sie Herrn Schulz ein. Er hat Äußerungen gemacht, die für die Stabilität des Euro nicht produktiv sind.

Ich wiederhole meine Aussage: Wir brauchen weiterhin Disziplin, nach innen und nach außen. Nur dann werden wir sowohl bei uns als auch in Europa die notwendige Stabilisierungspolitik für unsere Haushalte fortsetzen können. Dass in dem einen oder anderen Bereich, zum Beispiel bei der Infrastruktur, Mehrausgaben wünschenswert sein mögen, ist unbestritten.

Wir geben in den kommenden Jahren 5 Milliarden Euro mehr aus. Das ist gut, könnte aber auch noch besser sein.

Deshalb haben wir Haushälter auf unserer Klausurtagung besprochen, dass wir dann, wenn wir neue Finanzspielräume entdecken sollten, diese gerne für die Stärkung der Infrastruktur einsetzen wollen. Das ist ein gutes, ein richtiges Ziel;

denn dass es eine gewisse Schiefecke unserer Haushalte gibt, das ist unbestritten.

Als ich 1998 im Bundestag angefangen habe, betrug die Investitionsquote etwa 13,5 Prozent und die Sozialausgabenquote 35 Prozent. Heute machen die Sozialausgaben 49 Prozent, also fast 50 Prozent aus und die Investitionen nur noch 8,6 Prozent. Das war ein jahrelanger Prozess.

– Da haben auch andere regiert, auch Sie, die Grünen. Herr Kollege Kindler, das scheinen Sie vergessen zu haben, dafür sind Sie wohl zu jung.

Viele haben daran mitgewirkt. Es ist sicherlich richtig, dass es an dieser Stelle noch erheblichen Nachholbedarf gibt.

Lassen Sie mich abschließend auf einen Begriff verweisen, auf den mich die Menschen immer wieder ansprechen, wenn ich vor Ort bin: den sogenannten Juliufturm. Die Menschen fordern uns immer wieder auf, an den Juliufturm zu denken.

Der Juliufturm ist ein Festungsturm der Zitadelle Spandau aus dem 13. Jahrhundert. Er wurde 1838 restauriert. Damals lagerte dort der Reichskriegsschatz im Wert von 120 Millionen Mark. Später war der Juliufturm Gegenstand politischer Beratungen. 1952 bis 1956 hat der Bundestag unter dem damaligen Finanzminister Fritz Schäffer aus der Deutschen Bundesbank und aus den Kassenüberschüssen Rücklagen, einen sogenannten Schatz, in Höhe von 7 Milliarden D-Mark angehäuft.

Die wurden dann zwischen 1957 bis 1959 vom sogenannten Kuchenausschuss des damaligen Parlamentes wieder ausgegeben. Das unterscheidet das damalige Parlament von unserem: Wir haben keinen Kuchenausschuss mehr, wir haben einen Haushaltsausschuss. Wir haben ein anderes Bewusstsein.

Wir wollen keinen Kuchen, wir wollen eher Schwarzbrot. Deshalb halten wir uns an die Devise, die in diesen Zeiten angemessen ist.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Zur Erinnerung: Der Juliufturm ist Geschichte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)



Der Bundesbankgewinn fließt fast zur Hälfte in den Investitionsfonds.

Roland Claus, DIE LINKE:

## Drei gigantische Schlupflöcher



Roland Claus (\*1954)  
Landesliste Sachsen-Anhalt

Ich will zunächst den schwarzen Humor des Kollegen Barthle aufnehmen. Er meinte den Haushalt mit einem Lächeln einzubringen, um sich dann über die Tauglichkeit der Vorschläge der Linken lustig machen zu müssen. Ich will Ihrer Erinnerung ein bisschen auf die Sprünge helfen: Sie haben jetzt in Ansätzen so etwas Ähnliches wie einen Mindestlohn etabliert. Wer hat die Debatte im Deutschen Bundestag zum Mindestlohn angestoßen? Das waren die Lin-

ken. Links wirkt, meine Damen und Herren!

Mein nächstes Stichwort: Börsengang der Bahn. Darüber reden Sie in der Großen Koalition nicht mehr.

Wer aber hat als einzige Fraktion gegen den beabsichtigten Börsengang der Bahn gestimmt? Das war die Fraktion der Linken und zuvor die der PDS. Links wirkt, meine Damen und Herren!

Das sollten Sie nicht vergessen.

„Deutschlands Zukunft gestalten“ haben Sie Ihren Koalitionsvertrag, Ihre Vereinbarung, genannt. Jetzt müssen Sie sich daran messen lassen, wie es Ihnen gelingt, Deutschlands Zukunft zu gestalten. Wir haben den Eindruck – das ist hier schon gesagt worden –, dass Sie ausgesprochen selbstverliebt sind, dass Sie ausgesprochen verliebt sind in Ihre schwarze Null, und Liebe macht bekanntlich blind.

Keine neuen Schulden – das ist natürlich auch für uns wichtig. Das haben wir in den Ländern, in denen wir mitregiert haben, gründlich nachgewiesen. In Berlin hat die CDU infolge des Nicht-umgehen-Könnens mit Geld inzwischen den Status einer Nichtregierungsorganisation ange-

nommen. Deshalb achten wir natürlich diese Formulierung. Aber auch in diesem Jahr müssen mehr als 30 Milliarden Euro für Zinsen eingestellt werden. Deshalb sagen wir Ihnen: Die schwarze Null ist für die allermeisten Menschen in diesem Lande eine ziemlich abstrakte Größe, eine Größe, die in ihrem Lebensalltag nicht ankommt. In ihrem Lebensalltag kommen Fakten wie steigende Mieten, steigende Energiekosten und zeitlich befristete Arbeitsverträge an. Berufseinsteigerinnen und -einsteiger im Osten werden in aller Regel mit Zehnmonatsverträgen und dem Hinweis: „Danach gehst du zur Agentur“, eingestellt. Junge Wissenschaftler – bis 45 Jahre gerechnet – können in ihrer Erwerbsbiografie auf eine Vielzahl befristeter Verträge verweisen, ihnen wird aber keine Zukunftsperspektive geboten.

Und Sie erfinden schöne Lösungen wie die, die Sie an die Wandtafel vor dem Bundespresseamt geschrieben haben: „Der Aufschwung ist bei den Menschen angekommen“. Wir aber haben im Land mit Menschen zu tun, die mit einer solchen Agitation, mit einer solchen Propaganda nichts anfangen können.

Herr Bundesfinanzminister, Sie haben – das gehört zur Wahrheit – bei diesem Haushalt drei gigantische Schlupflöcher zur Verfügung. Wir haben in fast der Hälfte dieses Haushaltsjahres den Zustand der vorläufigen Haushaltsführung. Jeder weiß: Da bleibt eine Menge an geplanten Ausgaben stehen. Ich rechne fest damit, dass Sie Ihre schwarze Null zu einem Großteil daraus decken wollen.

Über die Eingriffe in die Sozialkassen – das ist das zweite Schlupfloch – ist bereits gesprochen worden. Die Sondervermögen für die Finanzmarktstabilisierung – drittes Schlupfloch – sind außerhalb des Haushalts veranschlagt. Wir, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, sind Besitzer der zu 100 Prozent verstaatlichten Bad Banks. Deshalb sagen wir Ihnen: Ihrem eigenen Anspruch, Deutschlands Zukunft gestalten zu wollen, werden Sie vor lauter Faszination über die schwarze Null wirklich nicht gerecht. Solide Haushaltspolitik sieht anders aus.

Zukunftsfähig und enkeltauglich ist der Haushalt in der Tat nicht. Die Mittel der Wirtschaftsförderung, die einen, wie wir finden, viel zu geringen Anteil im Haushalt ausmacht, gehen zu einem großen Teil an staatsnahe Monopolisten. Die Investitionsquote sinkt, und das Problem der ausbleibenden Mauteinnahmen haben Sie hier mit dem Satz kommentiert: Der Verkehrsminister und der Finanzminister werden eine Lösung finden. – Aber diese Lösung müssen Sie dann auch präsentieren.

Wir meinen, dass Sie auch den Osten erneut ausgeblendet haben. Im Osten ist die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch, und der Anteil von Jobs mit Niedriglöhnen ist wesentlich höher. Sie verfolgen bei der Mütterrente ein Konzept, bei dem erneut Erziehungsleistungen in Ost und West unterschiedlich anerkannt werden sollen. Das ist 25 Jahre nach der deutschen Einheit ein Skandal. Da werden wir Sie nicht in Ruhe lassen.

Wir bekommen häufig zu hören, wir hätten kein Einnahmeproblem. Das sehen wir ausdrücklich anders. Auch mit dem Haushalt 2014 wird die Steuergerechtigkeit fortgesetzt. Das ginge auch anders. Die Linke hat ein Steuerkonzept vorgelegt, bei dessen Umsetzung gerechte Besteuerung an den Tag gelegt würde. Das trauen Sie sich nicht. Bei den Einkommenschwächsten ist – das wissen Sie – nichts zu holen, und an die Reichen trauen Sie sich nicht heran. Deshalb belasten Sie nach wie vor die Mitte dieser Gesellschaft. Das ist sozial ungerecht. Das ginge auch anders.

Die Linke wird, wie eingangs beschrieben, zahlreiche Änderungsvorschläge für diesen Haushalt einbringen. 2014 ist ja das Jahr der zweiten Chance. Wir werden bereits unmittelbar nach der Sommerpause über den Entwurf des Haushaltes 2015 reden. Ich habe den Eindruck, dass Sie die zweite Chance brauchen werden. Die Opposition ist dabei. Wir werden Sie mit guten Vorschlägen behelligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

## Im besten Sinne konservative und wirtschaftsliberale Politik



Ralph Brinkhaus (\*1968)  
Wahlkreis Gütersloh

Herr Kollege Schneider, ich habe mit großem Wohlwollen vernommen, dass die SPD für solide Finanzpolitik steht.

Ich möchte mit einem anderen Sozialdemokraten beginnen, und zwar mit Alex Möller. Ich möchte über Karl Schiller sprechen, ich möchte über Helmut Schmidt sprechen, ich möch-

te über Hans Matthöfer, über Hans Apel und über Manfred Lahnstein sprechen. Ich möchte über den Christdemokraten Gerhard Stoltenberg sprechen, natürlich über Theo Waigel, über Oskar Lafontaine, über Hans Eichel und über Peer Steinbrück.

Ich glaube, sie alle – die meisten von ihnen waren sehr gute Finanzminister; nicht alle, aber die überwiegende Anzahl – wären ziemlich froh gewesen und hätten ziemlich viel dafür gegeben, hier heute stehen und ein derartiges Haushaltspaket vorlegen zu können.

Man muss sich bewusst machen: Das letzte Mal wurde irgendwann Ende der 60er-Jahre ein so erfolgreiches Paket mit einem strukturellen Überschuss im aktuellen Haushaltsjahr und mit einer Finanzplanung, die eine Nettokreditaufnahme von null vorsah, vorgelegt. Da war Franz Josef Strauß noch Finanzminister. Wenn ich hier in die Reihen schaue, stelle ich fest, dass circa ein Drittel der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die heute hier sitzen, zu der Zeit noch gar

nicht geboren waren. So lange ist das her. Das heißt, wir haben jetzt etwas geschafft – und viele haben daran mitgewirkt –, an dem sich seit 45 Jahren viele aufgerieben, es aber nicht hinbekommen haben. Das ist auch ein Grund zur Freude, und für diese Freude sollte man sich etwas Zeit nehmen. Das kann man auch ein bisschen feiern.

Wenn man sich einmal anschaut, unter welchen Bedingungen wir das geleistet haben, ist das Ergebnis umso erstaunlicher. Wir haben das geschafft, obwohl wir verzichtet haben, Steuern zu erhöhen oder neue Steuern einzuführen. Wir haben das geschafft, obwohl wir vereinbart haben, dass wir in diesem Haushaltsjahr und in dieser Legislaturperiode ganz viel Geld zusätzlich für Bildung, für Infrastruktur und auch für soziale Teilhabe ausgeben werden. Wir haben das erreicht, obwohl wir – beginnend mit der christlich-liberalen Koalition und jetzt auch fortgesetzt in der Großen Koalition – ein Paket geschnürt haben, in dem, je nachdem, wie man

es rechnet, 45 bis 50 Milliarden Euro für die Kommunen vorgesehen sind. Was ganz besonders ist: Wir haben das geschafft, obwohl wir uns noch vor vier Jahren in der schlimmsten Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegsgeschichte befunden haben. Das ist aller Ehren wert.

Es ist nicht die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu loben; funktional müssen Sie in einer Demokratie Kritik üben. Ich kann auch verstehen, dass Sie sich ungerne mit den Koalitionsfraktionen freuen. Aber die Kritik, die Sie geäußert haben, was die Sozialkassen und die Ausgaben für Soziales angeht, war doch etwas dünn. Der Finanzminister und der Kollege Barthle haben es erwähnt: Wir haben noch nie so viel Geld für Soziales ausgegeben, wie es heute der Fall ist. Ich glaube, dafür müssen wir uns auch nicht schämen, sondern wir können stolz darauf sein, dass es nur wenige Länder gibt, die soziale Ungleichheit mit einem derart massiven Staatseinsatz bekämpfen wie Deutschland.

Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, Herr Kindler, dass Sie gesagt haben: Die Mütterrente ist eigentlich gar nicht schlecht; über die Finanzierung müssen wir uns aber unterhalten. – Herr Kindler, Sie wissen – Sie sind Haushaltspolitiker –: Circa ein Drittel der Ausgaben für die gesetzliche Rentenversicherung, circa

80 Milliarden Euro, wird bereits heute vom Steuerzahler beglichen.

Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Ich komme auf die Kritikpunkte, die Sie hinsichtlich der Kommunen geäußert haben, zurück. Ich glaube, dass es keine Bundesregierung gab, die so viel für die Kommunen getan hat, wie es diese Bundesregierung tut, und das unter Kraftan strengungen. Wir wären mit der Haushaltskonsolidierung schon längst weiter, wenn wir den Ländern und den Kommunen nicht immer wieder unter die Arme gegriffen hätten.

Meine Damen und Herren, ich denke, man kann über den Haushalt auch ein bisschen intelligenter kritisch diskutieren, als das heute hier von der Opposition getan worden ist. Ich möchte mit einer Bemerkung schließen: Konsolidierte Haushalte, keine Steuererhöhungen, keine neuen Steuern – das ist im besten Sinne sowohl konservative als auch wirtschaftsliberale Politik, und das wird unsere Leitlinie sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Johannes Kars (SPD), Dr. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen), Antje Tillmann (CDU/CSU), Lothar Binding (SPD) sowie Dr. Hans Michelbach (CDU/CSU).